

In diesem Heft

Editorial	5
Der Jahrhundertblick	
ERIC HOBSBAWM Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung	7
WOLFGANG RUGE Die wissenschaftliche Verheißung des neunzehnten Jahrhunderts und die chaotische Wirklichkeit des zwanzigsten	19
JAKOB MONETA Schweizer Erfahrungen oder das Unbehagen in der Satttheit	30
Das Interview	
FRIEDRICH SCHENKER Musik zum pazifistischen Gebrauch	39
Risiko Gentechnik	
ROLF LÖTHER Streitfall Gentechnik	51
SABINE VOIGT Risiko Gentechnik!? Eine Replik auf Martin Holtzhauer	59
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
MICHAEL CHRAPA, DIETMAR WITTICH »Panta rhei«. Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik	71
ROBERTO BUGLIANI Für eine neue Dialektik im Kampf gegen den Neoliberalismus	83

DETLEF BALKE
Beim Wenden der Steine.
90 Jahre Kibbuz 92

Standorte

HELMUT SEIDEL
Aufklärung und die Gegenwart.
Zur Kritik der »Dialektik der Aufklärung«
von Adorno und Horkheimer 101

Glückwunsch

WLADISLAW HEDELER
Roy und Zhores Medwedew zum 75. 111

Feministische Marx-Kritik

ANNELIESE BRAUN
Zwischen Produktion und Reproduktion des Lebens –
marxistische und feministische Ideen
vor gemeinsamen Herausforderungen? 114

FRIGGA HAUG
Feministisch arbeiten mit Marx 125

DANGA VILEISIS
Ein patriarchaler Rückfall wider Willen:
Reflexionen über einen feministischen Arbeitsbegriff
aus marxistischer Sicht 138

GISELA NOTZ
Über den traditionellen Arbeitsbegriff
und die Notwendigkeit seiner Veränderung 151

HANNA BEHREND
Marxismus und Feminismus –
inkompatibel oder verwandt? 162

Konferenzen & Veranstaltungen

JOHANNES IRMSCHER
Revolutionsgedenken in Italien 174

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 178

Bücher & Zeitschriften

- Loccumer Initiative kritischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:
Die Illusion der neuen Freiheit.
Realitätsverleugnung durch Wissenschaft,
Offizin Verlag Hannover 1999
(HERMANN KLENNER) 180
- Hansjörg Herr, Kurt Hübner (Hg.):
Der »lange Marsch« in die Marktwirtschaft.
Entwicklungen und Erfahrungen
in der VR China und Osteuropa,
Edition sigma Berlin 1999
(ARNDT HOPFMANN) 181
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
Memorandum 99,
PapyRossa Verlag Köln 1999
(ULRICH BUSCH) 182
- »Heim ins Reich:«
Konrad Henlein und der
Reichsgau Sudetenland 1938-1945,
R. Oldenbourg Verlag München 1999
(JÖRG ROESLER) 184
- Bundesministerium des Innern und
Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.):
Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit.
Sonderedition aus den Akten
des Bundeskanzleramtes 1989/90,
R. Oldenbourg Verlag München 1998
(STEFAN BOLLINGER) 185
- Marc Junge:
Bucharins Rehabilitierung.
Historisches Gedächtnis in der Sowjetunion 1953-1991,
BasisDruck Verlag Berlin 1999
(WLADISLAW HEDELER) 187
- Ludwig Eiber:
Die Sozialdemokratie in der Emigration.
Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen
in Großbritannien« 1941-1946 und ihre Mitglieder,
J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998
(HERBERT MAYER) 189
- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 192

Editorial

Frankreich wird seit dem Jahre 1870 dauerhaft republikanisch regiert. 130 Jahre Kontinuität, auch wenn der nachnapoleonischen – auf den zerschundenen Leichen der Kommunarden ruhenden – dritten Republik noch eine kurzlebige vierte und die bis heute funktionierende fünfte de Gaulles folgten. In Britannien geht das demokratische Verfaßtsein des Staatswesens mit starkem Parlament und schwach-edler Monarchie sogar weiter zurück: bis auf die Glorious Revolution von 1688/89. Noch älter sind die demokratischen Systeme in den Niederlanden und in San Marino.

Von derlei Tradition wagen deutsche Demokraten natürlich nicht einmal zu träumen. Entsprechend schrill fallen ihre Feierlichkeiten aus, sei es zu fünfzig Jahren westalliiertem Republiksdekret oder, wie jüngst, beim Auftrieb anläßlich des zehnten Mauerfalljubiläums. Gerhard Schröder hat's gefallen. Auch wenn das Ereignis von der Zumutung überschattet wurde, daß die Osis partout mitfeiern wollten – obwohl doch Adenauer und nicht etwa Bärbel Bohley den Fall der Mauer vorausgesagt hatte. Früher war die DDR die größte DDR der Welt, heute spielt die Bundesrepublik diese Rolle.

Die bei den Deutschen zur Schau getragene Selbstsicherheit erinnert meist an das Rufen im Walde. Nicht von ungefähr orakelt ihre politische Klasse bei jedem Überspringen der Fünfprozenthürde durch rechtsradikale Feinde der deutschen Kultur über die aufziehende Republiksdämmerung – und nehmen Fernsehsender im Ausland reflexartig deutschfeindliche Wehrmachtsschinken ins Programm. Wenn in Frankreich die Rechtsradikalen selbst 30 Prozent der Wählerstimmen bekämen, würde niemand ein Ende republikanischer Verfassung mutmaßen. Von Großbritannien ganz zu schweigen. Dort hat sich der Kapitalismus zwar nicht so prächtig entfaltet wie in Deutschland, dafür aber immerhin die bürgerliche Gesellschaft – mit selbstbewußten Bürgern. Bei uns hingegen sind selbst die Großbürger nur verkleidete Kleinbürger. Guten Tag, Herr Henkel.

Die Deutschen haben quer durch dieses Jahrhundert ihre Nachbarn in einem Maße beschäftigt, wie es sonst nur noch den beiden Supermächten USA und Sowjetunion gelang. Vier deutsche Diktaturen sind in diesem Jahrhundert gescheitert. Dies zu erwähnen gilt natürlich als unschicklich. Denn mit dem heute gängigen Topos vom »Jahrhundert der Diktaturen« wird nur auf zwei undemokratische Herrschaften abgehoben: auf den Nazifaschismus und die

deutsche Westentaschenausgabe des Stalinismus – die schon schlimm genug war. Ein deutsches Großformat blieb uns Gott sei Dank erspart. Die kriminelle Energie dafür war zweifellos vorhanden.

Mit dem Topos vom »Jahrhundert der Diktaturen«, das die DDR in ihrer Kriminalität mindestens der mörderischen Rassistenherrschaft gleichsetzen, wenn nicht sogar überordnen soll – »Auschwitz der Seelen« –, wird nicht zuletzt suggeriert, Kaiserreich und Weimarer Republik seien bis zum Ende ihres Bestandes parlamentarische Demokratien gewesen. Selbstverständlich sagt das niemand so. Es reicht, wenn es so verstanden wird.

Das Kaiserreich war allerdings nie eine parlamentarische Demokratie, sondern bestenfalls eine konstitutionelle Monarchie – durch eine Revolution »von oben« zustande gekommen. Die Konstituante war entsprechend schwach. Während des Ersten Weltkrieges herrschte in Deutschland dann nicht einmal mehr eine konstitutionelle Monarchie, sondern eine offene und brutale Militärdiktatur – von Ludendorffs und Hindenburgs Gnaden –, die einen effektiven Staatskapitalismus betrieb und erklärte Gegner hinter Festungsmauern verschwinden ließ. Was da 1918 scheiterte, was die Revolution wegfegte, war die erste deutsche Diktatur in diesem Jahrhundert. Das Bewußtsein für diese Tatsache wurde erfolgreich wie absichtsvoll verschüttet.

Auch daß in der Weimarer Republik seit 1930 das Parlament ausgeschaltet war und Hindenburg mit Notverordnungen eine Präsidialdiktatur reinsten Wassers betrieb, wird meist nur am Rande thematisiert. Was da 1933 im Interesse der deutschen Eliten zum Scheitern gebracht wurde, war keine parlamentarische Demokratie mehr. Die war in ihren politisch relevanten Aspekten längst suspendiert – auch wenn der Verfassungstext unverändert blieb und in dieser Zeit mehrere Wahlen stattfanden.

Die heutigen bundesdeutschen – vor allem die katholischen – Eliten haben allerdings keine Neigung, die Hindenburg-Brüning- bzw. Hindenburg-Schleicher-Diktatur großartig zu thematisieren. Denn damit käme nicht nur der Anteil der katholischen Zentrums- partei an der den Weg nach ganz rechts öffnenden Präsidialdiktatur in den Blick, es ließe sich auch die Legende von der von rechts und von links zerstörten Weimarer Republik nicht länger halten.

Und da sei die Staatsräson vor, ist doch die Bundesrepublik als Projekt römisch-deutscher Christen der Höhepunkt deutscher Staatsentwicklung. Diese Republik hat es sogar geschafft, daß der Kleinbürgernachwuchs von 1968 sein eigenes Kind – das einzige wirkliche sozialpolitische Vorhaben seit Erhards Sozialstaatskonzept – dümmlich grinsend in der Wiege erstickte. Der ökosoziale Umbau der Gesellschaft ist letztlich nicht mehr als ein Kahn gewesen, mit dem die Grünen an die Macht schipperten. Die Eingenerationenpartei ist erfolgreich aus der Pubertät heraus. Die Demokratie hat ihre Bewährungsprobe bestanden – die Gefahr drohender Zukunftsfähigkeit für das Land wurde kaputtintegriert. Es wäre zu schön gewesen, ins neue Jahrhundert mit einer Hoffnung zu gehen. Daran hätte mich nicht einmal gestört, daß sie aus Deutschland gekommen wäre.

ERIC HOBSBAWM

Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung

»Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung« heißt der Titel, der mir schon vor Jahren vom Vorstand der Linzer Konferenz vorgeschlagen wurde. Jahrhunderte sind natürlich kein historischer Begriff. Sie sind mit der Geschichte nur durch die Chronologie und durch eine unserer Kultur spezifische Magie der Zahlen verbunden. Hundert Jahre sind eine rein zufällige Zahl in der Geschichte; und die Tatsache, daß wir die Jahrhunderte mit zwei Nullen beginnen, ist noch zufälliger. Übrigens ist es reiner Eurozentrismus, daß die Welt dieses Jahresende, das Ende eines Jahrhunderts und eines Jahrtausends, feiert, denn nur in der christlichen Zeitrechnung ist das so. Wir haben uns aber an die Jahrhunderte gewöhnt, und sie sind eine nützliche Zeitspanne für Leute, die beruflich Ideen vermitteln wie Lehrer, Journalisten und auch Historiker. Ich spreche zu Ihnen also über »das Jahrhundert der Arbeiterbewegung«, mit oder ohne Fragezeichen, obwohl jeder Leser des Kommunistischen Manifests weiß, daß die Arbeiterbewegung bedeutend älter ist als hundert Jahre. Allerdings, die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist kaum mehr als ein Jahrhundert alt. Die ersten bedeutenden Werke der britischen Arbeitergeschichte gehören in die 1880er und 1890er Jahre – ich denke vor allem an die großen Werke des Ehepaars Webb über die britischen Gewerkschaften. Der erste allgemeine Überblick ist wohl W. Kulemanns »Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber aller Länder«, die vor fast hundert Jahren erschien (Jena 1900). Um diese Zeit erschienen auch die ersten innerhalb der Arbeiterparteien geschriebenen Geschichten der Sozialdemokratie, z.B. die erste Version von Mehring 1898.

Was aber bedeutet mein Titel? Mindestens zweierlei. Einerseits wirft er die Frage auf: Was ist in diesem Jahrhundert mit der Arbeiterbewegung geschehen? Wie hat sie sich entwickelt? Andererseits die Frage: Was für eine Rolle hat die Arbeiterbewegung in der Geschichte dieses Jahrhunderts gespielt? Wie hat sie diese Geschichte auch außerhalb der Arbeiterklasse beeinflusst? Über beides möchte ich sprechen.

Zufällig hat die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (wenn wir die Daten nicht zu pedantisch auffassen) Bedeutung für beide Fragen. Lassen Sie mich ein paar Daten zitieren: In den damaligen neunziger Jahren gab die britische Regierung zum ersten Mal eine »Abstract of Labour Statistics« heraus; 1896 das betreffende belgische Ministerium die erste Nummer einer »Revue du Travail«. Mit

Eric Hobsbawm – Jg. 1917, geboren in Alexandria, Schulzeit in Wien und Berlin; seit 1933 in London; emeritierter Professor für Geschichte an der New School for Social Research in New York.

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Referat, das der Autor auf der 35. Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz am 15. September

anderen Worten: In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts mußten die Regierungen Europas zum ersten Mal bewußt mit einer fest etablierten Arbeiterbewegung rechnen. 1894 griff ein britischer Ministerpräsident – Lord Rosebery – zum ersten Mal als Schlichter in einen Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern ein; fünf Jahre später, 1899, tat es der französische Ministerpräsident Waldeck-Rousseau – aufgefordert diesmal von der streikenden Arbeiterschaft der Schneider-Creusot-Werke. Und im gleichen Jahr 1899 machte die französische Regierung einen Schritt, der die politischen Parteien der Arbeiterbewegung, d.h. hauptsächlich die sozialistischen, in eine tiefe Krise stürzte: Sie ernannte einen Sozialisten, den vierzigjährigen Alexandre Millerand, zum Handelsminister. Bis dahin – und noch viel später – stand es für die Sozialisten fest, daß sie erst mit der Niederlage des Kapitalismus, d.h. mit der Revolution, dem erfolgreichen Generalstreik oder dem Wahlsieg einer kompromißlosen sozialdemokratischen Partei, Regierungen bilden oder an diesen teilnehmen sollten. Diese Krise, d.h. der 1900er Kongreß der Zweiten Internationale, der sich dazu äußern mußte, eröffnet das »Jahrhundert der Arbeiterbewegung« im Sinne dieses Vortrags. Diese Arbeiterbewegung war damals allerdings fast gänzlich auf Europa und die Länder der europäischen Emigration beschränkt.

Gibt es eine oder mehrere Arbeiterbewegungen? Es gibt eine Arbeiterbewegung im engsten Sinne, nämlich die Bewegung zur Verbesserung und zur Verteidigung der tatsächlichen Lage der Lohnempfänger, der Arbeitnehmer, die überall in ähnlicher Art existiert – mit Streiks, Gewerkschaftsaktionen usw. –, wo es politisch erlaubt ist. Wie sich das dann mit Ideologien und Politik verbindet, ist eine ganz andere Frage. Da gehen die Ansichten auseinander. Z. B. war in England schon im 19. Jahrhundert die Gewerkschaftsbewegung genügend stark, so daß die Unternehmer mit ihr verhandeln mußten. In anderen Ländern war es nicht so. Es gibt Länder, wie z. B. Frankreich, wo diese Art der Arbeiterbewegung schon immer, von Anfang an, mit wenigen Ausnahmen, ziemlich schwach und nicht stabil war.

Eric Hobsbawm:
Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Warum glaubten die Regierungen Europas, sie müßten sich mit der organisierten Arbeiterbewegung auseinandersetzen? Kaum aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl schon damals Unternehmer behaupteten, die Gewerkschaften brächten sie an den Rand des Untergangs. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten war wohl dem heutigen in Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich vergleichbar (gegen 15 – 20 Prozent in England und Frankreich, etwas weniger in Deutschland). Auch politisch war die Bewegung noch verhältnismäßig schwach, außer in Deutschland, wo die SPD schon mit gegen 30 Prozent der Stimmen bei weitem die größte Wählerpartei war. Allerdings gab es nur in wenigen Staaten schon das allgemeine (männliche) Wahlrecht, aber es war doch vorauszusehen, daß in den Ländern, in denen es eine Arbeiterpartei gab, sie nach Einführung der Wahldemokratie bald zu einer Wahlmacht werden würde. Das geschah im Laufe der Jahre vor 1914 in Skandinavien und anderswo. Was auf die Regierungen einwirkte, war das neue Klassenbewußtsein der Arbeiter, das seinen Ausdruck in den neuen, fast durchweg rotgefärbten Klassenparteien fand. Winston Churchill, als liberaler Handelsminister im reformistischen Ministerium nach 1906, hat das einmal klar formuliert: Wenn das liberal-konservative Zweiparteiensystem einmal zusammenbrechen sollte, dann käme es in Großbritannien zur reinen Klassenpolitik. Und das war natürlich ungünstig, da die meisten Briten zur Arbeiterklasse gehörten. Das war allerdings damals und später ein Ausnahmefall, denn die Arbeiterklasse war eine Minderheit in fast allen anderen Ländern.

Die Millerandkrise zwang die neuen Arbeiterparteien zum ersten Mal zur Untersuchung ihrer Beziehung zum System, in dem sie ihre Tätigkeit ausübten. Offensichtlich stand eine solche Untersuchung auf der Tagesordnung. Im gleichen Jahr – ja, vor fast genau

hundert Jahren, im Herbst 1899 – veröffentlichte Eduard Bernstein sein Manifest des Revisionismus »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie«, das zur erbitterten internationalen Diskussion über seine Thesen führte. Wir leben auch heute wieder in einem ähnlichen historischen Augenblick, allerdings nicht unter dem optimistischen Vorzeichen der Arbeiterbewegung des alten fin-de-siècle, sondern unter dem pessimistischen des heutigen. Darf ich Sie daran erinnern, daß im gleichen Jahr 1899, auch zum ersten Mal, Bücher mit dem Titel »Krise des Marxismus« (Masaryk), ja sogar »Ende des Marxismus« (Weisengruen 1899) erschienen.

»Reformismus oder Revolution?« war die Grundfrage sowohl der Millerandkrise wie der Revisionismusdebatte. Wenn der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht zu erwarten war – und damals wie heute konnte man nicht mehr an das unmittelbar bevorstehende Ende des Kapitalismus glauben, wenigstens in der sogenannten entwickelten Welt –, dann hieß die Frage: Was gab es eigentlich unter solchen Umständen für die Arbeiterbewegung zu tun? Oder mit anderen Worten, da die meisten dieser Arbeiterparteien sozialistisch waren: Gab es einen anderen Weg zum Sozialismus als die Revolution? Die Fälle Millerand und Bernstein waren skandalös, weil sie diese Frage in einer Form stellten, die sich nicht umgehen ließ. Bernstein formulierte sie sogar als offene Revision des Marxismus und wurde daher von allen Seiten entrüstet abgelehnt. Da es politisch um einen Einzelfall ging und die Theorie nicht angegriffen wurde, behandelte die Internationale die Millerand-Affäre viel behutsamer und schlug eine Kompromißlösung vor, die praktisch die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen ermöglichte und daher auch den Weg zu einer neuen Politik öffnete. Auch in der Revisionismusfrage paßte sich die Sozialdemokratie in der Praxis, wenn auch nicht in der Theorie, an die Wirklichkeit des Kampfes um Besserung der Lage der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus an, auch wenn sie Bernsteins theoretische Begründung des Reformismus kategorisch abwies. Kurz: Von 1900 an lebte auch die marxistische Arbeiterbewegung in den Hauptländern des Kapitalismus in einer faktischen Symbiose mit dem System und nicht im Kriegszustand mit ihm.

Ich sage bewußt: die sozialistische Arbeiterbewegung und nicht einfach die Arbeiterbewegung. Denn die Krise des Revisionismus war eine Krise des Sozialismus und nicht der Bewegung selbst. Gestern abend diskutierten wir das Thema: »Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne?«¹ Doch dieser Titel ist falsch. Die Arbeiterbewegung (wie das Klassenbewußtsein) ist kein »Projekt«, sondern ein in einem bestimmten Stadium der gesellschaftlichen Produktion logisch notwendiges und praktisch unvermeidliches Charakteristikum einer Klasse der Lohnarbeiter. Der Sozialismus dagegen ist ein Projekt, das heißt die Absicht und der Versuch, den Kapitalismus zu stürzen und durch ein neues wirtschaftliches System und eine neue Gesellschaft zu ersetzen. Obwohl dieses Projekt fast von Anfang an mit der Arbeiterbewegung eng verflochten ist, sind die beiden nicht identisch. Arbeiterbewegungen finden wir in allen Gesellschaften, in denen eine

Es stimmt, daß der Sozialismus nicht mit Marx angefangen hat und vielleicht auch nicht mit Marx aufhören wird – als Ideal. Ich habe ja bemerkt, daß es sozialistische Bewegungen gibt, die nicht direkt mit der Arbeiterbewegung zusammenhängen. Früher und heute. Ich glaube aber, daß das Problem des Sozialismus umzudenken ist, oder besser gesagt, daß wir es in zwei Teile teilen müssen. Das ursprüngliche Projekt war eigentlich nur als die Negierung des Kapitalismus, der bestehenden aufsteigenden Gesellschaftsordnung gedacht. Wenn man sich einmal die tatsächliche Politik, auch die tatsächliche Theorie der Begründer des Sozialismus anschaut, sieht man, daß sehr wenig über den Sozialismus nachgedacht worden ist. Sozialismus ist, wie wir es heute wissen, nicht (so gewesen), wie er sein sollte. Marx selbst hat ganz bewußt Abstand davon genommen, darüber nachzudenken, wie ein Sozialismus sein sollte, hat bloß allgemein von Sozialismus gesprochen. Und Sie wissen ja auch, daß die Wirtschaftstheorie (Planung und ähnliche Dinge) nicht ursprünglich aus dem Sozialismus kam. Als es nach dem ersten Weltkrieg zu Sozialisierungsdebatten kam, da waren es bürgerliche Volkswirtschaftler, die den Sozialdemokraten vorwarfen: Ihr habt ja nicht darüber nachgedacht, was nun eigentlich geschehen soll; das müßt ihr noch tun. Die einzigen Modelle, auch die, die die Bolschewiki wirklich hatten, waren die deutsche Kriegswirtschaft und ähnliche. Was den Leuten vorschwebte, war irgendeine Gesellschaft

ohne Konkurrenz, ohne Geld, ohne Markt, gänzlich sozial organisiert. Das hat fehlgeschlagen. Entweder hat man Abstand davon genommen, es überhaupt zu realisieren, – das war bei den meisten sozialdemokratischen Parteien so, auch wenn sie vor und nach Godesberg weiterhin sagten, sie wollten am Ende doch irgendeine voll sozialistische Gesellschaft. Aber niemand hat es wirklich versucht. Oder man hat versucht, es auf bolschewistische Art zu realisieren, und das hat nicht geklappt. Eric Hobsbawm:
Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Arbeiterklasse existiert, außer dort, wo sie durch Zwang und Terror verhindert wird. Allerdings finden wir sie besonders klar entwickelt in Ländern, in denen es durch politische Demokratie oder anderswie möglich ist, daß sie ihre Tätigkeit entfalten kann. Sie spielte z.B. in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle, zum Unterschied vom Sozialismus als Ideologie oder als politische Bewegung, deren Abwesenheit dort schon seit hundert Jahren oft bemerkt wurde. Sie spielt sie dort übrigens noch immer, z.B. als eine der wichtigsten Geldgeberinnen für die Demokratische Partei. Auch in Großbritannien gab es vor der Labour Party eine mit der Liberalen Partei verbundene Arbeiterbewegung, und daß die Bewegung sich gänzlich von den Liberalen trennte, wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg unvermeidlich. Es erstaunt noch heute manchen Sozialisten und Kommunisten, daß sich in den vierziger Jahren unseres Jahrhunderts in Argentinien eine politisch eigenständige und radikale Massenarbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entwickelte, die ideologisch nicht sozialistisch war und auch nicht liberal, sondern rein durch Treue zu einem demagogischen Führer mobilisiert wurde, nämlich den Peronismus. Ja, es gibt nicht nur nichtsozialistische, sondern auch antisozialistische Arbeiterbewegungen, so zum Beispiel die polnische Solidarność, ebenso wie es nationalistisch oder konfessionell gefärbte Arbeiterbewegungen gab und gibt, ob ohne oder mit Verbindung zu anderen Ideologien. Erinnern wir uns daran, daß der Versuch, die Katholiken in die Regierung Nordirlands zu bringen, vor fünfundzwanzig Jahren durch einen Generalstreik der protestantischen Arbeiterschaft sabotiert wurde.

Ich behaupte natürlich nicht, daß die lange geschichtliche Verbindung zwischen Arbeiterbewegung, den Sozialisten, deren Ideologien und den sozialistischen Parteien ein historischer Zufall ist. Ich will nur feststellen, daß Arbeiterbewegung und Sozialismus nicht notwendigerweise notorisch kongruent waren und sind. Es gibt übrigens in der Geschichte auch Sozialismus und Kommunismus ohne Arbeiterbewegung – vorkapitalistische, wie z.B. christliche und ketzerische, und dann den utopischen Sozialismus vor Marx, der ja an keine Klassenbasis gebunden war, jedenfalls theoretisch nicht, obwohl er praktisch sehr an Elemente aus der jungen Arbeiterbewegung anknüpfte. Ja, mehr noch: Marxistische Theoretiker von Kautsky bis Lenin behaupteten, daß der Sozialismus nicht spontan aus der Arbeiterbewegung entsprang, sondern von außen in sie hineingetragen werden mußte. Das ist meiner Ansicht nach übertrieben. Ich glaube, daß mindestens seit dem Zeitalter der Revolution – besonders der Großen Französischen Revolution, aber auch der gesellschaftlichen Umwälzung der industriellen Revolution – die Möglichkeit eines Umsturzes, einer ganz anderen Gesellschaft als der heutigen, zum Erfahrungsgut der Menschen aller Klassen in den von diesen Revolutionen betroffenen Gebieten wurde. Der kollektive Kampf um die Verbesserung der Bedingungen der Arbeiter schloß also die Möglichkeit und daher für arme Leute den Wunsch nach einer neuen und besseren, d.h. einer sozial gerechteren, Gesellschaft ein. Ja, ich glaube sogar, daß die Idee einer auf Gemeinschaft und nicht auf Konkurrenz gebauten

Gesellschaft spontan in der frühen Arbeiterbewegung enthalten war. Was von außen in die Bewegung hineingetragen werden mußte, war etwas anderes: nämlich der spezifische Name und Inhalt dieser neuen Gesellschaft – Sozialismus als Programm der Bewegung, die Strategie des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und ganz besonders der Begriff der auf gesamtstaatlicher Ebene organisierten und politisch tätigen Klassenparteien und deren Programm. Gewerkschaften, Streiks, Genossenschaften, kollektive, gemeinsame Hilfe ergeben sich sozusagen spontan aus der Lage, aus der Lebenserfahrung der Proletarier. Aber eine politische Partei in einem modernen Staat und noch weniger auf internationaler Ebene kommt nicht automatisch.

Der grundlegende Beitrag von Karl Marx und Friedrich Engels war die Feststellung, schon im Kommunistischen Manifest, daß die Organisation der Arbeiter als Klasse logisch ihren Ausdruck in einer gesamtstaatlichen politischen Partei finden mußte. Allerdings konnte das nur unter Bedingungen der liberalen oder bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaaten stattfinden, denn nur diese erlaubten sozusagen eine offizielle legale Organisation der Massen. Das war eine Erkenntnis von ungeheurer historischer Reichweite sowohl für die Arbeiterbewegung, die es ohne politischen Druck auf die Unternehmer durch den Staat nicht sehr weit bringen konnte, wie auch für die Struktur der modernen Politik im allgemeinen. Das beweist schon die Tatsache, daß ja noch heute fast alle Staaten der europäischen Union ganz oder zum Teil von diesen von Marx und Engels vorhergesagten und vor etwa hundert Jahren in der Zweiten Internationale zusammengefaßten Arbeiterparteien regiert werden. Andererseits bestand und besteht kein zwingender Grund anzunehmen, die Arbeiterklasse (und daher die Arbeiterbewegung) könnte es unter keinen Umständen im Kapitalismus zu etwas bringen und müßte daher revolutionär werden oder bleiben, und es gibt überhaupt keinen Grund anzunehmen, sie wäre unter allen Umständen die eigentliche, die »wirklich revolutionäre Klasse«. Das haben Intellektuelle und andere Menschen, die sich der Arbeiterbewegung anschlossen, in sie hineingelesen, weil sie wollten, daß es so wäre.

Wir wissen aber heute leider, daß es nicht notwendigerweise so war oder ist. Wir wissen übrigens auch, daß Revolutionen viel zu komplizierte Ereignisse sind, als daß man sie einfach von der Klassenstruktur ablesen könnte. Die linken Historiker und Theoretiker der Arbeiterbewegung, besonders die Marxisten, die erklären wollten, warum die meisten Arbeiterparteien sich meist hartnäckig weigerten, ihre revolutionäre Rolle zu spielen, hätten sich viel Zeit, Mühe und Scharfsinn ersparen können.

In Ländern des entwickelten Kapitalismus, in denen eine Revolution nicht aus anderen Gründen auf der Tagesordnung stand, gab es wohl Revolutionäre innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung; aber die Mitglieder dieser Arbeiterbewegung selbst waren nur ausnahmsweise revolutionär, auch wenn ihre Parteien sich sozialistisch nannten. Die Rolle dieser Minderheiten der Revolutionäre war andererseits von Zeit zu Zeit eine bedeutende. Ich werde darauf noch kurz zurückkommen.

Der andere Teil des Sozialismus ist die Kritik der Tendenzen des Kapitalismus, die es immer mehr notwendig machen, daß die Struktur der Wirtschaft (sich) in einer Art wendet, daß soziale Kontrolle stattfindet, Wirtschaftsfunktionen sozial geregelt werden und nicht nur durch private Initiative und Imperative der Akkumulation des Kapitals. Diese Kritik besteht weiter, gerade angesichts der Tatsache, daß wir heute in einem Augenblick sind, in dem der Neoliberalismus – der Ultraneoliberalismus – seine Schwächen bewiesen hat, nämlich in der großen Krise des Vorjahres, 1998, deren Tiefe uns im »glücklichen Europa« nicht bewußt war – was sie für die Weltgesellschaft bedeutet, für die dritte Welt und ganz besonders für die exsozialistische Welt.

Ich glaube, der Sieg des Neoliberalismus geht vorbei. Die Kritik, die Notwendigkeit einer sozialen Regelung der Wirtschaft beweist sich immer wieder als immer notwendiger. Und in diesem Sinne, glaube ich, ist der Sozialismus nicht nur nicht tot, sondern die Notwendigkeit dieser Dinge wird immer klarer.

Eric Hobsbawm:
Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Am Anfang dieses Jahrhunderts schien also in den Staaten des entwickelten Kapitalismus der Symbiose der Arbeiterbewegung mit einem funktionsfähigen Kapitalismus nichts entgegenzustehen; und ein Zusammenbruch des Kapitalismus war ebensowenig zu erwarten wie der der bürgerlich-liberalen und sich demokratisierenden Verfassungen, die seine typische Staatsform darstellten. Kaum etwas schien das bürgerlich-kapitalistische Entwicklungsmodell und die imperialistische Struktur der Welt zu gefährden, d.h. die wirtschaftliche, kulturelle und nicht zuletzt politisch-militärische Überlegenheit der »entwickelten« bürgerlichen Welt und die Abhängigkeit der »rückständigen« Welt. Ja, sogar in den meisten rückständigen Ländern, in denen die Revolution wirklich und nicht nur rhetorisch auf der Tagesordnung stand, schien es für die Marxisten klar, daß es nur durch die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung vorwärts ging. Für die sogenannten Legalmarxisten in Rußland wurde daher der Marxismus eine Ideologie der kapitalistischen Industrialisierung und nicht mehr, und sogar die Bolschewiki waren bis 1917 überzeugt, daß die kommende Revolution in erster Linie zu einer bürgerlichen Gesellschaft führen mußte, da erst durch diese die geschichtlichen Bedingungen für den weiteren Fortschritt zur proletarischen Revolution und damit zum Sozialismus geschaffen würden.

Der Erste Weltkrieg schien alle diese Prognosen wegzufegen. Was ich als das »Katastrophenzeitalter« genannt habe, von 1914 bis Ende der vierziger Jahre², stand im Zeichen der Worte: Krieg, Zusammenbruch und Revolution, d.h. vor allem der russischen Oktoberrevolution. Für die alte Welt ging alles schief: Weltkriege mündeten in Revolutionen und Zusammenbrüchen der Kolonialreiche, die bürgerlich-liberalen und demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten wichen in Blitzesschnelle, innerhalb von zwanzig Jahren, politischen Regimes, die man sich vor 1914 kaum hätte vorstellen können, wie Hitlers Deutschland und Stalins UdSSR.

Der liberale Marktkapitalismus selbst schien in der Krise der frühen dreißiger Jahre zusammenzubrechen. Die Frage stellte sich, selbst für viele Bürgerliche: Konnte er überhaupt überleben, außer in einer Form, die Demokratie und Arbeiterbewegung abschaffte, d.h. als autoritäres oder faschistisches System? (An die Verbindung von Diktatur und uneingeschränkter Marktwirtschaft, wie sie in Chile oder Indonesien bekannt wurde, dachte noch niemand).

Daß man außerhalb Moskaus die primitive Wirtschaft der Stalinischen Sowjetunion ernstlich als ein dynamischeres Wirtschaftssystem als das westliche betrachten konnte, als mögliche Alternative zum Kapitalismus im Weltmaßstab, läßt sich nur durch die große Krise der beginnenden dreißiger Jahre erklären. Ja, bis in die frühen sechziger Jahre gab es bürgerliche Politiker (wie den englischen Ministerpräsidenten Macmillan), die (wie Chruschtschow) glaubten, die sozialistischen Wirtschaften könnten die westlichen überholen. Aber auch wenn man das wirtschaftliche Potential des kommunistischen Staates skeptischer einschätzte, so konnte niemand die weltpolitische Bedeutung und die militärische Macht der Sowjetunion übersehen. Der Erste Weltkrieg hatte dem Zarismus das Genick gebrochen. Der zweite bewies die Überlegenheit des

neuen Rußland gegenüber dem alten, es war der wichtigste Faktor für den Sieg über den Faschismus. Der Zweite Weltkrieg machte die UdSSR zur Supermacht. Und für die neu befreiten Kolonien und andere Staaten der Dritten Welt wurde sie, und durch sie der Sozialismus, tatsächlich ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell.

Der Sturz des Kapitalismus und nicht die Symbiose mit ihm schien also im Katastrophenzeitalter an der Tagesordnung; der revolutionäre Aufbau einer neuen Gesellschaft und nicht der langsame Vormarsch durch Reformen auf ein praktisch kaum mehr angestrebtes Endziel. Ja, das Ehepaar Webb z.B., die Gründer der englischen Fabier-Gesellschaft, von denen seinerzeit Bernstein den Revisionismus gelernt hatte, sagten sich in den dreißiger Jahren vom Reformismus ab und wurden Bewunderer der Sowjetunion. Das ist heute schwer zu verstehen, Historiker müssen aber wissen, daß es damals so war.

Doch – obwohl es nach 1918 und in den dreißiger Jahren weiß Gott nicht so aussah – drohten dem Kapitalismus in seinen Hauptländern weder der endgültige Zusammenbruch noch die soziale Revolution. Die blieb auf die Länder an der Peripherie des Systems beschränkt, und die Hoffnung, sie könnte von Moskau nach Berlin überspringen, war nie realistisch. Daher blieb die Basis der reformistischen Symbiose bestehen. Ja, die russische Revolution und das Gespenst eines kommunistischen Weltumsturzes machten sie für die bürgerliche Politik und die Unternehmer noch reizvoller, besonders da sich nach 1917 die reformistischen und die revolutionären Parteien ganz scharf voneinander abgrenzten.

Bloß: Zwischen den Kriegen fehlte zeitweise die wirtschaftliche Konjunktur, welche die Mittel für die dafür notwendigen Konzessionen an die Arbeiterbewegung hätte liefern können. Übrigens blieb die Arbeiterbewegung in diesen Ländern auch in den ärgsten Krisenzeiten mehrheitlich bei reformistischen und nicht bei revolutionären Parteien. Nur während des Krieges änderte sich das in einigen Ländern.

Zwischen den Kriegen gab es nur drei Staaten, in denen legale kommunistische Parteien Massenanhänger hatten, und auch dort blieben sie bis zum Ende der Legalität schwächer als die Sozialdemokratie: Deutschland, Frankreich und die Tschechoslowakei; wäre die kommunistische Partei in Finnland legal gewesen, dann hätte es wohl vier gegeben. Anderswo hatten die revolutionären Parteien maximal gegen 6 Prozent (Belgien, Norwegen, Schweden) und auch das nur flüchtig.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte die Symbiose wieder, diesmal im Rahmen einer systematischen wirtschaftspolitischen Reform des westlichen Kapitalismus, gestützt sowohl auf eine bewußte Politik der Integration der Arbeiterbewegung durch Vollbeschäftigung und Sozialstaat, wie auch auf das Wirtschaftswunder des »goldenen Zeitalters« (1947-1973). Wäre diese neue Symbiose auf diese Art zustande gekommen ohne die traumatische Erfahrung der großen Krise und des deutschen Nationalsozialismus? Auch ohne die Furcht vor dem Vormarsch des Kommunismus, hinter dem jetzt eine Supermacht stand? Hätte Bernstein ohne Hitler und Stalin siegen können? Wahrscheinlich nicht.

Ich habe nicht behauptet, daß das Wachstum der Arbeiterbewegung durch die Angst vor dem Kommunismus oder auch die Angst vor Hitler, vor der Radikalisierung der Arbeiter nach rechts, begründet wurde. Die Arbeiterbewegung mußte – in den Augen der Bourgeoisie – integriert werden, weil sie schon stark

war. Was aber zum großen Teil, meiner Ansicht nach, der Furcht vor dem Kommunismus zuzuschreiben ist, ist die »Vernunftfehe«, die der Kapitalismus nach 1945 mit der Sozialdemokratie einging; daß eine reformistische Sozialdemokratie bewußt als Teil, der staats- und systemerhaltende Teil, des reformierten Kapitalismus betrachtet wurde; daß sehr viel vom Programm der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt das Recht auf Arbeit, d. h. die Vollbeschäftigung, übernommen wurde. Ich glaube kaum, daß es ohne die Erfahrungen der Zeit zwischen den Kriegen dazu gekommen wäre. Dazu gehört nicht nur die Furcht vor dem Kommunismus und der Sowjetunion, sondern auch die Furcht vor einer Rechtsradikalisierung, die in den dreißiger Jahren stattgefunden hatte und die ja heute unter Umständen wieder stattfindet.

Eric Hobsbawm:
Erwiderung auf Fragen
zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

In den Kernländern des Kapitalismus siegte also das revisionistische Modell der Arbeiterbewegung, allerdings offiziell erst nach Ende des Katastrophenzeitalters, so z.B. mit der Absage der SPD an den Marxismus im Godesberger Programm (1959). Doch den Marxismus konnte man als sozialdemokratische Partei ruhig aufgeben. Wer brauchte den Sozialismus, wenn in der Praxis – d.h. gegen Ende des »goldenen Zeitalters« 1947-1973 – die Ziele des Reformismus fast hundertprozentig erreicht waren und es den Arbeitern besser ging, als es sich die optimistischsten Vertreter der Symbiose vor 1914 hätten vorstellen können! Die revisionistischen Parteien blieben trotz Absage an den Sozialismus von Marx weiter in der Arbeiterbewegung verankert und wurden – nicht zuletzt von ihrem Wählerstamm – als Vertreter der Arbeiterklasse behandelt.

Die Abkehr der Arbeiterparteien von ihrer Klasse kam erst später – in den achtziger und besonders den neunziger Jahren. Denn bis Ende der siebziger Jahre erforderte der beispiellose Aufschwung der Industrie – trotz der hohen und steigenden Technologien – noch immer eine riesige Masse der Industriearbeiter, deren Anteil an der Bevölkerung, und daher als Wähler, trotz allem nicht fiel und in vielen Ländern sogar noch anwuchs. In den siebziger Jahren gab es wohl im kapitalistischen Europa absolut und relativ mehr Proletariat als in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, als das neue Klassenbewußtsein plötzlich proletarische Massenparteien aus der Erde gestampft hatte. Allerdings stellte sich heraus, daß die Arbeiterparteien es (auch zusammen mit der antireformistischen Linken) bestenfalls auf ungefähr die Hälfte der Stimmen bringen konnten, und auch das erst nach dem Zweiten Weltkrieg und besonders in den siebziger Jahren, kurz vor ihrer Krise.

Wenn wir die Zwischenkriegszeit beiseite lassen, können wir also die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Kernländern bis zum neuen Krisenzeitalter seit den siebziger Jahren wie folgt zusammenfassen:

Schon vor dem Ersten Weltkrieg begann die Politik der herrschenden Klassen sich im Zuge der Demokratisierung auf sozialen Reformismus umzustellen. Die Zwischenkriegszeit beschleunigte diesen Prozeß in den nichtfaschistischen Ländern, obwohl er sich erst in der zweiten Nachkriegszeit unter der Devise »Wohlfahrtsstaat« systematisch durchsetzte. Es gab im Zuge der Demokratisierung der Politik und des wirtschaftlichen Wachstums schon vor 1914 eine wachsende Anerkennung der Rolle gemäßigter Arbeiterbewegungen (Deutschland, mit seinem Sonderweg, war noch immer eine Ausnahme). In bürgerlich-demokratischen Ländern war deren Integrierung in den normalen Prozeß der Politik nur eine Zeitfrage. Und das bedeutete weiter, in der Praxis, die Identifizierung der Arbeiterbewegungen und -parteien mit ihren Nationalstaaten. 1914 wurde das bei Kriegsausbruch unter Beweis gestellt.

Die Kraft der organisierten Arbeiterschaft, d.h. der Gewerkschaftsbewegungen, wuchs sprunghaft im Ersten Weltkrieg. Obwohl sich das zwischen den Kriegen nicht halten konnte, wuchsen die Kräfte der Arbeiterbewegung weiter in und nach dem zweiten Krieg und erreichten, mit Ausnahme der fast immer schwach und unsicher organisierten Industrieländer Frankreich und Spanien,

wohl ihre maximale Stärke in den siebziger Jahren. Die Arbeiterparteien wurden ab dem Ersten Weltkrieg bewußt zu staats- und systemerhaltenden Kräften, d.h. sie wurden in und nach dem Ersten Weltkrieg in die Regierungen einbezogen, bildeten bald selbst Regierungen, allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg Regierungen ohne Unterstützung durch nichtsozialistische Parteien. Auch diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt in den siebziger Jahren. Dann aber kam die Krise.

Was aber war die Rolle der Revolutionäre in der Arbeiterbewegung? In den Kernländern des Kapitalismus war die Arbeiterbewegung keine revolutionäre, da weder der Sturz des Kapitalismus noch der Sozialismus zu erreichen waren. Aber man brauchte sie, die Revolutionäre, da auch die unsozialistische Arbeiterbewegung auf die Verbindung von Klassenkampf in den Betrieben und politischem Druck auf Nationalregierungen angewiesen ist. Besonders wo Gewerkschaften stark waren, war also Platz für revolutionäre Aktivisten, so daß ganz kleine Minderheiten z.B. von Kommunisten eine verhältnismäßig enorme Rolle in den Gewerkschaftsbewegungen von Ländern wie Großbritannien und sogar den Vereinigten Staaten spielen konnten, in denen ihre Partei politisch überhaupt nicht zählte. In Großbritannien z.B. erreichte die KP den Höhepunkt ihres Einflusses in der Gewerkschaftsbewegung in den siebziger Jahren, als sie schon politisch im Sterbebett lag. In den Diktaturen, die noch vom Katastrophenzeitalter übrig geblieben waren – so z.B. Portugal und Spanien – spielten die Kommunisten noch immer die führende Rolle in der Illegalität wie seinerzeit im Faschismus, wo die Rolle der Revolutionäre, die ja an die Illegalität, den illegalen Kampf gewöhnt waren, sehr grundlegend war. In den Ländern Südeuropas spielten sie auch eine maßgebliche Rolle im Übergang zur Demokratie, wurden aber bald an den Rand gedrängt. In Italien glich sich die größte kommunistische Massenpartei systematisch dem sozialdemokratischen Modell an; in Frankreich, wo sie das nicht tat, ging es mit ihr steil abwärts.

Außerhalb der Kernländer des Kapitalismus war die Lage ganz anders. Hier aber müssen wir – leider – zwischen den Ländern der siegreichen leninistischen Revolution und denen der Dritten Welt unterscheiden. Kurz gefaßt: Die Kommunisten siegten z.T. durch das und sicher im Namen des Proletariats und schufen durch die Industrialisierung eine riesige Arbeiterklasse in den Ländern des Realsozialismus. Aber sie schafften eine Arbeiterbewegung im wirklichen Sinn des Wortes ab und ließen, solange sie es konnten, keine von Staat und Partei unabhängige Organisation der Arbeiter zu. Und ohne diese kann es eine Arbeiterbewegung nicht geben. In der Zeit des Kommunismus gibt es daher eine Arbeitergeschichte, wohl auch eine Geschichte der Arbeitskämpfe, aber, mit wenigen Ausnahmen wie z.B. die polnische »Solidarität« in den achtziger Jahren, keine Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinn.

Anderswo, in der Dritten Welt, beginnt, mit wenigen und bescheidenen Ausnahmen, die Arbeiterbewegung erst mit der russischen Revolution. Die Zweite Internationale existierte kaum in der Dritten Welt, und die Grundlagen der sozialdemokratischen, geschweige denn der Bernsteinschen Politik existierten einfach nicht.

Andererseits existierte in gewissen Teilen der Dritten Welt, in Lateinamerika, etwas, was aus historischen Gründen im alten Europa kaum zu finden war, nämlich die Bereitschaft demagogischer Staatsoberhäupter, die Arbeiterbewegungen ganz bewußt gegen ältere Eliten von Großgrundbesitzern zu fördern, manchmal sogar Grundlagen für eine Arbeiterbewegung legal zu schaffen, wie z.B. in Argentinien und Brasilien. Allerdings bestand – mit einigen wenigen Ausnahmen (Bergbau und Energie, Textil-, Transport- und Hafendarbeit) – bis zur wirklichen Industrialisierung der Dritten Welt in den siebziger Jahren auch kaum eine organisierbare Arbeiterklasse.

Seitdem gibt es dort den Aufstieg von mindestens zwei Massenarbeiterbewegungen, die sich mit den europäischen sozialistischen Parteien von vor hundert Jahren vergleichen lassen. Ich denke hier erstens an die »Partei der Arbeiter« in Brasilien und zweitens (darüber weiß ich weniger) an die Massengewerkschaftsbewegung in Südkorea. Beide entstanden in den achtziger Jahren. Wie weit das typisch ist, ist eine große historische Frage. Das ist wohl, ähnlich wie es in Europa war, ein Übergangsphänomen einer gewissen Phase der Industrialisierung, die auch in der dritten Welt die Form wie in der ersten Welt erreichen wird. Der Einfluß der Leninisten auf die Bewegungen der dritten Welt war zwar bedeutend, aber nur in einigen Gebieten, z.B. in Südafrika, entscheidend. Doch gleichviel, was für eine Ideologie oder Nichtideologie hinter diesen Bewegungen stand, sie lebten meist in Ländern, wo Umsturz, Revolution, Straßenkampf und Gewehre im zwanzigsten Jahrhundert weit vertrauter waren als die friedliche, verfassungsmäßige, demokratische Politik.

Und nun komme ich am Ende dieses Vortrags zur großen Wende seit den siebziger Jahren. Ich denke hier nicht so sehr an den Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischen Typs, sondern an den Zusammenbruch der Hoffnungen Bernsteins.

Das Gebäude des Reformismus ruhte auf drei Grundpfeilern.

Erstens, die Größe und das Wachstum der Arbeiterklasse und der Sinn für die Zugehörigkeit, der eine heterogene Masse von Arbeitenden und mehr oder weniger armen Menschen in eine einzige Klasse zusammenschweißte. In bürgerlich-demokratischen Staaten legte das schon vor 1914 Konzessionen an eine wichtige Wählermasse nahe, solange sie sich nicht zu radikal gebärdete. Aber seit den siebziger Jahren schrumpft die alte Arbeiterklasse in den Industrieländern der Ersten Welt sowohl relativ wie absolut, und sie hat viel vom einigenden Klassenbewußtsein verloren. Es kam hinzu, daß Arbeiterschichten, die früher bedingungslos zur Bewegung gehörten, jetzt zu wirtschaftsliberalen Parteien schwenkten, wie das in England unter Thatcher der Fall war. Denn mit der ungeheuren Bereicherung unserer Gesellschaften hat sie auch etwas verloren, nämlich die alte Überzeugung, daß wirkliche Besserung für den einzelnen nur durch oder wenigstens mit Solidarität und kollektivem Handeln zu erreichen ist.

Der *zweite* Grundpfeiler des Reformismus war seit der russischen Revolution 1917 und besonders seit 1945 die Angst vor dem Kommunismus und der Sowjetunion. Dessen Vormarsch schien

nach 1945, wenigstens in Europa, nur durch eine Politik der Vollbeschäftigung und der Sozialreformen einzudämmen zu sein. Aber die UdSSR gibt es nicht mehr, und daher verlernte der Kapitalismus in den Jahren seit dem Fall der Mauer das Fürchten, und daher auch das Interesse an denen, die keine Aktien besitzen. Übrigens zeigte sich auch, daß die Massenarbeitslosigkeit in den achtziger und neunziger Jahren die alte Kraft zur politischen Radikalisierung verloren zu haben schien.

Doch nach 1945 erwies sich auch der Reformismus, und ganz besonders die Politik der Vollbeschäftigung, nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich notwendig, was Keynes und die schwedischen Ökonomen der Sozialdemokratie ja vorausgesagt hatten. Und das war der *dritte* Pfeiler, auf dem der Reformismus ruhte. Nicht nur sozialdemokratische Regierungen, sondern alle Regierungen verfolgten jetzt die gleiche Politik. Diese brachte den westlichen Staaten nicht nur politische Stabilisierung, sondern eine Hochkonjunktur und ein wirtschaftliches Wachstum des Kapitalismus wie noch nie zuvor. Erst in der Zeit der Krise seit 1973, als die Reformpolitik nicht mehr so erfolgreich war, ließen sich viele Regierungen von der ultraliberalen Wirtschaftsideologie überzeugen, die seit den Siebzigern in der volkswirtschaftlichen Fakultät Chicagos grassierte. Und für diese waren die Arbeiterbewegungen, Arbeiterparteien und öffentliche Wohlfahrtsvorkehrungen, ja überhaupt die Staaten, nichts als Behinderungen des freien Marktes, der maximales Wachstum der Profite und der Wirtschaft und daher so behaupteten diese Ideologen – der allgemeinen Wohlfahrt garantiere. Am besten, man könnte sie alle abschaffen. Statt Vollbeschäftigung gab es jetzt die Doktrin der »natural rate of unemployment«. Dazu kommt der Rückzug des Nationalstaates vor der transnationalen Globalwirtschaft, die seit den siebziger Jahren den Ton angibt. Die Arbeiterbewegungen blieben fest an ihre Nationalstaaten gekettet, ja mehr als je in den staatlich gelenkten Mischwirtschaften und Wohlfahrtsstaaten der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Ohne den Nationalstaat verlieren Arbeiterbewegung und Arbeiterparteien ihre stärkste politische Waffe. Und bis jetzt ist es den Arbeiterbewegungen trotz ihres theoretischen Internationalismus noch nie gelungen, sich vom rein nationalen Rahmen ihrer Tätigkeit zu befreien. Das müssen sie aber heute lernen.

Wir befinden uns also heute in einer neuen Phase der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung besteht noch. In der sich neu industrialisierenden Dritten Welt ist sie, wie das Beispiel Brasilien und Korea zeigt, noch im Aufstieg. Dort kann von einer Schrumpfung der Industriearbeiterschaft noch keine Rede sein. Aber auch in den reichen Ländern der alten Industrielwelt wird sie weiterbestehen, wenn auch in beschränkterem Umfang:

Erstens, weil (wie Marx voraussagte) die große Mehrheit der beschäftigten Bevölkerung aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, deren Interessen, wenigstens als Arbeitnehmer, andere sind als die der Arbeitgeber. Konflikte zwischen beiden erfordern (jedenfalls auf der Arbeitnehmerseite) kollektives Handeln. Ob im politischen Sinn des Wortes oder unpolitisch – eine Art Klassenkampf geht weiter.

Ob es positive Ausblicke ins 21. Jahrhundert gibt, ist etwas, was man einen Historiker, zumal Historiker des 20. Jahrhunderts, nicht fragen soll. Das einzige, was ich sagen kann, ist: Wir haben dieses Jahrhundert durchgemacht, sind doch am Ende herausgekommen, haben das Ärgste, was die Geschichte uns antun kann, (über)lebt – und das gibt schon einen gewissen Grund zum Optimismus. Viel mehr möchte ich dazu nicht sagen. Das machen Politiker.

Ich kann bloß sagen: Die Arbeiterbewegung geht weiter. Die Parteien, die aus ihr herausgekommen sind, sind Trägerinnen eines Projekts, das man Moderne nennen kann oder auch nicht, das aber aus dem 18. Jahrhundert, aus dem Zeitalter der Revolution und der Aufklärung ausgeht und bis heute das einzige Projekt geblieben ist, das allen Menschen, überall die Besserung andient; das sich nicht darauf beschränkt, nur den einen das zu geben,

was den anderen vorenthalten wird. Und ich glaube, daß diese Tradition noch da ist und sie auch noch in der Politik, nicht nur in der Politik von Parteien, sondern in gewisser Hinsicht unter den Wählern da ist.

Sie wird schwer und schnell untergraben durch die heutige Tendenz, die sich nicht aus der Ideologie des freien Marktes absondert, sondern aus der Realität des freien Supermarktes, die Bürger durch Käufer zu ersetzen, ihnen zu sagen: Alles, was ihr braucht, ist nur: zu sagen, was ihr haben wollt – und dann kauft es euch, der Supermarkt liefert es euch; ihr braucht eigentlich nicht zu wählen, nicht zu demonstrieren, ihr braucht überhaupt nichts zu tun. Und das ist die große Gefahr. Aber gegen diese Gefahr gibt es, glaube ich, schon genug Anzeichen, auch in Europa, Anzeichen dafür, daß die Leute nicht bereit sind, sich einfach von Menschen in Käufer zu verwandeln. Und wenn das als optimistische Vorhersage zählen kann – nun, so sei es das.

Eric Hobsbawm:
Erwiderung auf Fragen zum Referat vom 15. September 1999 in Linz, nach dem Tonbandmitschnitt.

Zweitens gibt es noch eine gesellschaftliche Schichtung – d.h. gesellschaftliche Gruppen mit auseinandergelassenen Interessen. Ob man sie Klassen nennt oder nicht – sie existieren. Daß diese heute anders aussehen als vor zweihundert oder vor hundert Jahren, das ist ganz natürlich. Die Politik geht daher weiter, wenn auch nur zum Teil als Klassenpolitik.

Drittens geht sie weiter, weil der Staat nicht im Aussterben ist. Ja, in mancher Hinsicht wächst seine Notwendigkeit in der Zeit der wirtschaftlichen Globalisierung, die er zwar nicht aufhalten kann, aber doch regeln muß. Der Staat oder öffentliche Behörden anderer Art bleiben weiter die einzigen Einrichtungen, durch die das Sozialprodukt nach menschlichen Kriterien unter der Bevölkerung verteilt werden kann, und zur Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse, die der Markt nicht befriedigen kann. Die Politik bleibt also noch immer eine notwendige Dimension des Kampfes um soziale Besserung. Vielleicht ist sie in der globalen Wirtschaft, die nationale Gewerkschaften schwächt, noch wichtiger als früher.

Daß am Ende des Jahrhunderts die Arbeiterparteien der Zweiten Internationale noch immer, und meist unter ihrem alten Namen, in der Lage sind, Regierungen in den meisten europäischen Ländern zu bilden, ist also kein Zufall. Es ist aber auch kein Grund zum blinden Optimismus.

Zwei Gefahren drohen der Arbeiterbewegung am Ende dieses Jahrhunderts: die Abdankung ihrer Führer vor der Ideologie des Marktes und die Entpolitisierung der Bürger. Der sogenannte dritte Weg des Herrn Blair ist eine solche theoretische Abdankung – obwohl ich mit Genugtuung feststelle, daß die tatsächliche Politik der britischen Regierung in mancher Hinsicht noch an die alte Tradition des Labour anknüpft. Aber gefährlicher für die Zukunft der Bewegung wird es erst, wenn sich die Menschen selbst demoralisieren lassen. Wenn z.B. die Arbeiter und die Armen aufhören, an Wahlen teilzunehmen, weil sie sagen: Was werden die für unsereins schon tun? Wie in den USA, wo zwischen 1960 und 1988 die Teilnahme der Arbeiter an den Präsidentenwahlen um ein Drittel fiel. Entpolitisierung und das Gefühl der Machtlosigkeit sind die große Gefahr – und nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern für die Demokratie, ohne die sie nicht möglich ist.

1 Podiumsdiskussion an der Universität in Linz am 14. September 1999.

2 Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

WOLFGANG RUGE

Die wissenschaftliche Verheißung des neunzehnten Jahrhunderts und die chaotische Wirklichkeit des zwanzigsten

Großen Gesellschaftstheorien liegt eine auf Kenntnis der Vergangenheit gestützte Analyse der Gegenwart zugrunde, was den Historiker – und nur als solcher melde ich mich hier zu Worte – zunächst veranlassen sollte, den Blick auf das analytische Instrumentarium der Schöpfer solcher Theorien zu richten. Da derartige Theorien eingeständenermaßen oder nicht – ich nenne nur Platos »Staat«, Hobbes' »Leviathan« oder Spenglers »Untergang des Abendlandes« – immer auch auf die Zukunft zielen, muß der zweite Blick die gegebenen Prognosen der Gelehrten (meist ihre Empfehlungen) mit den tatsächlichen Entwicklungen jenes Teils der Zukunft vergleichen, die seit Begründung der jeweiligen Theorie zur Vergangenheit geworden ist. Beim Marxismus wäre also das Geschehen unseres Jahrhunderts an den von Marx und Engels formulierten Erwartungen zu messen. Darüber hinaus muß beim Marxismus auch gefragt werden, wie weit er die historische Gestaltungskraft erreichte, die er beanspruchte – erschöpfte er sich doch nicht in dem Versuch, die Grundrichtung kommender Entwicklungen zu erkennen, sondern forderte die Menschen ausdrücklich dazu auf, sich aktiv für die erstrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft einzusetzen. Der Appell »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« wurde nicht von ungefähr zum Leitspruch der Marxschen Lehre. Und den Philosophen erteilte Marx den unmißverständlichen Auftrag, die Welt nicht nur verschieden zu interpretieren, sondern sie (das versteht sich von selbst – nach seinen Vorstellungen) zu verändern¹.

Nun gibt es Marx-Interpreten, die behaupten, Marx sei von nicht prognostizierbaren »Bewegungsbahnen« ausgegangen und habe auch nie etwas prophezeit². Sie berufen sich dabei u.a. auf Engels, der zwar gelegentlich von »bewährten Voraussagen« sprach³, sich aber am Ende seines Lebens ausdrücklich von dem Begriff »Endziel« distanzierte⁴. Diese Beweisführung ist jedoch anfechtbar. Gewiß lag den Dialektikern Marx und Engels nichts ferner als der Gedanke, es könne jemals ein bewegungsloser Endzustand, gewissermaßen eine Ende der Geschichte, eintreten⁵. Das hielt sie jedoch, zumal sie kämpferische Naturen waren und ihren Anhängern Mut zusprechen wollten, nicht davon ab, für einen – nach ihrem Dafürhalten – überschaubaren Zeitraum unmißverständliche Prognosen über Ergebnisse der gesetzmäßig entstandenen proletarischen Befreiungsbewegung zu verkünden und z.B. den berühmten und später oftmals variierten »Manifest«-Satz zu formulieren,

Wolfgang Ruge – Jg. 1917, emeritierter Professor für Geschichte, Arbeitsgebiete: Geschichte der Weimarer Republik und des Stalinismus, Historiker, als jugendlicher Exil in der Sowjetunion, dort politisch verfolgt und deportiert.

Überarbeiteter Vortrag, der auf der Konferenz »Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert«, März 1999 in

Elgersburg gehalten wurde.

1 Vgl. Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 7.

2 Z.B. Rainer Thiel: Marx und Moritz. Unbekannter Marx – Quer zum Ismus 1945-2015, Berlin 1998, S. 103ff., 132ff.

3 Vgl. z.B. Friedrich Engels: Einleitung zu »Der Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, Bd. 17, S. 615.

4 Interview Friedrich Engels' mit dem Korrespondenten der Zeitung »Le Figaro« am 8. Mai 1893, in: MEW, Bd. 22, S. 542.

5 Engels schrieb z.B.: »Ebensowenig wie die Erkenntnis kann die Geschichte einen vollendenden Abschluß finden in einem vollkommenen Idealzustand der Menschheit ...« Ders.: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 267.

6 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 474.

7 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie/ Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

8 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35.

9 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest ... in: MEW, Bd. 4, S. 481.

10 Vgl. z.B. Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, in: MEW, Bd. 18, S. 285.

nach dem »ihr (der Bourgeoisie – W.R.) Untergang und der Sieg des Proletariats ... gleich unvermeidlich« seien⁶. An anderer Stelle ging Marx noch weiter und erklärte, mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft schließe »die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab«⁷. Da seiner Überzeugung nach auch der diese Gesellschaft ablösende Kommunismus kein »Zustand«, sondern eine »wirkliche Bewegung« sei⁸, kann diese Äußerung nur dahingehend verstanden werden, daß vom Zeitpunkt des Verschwindens der antagonistischen Klassen, also vom Beginn der »eigentlichen« Geschichte der Menschheit an, andersgeartete Widersprüche hervortreten und die weitere Entwicklung vorantreiben würden. Mit anderen Worten: Marx visierte zwar kein Endziel an, bezweifelte aber nicht, daß in absehbarer Zukunft eine Art Zwischenziel, nämlich »die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse«⁹, erreicht würde. Überlegungen darüber, was nach Überschreiten dieses Zwischenziels passieren werde, lehnten Marx und Engels vernünftiger- und erklärlicher Weise als utopisches Unterfangen ab¹⁰.

Indes muß im Auge behalten werden – und dies sei den erwähnten Marx-Interpreten vor allem entgegen –, daß der Marxismus das Handeln der Menschen in den Mittelpunkt seines Gesellschaftsbildes rückte, so daß sich die Geschichtsträchtigkeit der Marxschen Ideen weniger aus der subjektiven Sicht des Altmeisters als aus ihrer Rezeption durch tätige Menschen ergibt. Und da ist festzuhalten, daß jene Teile der Massen, die sich im Jahrhundert nach Marxens Tod in seinem Sinne kämpfend für die Veränderung der Welt einsetzten (und in vielen Bereichen auch zur tatsächlichen, wenngleich oft unerwarteten Veränderung beitrugen), das aufgezeigte Zwischenziel als Endziel betrachteten. Auf dieses Ziel, d.h. auf die mit der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft zu erreichende entscheidende Geschichtswende, über die hinauszudenken kein Anlaß bestand, waren die Zukunftsträume der am Marxismus orientierten Gesellschaftsveränderer fixiert. Das zeugt übrigens (dies sei nur am Rande bemerkt) davon, daß der dem Marxismus verpflichteten Bewegung ein gewaltiges, vorwiegend aus christlich-revolutionärer Selbstlosigkeit gespeistes, also mit Verheißungserwartungen verquicktes Glaubenspotential inne wohnte, das die Aufbegehrenden dazu befähigte, heldenmütig und opferbereit für Ideale zu streiten, deren Verwirklichung sie selbst nicht mehr erleben würden. Das gegenwärtig zu beobachtende, mit rasant um sich greifendem Besitzdenken, mit nicht eingelösten Versprechen des Roten Oktobers sowie anderen Enttäuschungen erklärbare Verlöschen dieses Potentials gehört wahrscheinlich mit zu den Ursachen des Niedergangs der kommunistischen Bewegung und legt darüber hinaus Zeugnis von der schwindenden Mobilisierungskraft des Marxismus ab.

Über die zumindest auf einen fest markierten Punkt orientierte Zukunftszugewandtheit der Marxschen Lehre kann also kein Zweifel bestehen. Diese Zukunftszugewandtheit muß uns erst recht beschäftigen, wenn wir uns dem Thema »Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert« und damit den künftigen Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten des Marxismus zuwenden. Dabei kann es

jedoch nicht darum gehen, einzelne oder aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen von Marx und Engels abzuklopfen und zu konstatieren, daß sie hier bestimmte Entwicklungen vorausgesehen, sich dort aber geirrt hätten¹¹. Daß es bei der Erarbeitung einer völlig neuen Sicht auf Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung auch zu Aussagen kommen muß, die vom nachfolgenden Geschehen nicht bestätigt werden, kann ernsthafte, mit menschlichen Lernprozessen vertraute Wissenschaftler nicht verwundern. Erst recht nicht, wenn man bedenkt, daß Marx und Engels ihre von der Veränderbarkeit der Welt inspirierte Lehre nicht als abgeschlossene Leistung ansahen und deren künftige kritische Weiterentwicklung als Selbstverständlichkeit betrachteten¹². (Dafür – dies wiederum nur eine Randbemerkung –, daß viele, die sich im 20. Jahrhundert mit den Federn der Altmeister schmückten, dabei vollständig versagten, kann man Marx und Engels nicht verantwortlich machen).

Zunächst aber zu Punkt 1, d. h. zu den Methoden der Marxschen Gesellschaftsanalyse. Marx, der den »Hauptmangel alles bisherigen Materialismus« darin sah, daß dieser den Gegenstand, die Wirklichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung faßte, nicht aber als sinnliche Tätigkeit¹³, d. h. als Praxis – Marx also erkannte, daß die nur von einigen idealistischen Philosophen gebührend gewürdigte Dialektik den Zugang zum gestaltenden und somit die Realität verändernden Wirken des Menschen eröffnet. Mit den vorangegangenen materialistischen Denkern von der Materialität der Welt überzeugt, überwand er deren – wie Engels sagt – wesentlich pragmatische¹⁴ Betrachtungsweise und verband die materialistische Weltsicht mit der Dialektik. War Hegel, den Gleichklang des subjektiven Denkens und des objektiven Seins annehmend, zu der Schlußfolgerung gelangt, daß sich die Entwicklung von Natur und Gesellschaft über die Einheit und gegenseitige Durchdringung der Widersprüche innerhalb der sich entfaltenden absoluten Idee vollziehe, so stieß Marx zu der Erkenntnis vor, daß die der »Dinghaftigkeit« des Seins innewohnenden Widersprüche Triebkräfte der Entwicklung sind. Er brach mit der Vorstellung, daß sich die Entwicklung einem moralischen Impetus, einem sittlichen Selbstvervollkommnungsgebot unterwerfe und entdeckte, daß die in der materiellen Welt begründeten widerspruchsvollen Wechselbeziehungen Prozesse auslösen, die immerfort zu quantitativen und bei deren Anwachsen zu qualitativen Veränderungen führen. Diese Entdeckung auf die Umwälzungen in der Gesellschaft beziehend, wandte er sich im berühmten Vorwort »Zur ›Kritik der Politischen Ökonomie« gegen den damals vorherrschenden Glauben an die Selbstvervollkommnung des menschlichen Geistes und schrieb: »Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln ...«¹⁵. Dieses materialistische Verständnis der Dialektik (der dialektische Materialismus) und ihre Anwendung auf die Gesellschaft (der historische Materialismus) werden, so meine ich, unumstößlicher Bestandteil jeder die menschliche

11 Feststellungen dieser Art finden sich überreichlich in dem kürzlich erschienenen Buch: Eric Hobsbawm u. a.: Das Manifest – heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik, Hamburg 1998.

12 Vgl. z. B. Friedrich Engels an Werner Sombart, 11. März 1895, in: MEW, Bd. 39, S. 429.

13 Karl Marx: Thesen ... in: MEW, Bd. 3, S. 5.

14 Vgl. Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 297.

15 Karl Marx: Zur Kritik ... in: MEW, Bd. 13, S. 8.

16 D. h. darauf, daß die materiellen Verhältnisse des Menschen die Grundlage aller ihrer Verhältnisse sind (vgl. Karl Marx an P. W. Annenkow, 28. Dezember 1846, in: MEW, Bd. 4, S. 549.

Praxis bereichernden und folglich weiterführenden Wissenschaft bleiben und sichern Marx einen festen Platz in der Wissenschaftsgeschichte zu. Mit diesem Verständnis verbunden war, daß allen früheren, auf moralischen Kategorien beruhenden Gesellschaftsvoraussagen die Grundlage entzogen wurde. Indes muß nüchtern festgehalten werden, daß sich auch die Voraussagen, die sich auf die neu entdeckten Bewegungsgesetze der Gesellschaft stützten¹⁶, in entscheidenden Punkten nicht als tragfähig erwiesen haben. Womöglich ist der menschliche Geist mit der Voraussage gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen generell überfordert.

Soweit wir die Evolution mit den uns zur Verfügung stehenden Sinnesorganen erfassen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergründen können, drängt sich die fast an Gewißheit grenzende Vermutung auf, daß Lebewesen nur jene Fähigkeiten entwickeln, die erforderlich sind, um ihr individuelles Überleben und durch dieses den Fortbestand ihrer Art zu sichern. Da der Mensch nun das einzige sowohl den biologischen als auch den sozialen Gegebenheiten unterworfenen Lebewesen ist und folglich komplizierte Gesellschaftsstrukturen als zusätzliche Basis seiner Existenz entwickelt hat, also die Überlebenschancen seiner Spezies auch an den Erhalt bzw. an die Wandlungsfähigkeit derartiger Strukturen gebunden sind, steht die Frage im Raum, ob sein Erkenntnis-, Denk- und Gestaltungsvermögen ausreicht, um die für ihn lebensnotwendige Gesellschaft vor der Zerstörung oder Selbstzerstörung zu bewahren. Dies ist eine universalgeschichtlich erstmals aufgeworfene und offenbar vorerst nicht beantwortbare Frage. Angesichts der Probleme, vor die uns die Gegenwart nach dem Scheitern des sogenannten Realsozialismus und beim sukzessiven Wachstum gesellschaftsfeindlicher Tendenzen des modernen Kapitalismus stellt, könnte ein von linken Kräften entwickeltes Großkonzept zur Rettung des Homo sapiens womöglich an die Beantwortung dieser Frage heranzuführen. Ein solches Konzept ist jedoch zur Zeit nicht in Sicht. Daß der Marxismus namentlich mit seiner dialektisch-materialistischen Methode wertvolle Anstöße zu dessen Ausarbeitung geben könnte, ist denkbar. Ob allerdings die die Zukunft betreffende Grundaussage des Marxismus über das unausweichliche Ende der bürgerlichen Gesellschaft in einem solchen Konzept einen Platz finden würde, muß dahingestellt bleiben.

Marxens neuartiges Herangehen an die Ursprünge gesellschaftlicher Veränderungen ermöglichte es ihm, einige sich erst anbahnende Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zutreffend offenzulegen und z.B. im »Kommunistischen Manifest« die Dominanz des nackten Profitinteresses und die weltweite Expansion des Kapitals vorauszusagen, die erst jetzt – 150 Jahre später – zur Wirklichkeit geworden sind und künftig womöglich noch weit verheerendere Formen annehmen werden. So großartig aber diese Prophezie auch ist, bestätigt sie doch nur die Gültigkeit der von ihm vorgenommenen Neuinterpretation des historischen Prozesses, enthält aber keine Handhabe zu dessen positiver Veränderung. Von einer solchen könnte man erst sprechen, wenn das von ihm entworfene Zukunftsbild auch die Merkmale der sich den heutigen Entwicklungen widersetzenden Gegenkräfte skizziert, also die die heutige

Welt prägenden Widersprüche wenigstens tendenziell erfaßt und somit den zur Weltveränderung Drängenden zu Einsichten über die Richtung bevorstehender Auseinandersetzungen verholfen hätte.

Der Zeichnung eines solchen Bildes stand aber entgegen, daß auch auf die Marxsche Lehre als gedankliches Produkt zutrifft, was dessen Begründer generell über das menschliche Bewußtsein ausagten, nämlich daß es vom gesellschaftlichen Sein bestimmt wird¹⁷. Anders ausgedrückt: Auch die Schöpfer der in der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstandenen Lehre waren durch die von ihrer Zeit gezogenen Grenzen, nicht zuletzt durch die vorausgegangenen wissenschaftlichen Leistungen¹⁸ festgelegt – und eben auch eingengt. Wenn Engels sagt, daß die großen Denker des 18. Jahrhunderts nicht »über die Schranken, die ihnen ihre eigne Epoche gesetzt hatte«, hinaus konnten¹⁹, so gilt das natürlich auch für die Denker anderer Jahrhunderte und nicht zuletzt für Marx und Engels selbst. Bei aller Gelehrsamkeit und Phantasie reichte deshalb ihr Vorstellungsvermögen nicht aus, um sich die bahnbrechenden Entdeckungen und produktionstechnischen Entwicklungen der Zukunft mitsamt ihren sozialen Folgen auszumalen, geschweige denn, sich auch die von anderen Faktoren abhängende gesamtgesellschaftliche Konstellation am Ende des 20. Jahrhunderts (oder gar danach) zu vergegenwärtigen²⁰. Ganz ihrer Grundauffassung entsprechend, hatte der Widerstreit und das Zusammenspiel der von ihnen entdeckten gesellschaftsbewegenden Kräfte zur Herausbildung von Qualitäten geführt, die sie sich selbst nicht vorstellen konnten.

Offenbar wird man Marx und Engels nur gerecht, indem man versucht, an ihr Werk die von ihnen selbst erarbeiteten Maßstäbe anzulegen, also auch zu zeigen, wo sie sich nicht von hergebrachten und grundsätzlich von ihnen selbst widerlegten Denkweisen zu lösen vermochten. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen. Dabei handelt sich nicht um Nebenfelder ihrer Theorie, sondern um Überlegungen, die insbesondere auch die Zukunftszugewandtheit ihrer Lehre und mithin unser Thema berühren. Zum einen geht es um das von ihnen entworfene Bild des Proletariats, von dem Marx annahm, daß es sich dem Wesen nach nicht ändern, einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ausmachen und zunehmend verelenden werde. Diese Annahmen haben sich als unzutreffend erwiesen. Die Arbeiterklasse (wenn man heute, im Zeitalter der Verdrängung der Handarbeit und der modernen Arbeitsteilung und -kooperation, überhaupt noch von einer solchen sprechen kann) ist unter dem Einfluß der fortschreitenden Technisierung, deren Ausmaße vor 100 Jahren nicht im entferntesten vorausgesehen werden konnten²¹, einer zunehmenden Differenzierung mit enormen sozialen Folgen und einschneidenden Veränderungen im Massenverhalten unterworfen worden. Auch das Wachstum des Proletariats ist zum Erliegen gekommen, ja rückläufige Tendenzen sind unverkennbar. Als völlig verfehlt haben sich die (damals im Hinblick auf die hochentwickelten Länder geäußerten) Vorstellungen über die ständig zunehmende Verelendung der Arbeiter erwiesen. In Europa und Nordamerika hat das Gros der Lohnabhängigen einen vor 120 oder 150 Jahren unvorstellbaren und z.T. parasitären Wohlstand

17 Vgl. Karl Marx: Zur Kritik ..., in: MEW, Bd. 13, S. 9.

18 Engels konstatiert: »Wie jede neue Theorie mußte er (der moderne Sozialismus – W.R.) zunächst anknüpfen an das vorgefundne Gedankenmaterial ...« Karl Marx: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S. 189.

19 Ebenda, S. 190.

20 Darüber hinaus waren sie natürlich auch dem Homo sapiens eigenen Schwächen verhaftet, so wähten sie beispielsweise – wie andere große Geister vor und nach ihnen –, in den Vorabend der entscheidenden Wende der Menschheitsgeschichte hineingebohren zu sein.

21 Seltsam mutet es z.B. an, wenn man heute, im Zeitalter der Nuklearwaffen, bei Engels liest: »Mit dem Deutsch-Französischen Krieg ... sind die Waffen so vervollkommenet, daß ein neuer Fortschritt von irgendwelchem umwälzenden Einfluß nicht mehr möglich ist.« Ders.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft,

in: MEW, Bd. 20, S. 158.

22 So jüngst Arno Lange:
»Das Proletariat umfaßt also nach marxistischer Auffassung alle Eigentumslosen, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an das Kapital und seine gesellschaftlichen Institutionen lebenden Gesellschaftsmitglieder des kapitalistischen Systems.«
Ders.: Klassen – Schichten – Intelligenz, Potsdam 1998, S. 56.

23 Engels merkte später an, daß eine solche Revolution im Zeitalter mächtiger Arbeiterbewegungen auch mit den Mitteln der Demokratie bewerkstelligt werden könne, was jedoch nichts am revolutionären Charakter der Umwälzung ändere (vgl. Interview ..., MEW, Bd. 22, S. 542).

erreicht. Dieser Tatbestand kann weder durch die Betonung des wachsenden Gegensatzes von arm und reich in der ungehemmten Marktwirtschaft oder durch Hinweise auf sich abzeichnende Katastrophen noch durch den Versuch aus der Welt geschafft werden, alle Ausgebeuteten dieser Erde dem Proletariat zuzurechnen²². Er verdeutlicht vielmehr, daß sich die Entwicklung – Marxens materialistisch-dialektische Grundüberzeugung vollauf bestätigend – über den Widerstreit immer komplizierterer und qualitativ neuer Gegensätze vollzogen hat, läßt aber auch erkennen, daß sich Marxens konkrete Voraussicht mangels seinerzeit auszumachender Ansatzpunkte im Bereich der undialektischen linearen Extrapolation bewegte, d.h. von der Annahme ausging, daß sich beobachtete Trends gleichförmig fortsetzen würden.

Der zweite hier zu nennende Schwachpunkt der angewandten (richtiger: nichtangewandten) Dialektik bei Marx besteht darin, daß er zwar den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus akribisch (und zweifellos im wesentlichen zutreffend) analysierte, daraus aber die undialektische Schlußfolgerung zog, daß sich der Übergang zur nächsten Gesellschaftsformation – zum Sozialismus – auf einem vergleichbaren Wege durchsetzen werde: über die Verdrängung überholter Eigentumsformen und Fertigungsmethoden durch die von einer bisher unterdrückten (benachteiligten) Klasse entwickelten Produktions- und Austauschverhältnisse, durch politische Revolutionen²³ und die Übernahme der Macht durch die bislang Unterdrückten und Entrechteten. Auch das ist nicht eingetroffen und wird aller Voraussicht nach so auch nicht eintreffen. Marx konnte sich nicht zu der Erkenntnis durchringen, daß sich die vorausgesagte qualitativ neue Gesellschaftsformation auch auf eine qualitativ neue Weise, also mit dem Entstehen und dem Aufbrechen bislang unbekannter Widersprüche durchsetzen werde bzw. müsse.

Diese beiden aus den Umständen ihrer Entstehung zu erklärenden Marxschen Fehlschlüsse hatten weitreichende Folgen für die zweite, die uns hier eigentlich beschäftigende Frage, nämlich die Frage nach der Bedeutung des Marxismus an der Jahrhundertwende oder – allgemeiner formuliert – nach der Gültigkeit der Marxschen Zukunftsvision.

Der in seiner Zeit verwurzelte und zugleich aus ihr ausbrechende Marx sah seine Aufgabe darin, die Kräfte zu erforschen, die die bis zum Beginn der »eigentlichen« Menschheitsgeschichte bevorstehenden gesellschaftlichen Umwälzungen erzwingen würden. Dabei erkannte er die kardinale Bedeutung der ökonomischen Strukturen der Gesellschaft und schrieb: »In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen«²⁴. Minutiös untersuchte Marx diese Strukturen sowie das sich aus ihnen ergebende Verhältnis der

24 Karl Marx: Zur Kritik ...,

Klassen zueinander. Dabei betonte er, daß er weder die Existenz der Klassen noch den Klassenkampf entdeckt, sondern nur nachgewiesen habe, daß die Klassen an bestimmte historische Entwicklungen gebunden sind, der Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats und diese zur Aufhebung aller Klassen führe²⁵. Er und auch Engels verwahrten sich energisch gegen Simplifizierungen ihrer Lehre, die darin gipfelten, »das in letzter Instanz bestimmende (ökonomische – W.R.) Moment in der Geschichte« als einzig bestimmendes auszugeben²⁶. Dennoch verkürzten sie schon im »Kommunistischen Manifest« die Auswirkungen der ökonomischen Beschaffenheit der Gesellschaft auf den Klassenkampf und verkündeten: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen«²⁷.

Durch diese Verkürzung erlangte der Satz seine monumentale Sprengkraft, derer er – nicht anders als andere simplifizierende Feststellungen auch – bedurfte, um überhaupt zu erreichen, daß die neue Theorie zur Kenntnis genommen wurde. Aus heutiger Sicht scheint aber ein Fragezeichen an diesem Satz um so mehr angebracht, als unsere gegenwärtigen Kenntnisse von Natur und Gesellschaft in völligem Einklang mit der Marxschen Dialektik besagen, daß es keine monokausalen, also auf nur eine wirkende Kraft zurückzuführenden Entwicklungen gibt. Die mannigfaltigen Faktoren, die die geschichtsprägenden Widersprüche bilden, sind so wesensungleich, daß sie offenbar weder mit einer Klammer gefaßt und schon gar nicht auf einen einzigen Sachverhalt reduziert werden können.

Damit soll weder die immense Bedeutung von Klassenkämpfen in der Geschichte angezweifelt noch in Abrede gestellt werden, daß der Klassenkampf streckenweise eine ausschlaggebende Rolle in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gespielt hat, ja daß er bis zu dem erwähnten Zwischenziel (wenn es denn erreicht werden sollte) nicht aus der Menschheitsgeschichte verschwinden wird. Doch fragt sich, ob dieser Kampf immer die Hauptrichtung des Geschichtsverlaufs bestimmt hat, und wenn nicht, welche anderen Kräfte den Weg der Menschheit bis in unsere Gegenwart mitgeformt haben? Zwar könnte dazu angemerkt werden, daß sich die variierende Intensität des Klassenkampfes mit der zweifellos zu beobachtenden Verlangsamung bzw. Intensivierung des historischen Prozesses erklären lasse, doch bliebe zu ergänzen, daß geschichtliche Umbrüche oftmals durch herausragende Erfindungen (vom Rad bis hin zu Computer und Internet) oder durch von Naturkatastrophen, Seuchen, geographischen Veränderungen ausgelöste Migrationsströme beschleunigt oder gar hervorgerufen wurden.

Sicher trifft es zu, daß bei allen gesellschaftlichen Verschiebungen und Auseinandersetzungen, die immer soziale Verwerfungen und Veränderungen nach sich ziehen, also bei Konflikten innerhalb herrschender Gruppen, wie sie z.B. beim Kampf Stalins gegen Trotzki und Bucharin oder beim Mord an Kennedy sichtbar wurden, bei Religionskriegen, nationalen Konflikten etc. auch Klasseninteressen im Spiel waren oder ins Spiel gebracht wurden, doch gilt dies wahrscheinlich ebenso für die Machtinteressen einzelner Personen, Familien und Clans oder für Motive, die in den Bereichen

in: MEW, Bd. 13, S. 8.

25 Vgl. Karl Marx an Joseph Weydemeyer, 5. März 1852, in: MEW, Bd. 28, S. 507f.

26 Vgl. z.B. Friedrich Engels an Joseph Bloch, 21./22. September 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 463.

27 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest ..., in: MEW, Bd. 4, S. 462. Bekanntlich präzisierte Engels 1888 diese Aussage mit dem Zusatz: »... genau gesprochen, die *schriftlich* überlieferte Geschichte«.

des menschlichen Geltungsbedürfnisses, der Psychoanalyse, des Generationsproblems u.a. angesiedelt sind.

Anzunehmen ist folglich, daß in den Auseinandersetzungen der Zukunft ebenfalls mit Klasseninteressen verknüpfte Widersprüche eine Rolle spielen werden, etwa die Konfrontation zwischen Erster und Dritter Welt, das von profitgierigen Meinungsmachern hochgezüchtete und dem ureigensten Interesse der Massen widersprechende Anpassungsverhalten eben dieser Massen, der gegenwärtig rapide eskalierende Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft, oder das von einem anderen großen Geist mit dem Mahnwort »Zauberlehrling« vorausgeahnte Ausufern der Technik, das Umwelt und Gesellschaft an den Rand des Abgrunds bringen kann. Hier könnte man, zumal auch die Entstehung von menschlicherseits unbeherrschbaren Widersprüchen nicht auszuschließen ist, an Marxens eigentlich nie so richtig zur Kenntnis genommenes Wort vom möglichen »gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen«²⁸ erinnern. Nur müßte man es erweitern und vom Untergang aller an den Auseinandersetzungen Beteiligten sprechen.

28 Ebenda.

Die Entdeckung eines auf einem Untersuchungsgebiet dominierenden Widerspruchs – eben des Klassenkampfes – durch Marx lag im Trend des 19. Jahrhunderts, in dem namentlich die Naturwissenschaftler zielstrebig von der Beobachtung und vom Experiment, also von der Materialität der Welt ausgingen und deren Erkennbarkeit voraussetzten. Es war das Jahrhundert der Wissenschaftsgläubigkeit²⁹, in dem es Physiker gab, die wähten, daß es bald gelingen werde, sämtliche Gesetze der Physik zu entschlüsseln. Den Glauben an die grenzenlosen Möglichkeiten des menschlichen Geistes machten sich aber auch Marx und Engels zu eigen. Letzterer schrieb z.B. 1877 (übrigens wieder auf das Zwischenziel verweisend): »Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. *Haben wir sie aber einmal erkannt*, ihre Tätigkeiten, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen«³⁰.

29 Auf die Widersprüchlichkeit dieses Begriffs habe ich an anderer Stelle aufmerksam gemacht. Vgl. Wolfgang Ruge: Das Durchdenken sich ändernder Realitäten, in: Eric Hobsbawm u.a.: Das Manifest – heute, S. 171.

30 Friedrich Engels: Die Entwicklung ..., in: MEW, Bd. 19, S. 222; Hervorhebung von mir – W.R.

Mit der Wissenschaftsgläubigkeit hängt auch (dies sei wiederum nur marginal vermerkt) die Gewißheit zusammen, unumstößliche Wahrheiten ergründen zu können, ja bei Einzelproblemen bereits zu ihnen vorgestoßen zu sein. Dadurch wurde aber auch die militante Intoleranz, die bedingungslose Ablehnung Andersdenkender beflügelt. Daß Marx hochgradig intolerant war, ist bekannt. Bedeutungsvoller für den Geschichtsverlauf ist jedoch, daß ein großer Teil der sich auf ihn berufenden Bewegung diese in ideologischen Dogmatismus ausartende Intoleranz übernahm und sich damit womöglich den Boden der Selbsterneuerung entzog und die eigenen Zukunftsperspektiven durchkreuzte.

Nun ist aber der euphorische Zukunftsglaube des vorigen Jahrhunderts in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert einer Ratlosigkeit sondergleichen gewichen. Die Ursachen dafür liegen in der Entwicklung selbst. In den Naturwissenschaften hat sich herausgestellt, daß jede neue Entdeckung eine Vielzahl wiederum der

Entschlüsselung harrender Probleme aufwirft. Es wurden nicht determinierte Prozesse nachgewiesen, die erst in den Kinderschuhen steckende, gleichwohl materialistisch durchaus begründbare Chaostheorie entstand. Noch drastischer ist der Zusammenbruch der Wissenschaftsgläubigkeit in den Gesellschaftswissenschaften erkennbar. Deren hergebrachte Fixpunkte haben sich allein schon dadurch aufgelöst, daß sich die Menschheit erstmals in den vier Millionen Jahren ihrer Existenz in den Stand versetzt sieht, sich selbst zu vernichten – ein Tatbestand übrigens, der nachhaltig auf die Verquickung von technisch-naturwissenschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Situation verweist.

Damit nicht genug, bescherte das 20. Jahrhundert der Menschheit Katastrophen, die nur in fieberhaften Zukunftsszenarios vorkamen, aber Auswirkungen bis in den letzten Erdenwinkel hatten – zwei unvorstellbar grauenvolle und opferreiche Weltkriege, den von skrupellosen Imperialisten auf den Schild gehobenen Faschismus, gegen den – trotz vergleichbarer Klasseninteressen – wiederum andere Imperialisten Sturm liefen, die schrecklich-sinnlosen Genozide an Armeniern, Juden, Kambodschanern und anderen Völkern, den Stalinismus, der auf brutalste Weise die Zukunftsträume der Revolutionäre zunichte machte und ein Riesenreich bei seinem Abtreten von der historischen Bühne um 100 Jahre zurückwarf, und nun die mit Volldampf in ein ökologisch-soziales Desaster hineinsteuernde neoliberale Marktwirtschaft. All dies verbunden mit verheerenden Auswirkungen auf die menschliche Kultur – mit dem Absterben der Solidarität, der Entartung der Kunst, der massenweisen Flucht in archaisch-primitive Denkmuster. So ist es kein Wunder, daß die Wissenschaftsgläubigkeit heute keine Chance mehr hat und die Zweifel an jenen Theorien zunehmen, denen – berechtigt oder nicht – der illusionäre Glanz menschlicher Allwissenheit anhaftete.

Daß auch Engels, der den baldigen Zeitpunkt des Erkennens sämtlicher gesellschaftlicher Kräfte herannahen sah, zumindest in großen Zügen von der vorgezeichneten Zwangsläufigkeit des Geschichtsablaufs ausging, bezeugen seine Äußerungen gegenüber Heinz Starkenburg (1894), in denen er das Problem des Zufalls zu bewältigen versuchte. Er schrieb: »Daß ein solcher (»großer Mann« – W.R.) und grade dieser, zu dieser bestimmten Zeit in diesem gegebenen Lande aufsteht, ist natürlich reiner Zufall. Aber streichen wir ihn weg, so ist Nachfrage da für Ersatz, und dieser Ersatz findet sich, tant bien que mal, aber er findet sich auf die Dauer. Daß Napoleon, grade dieser Korse, der Militärdiktator war, den die durch eignen Krieg erschöpfte französische Republik nötig machte, das war Zufall; daß aber in Ermangelung eines Napoleon ein anderer die Stelle ausgefüllt hätte, das ist bewiesen dadurch, daß der Mann sich jedesmal gefunden, sobald er nötig war: Cäsar, Augustus, Cromwell etc.«³¹

Hier muß man, weil ein anderer Geschichtsablauf als »unnötig« abgetan wird, über das Wörtchen nötig stolpern. Zumindest müßte die Frage erlaubt sein, ob nicht gerade ein Mann »nötig« (vielleicht viel »nötiger«) gewesen wäre, der das Sektierertum der revolutionären Führungselite gebremst, Hitler gestoppt, den Zerfall der

31 Engels an Starkenburg, 25. Januar 1894 (Hervorhebung von mir – W.R.) Karl Marx, Friedrich Engels: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Berlin 1952,

Bd. 2, S. 475.

Sowjetunion verhindert hätte? Ein Mann, dem es gelungen wäre, die zweifellos vorhandenen Gegenkräfte der unheilvollen Jahrhundertgestalten zu bündeln und ihren Anteil am Geschehen zu vermehren?

Und darüber hinaus: Ist das, was Engels als Beweis ansah, tatsächlich bewiesen? Bleibt man im Bereich der Abstraktion, so mag man Engels zustimmen. Wendet man sich jedoch dem konkreten Geschichtsverlauf zu, so kann man sich des Zweifels an seiner Konstruktion nicht erwehren. Untersucht man beispielsweise, welche »Ersatzmänner« für einen schon früh tödlich verunglückten Hitler in Betracht gekommen wären, so stößt man auf Namen wie Ludendorff, Kahr oder Röhm, also auf Leute verschiedenen Alters, unterschiedlicher Herkunft mit vielfach anderen Traditionen, Temperamenten, Charaktereigenschaften und Fähigkeiten. Hätte einer von ihnen die Stelle des Naziführers eingenommen, ist es zumindest nicht abwegig zu vermuten, daß es zu Abweichungen vom tatsächlichen Geschichtsverlauf gekommen, daß die NS-Bewegung anders gewachsen, die Etablierung eines faschistischen Regimes in anderer Weise erfolgt, später womöglich ein Zwei-Fronten-Krieg vermieden, eine Anti-Hitler-Koalition nicht zustande gekommen wäre usw. Diese Abweichungen hätten sich bei einem weiteren möglichen Austausch von Personen durch »Ersatzmänner« wahrscheinlich potenziert, so daß Konstellationen entstanden wären, die tatsächlich nie eingetreten sind.

Da sind wir bei der Frage nach der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, einer Frage, mit der sich die Marxisten nach Marx jahrzehntelang ohne greifbaren Erfolg herumgeschlagen haben, einer Frage, die im Grunde auch unbeantwortbar bleiben muß, weil sich die Geschichtswissenschaft nicht mit dem Konjunktiv beschäftigt. Marx und Engels hatten es, wie auch andere zu deterministischer Weltansicht neigende Philosophen, da relativ einfach. Ihrer Auffassung nach machen die Menschen – was die Begründer der Theorie oft wiederholten – ihre Geschichte selbst, doch lägen ihre sich durchkreuzenden Bestrebungen auf der Linie einer letztlich ökonomisch bedingten und sich blindlings durchsetzenden Naturnotwendigkeit³². Ein Bekenntnis zu dieser These würde uns jedoch in bedenkliche Nähe zu einer teleologischen Geschichtsdeutung bringen und das unkalkulierbare, aber ereignis- und geschichtsprägende Auftauchen sogenannter großer Persönlichkeiten praktisch negieren. Dabei lehrt gerade das vergangene Jahrhundert, daß die Entschlußkraft, die Faszination und der daraus resultierende Wirkungsgrad solcher Persönlichkeiten eine kaum zu überschätzende Rolle spielen. Liegt es doch beispielsweise nahe zu vermuten, daß es ohne Lenin keine siegreiche und vor allem sich in den Folgejahren behauptende bolschewistische Revolution gegeben und mithin wesentlich anders geartete politische Auseinandersetzungen in diesem Säkulum gegeben hätte.

Wahrscheinlich ist die Realität weitaus komplizierter als die Theorie, so daß wir weder auf den ursprünglich auf Potentaten gemünzten und im Realsozialismus nur leicht verbrämten Satz »Männer machen die Geschichte« ausweichen noch glaubhaft vermitteln können, daß die Massen, die in vielen Fällen frenetisch

32 Vgl. Marx an Kugelmann, 11. Juli 1868, in: MEW, Bd. 32, S. 553.

ihren Verführern folgen, die Gestalter der Geschichte seien³³. Da das Auftauchen von Persönlichkeiten mit außergewöhnlichem Durchsetzungsvermögen dem Zufall überlassen bleibt und deren oftmals frappierende Wandlungen (erinnert sei an Napoleon, Stalin oder Castro) nicht vorhersehbar sind, haben wir es auch hier womöglich mit einer in der Einheitlichkeit der Welt begründeten Verzahnung gesellschaftlich-sozialer Entwicklungen mit biologischen Faktoren und psychischen Wandlungsprozessen zu tun.

Als Resümee des hier verknüpft Dargelegten kann zunächst nur festgestellt werden, daß die von Marx und Engels untersuchten Probleme im chaotischen 20. Jahrhundert eine Vielfalt von weiterführenden Fragen aufgeworfen haben und insofern durchaus mit den Folgen naturwissenschaftlicher Entdeckungen vergleichbar sind. Auch wenn hier nur einige dieser Fragen aufgelistet werden konnten, so ist doch offensichtlich, daß selbst ein kritisch erweiterter Marxismus auf viele von ihnen keine Antwort zu geben vermag, so daß auch die schöpferisch-verändernde Funktion der Marxschen Lehre Einbußen erleiden mußte. Ja, wir müssen eingestehen, daß sich ein Großteil der aufgezeigten Fragen – zumindest in der Gegenwart – nicht beantworten läßt. So kann man sich der Schlußfolgerung nicht entziehen, daß Marx durch seine materialistisch-dialektische Betrachtungsweise zwar einen wesentlichen und auch künftig unverzichtbaren Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte geleistet hat, daß aber seine konkreten Entdeckungen und seine zur Aufhellung der Zukunft angestellten Überlegungen nur Bausteine für einen von der Menschheit mühsam und ohne Aussicht auf einen Enderfolg zusammengetragenen Fundus von Erkenntnissen sind.

33 Engels schreibt in »Ludwig Feuerbach ...«: »Wenn es also darauf ankommt, die treibenden Mächte zu erforschen, die ... hinter den Beweggründen der geschichtlich handelnden Menschen stehen und die eigentlichen letzten Triebkräfte der Geschichte ausmachen, so kann es sich nicht so sehr um die Beweggründe bei einzelnen, wenn auch noch so hervorragenden Menschen handeln, als um diejenigen, welche große Massen, ganze Völker und in jedem Volk wieder ganze Volksklassen in Bewegung setzen«.
MEW, Bd. 21, S. 298.

JAKOB MONETA

Schweizer Erfahrungen oder das Unbehagen in der Satttheit

Am 11. November begeht Jakob Moneta seinen 85. Geburtstag. Nachfolgender Text ist fast ein halbes Jahrhundert alt. Christoph Jünke (Köln) fand ihn in Heft 3 der »aufklärung« (Jahrgang 1952.). Wir gratulieren dem Jubilar ganz herzlich . Die Redaktion

Fondue ist kein Gericht, es ist eine Religion. Man isst es nicht, es wird zelebriert. Die Delikatesse einer bäurisch-germanischen Käse-Kultur, raffiniert durch den Geist romanischen Weins, das ist Fondue. Um einen Tisch die Köpfe zusammensteckend wie echte Verschwörer einer Eidgenossenschaft, spießt man kleine Stückchen Brot auf lange Gabeln, taucht sie in eine zähe Masse, die im Topf auf einem elektrischen Kocher bruzzelt. Mit größter Vorsicht dreht man beständig die Gabel um und um. So werden die sich wie Kaugummi ziehenden Fäden der Fondue aufs Brot gerollt, das man zum Munde führt. Nach jeweils einigen Bissen wird mit Weißwein nachgespült. Wer sein Brot in der Fondue verliert, muß den nächsten Liter spendieren. Langsam leert sich der Topf, die Beteiligten verraten deutlich Zeichen der Unruhe. Auf dem Boden bleibt eine braune Kruste, die »racle«, das Zusammengekratzte. Es wird sorgfältig losgelöst und als Nachtisch verteilt. Es ist die Essenz dieser Mischung des mit romanischem Wein verschmolzenen bäurisch-germanischen Käses.

Deutsche betrachten Essen schlechthin als Bedürfnis des Magens. Franzosen wissen längst, daß ein Mahl auch Gebilde des Geistes ist. Fondue, das Nationalgericht der Schweizer, vereint beides, die solide Käse-Unterlage für den Magen und den Geist romanischen Weines – und so, dachte ich mir, sieht wohl der Schweizer aus, eine Mischung, nein Verschmelzung des Edelsten, das die beiden großen europäischen Nationen zu geben haben.

Dann kam der Nationalfeiertag, der 1. August. Feuerwerk, Schützenwettbewerb der großen und der kleinen Wilhelm Tells, Freude, Jubel und Reden. Zwei Reden. Eine deutsche und eine französische. Eine angefüllt mit patriotischem Pathos, Stolz auf das Land, das der Welt das »Rote Kreuz« und die Idee der Neutralität geschenkt hat. Neutralität schließt Wehrhaftigkeit nicht aus. Bedrohung der Schweizer Demokratie – Notwendigkeit der Rüstung, Verstärkung der Armee, Willen zur Vaterlandsverteidigung. Die andere Rede war französisch. »Den patriotischen Teil hat mein Vorredner bereits erledigt. Ich wende mich an Euch als Mensch.« Und dann folgen sanfte, zu Herzen gehende aufrüttelnde Worte. Nicht die Verschiedenheit

Jakob Moneta – Jg. 1914, 1931 Eintritt in den SAP-Jugendverband, November 1933 Emigration nach Palästina, bis 1939 im Kibbuz, nach Bruch mit dem Zionismus von der britischen Besatzungsmacht inhaftiert, 1948 Rückkehr nach Köln, Redakteur der »Rheinischen Zeitung«, 1953-62 Sozialreferent der bundesdeutschen Botschaft in Paris, 1962-78 Chefredakteur von »Metall« und »Der Gewerkschafter«, 1991 Ausschluß aus der SPD nach 40jähriger Mitgliedschaft, Sprecher der LL/PDS, bis 1995 Mitglied des Parteivorstandes der PDS; Veröffentlichungen: Aufstieg und Niedergang des Stalinismus (1953), Die Kolonialpolitik der FKP (1968), Norbert Blüm – Herz-Jesu-Marxist oder kapitalistischer Propagandist? (1985), Mehr Macht für die Ohnmächtigen (1991).

der beiden Sprachen war das Entscheidende, der Geist, der aus ihnen sprach, war es. Fondue? Nein, ganz und gar nicht. Sie verschmolzen nicht miteinander, sie mischten sich kaum. Die Schweizer sind eine Legende. Es gibt keine Schweizer. Es gibt nur Deutsche, Franzosen und Italiener, die zufällig in der Schweiz leben. Warum verschmelzen sie nicht? Ist es die menschliche Natur, die sie daran hindert?

Ich spreche mit einer Ausländerin. Sie wohnt im Canton de Vaud und muß dort höhere Steuern zahlen als die Einheimischen. Weil ihr Vater aus dem Jura Bernois, einem anderen Schweizer Kanton stammt, der für Vaud – Ausland ist. Sie ist zwar selbst im Canton de Vaud geboren, aber das allein gibt ihr keineswegs das Recht auf Einbürgerung. Sie kann die Staatsbürgerschaft dieses Kantons nur erwerben und den Makel eines im Auslandskanton geborenen Vaters bereinigen, wenn sie selbst einen Mann heiratet, der die Kantonsbürgerschaft besitzt. Sonst bleibt sie als Schweizerin ihr Leben lang Ausländerin und muß höhere Steuern zahlen. Jeder Kanton hat weitgehend Autonomie. Das soll die Demokratie fördern. Aber fördert es nicht auch Engstirnigkeit und Egoismus? Warum bleiben diese Leute nur Bürger von Kantonen, warum werden sie keine Menschen?

Glückliches Helvetia, die anderen führen Kriege, und Du verkaufst ihnen die Waffen! Wohlstand, behäbige Satttheit, Neutralität und Frieden. Trümmerlose Städte, eigens für Touristen hergerichtete Berge und Seen zur Hebung der Fremdenverkehrsindustrie, den Puls der Zeit an Millionen Händen in der ganzen Welt – durch den schweizer Uhrenexport. Maschinenindustrie und mechanisierte Kühe, deren Euter wohlabgewogene Mengen Milch mit festgesetztem Fettgehalt liefern. Überall Wohlstand und behäbige Satttheit – kleine Schönheitsfehler sollen übersehen werden – aber Zufriedenheit und Glück? Bist Du glücklich, Helvetia?

Sogar wenn man Journalist ist und von der Zeitungsbranche herkommt, kann man es manchmal nicht umgehen, einen Blick in die Gazetten zu werfen. Da suchen dann die von der Arbeit ermüdeten Augen ganz automatisch die Kolonnen auf, die von »Verschiedenem« oder »Vermischtem«, von Kriminalität und Verbrechen berichten. Eigentümlich diese Sucht, bei Berichten über Vergehen der Mitmenschen auszuspannen! Ob es die Freude und Befriedigung darüber ist, daß die gerechte Strafe die Schuldigen endlich getroffen hat, oder gar die Genugtuung darüber, daß man selbst noch nicht erwischt wurde? Wie dem auch sei – jedenfalls war es seltsam, was da zu lesen war. Bestialischer Mord, Raubmord, Sexualverbrechen, Diebstahl, Verführung minderjähriger Jungen durch ältere hochangesehene Damen, Betrug. Und all dies in dem wohlgeordnetsten Land Europas, ohne Kriege, mit den höchsten Löhnen?

Er war Großaktionär in einem pharmazeutischen Unternehmen, das phantastische Dividende abwarf. Seine deutschen Freunde lud er zu einer Schiffstour auf einem der schweizer Seen ein. In vier verschiedenen Buchten sollte das Schiff landen, damit die Fahrgäste aussteigen konnten, um in entzückte Rufe ausbrechen zu dürfen. Das

Schiff hatte Verspätung und legte darum nur in drei Buchten an statt in vieren. Die Gäste des Millionärs wurden einmal um das Vergnügen ihrer Exklamationen bestohlen, nein beraubt. Millionäre lassen sich nur ungern etwas nehmen. Sie sind noch mißtrauischer als sie habgierig sind. Zufälle haben für sie keine Gültigkeit. Einen Zufall, der ihnen günstig ist, halten sie für das Resultat ihrer persönlichen Intelligenz; ein ungünstiger Zufall ist ein Komplott. Überdies ist ein Billet, dessen Preis dazu berechtigt, die Buchten zu besichtigen, juristisch gesehen ein Vertrag zwischen dem Kunden, der es kauft und der Schiffsgesellschaft, die es verkauft. Nur drei Buchten zu zeigen, ist Vertragsbruch. Und so beschloß der Millionär, auf Rückzahlung des Fahrgeldes wegen Nichteinhaltung des gesetzlichen Vertrages zu klagen. Das ist sein Recht – und niemand soll deshalb Millionären einen Vorwurf machen. Sie müssen schließlich mißtrauisch sein, sonst würden sie keine Millionäre werden, oder es nicht lange bleiben. Aber sind diese Millionäre glücklich?

Warum sind die Deutschen, Franzosen und Italiener keine Schweizer geworden? Warum wird aus dem Selbstbestimmungsrecht der Kantone eine engherzige Kirchtumspolitik? Warum belügen, bestehlen, betrügen, morden Menschen, denen es gut geht, einander? Warum gibt es so viele Ehescheidungen und Sexualverbrechen? Warum ertränken sich so viele im Alkohol, die keine Sorgen haben? Warum begehen Menschen Selbstmord, ohne daß man sie daran hindert? Warum sind die Millionäre trotz Geld nicht glücklich? Warum gibt es nur einsame Menschen und keine Gesellschaft, auch in der Schweiz?

Die Schweiz ist das Pardestück des Liberalismus, Schweden das Reklameschild des reformierten Sozialismus. Beiden Ländern geht es gut. Alle Gaben der modernen Zivilisation liegen in Reichweite fast aller Menschen in diesen Ländern. Aber was hat diese Zivilisation ihnen zu geben? Automaten-Restaurants und Tanzlokale, Kinos und Sportplätze, Motorräder und Lederjacken, Armbanduhren und Musik, Alkohol und Prostituierte, Theater und Autorennen, Literatur und Nachtlöcher. Der Mensch ist frei, und so mißbraucht er seine Freiheit, um sich hineinzustürzen in den Trubel – und noch einsamer aus ihm aufzutauchen. Aber vielleicht suchen die Menschen gar nicht den Trubel? Vielleicht suchen sie nur Kontakt zu anderen Menschen und können ihn nicht finden? Warum sind die Menschen so leer, so ausgebrannt, warum schafft Sorgenfreiheit kein Glück? Gehört mehr als Satttheit dazu, glücklich zu sein?

»Aber Eucken gibt eine präzise Antwort.« Eine präzise Antwort, das ist es, was man braucht. Eucken, Walter Eucken gibt sie in seinem Opus posthumum »Wirtschaftspolitik«. So versichert uns Wilhelm Röpke. »Wird nicht der Kollektivismus uns vor frechem Egoismus schützen?« fragt Röpke. Kollektivismus? Warum nicht, wenn er nur retten kann, retten vor diesem frechen Egoismus. »Man muß sehr unberührt von Erfahrung und Nachdenken sein, um heute nicht den Hohn einer solchen Frage zu empfinden.« Also höhnen wir, höhnen wir mit Röpke und Eucken! »Aber Eucken gibt eine präzise

Antwort.« Greifen wir nach dieser Antwort! Dürstende, Sehrende, Ertrinkende, klammern wir uns an diese Antwort von Eucken: »Der Anspruch des Kollektivismus auf moralische Erlösung muß deshalb so grausam enttäuschen, weil erstens alles dafür spricht, daß die dann unbeschränkt herrschende Führerschicht das Gesamtinteresse nur als Maske ihres eigenen Interesses an der Macht benutzt.« Wahr, nur zu wahr. Siehe das Sowjetsystem, wer Augen hat zu sehen! Das Gesamtinteresse wird von der Bürokratie als Maske benutzt, um dahinter ihr Eigeninteresse zu tarnen. Reißen wir also der Führerschicht diese Maske ab! Verhelfen wir dem Gesamtinteresse zum Durchbruch! Unmöglich, Eucken verrammelt uns für immer den Weg zu diesem Gesamtinteresse, »weil zweitens, sollte doch das Gesamtinteresse ehrlich angestrebt werden, keine Möglichkeit besteht, es zu erkennen und zu definieren.« Keine Möglichkeit. Ergo wird die Menschheit dazu verdammt sein, ewig in der Finsternis des Eigeninteresses herumzutappen; das Licht des Gesamtinteresses wird ihre Pfade nie erhellen – es besteht keine Möglichkeit, es zu erkennen und zu definieren. Das nicht erkannte Gesamtinteresse kann allenfalls von einer Führerschicht als Maske benutzt werden für ihr Eigeninteresse. Wieso erkennen die anderen, die getäuscht werden sollen an dieser nicht erkannten Maske, das Gesamtinteresse, das gar nicht erkannt werden kann? Eucken schweigt. Das Gesamtinteresse ist eine Tarnkappe, die selbst unsichtbar ist. Man kann sie nicht greifen und sie sich nicht überstülpen, also kann man sich mit ihr nicht tarnen. Eucken gibt keine Antwort. Auf ein zweites folgt jedoch ein tröstlicheres drittes: »Weil drittens, sollte auch das etwa zu pessimistisch sein, keine Möglichkeit besteht, dieses Ziel in der Zentralverwaltungswirtschaft zu erreichen.« Wenn »zweitens« also etwa zu pessimistisch sein sollte, der tröste sich mit »drittens«, daß dieses Ziel, das Gesamtinteresse, in der Zentralverwaltungswirtschaft eben nicht erreicht werden kann. Aber wo, wo fragen wir, kann es erreicht werden? Geduld, warten wir ab! Ein »viertens« folgt dem »drittens«: »Und weil viertens ein solches Wirtschaftssystem, indem es Selbstbehauptungstrieb und Eigenverantwortung des Menschen im Namen der Moral mit dem Gipfel der Unmoral, nämlich der nackten Gewalt und der Lüge, vergewaltigt und eine unentbehrliche Antriebskraft der Wirtschaft lähmt.« Also daran mangelt es in einer Zentralverwaltungswirtschaft, an der unentbehrlichen Antriebskraft der Wirtschaft, am Selbstbehauptungstrieb, an der Eigenverantwortung, am Eigeninteresse. Es gibt zu wenig Egoismus in einer solchen Wirtschaft. Und der Stachanowismus? Ist er nicht höchste Anstachelung dieses Selbstbehauptungstriebes? Ist er nicht Wettbewerb, Kampf ums Dasein, Ansporn der Eigenverantwortung und des Eigeninteresses bis zum Äußersten? Und die nicht-unterdrückte, die freie Eigenverantwortung der Menschen in der freien Wirtschaft, wählt sie nicht zumeist den schäbigen Abfall einer 6000 Jahre alten menschlichen Kulturgeschichte?

Aber lassen wir Eucken ausreden. Umgekehrt ist es nicht wahr, so sagt Eucken, daß die Wettbewerbsordnung ausschließlich an den Eigennutz als Triebkraft appelliert. Sie ist zwar realistisch genug, um die ungeheure Kraft dieses Triebes nicht zu verkennen, aber

erstens stellt sie ebenso realistisch andere Motive in Rechnung und zweitens ist sie »der einzige Ordnungstyp, welcher die Kräfte des Egoismus bündigt«. Oh nein, bitte keine Mißverständnisse! Nicht ausschließlich an den Eigennutz appelliert die Wettbewerbsordnung. Geschäft ist zwar Geschäft; aber es gibt da auch noch gehobene Gefühle, an die in der Wettbewerbsordnung appelliert wird. Dafür haben wir zum Beispiel die philanthropische Branche, Abteilung Altruismus. Bittschön, treten Sie ein, meine Damen und Herren!

Nachdem im zermürbenden Kampf um das Stückchen täglichen Brotes dem Eigennutz der Konkurrenz freier Lauf gelassen wurde, nachdem das Rückgrat genügend verbogen, das Herz gebrochen und die Seele abgetötet ist, wird das Konto der anderen Motive aufgeschlagen, die von Eucken ebenfalls in »Rechnung« gestellt wurden. Die Wettbewerbsordnung ist realistisch genug, die ungeheure Kraft des Egoismus nicht zu verkennen – aber ist das nicht gerade die gleiche Sorte von Realismus, die von der Zentralverwaltungswirtschaft so sehr gepflegt wird? Die Spaltung der Menschen durch Privilegierung der höheren Leistung, sorgfältigste Förderung der ungeheuren Kraft des Egoismus, um die Menschen besser voneinander trennen, um sie teilen und beherrschen zu können? Ist der Mensch wirklich so klein, daß der Eigennutz immer eine unentbehrliche Antriebskraft bleiben muß? Und ist nicht dieser gleiche kleine Mensch manchmal so groß, daß er für eine Idee bereit ist, nicht nur seinen Eigennutz, sondern auch sein Leben zu opfern?

Aber die Wettbewerbsordnung ist der einzige Ordnungstyp, der die Kräfte des Egoismus bündigt. Durch den Kampf aller gegen alle entsteht der allgemeine Frieden. Welch tröstliche Aussicht für den Menschen! Welch erhabene Moral! Entwickelt nur euren Eigennutz, fördert ihn, hegt und pflegt ihn, denn er ist die Antriebskraft unserer Wirtschaft. Was ist schon die Seele des Menschen, daß man ihrer groß achte, – die Wirtschaft, die Wirtschaft, das ist entscheidend. Sie braucht eine Antriebskraft, einen Motor, und das ist dein Eigennutz. Lasse deinem Selbstbehauptungstrieb freien Lauf! Kämpfe gegen deinen Nächsten und nie gegen dich selbst! Das ist die Losung, das ist die Moral. In der Zentralverwaltungswirtschaft wird die eigennützige Natur des Menschen mit dem Gipfel der Unmoral vergewaltigt, der nackten Gewalt nämlich und der Lüge. In der Wettbewerbsordnung genügt die verhüllte Gewalt des Zwanges zur Konkurrenz. In beiden wird der Mensch zu einem armseligen Objekt der Wirtschaft. Aber ist dies die Bestimmung des Menschen?

Eucken beantwortet diese Frage mit »ja«. In diesem Zusammenhang kommt Eucken auch auf jenen Pseudomoralismus zu sprechen, den Röpke als »soziale Besessenheit« den wesentlichen und gefährlichen Verirrungen unserer Zeit zurechnet. Er erinnert uns dabei an die denkwürdigen Äußerungen, die Goethe einst über die Saint-Simoniisten – die Gemeinde der Ursozialisten, wie man sie nennen könnte – getan hat. Sei es ihre Lehre, daß jeder für das Glück des Ganzen arbeiten solle, als unerläßliche Bedingung seines eigenen Glückes, so erwiderte Goethe: »Ich dünkte, jeder müsse bei sich selber anfangen und zunächst sein eigenes Glück machen, woraus denn zuletzt das Glück des Ganzen unfehlbar entstehen wird.«

Goethe, ebenso wie alle großen Humanisten, konnte im Rausche der verwirklichten bürgerlichen Freiheit noch ehrlich daran glauben, daß nur jeder diese Freiheit recht gebrauchen müsse, sein eigenes Glück zu machen, damit das Glück des Ganzen unfehlbar daraus entstünde. Erfüllt von einem weitausgreifenden historischen Optimismus, sahen sie die Zukunft des Menschen in den leuchtendsten Farben, wobei ihre Palette ebenso reich und schillernd war, wie der lebendige Mensch selbst es ist. Niemals wäre es ihnen eingefallen, nur eine Seite des Menschen, etwa sein materielles Glück, mit dem ganzen Menschen zu identifizieren.

Aber was damals ehrlicher, optimistischer Glaube war, gegründet auf der befreienden Wirkung der Großen Französischen Revolution, das ist heute, nach den bitteren, mit Strömen von Blut und Tränen bezahlten Enttäuschungen, die jene individuelle Jagd nach dem Glück der Menschheit bereitet hat, zu einer schalen, abgestandenen und zutiefst unehrlichen Phrase der Neo-Liberalen geworden. Was diese Goethe voraus haben, ist der praktische Anschauungsunterricht der Geschichte der vergangenen Jahrzehnte – aber daraus haben sie nichts gelernt. Was Goethe ihnen voraus hat, ist sein großer optimistischer Glaube an den Menschen und die Gesellschaft, seine »soziale Besessenheit« – die von den Neo-Liberalen als eine wesentliche und gefährliche Verirrung unserer Zeit verleumdet wird.

Vergeblich hat man darauf gewartet, daß aus dem Glück des Einzelnen das Glück des Ganzen entsteht. Auch dort, wo jeder sein Glück machen konnte, ist jeder unglücklich geblieben, und ein Glück des Ganzen konnte schon darum nicht entstehen, weil es dieses Ganze nicht gibt.

Nein, dieses Ganze, diese Gesellschaft ist eine Fiktion. Sie ist – wie Rousseau sagt – eine Wüste, bevölkert von wilden Tieren. Miteinander in Wettbewerb stehende egoistische Individuen können kein Ganzes, keine Gesellschaft bilden. »Was ist das in der Tat für eine Gesellschaft, wo man die tiefste Einsamkeit im Schoße von Millionen Menschen findet, wo man von einem unbezwingbaren Verlangen, sich selbst zu töten, überwältigt werden kann, ohne daß irgendeiner uns errät?« – fragt Marx einmal. Und fahren wir fort: was ist das für eine Gesellschaft, in der Menschen im Alkohol oder in Boxkämpfen, in Kriminalromanen oder bei Prostituierten ihr Vergnügen suchen müssen? Was ist Eigenverantwortung in einer Gesellschaft, die dazu verführt, sie zu mißbrauchen?

Wieso treten in der liberalen Schweiz ebenso wie im sozialistischen Schweden die gleichen menschlichen Probleme auf?

Der philanthropische Bürger ebenso wie der Klein-Sozialist, für den nur der homo oeconomicus existiert, beide glauben, die soziale Frage erschöpfe sich darin, den Proletariern etwas mehr Brot und ein bißchen Erziehung zu geben. So als ob nur der Arbeiter unter dem heutigen Gesellschaftszustand verkümmere, im übrigen aber die bestehende Welt die beste sei.

Solange der Mensch nicht alle seine Fähigkeiten entwickeln kann, solange seine gesamte Persönlichkeit an das Eigeninteresse gekettet ist, in jenem brutalen Kampf um die materiellen Notwendigkeiten

des Lebens sich zugrunde richtet, bestehen nicht einmal die Voraussetzungen dafür, seine Verkümmern zu verhindern. Nachdem jedoch diese Vorbedingungen geschaffen sind, beginnt erst das eigentliche Problem: die Umformung des Menschen.

Aber es gibt doch kein Gesamtinteresse, also auch kein allgemeines Glück. Wie also willst Du den Menschen umformen? Wer gibt Dir überdies das Recht, es zu tun? Nach welcher Vorlage willst Du ihn gestalten? Woher weißt Du, daß gerade die deinige richtig ist? Vielleicht ist der eine glücklich im Nebel des Alkohols, wie der andere es mit seiner sexuellen Anormalität und der dritte im Konzert ist? Wo ist der Maßstab für den Menschen? Gehörst Du nicht etwa zu jenen gefährlichen Kollektivistern und Gleichmachern, die den Menschen normen wollen wie Stücke Stahl?

Sie haben Recht, die da behaupten, das Gesamtinteresse würde als Maske des Eigeninteresses mißbraucht. Aber geschieht dies nicht auch und gerade in der Wettbewerbswirtschaft? Welcher Kaufmann will denn Waren absetzen, weil sie am besten dem Gesamtinteresse dienen? Will nicht jeder nur Waren verkaufen, weil es seine Waren sind? Die Identität der Interessen, der wahren menschlichen Interessen von Individuum und Gesellschaft kann wieder hergestellt werden, wenn die allgemeine Konkurrenz durch die gemeinsame Kooperation ersetzt wird. Wenn die Arbeit von Wissenschaftlern und Technikern, von Künstlern und Arbeitern nicht mehr kommerzialisiert werden kann, wenn sie unmittelbar der Gesellschaft dient, dann wird das Interesse des einzelnen und der Gesellschaft wieder zusammenfallen. Der Maßstab im Bereich des Materiellen wird aus der Wissenschaft und der Technik des Materiellen gewonnen. Die Festigkeit und Zerreißbarkeit von Waren sind keine Mysterien des Marktes, sondern der Physik und der Chemie. Aber der Maßstab für den Menschen, woher soll er kommen?

Man kann ihn offensichtlich nicht aus dem Menschen gewinnen, so wie er heute ist; aus diesem von der Arbeitsteilung zerrissenen, vom Kampf ums Dasein erschöpften, vom Dienst am Eigennutz erniedrigten, armseligen, geängstigten Geschöpf, das sich Mensch nennt. Und doch, gibt es nicht auch Momente, in denen dieses kleine, kleinliche Wesen über den Alltag zu unerwarteter Größe hinauswächst, und hat es nicht in den großen schöpferischen Leistungen des Geistes einen Maßstab, an dem es gemessen werden kann? Aber nie wird der Mensch sich zu diesen Höhen von selbst aufschwingen, wenn er nicht dahingeleitet wird, wenn ihm der Weg nicht von den Stärksten und Größten zuvor freigemacht worden ist.

Also Zwang, Gewaltanwendung? Der Mensch soll zur Größe gezwungen werden? Nur in der gleichen Weise, in der er heute zur Kleinlichkeit gezwungen wird. Er soll die gleiche Freiheit haben, die er heute besitzt, diese scheinbare Möglichkeit, frei zu wählen, was ihm aufgezwungen, tausendfach aufgenötigt wird durch die Alternative, in mehreren Sorten Abfall herumwühlen zu dürfen. Die Persönlichkeit des Menschen einmal entfaltet, sein kritisches Unterscheidungsvermögen geschärft, wird er ebenso unfähig sein,

nach dem nächsten Schlechtesten zu greifen, wie er dies heute aus freien Stücken automatisch tut. Diese Freiheit der Wahl des entmenschten Menschen ist der größte Betrug eines zusammengerotteten Haufens, der sich Gesellschaft nennt. Wirklich frei sein eine Wahl zu treffen wird der Mensch erst, wenn er unterscheiden gelernt hat. Unterscheiden kann er nur kraft seines kritischen Bewußtseins, und dies ist nicht angeboren, es muß geschaffen, anezogen werden.

Die Satttheit erzeugt nicht automatisch das Glück, weil sie nicht automatisch einen neuen Menschen gebiert. Dieser entsteht nicht spontan auf dem Grund des vollen Magens. Er muß erst geschaffen werden. Der aktive Prozeß der Umformung des Menschen zum Gebrauch seiner Freiheit, die er durch bessere Lebensbedingungen gewinnt, ist die Aufgabe, an die man weder in der liberalen Schweiz, noch im klein-sozialistischen Schweden herangegangen ist. Beide erwarten in mechanisch-materialistischer Weise, daß das Glück sich von alleine mit dem satten Magen einstellt. In beiden Ländern ist darum das Unbehagen zu spüren, das ein leeres und unerfülltes Leben bereitet.

Aber bedeutet eine derartige Erziehung nicht einen Eingriff in die Rechte der Persönlichkeit? Wer das Recht des Menschen darauf verteidigt, in tiefster Einsamkeit unter Millionen Menschen zu verkümmern, sein Recht, sich durch Alkohol zugrundezurichten, sein Recht, sich durch den Sport brutalisieren oder durch Reklame verdummen zu lassen, der verteidigt das Recht des Menschen auf seine Entmenschlichung und Erniedrigung. Die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist ein langer und komplizierter Prozeß. Sie ergibt sich nicht von selbst, sie muß gefördert, gehegt und gepflegt werden. Sie ist kein wildes Gewächs, sondern eine Kulturpflanze.

Die Sünde wider den Menschen liegt nicht nur darin, daß man ihm kein Brot gibt, sondern auch darin, daß man ihm Brot gibt und daß man ihn dann sich selbst überläßt. Verbrecher werden nicht geboren, sie werden gemacht. Ehescheidungen als Massenerscheinung sind Zeichen mangelnder Stabilität der Partner. Aber wer hat sie aus dem Gleichgewicht geworfen? Daß Franzosen und Deutsche nicht verschmelzen, liegt nicht an ihrem ewigen und unabänderlichen nationalen Charakter, sondern daran, daß beide nicht menschlich wurden. Alkoholiker sind leere oder ausgebrannte Menschen, aber warum war niemand und nichts da, um diese Leere auszufüllen, und warum wurde der Brand nicht rechtzeitig gelöscht? Zu warten, bis der Mensch sich schuldig macht, um hinterher über ihn zu Gericht sitzen zu können, heißt, sich mitschuldig machen. Es nutzt nichts, die Symptome zu bekämpfen.

Der Liberalismus ist unfähig, diese Probleme zu lösen, schon allein weil er davon ausgeht, daß jeder Mensch a priori weiß, was sein Glück ist. Aber das Glück läßt sich weder vom verkümmerten Einzelmenschen her, noch auch von der Einzelsituation her bestimmen. Nicht nur, daß in der Wettbewerbsordnung das Glück des einen von vornherein das Unglück des anderen ist, nicht nur, das, was heute Glück ist, schon morgen Unglück sein kann, – ohne einen

Inhaltsverzeichnis der
Zeitschrift »aufklärung«,
Jahrgang II (1952), Heft 3:

- Azarin*
Gespräch in der Zukunft
- Wilhelm Alff*
Tausend Jahre und sieben
- Leo Kofler*
Vorbemerkungen zu einer
Theorie der Geschichtsbe-
trachtung
- Willy Huhn*
Etatismus – »Kriegs-
sozialismus« – »National-
sozialismus« in der Literatur
der deutschen Sozial-
demokratie. Erster Teil
- Jakob Moneta:*
Schweizer Erfahrungen
oder das Unbehagen
in der Satttheit
- Jean Carroz:* Ein Problem
der Vereinten Nationen
- Berichte: Das Französische
Institut für Sozialgeschichte
(*J. Maitron*)
- Der elfte deutsche
Soziologentag
(*Gunther Baerlin*)
- Kritik: »Sie preisen den
Geist, aber sie tun ihn
nicht« (*Wilhelm Alff*)
- Herder und die Aufklärung
(*Ernst Kux*)
- Zur Problemgeschichte der
Soziologie (*Heinz Maus*)
- Das Interview
(*Hans Sittenfeld*)
- Zwischen Gefangenschaft
und Gefangenschaft
(*Wilhelm Alff*)
- Arno Schmidt's Sprache
(*Martin Walser*)
- Literaturgeschichte in
Schwarz-Weiß-Rot
(*Jürgen Eyssen*)
- Der Wüstenfuchs
in der Falle
(*Heinrich Böll*)

Standpunkt, der die gesamte Menschheit und ihre historische Bestimmung umfaßt, kann der feste Ort nicht gefunden werden, von dem aus der Mensch sich verwandeln läßt. Der Liberalismus ebenso wie die Kleinst-Sozialisten identifizieren das Glück des Menschen mit »sein Glück machen«, was wiederum nur die Postulierung des Bereichs des Materiellen als einziger Glückssphäre des Menschen ist. Und genau die gleiche Ideologie ist es, die sich anmaßend für den einzigen echten Vertreter des Geistigen ausgibt, der die menschliche Kultur als alleiniger Wächter hütet.

Von unserer heutigen historischen Situation aus ist das *carpe diem* eine gespenstisch anmutende Aufforderung, Freudentänze auf den Grabhügeln menschlicher Skelette aufzuführen, die uns die jüngste Geschichte als Erbe hinterlassen hat. Nicht den Tag zu nutzen, sondern die Zukunft vorzubereiten, darin liegt unser Glück. Jene Zukunft, in der der Mensch so hoch über die selbstverständliche Satttheit erhaben ist, wie er heute vom Kampf gegen den Hunger tief erniedrigt wird.

Die neue Anthropologie muß davon ausgehen, daß der Mensch unteilbar ist. Ihn aufzuspalten in ein ökonomisches, politisches, kulturelles Wesen, in einen Kranken, Invaliden, Arbeitslosen, in einen Pflege-, Gerichts- oder Gefängnisfall, heißt vorbeigehen am Menschen und ihn beständig verfehlen.

Die Ökonomie ist die Grundlage, das ist wahr. Ohne Freiheit von der Sklaverei des Hungers, von der Jagd nach Arbeit oder Reichtum, ohne Befreiung von erschöpfender und langer Arbeitszeit, ist keine Voraussetzung vorhanden, von der aus die Persönlichkeit sich entfalten kann. Aber der eigentliche Kampf um den Menschen, der Kampf gegen seine Entmenschlichung durch Jahrtausende alte Schlacken, die er mit sich herumschleppt, er beginnt erst, nachdem diese Voraussetzung geschaffen ist. Das ist ein langer und zäher Kampf, aber die Mittel und Möglichkeiten, ihn zu führen, sind vorhanden, man muß sie nur ausschöpfen.

Die gleiche Zähigkeit, mit der man Zigaretten oder Alkohol anpreist, die gleiche Presse, die sich durch ihren Inseratenteil verkaufen muß, der gleiche Rundfunk, der sich von Briefen steuern läßt, die Hörer mit verkümmertem Bewußtsein und bereits abgestumpften Seelen schreiben, sie könnten mächtige Waffen im Kampf um den neuen Menschen werden. Die gleichen verhüllten Gewalten, die heute im Dienste des Eigeninteresses stehen, könnten auch in den Dienst der Umformung des Menschen gestellt werden. Die Mittel sind vorhanden, man muß nur den Mut haben, sie anzuwenden.

Satttheit allein genügt nicht. Sie bringt das Unbehagen nicht zum Verschwinden. Im Gegenteil, sie weckt es meist, weil die Menschen mehr Muße haben, sich des Unbehagens bewußt zu werden. Bei den materialistischen Liberalen und Kleinst-Sozialisten steht die Wirtschaft im Mittelpunkt. Für den sozialistischen Humanismus dreht sich alles um den Menschen. Ohne ein neues Bewußtsein wird der Mensch nie glücklich sein. Er wird die Satttheit nicht verdauen können.

FRIEDRICH SCHENKER

Musik zum pazifistischen Gebrauch

STEFAN AMZOLL: Botschaften in der Kunst gelten weithin als Teufelei. Was ist daran so teuflisch und weswegen rücken Sie nicht ab davon?

FRIEDRICH SCHENKER: Es gibt kaum Kunstäußerungen, die botschaftsfrei sind. In der Musik ist ja schon eine regelmäßige, nachvollziehbare Form von Ausdruck oder von Rhythmus eine Botschaft im einfachsten Sinne. Natürlich gibt es mehrerlei Arten von Botschaften. Zum einen die der Aufklärung nahestehenden, sie kommen eher vom Nicht-Glauben. Zum anderen die von seiten des Glaubens, die hin und wieder gegen die Front der Aufklärung driften. Und ein dritter Weg wären etwa die antiambitionierten Botschaften, die vom Zufall ausgehen, per alea gesteuert sind. Sicher gibt es weitere Arten von Botschaften. Die genannten drei stehen natürlich oft gegeneinander und werfen sich manchmal gegenseitig Teufelei vor. Meistens bestimmt der feuilletonistische Zeitgeist, was zu verteufeln sei, heute sind es zumeist die aufklärerischen Botschaften.

STEFAN AMZOLL: Welcher Botschaftsart, die Sie beschrieben haben, würden Sie sich denn am ehesten anschließen?

FRIEDRICH SCHENKER: Klar, ich bin für die der Aufklärung. In der Kirchenmusik stehen zwei Namen für mehr oder weniger Aufgeklärtheit, Johann Sebastian Bach und Palestrina. Ihre Welten sind sehr verschieden. Bach stellt sich dem Teufel bewußt in den Weg, nennt ihn beim Namen, das zeigt sich strukturell. Palestrina hingegen poliert so lange am strukturellen Marmor, bis alles Euphonie ist. Ich bin durchaus für die religiös-musikalischen Botschaften zu haben, wie die aus dem Requiem von György Ligeti, die aus dem »Requiem für einen jungen Dichter« von Bernd Alois Zimmermann.

STEFAN AMZOLL: Ihre und Karl Mickels jüngste große Arbeit, die »Goldberg-Passion« für Soli, Chor, Kinderchor und Orchester*, reflektiert schlimme Historie. Wollen Sie sich in die Holocaustdebatte einmischen?

FRIEDRICH SCHENKER: Geplant war das nicht. Oft aber ist es so: Man komponiert, betreibt Kunst kreativ, und plötzlich steht man

Friedrich Schenker – Jg. 1942, Komponist, Posuanist, Interpret zeitgenössischer Musik, komponierte bisher mehr als einhundert Werke, u.a. die Sinfonie »In memoriam Martin Luther King« (1969), die Kantate »Leitfaden für angehende Speichellecker« nach Majakowski (1974), die Oper »Büchner« (1978/79), »Dona nobis pacem« für Orchester (1983-85), »Traum. Ein deutsches Requiem« (1989), Mitglied der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg

* Die »Goldberg-Passion«, ein Auftragswerk des Mitteldeutschen Rundfunks, wurde am 9. November im Großen Saal des Neuen

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter Ernste Musik bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, übernahm er 1990 die Programmleitung von Deutschlandsender Kultur. Ende 1991 durch Einrichtungschef Mühlfenzl und ZDF-Intendant Stolte vom Dienst suspendiert. Danach einige Monate arbeitslos. Seit 1992 als freier Publizist tätig. Von Stefan Amzoll in UTOPIE kreativ u.a. Gespräch mit Hans-Eckardt Wenzel »Was war dieses Jahrhundert eigentlich?« (Heft 81/82 [Juli/August 1997]); in Heft 91/92 (Mai/Juni 1998) »Ich ist kein anderer. Hanns Eisler und die DDR – Eine Montage«; und in Heft 97/98 (November/ Dezember 1998) Gespräch mit Thomas J. Richter »... Erotik findet links statt«

auf der Erfinderstraße, und es fällt einem was zu. Man ist mitten im Winde. Guter Zufall war es, daß gerade während der Holocaust-Debatte der Text von Karl Mickel und meine Musik entstanden sind. Aber das ist von der Debatte nicht ausgelöst worden. Ich denke, unsere Goldberg-Passion kann in weiteren Diskussionen durchaus ihren gewichtigen Beitrag leisten.

STEFAN AMZOLL: Es geht ja bei dieser Debatte vornehmlich um Weisen des Gedenkens, des Erinnerns an die Massen von Ermordeten. Wollten Sie ein Gedenkwerk schreiben?

FRIEDRICH SCHENKER: Das »in memoriam« ist zu vermuten, aber es war nicht beabsichtigt. Es handelt sich um ein Stück Musik mit einer Botschaft, die die schlimme Historie durchaus in sich trägt und versucht, diese Historie aktuell zu deuten und danach zu fragen: Was erwartet uns in der Zukunft?

STEFAN AMZOLL: Was gefällt Ihnen an der Debatte nicht, die noch immer anhält?

FRIEDRICH SCHENKER: Daß verschiedenste Eitelkeiten sich spreizen. Vielleicht hat der eine oder andere Politiker seinen Lieblingskünstler, dem er am liebsten den Zuschlag geben würde oder dem er schon Zusagen gemacht hat. Das Denkmal brauchen wir vielleicht gar nicht, wir haben doch schon das Museum von Daniel Liebeskind in Berlin. Es sollte ab und an mit Musik gefüllt werden; das wäre doch eine hochgradig interessante Angelegenheit.

STEFAN AMZOLL: Warum brauchen wir kein Denkmal?

FRIEDRICH SCHENKER: Ich finde zum Beispiel Denkmäler für die Gefallenen beider Weltkriege zumeist künstlich aufgesetzt. Sie sind eine Art Ablasshandel, wie bei Tetzl, mit dem Luther ausräumte damals. Etwas wurde bezahlt, und die Schuld ist vergessen. Mit anderen Worten: Ist das Denkmal einmal gesetzt, ist eine Gewissenssache gleichsam abgehakt. Das ist es, was ich bei dem Holocaustdenkmal fürchte. Außerdem gehen die Meinungen über die künstlerische Form weit auseinander. Das hat sich jetzt schon solange hingezogen, daß die ganze Sache eine Art von Stinken angenommen hat. Das ist nicht mehr zu lösen. Und deswegen sollte man das sein lassen.

STEFAN AMZOLL: Holocaust, ein Wort, tausendfach wie Asche im Munde geführt. Was verstehen Sie darunter? Ist die Benennung richtig, wenn Rassenkrieg und Eroberungskrieg getrennt marschieren?

FRIEDRICH SCHENKER: Holocaust steht ja für die Judenausrottung in Auschwitz und anderswo. Die Frage ist durch den Jugoslawienkrieg neu ins Spiel gebracht worden. Ich meine die ahistorische Verwendung des Begriffs durch einige Minister der NATO-Partei. Genauso polemisch läßt sich fragen: Betreibt nicht die NATO,

indem sie mit ihren Bomben, ihren Raketen, ihre Missiles Menschen verbrennt, eher Holocaust, als die andere Seite? Die Konstellation Hitler – Milošević könnte man auch anders sehen. Die USA, die noch nie von einer einzigen auswärtigen Bombe getroffen worden sind, realisieren doch ihre Interessen fernab mit Mitteln, die genauso inhuman sind, wie Hitler, der ja den Holocaust auch nicht in der »Heimat« verwirklicht hat, sondern ihn ins eroberte Ausland verlagert hat.

STEFAN AMZOLL: Der Zweite Weltkrieg war im Gange.

FRIEDRICH SCHENKER: Genau. Marschieren Rassenkrieg und Eroberungskrieg getrennt? Auf jeden Fall gibts 'ne ganze Menge Undercoveragenten der einen Marschabteilung in der anderen zu finden.

STEFAN AMZOLL: Ist Holocaust, dieser an Auschwitz gebundene Artefakt, überhaupt künstlerisch zu verhandeln? Die Frage ist ja, von Adorno etwa, schon sehr früh gestellt worden.

FRIEDRICH SCHENKER: Mir fällt nur ein negatives Beispiel ein, das Auschwitz-Oratorium von Penderecki. Es hat mich geradezu peinlich berührt. Einen solchen Stoff zu nehmen, um damit Beifalls- und Kommerzgeilheit zu befriedigen? Ein nichtswürdiges Geschäft!

STEFAN AMZOLL: Häufig ist zu hören, Auschwitz sei beschreibbar, aber nicht verstehbar. Das Begreifen dieser Unmöglichkeit müsse erlernt werden, um das Geschehen ermessen zu können. Die Frage ist, ob es überhaupt klare Urheber, klare Absichten, klare Vollstrecker gibt in dieser Sache. Wie ist Ihre Ansicht?

FRIEDRICH SCHENKER: Ablesbar ist, daß in jeder Art von Krieg die Soldaten-Menschen zu Bestien werden. Da ist zu rechnen mit allen unvorstellbaren Bestialitäten gegen Menschen. Deswegen ist es, glaube ich, wichtig zu erwähnen, daß der Holocaust erst innerhalb eines Krieges in Gang kam, daß er stattfand, nachdem ein Krieg mit einem hohen Brennwert angeheizt war. Es ist erschreckend, mit welcher Normalität die Welt heutzutage solche mörderischen Perversitäten hinnimmt. Am bequemsten geht das im Heimkino, vor dem Fernseher. Man kann dabei Bier trinken, rauchen, stricken.

STEFAN AMZOLL: Erschreckt Sie der Gedanke, daß Massenvernichtung zwar Kennzeichen der »Pathologie der Moderne« sei, aber genauso gut ihre Vollstreckung, ihr Endergebnis sein könnte?

FRIEDRICH SCHENKER: Als das Mittelalter zu Ende war, begann die moderne Kriegführung mit Söldnerheeren. Zum Ende der Ritterzeit ging es noch Mann gegen Mann, es wurde mit einer gewissen Fairneß gekämpft. In dem Moment aber, in dem es eine Wehrpflicht gab und Massen rekrutiert wurden, begannen die Massenschlachten, und die kriegerische Barbarei hielt Einzug. Sollte sich dieser noch steigern, könnte das durchaus zum Weltende führen.

STEFAN AMZOLL: Ich frage nach dieser »Pathologie«, weil die Goldberg-Passion am Ende ein positives Bild bringt, einen Hoffnungsschimmer, der hell aufleuchtet. Ein Ansatz, der für beide Autoren eher ungewöhnlich ist.

FRIEDRICH SCHENKER: Das ist immer ein Pendeln zwischen Hoffnung und Hoffnungslosigkeit. Wenn Leute, die einst kämpferische Pazifisten waren, jetzt zu Kriegshetzern werden, die sich am liebsten vor die Raketen spannen würden, um sie an ihr Ziel zu bringen, was sie natürlich wegen ihres lieben Lebens willen nicht tun, wenn solche Leute direkt zur Tötung aufrufen, dann steigert sich die Hoffnungslosigkeit. Das Problem bleibt womöglich ewig unlösbar: nämlich, wenn ein Mensch Macht über die anderen bekommt, er den berühmten Knopf drücken darf und damit Tausende vernichten kann, daß er dann auf sämtliche Humanität scheißt.

STEFAN AMZOLL: Los geht das ja mit den Erregungszuständen beim Geldscheffeln. Dann kann der E-Fall kommen ...

FRIEDRICH SCHENKER: ... durch Machtballungen ermöglicht. Angst jagt mir ein, daß die mächtigsten Männer der Erde, die US-Präsidenten, mittels ihrer überholten Verfassung soviel Macht versammeln können. Sie spielen mit dem Problem, die Welt zu vernichten, doch vorher gehen sie beten und Choral singen. Ihre Macht ist vergleichbar mit der Macht des Sonnenkönigs, mit deren Hilfe er die Monarchie in Schach hält.

STEFAN AMZOLL: Karl Mickel schrieb einen Satz, der es in sich hat: »Der dezentrale Weltkrieg dauert an.«

FRIEDRICH SCHENKER: Genau. Wie Erwin Chargaff sagte, es sei keineswegs geklärt, ob der 1914 begonnene Erste Weltkrieg überhaupt zu Ende gekommen ist, ob wir uns nicht noch in demselben befinden, ob nicht alles zusammenhängt und das alles ewig so weiter geht. Die Provokation ist in dem Mickelschen Satz mit drin.

STEFAN AMZOLL: Um bei Chargaff zu bleiben. Er spricht kritisch von der »Apotheose Hollywood«. Von dort würden die psychologischen Nachrichten über die Welt ausgehen und globalisieren. Sicher, Ihre Passion und Steven Spielbergs Erfolgstreifen »Schindlers Liste«, sie stehen in einem Unverhältnis zueinander. Doch wäre diese Hollywood-Spielart wenigstens anzutippen.

FRIEDRICH SCHENKER: Der Hollywood-Kitsch-Spielarten sind bekanntlich viele, aber die von Spielberg sind schon besondere, nämlich die der Vermarktung von ethisch und moralisch motivierten Filminhalten. Das ist eine sehr raffinierte Form der Beeinflussung der menschlichen Psyche. Man kann es auch so sagen: Nimm die schrecklichen Dinge, »genieße« sie, nimm sie nicht so tragisch und vergiß sie dann schnell wieder. Und, vor allen Dingen, vergiß dabei die gegenwärtige Realität. Man soll zwar weinen im Kino, im Moment, aber dann, wenn man das Kino verläßt, soll man wieder

an seinen Vorgarten mit Bratwurst, an sein schönes Auto, an seine zu gießenden Radieschen denken können.

STEFAN AMZOLL: Das ist aus der Bedürftigkeitsliste der Menschen sicher nicht zu streichen. Aber es gibt die harmlose Form, die Disney-Filme.

FRIEDRICH SCHENKER: Harmlos? Hier ist der Witz, daß der Umgang mit Gewalttätigkeit keine Folgen hat. Man kann in Animationsfilmen Figuren mühelos zerdrehen, zerkneten, zerstäuben, verknoten. Die Folgen sind gleich null, es wirkt das Prinzip des Stehaufmännchens. Was heißt: Zuhauen darfst du, es schadet dir ja nicht. Und wenn du lachst übers Unglück, wird die mißhandelte Figur wieder heil.

STEFAN AMZOLL: Sie verstehen sich als Radikalpazifist. Wieweit tangiert diese Haltung Ihre Musik?

FRIEDRICH SCHENKER: Ich habe zum pazifistischen Gebrauch eine Reihe Stücke komponiert: die Aria bravura »Die Friedensfeier« nach Mickel, die Komposition auf Hölderlins Ode »Der Frieden«, der noch Wolfgang Heinz die Sprechstimme geliehen hat, die »Missa nigra«. Und ich denke selbstverständlich an meine Strategien gegen den Viervierteltakt. Der kommt ja von der Marschiermusik, die ihren Beitrag zum Krieg geliefert hat: mit Hurra und Freude in die Schlacht! Der Viervierteltakt ist heute zu achtundneunzigkommafünf Prozent Dreh- und Angelpunkt jeglicher Popmusik, die, wenn auch anders verklausuliert, den Zielen der Ablenkung und Verführung dient. Vierviertel ist in der Natur nicht vorhanden, um so größer daher die Möglichkeit, Zeitimpulse zu manipulieren.

STEFAN AMZOLL: Karl Mickels Passions-Libretto verbindet eigene Dichtung mit biblischen Motiven und Dokumenten der Dichtungsgeschichte. Fabulierkunst und authentischer Bericht durchdringen einander. Sie komponierten große Chöre, Rezitative, Arien, Akkompagnati usw. Ein Evangelist tritt auf. Welche Geschichte wird erzählt?

FRIEDRICH SCHENKER: Die Evangelisten-Geschichte im Stück handelt von zwei polnisch-jüdischen Häftlingen, zwei Brüdern, die in Rehmsdorf, einem Außenlager von Buchenwald, gefangen waren. Ein Schienentransport sollte sie in das Tschechische bringen, wohl nach Theresienstadt. Und auf dem Wege durchs Erzgebirge sind sie in der Nähe von Niederschmiedeberg vom Zug abgesprungen, geflohen. Sie wußten nicht, wo sie sind, und sie haben sich dann im Wald versteckt. Über ihre Ängste wird berichtet. Sie sind dann von einem Einwohner des Ortes, Arno Bach, entdeckt worden. Er hat sie erst einmal verpflegt, die Bemmen und das gekochte Ei gebracht, und hat sie dann später in einem Holzschuppen versteckt. An diesem Ort sollen beide Brüder eine Liebesbeziehung mit einer ausgebombten, in Bachs Hause wohnenden Witwe gehabt haben.

Am 8. Mai befreite die Rote Armee Niederschmiedeberg. Hier endet der Bericht der Passion.

STEFAN AMZOLL: Woher stammt die Überlieferung?

FRIEDRICH SCHENKER: Die beiden Brüder sind später nach Argentinien gekommen, und einer von ihnen hat die Geschichte aufgeschrieben. Das Material ist durch Arbeiten von Regina Goldmann, die über die Zeit um den Mai 1945 im Erzgebirge forscht, bekannt geworden.

STEFAN AMZOLL: Das Werk exponiert gegen Ende ein vollkommen autonomes Instrumentalstück, es potenziert gleichsam polyphone Substanzen aus den Bachschen Goldberg-Variationen. Weshalb liegt so viel Gewicht auf Motiven und Ideen von J. S. Bach. »Ach Bach« heißt eine Ihrer Kammermusiken. Das klingt eher ironisch.

FRIEDRICH SCHENKER: Man nimmt sich das Recht, Erfindungen von Künstlern, die vor einem gelebt haben, in Eigenes einzuarbeiten. Bach selbst tat das ja mit Vivaldi auch. Ein direkter Anlaß für die Passion war das Hörerlebnis der »Goldberg-Variationen« mit Glenn Gould. Das übte geradezu einen Zwang auf mich aus, mit dieser Musik kompositorisch umzugehen. Ich hatte ja schon gewisse Erfahrungen, mit Bachschem Material zu verfahren. Bereits in der Sonate für J. S. B., in »Ach Bach«, in der Schauspielmusik zu Mickels »Das Beil von Wandsbek« trieb ich Manipulationen mit Bachschen Techniken. In der Komposition »Ach Bach«, einem Doppelkonzert für zwei Oboisten und Ensemble, gibt es eine Komik, die durch Satzüberschriften ausgelöst wird, sozusagen programmatisch: 1) ACHBACH 2) BACH-HASCHEE-Hasche-Bach 3) BACH-ASCHE. Alle Buchstaben sind in Tonhöhen zu übersetzen, sie bilden das motivische Material.

STEFAN AMZOLL: Ironischer Umgang mit einem Säulenheiligen? Das dürfte nicht unwidersprochen geblieben sein.

FRIEDRICH SCHENKER: Sicher, das hatte polemische Gründe. Es war zum einen das reine Tonmaterial, das mich interessierte, zum anderen war es eine Auseinandersetzung mit dem Bach-Kult der Bachstadt Leipzig, der immer mal ausuferte, zu DDR-Zeiten und nicht minder jetzt.

STEFAN AMZOLL: Und die Idee, ein selbständiges Instrumentalstück der Passion einzuverleiben?

FRIEDRICH SCHENKER: Nach Mickels Überlegung sollten in der Passion an der Stelle Einmarsch der Roten Armee die gesamten Bachschen Goldberg-Variationen original erklingen, sozusagen als Inszenierungsmusik. Stellen Sie sich vor: bis dahin waren schon sechzig Minuten Musik gelaufen, dazu kämen eine dreiviertel Stunde die originalen Goldberg-Variationen. Das hätte gewiß den Zeit- und Stilhorizont gesprengt. Ich setzte an diese Stelle die

Verarbeitung der für mich expressivsten und herausragendsten Variatio, der in g-moll.

STEFAN AMZOLL: Aktuell ist das Werk vom ersten Ton bis zum letzten Takt. In »Deutscher Wald« etwa steht eine Hirschjagd für ein fröhliches Jagdmachen auf Menschen. Verschiedene Texte und Szenerien stehen sich gegenüber. Die Koppelungen haben es in sich.

FRIEDRICH SCHENKER: Matthias Claudius' allegorischer Text, die Ansprache eines parforcegejagten Hirsches an seinen Herrn, ist zwar der Hauptinhalt des Teils, das Ganze ist aber eine Collage aus Klängen und Geräuschen, Zitaten aus der Freischütz-Ouvertüre, auch aus szenischen Teilen des Freischütz. Und wenn die Herren des Chores durchgängig ihr »La-la-la-la« aus dem Jägerchor singen, immer auf Fis, dann soll das provozieren. Dazu kommt die Mendelssohnsche Vertonung von Eichendorffs »O Täler weit, o Höhen«. Bestimmte Geräusche des Waldes realisiert eine instrumentale Sonoristik: Rauschen des Waldes auf Streich- und Blasinstrumenten.

STEFAN AMZOLL: Und die Jagdszene schließt an den Evangelisten-Bericht logisch an.

FRIEDRICH SCHENKER: Ja, das ist so eine Stelle. Der Deutsche und sein Wald. Auch im deutschen Wald bekommt man nachts Angst, vor allem, wenn Deutsche die Jäger sind.

STEFAN AMZOLL: Eichendorff hat mit dem Gedicht den Wald in die Dichtung eingeführt. Wollten Sie mit diesem Teil den Wald in die Neue Musik einführen?

FRIEDRICH SCHENKER: Mendelssohn hat das für die ältere Musik genial besorgt. Für mich war es wichtig, das Rührungsklichee, das von diesem Chorlied kommt, bedrohlich werden zu lassen. Es ist ja merkwürdig: Derselbe Eisenbahntransport, der ohne die beiden Entflohenen seinen Weg fortsetzte, ist dann von amerikanischen Flugzeugen beschossen worden und zum Stehen gekommen, wobei ca. 600 KZ-Häftlinge, die versuchten zu entkommen, nicht nur von der SS und der Gendarmerie gejagt und getötet worden sind, sondern Einwohner der Umgebung dabei kräftig mitgewirkt haben. Wald ist nicht nur eine romantisch schöne Metapher, sondern sie kann auch eine schreckliche sein. Wie viele Geheimnisse mag dieser erzgebirgische Wald wohl heute noch bergen?

STEFAN AMZOLL: Für mich aufschlußreich ist besonders der Teil »Antiphon – Das Gesetz«. In These und Gegenthese werden darin Recht und Moral gleichsam vernichtet. Zuletzt heißt es: Du sollst töten! Wie haben Sie das Problem kompositorisch gelöst? War es überhaupt lösbar?

FRIEDRICH SCHENKER: Einen »negativen Text« zu komponieren, ist nur als Provokation lösbar. Mickels Gedicht führt eine Verfassung

oder Gesetzestafel vor, welche die menschlichen Moraldoktrinen auf den Kopf stellt. Die positiven Forderungen des Antiphons werden von einem Kinderchor eingefordert, in ruhiger einfacher Diktion: Das Recht auf Nahrung, das Recht auf Kleidung, Wohnung, Bildung, Arbeit, das Recht auf Unverletzlichkeit der Person, das Recht auf Heilung, das Recht des alten Menschen auf Pflege, das Recht des Toten auf Ruhe im Tode, das Recht der Kinder auf Schutz und Fürsorge der Gesellschaft und das Recht des elenden irrenden Menschen auf Nachsicht. Und jedes einzelne Recht wird jedesmal nieder- und zurückgeschmettert durch virtuoseste Formen von Chor Technik des großen gemischten Erwachsenenchores: doppelter Kontrapunkt, Spiegel, Fugato. Raffinessen der kontrapunktischen Arbeit kommen zum Einsatz.

STEFAN AMZOLL: Läßt sich diese Art Virtuosität konkret benennen?

FRIEDRICH SCHENKER: Es ist möglich, sie als negative Virtuosität zu bezeichnen. Der Vorgang soll mindestens erstaunen machen: Hier läuft doch etwas verkehrt! Er soll eine denk-heilende Wirkung haben.

STEFAN AMZOLL: Und am Ende dann dieses »Du sollst töten!«. Das erinnert an »Soldaten sind Mörder«.

FRIEDRICH SCHENKER: Ja, das Recht auf Unversetzlichkeit der Person endet damit. Der Erwachsenenchor schmettert das »Du sollst töten!« in zugespitzter, virtuosester Form. Diese Umkehrung der Moral findet ja in der Realität immer wieder statt. Hier ist gemeint: Heilung durch Provokation.

STEFAN AMZOLL: Einerseits zieht die Passion »schreckliche Lehren«, andererseits erweckt sie Hoffnung. Das »Hohe Lied« ist von Hoffnung und Liebe geradezu durchdrungen. War es eine Trotzhaltung, so zu verfahren?

FRIEDRICH SCHENKER: Warum diese schöne Insel eingeführt ist, hat zweierlei Gründe. Einmal ist das »Hohe Lied« an den Bericht gebunden, demzufolge die geflohenen Brüder erotische Bekanntschaft mit der im Hause wohnenden Witwe hatten. Zum anderen ging es um Kontrastwirkungen. Man kann auf Dauer keine Dramaturgie des Schreckens durchhalten. Man muß andere Dinge einschalten, auch, damit der Hörer wieder zu Atem kommt. Liebe ist ja eine Seite des Menschlichen, und der Liebesakt häufig das, was geschundenen Kreaturen als letzte Schönheit bleibt.

STEFAN AMZOLL: In Ihrer Oper »Gefährliche Liebschaften oder Der kalte Krieg« (Libretto: Karl Mickel) sind solche Inseln nicht enthalten, statt dessen eine Landschaft der Geilheit, die aufs Kalkül gerichtet ist.

FRIEDRICH SCHENKER: Tatsächlich wird dort das Problem der Liebe im entspannten Sinne nicht verhandelt. Der Normalfall, wie er die Menschen befällt, kommt nicht vor. Sondern hier wird Eros –

heute sagt man dazu einfach mit drei Buchstaben SEX – als politische Manipulation ausgespielt. Und sie ist in der Oper eine Allegorie für andere, für politische Prozesse, für Vernichtungsarbeit, für Geschlechter- und Klassenkampf. Dort geht es nicht um die hehre Liebe zwischen Mann und Frau. Die Figuren der Liebe, die die Oper zeigt, erscheinen als politische Partei, oder sie werden als Kriegspartei benutzt. In der Passion ist der Fall anders: Liebe findet hier in schlimmsten Zeiten zur Erquickung der Menschen statt oder als ihr letzter Trost, bevor sie untergehen. Das »Hohe Lied« steht, glaube ich, im Alten Testament auch zwischen allerhand Schlachtgemälden.

STEFAN AMZOLL: Die langen Schatten, die der Krieg wirft, schlagen auch auf die Kunst. Die Auseinandersetzung darüber, das ist jetzt zu sehen, vereint die Künstler nicht, sie trennt sie eher. Trennt sich da die Spreu vom Weizen? Die Postmoderne in persona, würde sie ad hoc sagen: ein jeder habe auf seine Weise recht?

FRIEDRICH SCHENKER: Gewiß. Wenn ich für mich spreche, kann hier nicht jeder recht haben. Ich spreche den Leuten, die andere töten, jegliches Recht ab, recht zu haben. Unter Künstlern gibt es immer welche, die die Tötungstrommel schlagen. Ich weiß nicht, was die Leute dazu treibt, das immer effektivere Töten zu preisen. Ist es bei einem der jüngeren Lyriker (preisgekrönt) so, daß der Rotzlöffel noch zu wenig Leid selbst erfahren hat, so sind es bei einem viel älteren Schriftsteller Gehirnerweichungen. Ich weiß es nicht; jedenfalls kann ich nicht sagen, daß die recht haben.

STEFAN AMZOLL: Es geht Ratlosigkeit um unter Intellektuellen in der Welt. Und was die einen ratlos macht, macht die anderen fürchten vor dem vermeintlich undurchdringlichen Problemkomplex Krieg auf dem Balkan. Woher könnte beides, diese Ratlosigkeit und diese Furcht, herrühren? Sind Sie selber ratlos? Fürchten Sie sich?

FRIEDRICH SCHENKER: Ja, weil ich mich fragen muß, wem nützt das alles und weswegen geschieht das? Ist es die Lust am Töten? Geschieht es, damit die Börsenkurse steigen? Soll sich dafür eine musikalische Ausdrucksform finden, paßt der Punktualismus ganz gut. Durch Begriffe, die assoziativ auf Ratlosigkeit weisen, punktuell verstreut in Raum und Zeit, kann zum Beispiel folgendes entstehen: Triage . unbeugsam . kollateral . Ethnie . Streubombe . Stammtisch . Fußball . Kerzen . Frieden . Umerzierung . Gleichschaltung . Implementieren . Zwecklüge usw. Oder so: Triage / bumm, Streubombe / jawoll, unbeugsam / wow, Ethnie / hip, kollateral / hop, Fußball / geil, Stammtisch / super, Frieden / zapp, Implementieren / zipp, Zwecklüge / schnapp usw. Das wäre der Ratlos-Punktualismus.

STEFAN AMZOLL: In »Foglio 6« für Geige, Posaune und 2 Percussionisten, Ihrem jüngsten Werk, erweckt der Schluß den Eindruck einer Ratlosigkeit, und eine gespenstische Art der Angst und der Trauer geht von ihm aus. Wie ist »Foglio 6« angelegt?

FRIEDRICH SCHENKER: Im Anfang steht reine Musik, nicht verbalisierbar, ein fast überirdisches Violinkonzert, und zur Violine, die auskomponiert ist, musizieren drei Spieler nach improvisatorischen Konzepten, während der Posaunist verschieden gestimmte Luftgeräusche, gesaugte Töne, Slaps, sprachähnliche Effekte spielt. Mit der Posaune korrespondiert das Schlagzeug: Auf der großen Pauke etwa werden kleine Becken und andere Sachen hin- und hergeschoben. Die Schlagzeuger singen in die Felle der kleinen Trommel usw. Die Geigerin spielt dann auf einer präparierten Geige, die sich in die Geräuschkontexte einmischt. Und plötzlich hört alles auf, und alles gerät in Abwärtsglissandi. Die Schlagzeuger spielen Wassergongs, Wasserglocken.

STEFAN AMZOLL: Der Posaunist, Sie waren das zur Uraufführung, liest dann darüber einen Text.

FRIEDRICH SCHENKER: Einen Ausschnitt aus dem Roman »Endzeit« von Joseph Heller, wo beschrieben ist, was vor den Luftschlägen (gegen Jugoslawien) stattgefunden haben könnte.

STEFAN AMZOLL: Was ist die Quintessenz der Stelle?

FRIEDRICH SCHENKER: Die Quintessenz ist, zugespitzt, daß die Generale darüber nachsinnen, was nach der durch ihre Superwaffen erreichten Zerstörung der Welt übrig bleiben würde, um vielleicht noch Golf spielen zu können. Der Text endet mit dem Satz eines Generals, der die Auskunft von einem Waffenhersteller bekommt, daß die Welt zu neunzig Prozent zerstörbar sein werde: Damit kann ich leben! Das antwortet der. Kurzum: Was Joseph Heller sarkastisch vorführt, sind die Mixturen des Dumm-Gefährlichen in solchen Kreisen.

STEFAN AMZOLL: Und was geschieht kompositorisch nach diesem *Parlando*?

FRIEDRICH SCHENKER: Danach gerät die Musik in den Ratlosigkeits-Punktualismus. Die Musiker laufen durch den Raum, sie schlagen irgendwo gegen. Sie hoffen, es entsteht etwas daraus, aber es entsteht nichts. Das Stück endet mit einem Choral der Geige und der Posaune, mehrstimmig gespielt; die Schlagzeuger läuten die Glocken, vielleicht Totenglocken.

STEFAN AMZOLL: Ratlosigkeit ist die eine, Ziellosigkeit eine weitere Kategorie. Mühelos läßt sie sich etwa auf das Phänomen Love-Parade anwenden. Das Motto lautet diesmal: »Music is the key to communication«. Fällt dem radikalen Antipopulisten dazu etwas ein?

FRIEDRICH SCHENKER: Das ist Fast-food-communication. Man beschneide alle Tiefen und Höhen der Sensibilität und esse nur aus der Mitte, etwas, was nach nichts schmeckt und weder nährt noch gesund ist. Das heißt das. Hemmungslose Unterhaltung, die in

dieser Form vermarktet wird, führt, da sie sich ja auch nicht hinreißen lassen will, sogenannte ideologische Slogans gegen den NATO-Krieg zu skandieren, führt eher zu Kriegsbegeisterung ...

STEFAN AMZOLL: ... und das soll es ja letztlich auch.

FRIEDRICH SCHENKER: Ja, weil da auch wieder alle Höhen und Tiefen und alle Ohren weggeschnitten werden, man geht ja im Viervierteltakt-Fun, amerikanisch gesagt: Fun to become mad-bad-not-sad, but stupid-rubbish!

STEFAN AMZOLL: Ihre »Missa nigra« von 1979, in jenen Jahren bedeutender MultiMediaEntwurf und bis heute aktuell geblieben, darf nicht unberücksichtigt bleiben in unserem Gespräch. Ein Aspekt des Werkes spiegelt die Wirkung der NEUTRONENWAFFE. Diese Waffe, so erklärten die US-Experten, würde das Leben der Menschen auslöschen und dagegen die Objektwelt unversehrt lassen. Das Finale der »Missa« implementiert diesen Zusammenhang ästhetisch-strukturell. Gehenkten schnarrenden Puppen steht das letzte Röcheln der Agierenden gegenüber. – Den umgekehrten Effekt waffentechnisch zu erzielen mit einer Waffenart, also organisches Leben zu verschonen, hingegen die materielle Lebenswelt in die Luft zu jagen, wird vermutlich Fiction bleiben. Gleichwohl zieht die »menschenrechtliche Kriegführung« diese Unmöglichkeit heuchlerisch ins Kakül. – Und da, meine ich, wäre doch vielleicht ein neues Stück von Friedrich Schenker fällig, eine neue »Missa«.

FRIEDRICH SCHENKER: Das bringt mich auf etwas anderes: Die NATO hat eine Chance, die einmalige Chance nämlich, ihre modernste Waffentechnik, noch nicht die allerschlimmste, aber vielleicht die drittschlimmste, zu testen nun an Zivil-Subjekten und- Objekten der höchsten Klasse. Krieg wurde geführt gegen die 3. Welt, gegen Korea und Vietnam, gegen den Irak. Hier aber eröffnet sich nun die Möglichkeit, die Waffen an der westlichen Zivilisation selbst auszuprobieren, so auszuprobieren, als würden sich die Zivilisationen selber abschießen. Hier wird getestet, was passiert, wenn das Esso-Tanklager in die Luft geht, hier wird getestet, was passiert, wenn der griechische Coca-Cola-Lieferant aus Saloniki nicht liefern kann (und darf) für Südosteuropa. Solche Tests könnten implementiert werden, wie Schröder sagt. Das nebenbei, vor einer neuen »Missa«.

STEFAN AMZOLL: Wird es sie geben, die neue »Missa«?

FRIEDRICH SCHENKER: Wann macht man eine Messe? Messen macht man, wenn einer gestorben ist oder gekrönt wird. Was nötig wäre? Nötig wäre, die selbsternannten Götter zu verfluchen mit einer – »Weißen Messe«.

STEFAN AMZOLL: Neulich, auf der Geburtstagsfete zu Volker Brauns Sechzigstem, bliesen Sie vor dem »Gugelhof« am Kollwitzplatz (beim Fototermin) plötzlich auf Ihrer Posaune das

Sirenensignal für Luftalarm. Was trieb den Komponisten dazu, der fröhlichen Ansammlung diesen Archetyp kollektiven Entsetzens ins Ohr zu senden?

FRIEDRICH SCHENKER: Wir kommen wieder auf die Teufelei zurück. Das Posaunenglissando, das einen Tritonus ausmißt – Bach hat bei jedem Choral, in dem das Wort Teufel vorkommt, in der Harmonie oder in der Baßfigur einen Tritonus gesetzt –, das Posaunenglissando kann natürlich diesen Sirenenalarm sehr gut nachbilden. Posaunenglissandi sind immer extreme Mittel, um schreckliche Bilder wachzurufen. Ich erinnere mich, daß in der »Martin-Luther-King«-Sinfonie, die 1972 in Dresden uraufgeführt worden ist, an der Stelle, wo sehr langsame und sehr durchdringende Abwärts-glissandi der Posaunen kamen, die Dresdner das fast nicht aushalten wollten. Sie hatten im Ohr noch den Luftalarm. Diesen kleinen Spaß vor dem »Gugelhof« habe ich mir erlaubt, um dem anwesenden Bundestagspräsidenten Thierse zu einer nachdenklichen Miene zu verhelfen.

ROLF LÖTHER

Streitfall Gentechnik

Vor einem Vierteljahrhundert fanden die ersten von Menschen ausgeführten horizontalen Gentransfers von Lebewesen einer Art in Lebewesen einer anderen Art statt. 1973 gelang es dem Bakteriengenetiker Stanley N. Cohen von der kalifornischen Stanford-Universität und seiner Mitarbeiterin Anni Chang, Gene aus *Staphylococcus-aureus*-Bakterien in *Escherichia-coli*-Bakterien zu überführen. Im selben Jahr taten sich Cohen und Chang mit Herbert W. Boyen und seinen Mitarbeitern von der University of California in San Francisco zusammen und übertrugen Frosch-Gene in *E. coli*-Bakterien. Damit begann die erfolgreiche Praxis der Gentechnik, während das Wie der Versuche grundlegend für die Methodik der Gentechnik wurde.

Längst werden diese Methoden nicht mehr nur in der Grundlagenforschung, sondern auch in der angewandten Forschung, in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und in der Medizin genutzt. Aus der pharmazeutischen Industrie ist die Gentechnik nicht mehr wegzudenken. Mehr als 40 Arzneimittel-Wirkstoffe und mehrere hundert Substanzen, die für die Diagnose von Krankheiten genutzt werden, werden heute weltweit auf gentechnischer Grundlage hergestellt. Der damit erzielte jährliche Umsatz auf dem Welt-Pharmamarkt liegt im Bereich zweistelliger US-\$-Milliardenbeträge. Transgene Kulturpflanzensorten vor allem von Soja, Baumwolle und Mais wachsen in den USA auf Millionen Hektar Ackerland. In Argentinien wurden 1998 auf nahezu sechs Millionen Hektar transgene Sorten angebaut, rund 15 Prozent der weltweit angepflanzten transgenen Pflanzen, darunter Soja, Baumwolle, Luzerne, Sonnenblumen und Kartoffeln.

Solche Fakten belegen, daß die Molekularbiologie zu einer Produktivkraft geworden ist – zu einer Produktivkraft, die noch am Anfang ihrer Entwicklung steht und deren Ergebnisse auf den Markt drängen. Dabei verläuft die Anwendung der Gentechnik in Landwirtschaft und biotechnologischer Nahrungsmittelindustrie im Vergleich mit der Nahrungsmittelindustrie ziemlich zögerlich. Allerdings hat die »Grüne Gentechnik« der Nahrungsmittelerzeugung auch erheblich größere Akzeptanzprobleme bei den Konsumenten als die »Rote Gentechnik« des medizinischen Sektors. Deren Ergebnisse werden den Patienten durch eine dem Nutzen gentechnisch ermöglichter Arzneimittel und Diagnostika aufgeschlossene und weithin als Autorität respektierte Ärzteschaft vermittelt. Während sich die Verbraucher zur »Grünen Gentechnik«

Rolf Löther – Jg. 1933; Prof. i.R., Dr. sc. phil., Spezialgebiet: Philosophie und Geschichte der Biologie und Medizin, von 1971 bis 1981 ordentlicher Professor für Philosophie an der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR in Berlin, danach bis 1991 Forschungsgruppenleiter für philosophische Fragen der Biologie und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR, seit 1997 Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.; Veröffentlichungen u.a.: »Die Beherrschung der Mannigfaltigkeit. Philosophische Grundlagen der Taxonomie« (1972), »Das Werden des Lebendigen. Wie die Evolution erkannt wird« (1983), »Der unvollkommene Mensch. Philosophische Anthropologie und biologische Evolutionstheorie« (1992).

»EPO (Erythropoietin) ist ein Hormon, das zur Blutbildung dient und natürlichlicherweise von der Niere gebildet wird. (...) Die gentechnische Herstellung und klinische Bereitstellung von EPO hat zu einem enormen klinischen Nutzen ... geführt. EPO ist mit 1,6 Milliarden US-Dollar Weltumsatz das erfolgreichste gentechnisch hergestellte Therapeutikum und liegt bereits an zweiter Stelle der Weltrangliste aller Arzneimittel.«
 Peter Buckel: Genomforschung: Konsequenzen für die Wirtschaft, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 61.

»Wer Gentechnik von vorn herein ablehnt, verzichtet auf den medizinischen Fortschritt, auf neue Technologien im Umweltschutz, auf die Lösung des Welternährungsproblems und auch auf zukünftige Arbeitsplätze.«
 Josef Miller: Gentechnik – Eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 87.

selbst eine Meinung bilden müssen und dabei vielfältigen Einflüssen ausgesetzt sind.

Aversionen gegen die Gentechnik werden dabei vielfach durch eine weithin vorzufindende Grundeinstellung begünstigt, die sich seit alters her zunächst noch gegen jede Essen und Trinken betreffende Veränderung gerichtet hat. »Wat de Buer nich kennt, dat ett he nich«, lautet eine mecklenburgische Volksweisheit, die keineswegs nur für die Landbevölkerung oder für Mecklenburg gilt. Diese Einstellung fördert auch den Verzicht auf Gentechnik bei der Nahrungsmittelerzeugung, da um den Absatz von »Gen-Food« gefürchtet werden muß. Zumal die »Grüne Gentechnik« bisher zwar technologische Vorteile in der Landwirtschaft, aber keine spürbaren Güteverbesserungen von Produkten für die Verbraucher gebracht hat.

Jedes Vorhaben, der Gentechnik einen neuen Anwendungsbeereich zu erschließen, berührt neue Interessengruppen und läßt auch alte grundsätzliche Kontroversen immer wieder von vorn beginnen. In einer der jüngsten Auseinandersetzungen geht es beispielsweise um das Vorhaben, Weinreben durch einige zusätzliche Gene aus der Gerste widerstandsfähig gegen Pilzkrankheiten zu machen, gegen die die Reben sonst mehrmals jährlich mit Chemikalien besprüht werden müssen. »Wir sind und bleiben genfrei«, erklärte dazu ein fränkischer Winzerfunktionär empört.¹ Beim Bierbrauen ist der Einsatz gentechnisch veränderter Hefen beabsichtigt, von denen u.a. stabilerer Schaum und alkoholfreies Bier, dem der Alkohol nicht erst nachträglich entzogen werden muß, erwartet wird. Wenn das als Affront gegen eines der heiligsten Güter der Nation, das deutsche Reinheitsgebot für das Bierbrauen, aufgefaßt wird, ist der Gentechnik der Zorn nicht nur der bayrischen Stammtische gewiß.

Viele solcher einzelnen Angelegenheiten führen schließlich zur Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Gentechnik – Grenzen, die ihr innewohnen und Grenzen, die ihrer Anwendung gezogen werden sollten. Dabei geht es nicht nur darum, was unmittelbar gemacht werden kann, sondern wesentlich auch um Zusammenhänge, in die damit verändernd eingegriffen wird, um die Bedingungen, unter denen diese Eingriffe stattfinden und auf die sie sich auswirken, und die Ziele, die damit erreicht werden sollen.

Die Zusammenhänge, in die eingegriffen werden soll, sind unmittelbar solche auf dem molekularen, biochemischen Organisationsniveau hochkomplexer lebender Organismen, die wiederum mit ihrer lebenden und nichtlebenden Umwelt verbunden sind. Der Einsatz der Gentechnik findet im gesellschaftlichen Konnex unter bestimmten ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen statt und wirkt auf diese zurück. Mit ihm werden bestimmte wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Ziele angestrebt, die erreichbar oder illusionär sein können. Wobei die Gentechnik wie alle Technik für verschiedene und auch entgegengesetzte Zwecke eingesetzt werden kann, zum Beispiel für das Heilen von Krankheiten und für die Konstruktion neuer biologischer Massenvernichtungswaffen. Angesichts dieses vielfältig vernetzten Beziehungsgefüges bedarf es einiger Sachkenntnis, um zu urteilen, zu entscheiden und zu handeln. Dazu gehört ständige Kontrolle, um

das Risiko und das Ausmaß negativer Neben- und Folgewirkungen, die hier wie bei allem menschlichen Tun auch bei besten Absichten nie auszuschließen sind, möglichst gering zu halten.

Zur gegenwärtigen Situation konstatiert der Wirtschaftswissenschaftler Ulrich Dolata »die nach wie vor frappierende Unkenntnis über die möglichen Folgewirkungen gentechnischer Forschung und Produktion zusammen mit der Tatsache, daß die eigentliche Freisetzung der Technik in Gestalt neuer Produkte und Verfahren erst noch bevorsteht«². Dieser Situation werden dumpfe Aversionen gegen die Gentechnik ebensowenig gerecht wie nicht minder unbedachte bedingungslose Akklamationen zur Gentechnik und ihrer Expansion. Vielmehr sind dadurch die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftler, eine aufgeklärte und kritische demokratische Öffentlichkeit und mit ihrer Nachhilfe Politik und Staat gefordert, sich um die menschendienliche Entwicklung und Anwendung der Gentechnik zu kümmern.

Entstanden ist die Gentechnik mit der der Entwicklung der Genetik seit dem Jahre 1900 innewohnenden Konsequenz. Der von Gregor Mendel im 19. Jahrhundert eingeschlagene Weg zur Erforschung der Vererbungsvorgänge, der im 20. Jahrhundert fortgesetzt wurde, führte zu den Genen, dem materiellen Substrat der Vererbung. Deren Kenntnis zeigte die Möglichkeiten ihrer Manipulation und damit neue Möglichkeiten der Einflußnahme auf die aus Erbänderungen und natürlicher Auslese resultierende Evolution der Organismen. Die Züchtung von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen ist vom Menschen gesteuerte und kontrollierte Evolution. Seit der Entstehung von Ackerbau und Viehzucht, seit der neolithischen Revolution, wurde dabei bisher im Verlauf vieler Jahrtausende die vertikale Übertragung der Gene in der Generationenfolge durch künstliche Zuchtwahl (= künstliche Auslese) beeinflusst. Heute unterscheiden manche zwischen »naturbelassenen« und gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln, um ersteren den Vorzug zu geben. Doch ist daran zu erinnern, daß zum Beispiel das Fleisch vom Hausschwein oder Erdbeeren und Äpfel aus dem Garten auch ohne Gentechnik keineswegs »naturbelassen« sind. Wer konsequent das Naturbelassene bevorzugen will, muß sich da schon wie Asterix und Obelix an Wildschweinfleisch sowie an Walderdbeeren und wildwachsende Holzäpfel halten. Mit der Gentechnik betätigt sich der Mensch nun auch als Seiteneinsteiger in die Evolution der Organismen. Dafür bedient er sich des horizontalen Gentransfers, den die US-amerikanische Pflanzengenetikerin Barbara McClintock mit den »springenden Genen« als Naturprozeß entdeckt hat. Damit erscheinen Zuchtziele als erreichbar, die früher als bloße Wunschträume galten.

Übrigens, wollte man wieder aus der Gentechnik aussteigen, müßte man die ganze Genforschung und letztlich die Naturwissenschaft abschaffen, aus der sie hervorgegangen sind und mit denen ein Ausstieg rückgängig zu machen wäre. Über derartige Unternehmungen liegen historische Erfahrungen mit in diesem Falle linksdoktrinärer Wissenschaftsfeindschaft vor. Sie wurden mit dem Kampf T. D. Lyssenkos und seiner Anhänger in der Sowjetunion gegen die Genetik (und darwinistische Evolutionstheorie), für die

»Es mag einfach und auch moralisch hochwertiger erscheinen, wenn ein radikales ›Nein‹ zu jeder Form einer Gentherapie gesprochen wird. Eine Verantwortungsethik muß sich jedoch an der Realität, an den bestehenden Notwendigkeiten und an den Möglichkeiten der Hilfestellung für kranke Menschen orientieren. Sie wird darum ein bedingtes ›Ja‹ zur Gentherapie sagen, selbst wenn diese mit Risiken verbunden bleibt. Eine absolute Sicherheit ist hier wie in den meisten Verhaltensweisen unseres Lebens nicht möglich.«
Johannes Gründel: Gentherapie – neue Hoffnung für den Patienten, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 55.

»Die Hälfte der 30 wichtigsten Innovationen bis zum Jahr 2020 wird nach Schätzung von Experten wesentlich von der Biotechnologie abhängen. Sie wird in der Europäischen Union Auswirkungen auf 9 % der Bruttowertschöpfung und 8 % der Beschäftigung haben. Dies entspricht 450 Milliarden ECU (rund 850 Mrd. DM) und rund 9 Mio Arbeitsplätzen.«
Thomas Goppel: Genomforschung: Konsequenzen für Individuum und Gesellschaft, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 69.

Restauration vorwissenschaftlicher Vorstellungen über Vererbung und Erbänderungen gemacht³, mit dem Ergebnis verheerender Folgen für Wissenschaft, Landwirtschaft und Medizin.

Die Vertreter dieser Richtung beriefen sich auch auf den Marxismus und dialektischen Materialismus. Manche glauben ihnen das bis heute als berechtigt, die den pseudowissenschaftlichen Charakter des Lyssenkoismus durchschauen und diese Bezugnahme als Argument gegen die marxistische Philosophie benutzen. Deshalb ist es vermerkwürdig, wenn der berühmte US-amerikanische Evolutionsbiologe Ernst Mayr⁴ feststellt: »Actually Lysenko's pseudoscience had nothing to do with dialectic materialism. That he had so much government support was due to his political influence and the scientific ignorance of Stalin and Krushchev. It would be a mistake to hold Lysenko's ideas as a black mark against dialectic materialism.« (In Wirklichkeit hat Lyssenkos Pseudowissenschaft nichts mit dem dialektischen Materialismus zu tun. Daß er soviel staatliche Unterstützung erhielt, war seinem politischen Einfluß und der naturwissenschaftlichen Ignoranz von Stalin und Chruschew zuzuschreiben. Es wäre ein Fehler, Lyssenkos Ideen dem dialektischen Materialismus als schwarzen Fleck vorzuhalten.)

Die immer wieder aufkommenden und von vorn beginnenden Debatten über die Gentechnik betreffen vielfach Fragen und Positionen, die schon Jahrzehnte vor ihren ersten Schritten im Ergebnis des Nachdenkens über Möglichkeiten und Gefahren, die sich aus der Biologie und ihrer Anwendung ergeben, mitsamt den daraus abgeleiteten Zukunftsentwürfen, die angstvoll und hoffnungsfroh diskutiert wurden. Hauptsächlich ging es immer wieder um den Menschen und seine Zukunft bzw. darum, was sich mit den Menschen zukünftig alles anstellen läßt – sei es, um nur Weniges zu nennen, in J. S. B. Haldanes »Daedalus« (1924) und Aldous Huxleys »Brave New World« (1932) oder auf dem 1962er Ciba-Symposium »Man and His Future«.⁵

Man kann die Problematik bis zu Dädalos, den Stammvater aller Biotechniker in der altgriechischen Mythologie, zurückverfolgen, wie dies Haldane und der französische Molekularbiologe und Nobelpreisträger Francois Jacob taten – Dädalos, der u.a. bei der Zeugung des aus einer Kreuzung von Menschenfrau und Stier hervorgegangenen menschenfressenden Minotaurus technische Hilfe leistete. Haldane nannte ihn den »ersten modernen Menschen⁶, für Jacob symbolisiert er ein Übel unserer Zeit, den gewitzten Techniker, der sein Talent in den Dienst der verschiedensten Ideologien stellt, ohne sich mit ihrem Inhalt auseinanderzusetzen. In Dädalos sei die »gewissenlose Wissenschaft« vorgezeichnet.⁷ Vielleicht liegen diese beiden Deutungen für eine Gesellschaft, in der sich alles ums Geld dreht und Wissenschaftler und Techniker den Job tun, für den sie bezahlt werden und froh sein müssen, ihn zu haben, gar nicht so weit auseinander.

Nicht jede Aussage eines Wissenschaftlers ist eine wissenschaftliche Aussage. Nobelpreisträger machen dabei keine Ausnahme. Auf dem erwähnten Ciba-Symposium erklärte der US-amerikanische Molekularbiologe und Nobelpreisträger Joshua Lederberg: »Jetzt können wir den Menschen definieren. Genotypisch besteht

»Eine Rundfrage in Deutschland ergab ..., daß sich etwa 69 % der Befragten grundsätzlich gegen den Einsatz von Gentechnik am Menschen wenden mit der Begründung, »wir sollten nicht mit unseren Erbanlagen herumexperimentieren«.

Johannes Gründel: Gentherapie – neue Hoffnung für den Patienten, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 53.

»Fachleute schätzen, daß das menschliche Genom etwa 50 bis 100.000 Gene enthält, die in speziellen Molekülen gebunden sind. Beim Menschen umfaßt die Kombination der Erbinformationen etwa 3 Mrd. sogenannter Basenpaare. Verglichen mit einer Bibliothek besteht diese Information aus 1000 Büchern mit jeweils 1000 Seiten und mit je 3000 Zeichen.«

Josef Miller: Gentechnik – Eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 85.

er jedenfalls aus einer 180 Zentimeter langen bestimmten molekularen Folge von Kohlenstoff-, Wasserstoff-, Sauerstoff-, Stickstoff- und Phosphoratomen – das ist die Länge der DNS, die im Kern des Ursprungsiees und im Kern jeder reifen Zelle zu einer dichten Spirale gedreht ist, die fünf Millionen gepaarte Nukleotide lang ist.«⁸ Diese Äußerung ist kennzeichnend für eine Auffassung vom Leben der Organismen, einschließlich des Menschen, die sich mit der Entwicklung von Genetik und Molekularbiologie herausgebildet hat. »Genetischer Determinismus« wird diese Konzeption genannt. Ihr methodologisches Gegenstück ist der molekularbiologische Reduktionismus, die Annahme, daß alle Probleme des Lebenden mit dem Abstieg auf das biomolekulare Organisationsniveau der Lebewesen zu lösen sein würden. Der mit dieser Annahme eingeschlagene Forschungsweg war und ist überaus erfolgreich, wie die Entwicklung von Biochemie, Molekularbiologie und Gentechnik bezeugen. Nur wird dabei leicht verkannt, daß auf diesem Weg nur ein Teil der Wahrheit zu erfahren ist.

Dafür entstand der genetische Determinismus, der sich zu einer eigentümlichen Gen-Mythologie auswuchs. Darin erscheint die DNS, der Stoff, aus dem die Gene sind, geradezu als der eigentliche Träger des Lebens. Man spricht davon, daß die DNS-Moleküle sich selbst reproduzieren (als ob diese Reproduktion nicht aus dem Zusammenwirken vieler Komponenten im System der Zelle resultiert) und bestimmen, was im Organismus während seiner individuellen Entwicklung geschieht. Metaphern vom im Genom enthaltenen Bauplan, von Blaupause und Entwicklungsprogramm suggerieren, daß der Organismus in seinen Genen quasi vorgeformt sei. Einzelne Gene werden als Gene für ihnen zugeordnete Eigenschaften vorgestellt – bis hin zu Genen für Alkoholismus, Aggressivität oder Kriminalität beim Menschen. Man wird an den aus der klassischen Mechanik abgeleiteten »strengen Determinismus« oder an die Behauptungen der frühen Astronomen und der heutigen Astrologen über den schicksalsbestimmenden Einfluß der Gestirne auf das Menschenleben erinnert. Die Geschichten einiger Soziobiologen von den Organismen als »Überlebensmaschinen« ihrer »egoistischen Gene« ist eine Konsequenz solcher Gen-Mythologie. Ihr förderliche Formulierungen erwachsen vielfach nicht aus einem bewußt vertretenen Standpunkt, sondern aus dem Wunsch, sich kurz, anschaulich und Aufmerksamkeit erregend auszudrücken, wobei besseres Wissen außen vor bleibt. Doch wie der englische Biochemiker und Hirnforscher Steven Rose⁹, ein profundus Kritiker von Reduktionismus und genetischem Determinismus aus biologischer Sicht, vermerkt: »Sloppy terminology abets sloppy thinking. And it has implications for gene technology, too.« (Schlampige Terminologie fördert schlampiges Denken. Und das hat Folgen auch für die Gentechnik).

Besseres Wissen, das außen vor bleibt, findet sich bereits in der klassischen Genetik vor der molekularbiologischen Ära. Zu deren Einsichten gehört, daß sich genetisch bedingte phänotypische Eigenschaften eines Lebewesens (Phäne) in der Wechselwirkung von Organismus und Umwelt herausbilden, wobei dem Organismus mit seinem Genotyp eine Reaktionsnorm mit Möglichkeiten

»Die Beschreibung des Aufbaus und der Sequenz des Humangenoms an sich bringt für die Erkennung und Heilung von Krankheiten noch keinen Fortschritt. Auch die Aufklärung der Funktion einzelner Gene muß nicht unbedingt einen medizinischen Nutzen bedeuten. Erst die daraus abgeleitete Beschreibung von biologischen Mechanismen und Ursachen von Krankheiten führt zu einem neuen Verständnis in der Medizin.« Peter Buckel: Genomforschung: Konsequenzen für die Wirtschaft, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 60.

»Die USA haben seit Anfang der 90er Jahre über 1 Milliarde Dollar für das Humangenomprojekt ausgegeben. Die Europäische Union hat dagegen seit 1991 nur rund 35 Mio ECU (rund 67 Mio DM) für die Humangenomforschung bereitgestellt.«

Thomas Goppel: Genomforschung: Konsequenzen für Individuum und Gesellschaft, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 68f.

»Sehr bescheiden macht sich dagegen die Summe von ca. 15 Millionen US \$ aus, die in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr für die Genomforschung bereit gestellt wurde.«

Horst Domdey: Das »Human Genome Project«: Konsequenzen für die Lebensqualität, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 78.

und Grenzen vorgegeben ist. Wobei übrigens frei ortsbewegliche Tiere auch Umweltbedingungen aktiv aufsuchen, ihnen also nicht nur passiv ausgesetzt sind. Von der Ausbildung der Phäne ist bekannt, daß die Ausbildung einer Eigenschaft von vielen Genen und die Ausbildung vieler Eigenschaften vom selben Gen beeinflußt sein kann. Solche allgemeinen Gesichtspunkte genügen schon, um gendeterministisch formulierte Meldungen, daß ein Gen für dieses oder jenes entdeckt worden sei, mit gebotener Skepsis zur Kenntnis zu nehmen und zu hinterfragen.

Spezielle Gesichtspunkte ergeben sich, wenn es um die Genbedingtheit menschlichen Verhaltens geht. Aus genetischer Sicht gehört es zum Phänotyp. Hier begegnet man einem »neurogenetischen Determinismus« (S. Rose), dessen Grundschema besagt: die Gene determinieren das Gehirn, das Gehirn determiniert das Verhalten. »Menschliche Verhaltensgenetik ist, was die Beschreibung der Genotypen angeht, problemlos. Einmal richtig gemacht, kann ein solches Resultat wieder und wieder reproduziert werden. Dasselbe kann nicht von der Formulierung der Phänotypen gesagt werden«, schreibt der deutsche Molekulargenetiker Benno Müller-Hill.¹⁰ »In die Formulierung der Phänotypen fließen die Werte des Beschreibers mit ein. Eine Beschreibung, die davon ausgeht, daß der Betroffene innerhalb vorgegebener Grenzen frei entscheiden kann, unterscheidet sich von einer, die davon ausgeht, daß der Betroffene eben nicht frei entscheidet, sondern in seinem Verhalten mehr oder weniger determiniert ist. Eine Verhaltensgenetik, die davon ausgeht, daß das Verhalten von Mausmutanten für das menschliche Verhalten maßgeblich und erhellend ist, geht eben davon aus, daß der betroffene Mensch nicht frei entscheiden kann, sondern in seinem Verhalten mehr oder weniger determiniert ist.«

Der Autor illustriert dies mit dem Beispiel der genetischen Bedingtheit von Verhalten, das als »Aggression« bezeichnet wird. Verstärktes Auftreten ist bisher von mindestens drei verschiedenen Mäusemutanten bekannt. In einem Fall wurde die entsprechende Mutation auch beim Menschen gefunden und der Phänotyp mittels krimineller Handlungen charakterisiert. Diese Art der Beschreibung spreche den Betroffenen den freien Willen ab und entwürdigte sie. Unentschieden sei, welche Art der Phänotyp-Beschreibung sich durchsetzen werde: eine, die den freien Willen des Betroffenen leugne oder drastisch einschränke oder eine andere, die von ihm ausgehe. »Heute sieht es so aus, als ob die Leugner des freien Willens in der Humangenetik überwiegen«, warnt Müller-Hill und fragt: »Werden die Parlamente und Rechtssysteme der Völker diese deterministische Beschreibung akzeptieren und dadurch mehr und mehr Menschen psychiatrisieren, d.h. entmündigen und ent-rechten?« Oder sie einer Gen-Therapie unterziehen?, wäre eine weitere Frage.

Viele, auch in der Scientific Community der Biologen, setzen Molekularbiologie und Gentechnik mit moderner Biologie gleich – ein Irrtum, der durch die Wissenschaftspolitik von Staat und Industrie, insbesondere durch die Finanzierung der Forschung, nachdrücklich bekräftigt wird. Galt einst die Biologie als eine Naturwissenschaft minderen Ranges gegenüber Physik und Chemie,

aus denen schon industriell nutzbare Ergebnisse kamen und die entsprechend gehegt und gepflegt wurden, gibt es nun nach diesem Kriterium biologische Teilwissenschaften erster und zweiter Klasse. Mit Blick fürs Ganze perspektivisch denkende Biologen haben vor diesem Trend gewarnt. »Es ist eine simple, aber fundamentale Tatsache, daß das Leben verschiedene Integrationsstufen entwickelt hat – die biochemische oder molekulare, die zelluläre, die individuelle, wie schließlich die Stufe des Zusammenschlusses zu Populationen und ökologischen Gemeinschaften. Jede Stufe hat ihre eigenen Gesetze und Ordnungsprinzipien, die erforscht und verstanden sein wollen; man kann sie nicht aus den Gesetzen und Ordnungsprinzipien anderer Stufen deduzieren ... Die Manifestationen des Lebens müssen auf sämtlichen Stufen erforscht werden, die, im Prinzip zumindest, auch gleich interessant und gleich bedeutsam sind«, schrieb beispielsweise der große US-amerikanische Populationsgenetiker und Evolutionstheoretiker Theodosius Dobzhansky.¹¹

Solche Äußerungen fanden wenig Anklang. Doch bei der Erklärung der Phänomene des Lebenden ergänzen die verschiedenen Teilwissenschaften der Biologie einander und sind aufeinander angewiesen. Haben die einen Gebiete Hochkonjunktur, wird auf anderen Gebieten die Unwissenheit konserviert. Es ist eben diese Unwissenheit, die nicht zuletzt bei Antworten auf die Fragen nach den Neben- und Folgewirkungen gentechnischer Eingriffe bei Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren vielfach im Dunkeln tapfen läßt und interessenmotiviertem Alarmismus wie Abwiegeln Raum gibt.

»Es ist, kurz gesagt, absolut unmöglich, nach einer Orientierungsmarke zu segeln, die wir an den Bug unseres eigenen Schiffes genagelt haben«, gab der englische Informatiker Donald M. Mackay¹² auf dem bereits erwähnten Ciba-Symposium 1962 Freunden der Eugenik zu ihren Vorschlägen zur genetischen Verbesserung der Menschheit zu bedenken. In der Tat liegen allen einschlägigen Zielvorgaben subjektive Bewertungen zugrunde, die sich einer objektiven Begründbarkeit entziehen. Für solche Zielvorgaben wurden besonders in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts soviel Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die in den »Erb- und Rassenpflege« genannten Verbrechen des Hitlerfaschismus gipfelten, daß die Eugenik weithin zu Recht in Verruf geraten ist. Inzwischen hat die Populationsgenetik gezeigt, daß es schlechterdings nicht möglich ist, den Genbestand der Menschheit durch technische Eingriffe zu »verbessern«. Zum einen lassen sich Gene nicht in erwünschte und unerwünschte einteilen, da sie in den ständig wechselnden Kombinationen in der Generationenfolge unterschiedliche Eigenschaften des Organismus bedingen können. Im Zusammenhang damit hat sich auch die Ansicht, mit der Menschheit gehe es genetisch bergab, so daß etwas dagegen getan werden müsse, als falsch erwiesen. Zum anderen entstehen durch Mutationen unter bestimmten Voraussetzungen zu Krankheiten disponierende Gene immer wieder. In der Orientierung auf das Wohl betroffener Individuen und Familien ergibt sich die sinnvolle Funktion medizinischer Genetik jenseits menscheitsmanipulierender Hybris.

»Wie wird sich die Lebensqualität verändern, wenn die Lücke zwischen Diagnose und Therapie – und das wird mit Sicherheit so eintreten – noch größer wird? Was nützt es uns, wenn wir eine Krankheit zwar gut und sicher diagnostizieren, sie jedoch noch nicht therapieren können? Wie wird sich durch das Wissen um die genetische Information des Menschen die Einstellung des Arztes zum Patienten ändern? (...) Wie wird der Zugang zu persönlichen genetischen Daten geregelt sein? (...) So bleibt nur festzustellen, daß die Erforschung des menschlichen Genoms unsere Lebensqualität mit Sicherheit verbessern kann und wird, aber nur dann, wenn wir auf bestimmte, für unsere Gesellschaft mit zu großen Risiken verbundene Optionen verzichten können.«

Horst Domdey: Das »Human Genome Project«: Konsequenzen für die Lebensqualität, in: Politische Studien, Heft 347 (Mai/Juni 1996), S. 83f.

Dennoch besteht die Gefahr, daß auf dem Untergrund gendeterministischer Vorstellungen eine neue Eugenik entsteht, die nicht minder illusionäre Ziele verfolgt wie die alte. Es handelt sich nicht um obrigkeitliche Kontrolle mit Zwangsmaßnahmen, die darüber entscheidet, wer Kinder haben darf und wer nicht. Vielmehr geht es um eine »Eugenik von unten«, die vom Wunsch nach dem perfekten Kind, möglichst designergestylt nach Katalog und aktuellem Trend, gespeist wird. Die Kombination von Reproduktionsmedizin und Gentechnik bildet die Voraussetzung. Präimplantationsdiagnostik nach der außerkörperlichen Befruchtung von Eizellen mit anschließender Implantation ausgewählter Embryonen und pränatale Diagnostik bietet sich als Einstieg an. Soziale Diskriminierung der Kinder, die den gerade gängigen Normalitätsvorstellungen nicht entsprechen, und ihrer Eltern könnte Menschen unter Druck setzen. Kindern würde Konformität als Anpassung an bestimmte gesellschaftliche Lebensverhältnisse bereits vor der Geburt aufgezwungen. Dabei käme eine Homogenisierung der Menschen heraus, die auf eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit und Überlebensfähigkeit der Menschheit hinausläufe. Diese basiert auf der zuunterst genetisch bedingten unerschöpflichen Mannigfaltigkeit der menschlichen Individualität, die die Menschheit auch zukünftig zu kreativen Antworten auf alle Herausforderungen zu befähigen vermag. Durch die traditionelle Fortpflanzungsweise der Menschheit wird diese Mannigfaltigkeit reproduziert. Sie wird wohl auch zukünftig generell bevorzugt werden. Jedenfalls hat sich die Menschheit auf die Dauer bisher allen Versuchen der Menschenzüchtung entzogen, die sie zum Mittel für irgendwelche Zwecke gemacht hätte. Dabei wird es hoffentlich auch bleiben.

- 1 Gero von Randow: Aliens im Weinberg, in: Die Zeit, Nr. 30, vom 22. Juli 1999, S. 30.
- 2 Ulrich Dolata: Die Bio-Industrie. Märkte, Unternehmen, politische Alternativen, in: Michael Emmrich (Hrsg.): Im Zeitalter der Bio-Macht. 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz, Frankfurt/M. 1999, S. 257.
- 3 Vgl. Helmut Böhme: Einige Bemerkungen zu wissenschaftlich-politischen Aspekten genetischer Forschungen der fünfziger Jahre in der DDR im Zusammenhang mit der LYSSENKO-Problematik, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät (im Druck); Rolf Lötter: Lysenkoismus contra Genetik, in: Biologisches Zentralblatt, 115 (1996), S. 171-176.
- 4 Ernst Mayr: Roots of Dialectical Materialism, in: E. I. Kolcinskij (Red.): Na perelome. Sovjetskaja biologija v 20-30-godach, Vyp. 1, Sankt Petersburg 1997, S. 15f.
- 5 Vgl. Krishna R. Dronamraju (ed.): Haldane's Daedalus Revisited, Oxford – New York – Tokyo 1995; J.B.S. Haldane: Daedalus oder Wissenschaft und Zukunft, München 1925; Aldous Huxley: Schöne neue Welt und Wiedersehen mit der Schönen neuen Welt, München 1992; Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hrsg.): Das umstrittene Experiment: der Mensch. 27 Wissenschaftler diskutieren die Elemente einer biologischen Revolution, Frankfurt/M. – München 1988; Ludger Weß (Hrsg.): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien vom sozialen Fortschritt, Frankfurt/M. 1998.
- 6 J.B.S. Haldane: Daedalus oder Wissenschaft und Zukunft, München 1925, S. 40.
- 7 Francois Jacob: Die Maus, die Fliege und der Mensch. Über die moderne Genforschung, Berlin 1998, S. 92.
- 8 Joshua Lederberg: Die biologische Zukunft des Menschen, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hrsg.): Das umstrittene Experiment: der Mensch. 27 Wissenschaftler diskutieren die Elemente einer biologischen Revolution, Frankfurt/M. – München 1988, S. 292.
- 9 Steven Rose: Lifelines. Biology, Freedom, Determinism, Harmondsworth 1998, S. 116; vgl. auch Richard C. Lewontin: The Doctrine of DANN. Biology as Ideology, Harmondsworth 1993.
- 10 Benno Müller-Hill: Wahrheit und Gerechtigkeit in der Genetik, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, 12(1996)4, S. 47.
- 11 Theodosius Dobzhansky: Dynamik der menschlichen Evolution, Frankfurt/M. 1965, S. 10f.
- 12 Donald M. Mackay: Diskussionsbeitrag, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hrsg.): Das umstrittene Experiment: der Mensch. 27 Wissenschaftler diskutieren die Elemente einer biologischen Revolution, Frankfurt/M. – München 1988, S. 313.

SABINE VOIGT

Risiko Gentechnik!?

Eine Replik auf Martin Holtzhauer

Gentechnik kann nicht pauschal beurteilt werden. Sie kann weder undifferenziert beforscht noch darf sie grenzenlos angewendet werden. Es wäre genauso blauäugig und ahistorisch sie als Teil der Naturwissenschaften und als Teil der Wirtschaft abzulehnen. Eine Differenzierung in grüne, rote und graue Gentechnik (Landwirtschaft und Nahrungsmittel, Humanmedizin, Umwelttechnik) reicht nicht aus. Ein Abwiegen von wirtschaftlichen Chancen gegen ökologischen und gesundheitlichen Risiken führt auf unsichere Gleise. Eine Betrachtung kann nicht unabhängig vom politischen System erfolgen, denn letztlich ist zu fragen, welche Chancen ergeben sich für wen und wer trägt die Risiken? Wo aber läuft die Trennlinie?

Das Plädoyer Holtzhauers (1999) für die Gentechnik als Molekularbiologie ist allzu verständlich. Unverständlich wirkt sein Argumentieren für eine Auseinandersetzung mit Begriffsinhalten – was grundsätzlich notwendig ist – in Gegenüberstellung einer heutigen indiskutablen Ignoranz der Naturwissenschaften und in Selektion einer »wissenden« Öffentlichkeit. Das Unglück besteht darin, daß die Wissenden nicht wissen, was Unwissen ist. Es dürfte dennoch auch bei den »sogenannten Intellektuellen« angekommen sein, daß die Erde keine Scheibe mehr ist ... und daß auch diese Gruppe als Verbraucher oder Patient längst von der Gentechnik gewollt oder ungewollt profitiert. Im Bewußtsein der Bevölkerung wird die Gentechnik allerdings polarisiert wahrgenommen: Bei Nahrungsmitteln wird Gentechnik überwiegend abgelehnt, in der Humanmedizin dagegen befürwortet.

Die Frage ist sicherlich, wie gehen wir damit um, wenn das Bildungsniveau nicht ausreicht und selbst Gymnasiasten glauben, mit der Nahrung keine Gene aufzunehmen. Die Meinung der breiten Öffentlichkeit läßt sich nur aus ihren – weltanschaulichen – Sichtweisen, Erfahrungen und den gesellschaftlichen Ursachen für »Ur-Aversionen« einschätzen, sowohl bei den Gebildeten aber auch bei den »Unwissenden« – nennen wir sie einfach Verbraucher.

Verbraucheraufklärung und -schutz mutieren zu Täuschungsmanövern

Für die Masse der Bevölkerung ist gar nicht zugänglich, ob in ausgewählten Printmedien der öffentlichen Publizistik über Gentechnik »philosophiert« wird. Der Mensch kann die Gentechnik weder mit den eigenen Sinnesorganen wahrnehmen noch den Lebensmitteln gentechnische Verfahren ansehen, das macht ihn nicht nur

Sabine Voigt – Jg. 1959; Dr. agr., war von 1990 bis 1998 an der Agrar fakultät der Technischen Universität der Humboldt Universität zu Berlin), zwischenzeitlich 1993/94 an der University of Minnesota in Lehre und Forschung tätig, seit 1999 ist sie Referentin in der Bundestagsfraktion der PDS.
E-mail: voigt@bt.pds-online.de

»Die bloße historische Kenntnis der Naturvorgänge ohne Wissen um die Gründe hat keinen Wert; denn sie befreit nicht von Furcht und erhebt nicht über den Aberglauben.«
Friedrich Albert Lange (1974): Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart, 2 Bde., Frankfurt/M., S. 139.

In ausgewählten *Printmedien* spielt die grüne Gentechnik eine nicht unerhebliche Rolle. In einem Themenbarometer im ersten Quartal 1999 standen im Vordergrund die Kernenergie und Verkehrspolitik mit 24 Prozent bzw. 16-Prozent-Anteil und schon an dritter Stelle mit 14-Prozent-Anteil die Gentechnik. Schlagzeilen lösten insbesondere die Fütterungsversuche an Ratten und die tödliche Wirkung von Bt-Toxinen auf Nicht-Schadinsekten aus (vgl. BASF 1999).

Das Themenbarometer dokumentiert die prozentualen Anteile von Themenfeldern, die überdurchschnittlich oft in Beiträgen ausgewählter Printmedien behandelt werden (in: ›Bild der Wissenschaft‹, ›Der Spiegel‹, ›Die Woche‹, ›Die Zeit‹, ›Focus‹, ›Greenpeace-Magazin‹, ›Natur & Kosmos‹, ›Naturschutz heute‹, ›Öko-Test-Magazin‹, ›Spektrum der Wissenschaft‹, ›Stern‹).

Der aid (Auswertungs- und Informationsdienst des BML), der DBV (Deutsche Bauernverband), die CMA (Centrale Marketinggesellschaft), der BLL (Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde), die BfE (Bundesforschungsanstalt für Ernährung), die BgVV (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin), die DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) und v.a.m. bringen selbst oder in gemeinsamer Beteiligung Falbblätter, Hochglanzbrochüren und Informationsträger heraus. Lesen kann

hilflos, sondern macht die Gentechnik vielleicht auch mystisch. Jede wissenschaftliche Begriffsdefinition beinhaltet für Außenstehende weitere neue Begriffe. »Geheimnissprache etwa – dieses Argument kann für jede neue Technologie, auch für den anerkannten humanmedizinischen Bereich herhalten – als Ursache der Ablehnung der Gentechnik anzuführen, scheint weit hergeholt. Denn die meisten Tageszeitungen folgen einer eher tagespolitischen Begleitung von Erfolgen, Mißerfolgen, politischen Entscheidungsprozessen, Aktionen sowohl von Kritikern und Gegnern als auch von Befürwortern und Wirtschaftsakteuren in einer relativ klaren, populärwissenschaftlichen Sprache ohne (labortechnische) Begriffsattacken auf den Leser. Schaut man genau hin, so sind die Erfolgsmeldungen in der bürgerlichen Presse sogar kopflastig, Gegner betreffend teilweise denunzierend (›Feindbild Greenpeace‹) und fallen in der linken Presse viel kritischer aus.

Ohne genaue Vorstellung von Gentechnik wird geurteilt, wenn es in aufeinanderfolgenden Meldungen heißt: ›Bt-Mais senkt den Verbrauch von Insektiziden und ist umweltfreundlich‹. Später: ›Bt-Mais schädigt Schmetterlinge, möglicherweise weitere Nützlinge‹; Antibiotikaresistenzgefahr. Beispiele gibt es dafür viele. »Unwissende« könnten aufgrund ihrer Unvoreingenommenheit sogar pro Gentechnik eingestellt sein. Ausgenutzt wird dies unter anderem bei den Konsumenten der Zukunft, indem Food-Konzerne mit Vorträgen und Werbeverkostungen (Bt-Mais-Kekse!) an Schulen auftreten und dort auch »sehr interessierte und offene Zuhörer« finden. Selbst Aktionen wie das Schüler-Gentech-Mobil oder Schulklassen-Besuche in High-Tech-Laboren, was von der Sache her sehr zu befürworten ist, werden benützt, gesellschaftskonforme, verständnisanregende Darstellungsweisen beim Betrachter zu induzieren. Diese Aktionen haben in der Endkonsequenz jedoch eines im Hintergrund: Werben um Verständnis für die Gentechnik und Erhöhung der Verbraucherakzeptanz. Auch Holtzhauer (1999: 43) kritisiert »mangelndes Verständnis« der Gentechnik. Der Begriff »Kenntnis« wäre eine weitaus bessere Beschreibung für ein neutrales Herangehen an allseitiger Aufklärung.

Leider ist nicht nur die Gentechnik, sondern sind viele technische Prozesse kein allgemeines Bildungsgut. Es ist wohl eine Mär zu glauben, daß mit wachsender Technisierung unseres Alltagsleben die Technik bzw. die naturwissenschaftlichen Prozesse dahinter breitenwirksam ohne einen entsprechenden gesellschaftspolitischen Bildungsprozeß erkannt werden können. Nun sind grundlegende Kenntnisse der Gentechnik als allgemeines Bildungsgut wirklich sehr wünschenswert, stehen allerdings nicht auf dem Boden der Tatsachen. Kann man aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Verantwortung und Vermittlungsebenen bzw. unfähiger Dialogführung zwischen Fachebene, Politik und Medien deswegen dem Verbraucher generell das Wort über ihr Urteilsvermögen nehmen?

Es gibt zwei wesentliche Momente, die die Verbraucheraufklärung zur Gentechnik ausmachen. Das ist erstens die Informationsführung seitens regierungs-, wirtschafts- und verbrauchernaher Institutionen und zweitens die Frage der öffentlichen Partizipation und demokratischen Mitbestimmung. Die vielen Falbblätter und

Informationsbroschüren beweisen: Das große Informationsdefizit wird selektiv bedient. Säuberlich ausgesuchte Informationen und Argumente appellieren an Ethik und Moral (Hunger, Arbeitsplätze, Umweltschutz ...). Dabei wird zwar betont, daß die Möglichkeiten und Grenzen der grünen Gentechnik realistisch zu beurteilen sind, daß gesundheitlicher Verbraucherschutz und das Vorsorgeprinzip im Mittelpunkt stehen. Wirtschaftliche Zielstellungen werden jedoch unter dem Vorwand der Erhöhung der Effizienz und Produktvorteile dem Verbraucher als Chance zur Verbilligung der Produkte und Erhöhung ihrer Qualität dargeboten. Diese Argumentation würde bedeuten, daß bisher keine gesunde, geschmackvolle und billige Ernährung möglich war. Auch die Argumente der besseren Umweltverträglichkeit werden über das Maß ihrer Relevanz hinaus verherrlicht. In einigen Broschüren werden gerade diejenigen Entwicklungen von Mikroorganismen bzw. Metaboliten (gentechnisch hergestellten Enzyme, Hefen etc.) zitiert, die schon seit Jahren in der Lebensmittelverarbeitung eingesetzt werden. Sie sind bei weitem nicht so komplex wie Kulturpflanzen, kreisen in geschlossenen Systemen, sind kein Bestandteil des Endprodukts und stellen keine (bekannte) Gefahr dar. Sie dienen jedoch als Legitimation für viel komplexere gentechnische Veränderungen mit noch unbekanntem Auswirkungen. Risiken werden kaum thematisiert oder sie werden verallgemeinert und als technisch machbar gereicht.

Auf den Punkt gebracht heißt das, gesellschaftliche Akzeptanz ist wandelbar. Man muß nur die richtige ›message‹ an die Masse bringen und den Verbraucher auf seine Seite ziehen. Dennoch kann sich Gen-Food nicht durchsetzen, obwohl der Lebensmittelmarkt zu den ausgesprochen innovativen Märkten gehört und die internationale Küche bis hin zum Imbißstand sogar in kleinen Gemeinden angenommen worden ist.

Studien belegen, daß für das Käuferverhalten neben der Hauptdeterminante Preis zunehmend gesundheitsrelevante und ernährungsphysiologische Unbedenklichkeiten, ökologische und kulturelle Bestimmungsgründe sowie regionale wie internationale Aspekte verantwortlich sind. Am Essen hängen eben auch ethische und religiöse Faktoren, die bis zur Tiergesundheit und des Erhalts der Natur für zukünftige Generationen eine gewichtige Rolle spielen. Diese Funktion kann nicht allein dem Markt überlassen werden kann, wo das Erstreiten von Marktvorteilen und Nachfrageinduktionen im wesentlichen auf eine höhere Gewinnabschöpfung und Verwertung der eingesetzten Technik- und Forschungskosten zurückzuführen ist.

Verbraucher haben mit dem Umgang der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik mit Umweltgütern und mit Lebensmitteln Erfahrungen über Jahre gesammelt. Allzu oft sind hausgemachte Skandale an der Tagesordnung: Nikotin, Dioxin, Nematoden, Hormonkälber, Salmonellen, BSE sind nur einige Stichwörter. Aber auch Sicherheitsrisiken, die sich erst später einstellten, wie durch DTT (Herbizid), Contergan (Schlafmittel), Lindan (Holzschutzmittel), Atomkraftwerke etc. sind registriert. Betroffene kämpfen z.T. heute noch in Bürgerinitiativen um ihre Rechte. Diejenigen Verbraucher aber, die letztlich den Preis für gesundheits-

man darin von »Kinderkrankheiten«, »Leber und Milz verfügen über ein bewährtes Entsorgungssystem«, »bei gentechnisch veränderten Organismen weiß man genau, was drin ist«, »Technologie der Risikominimierung« usw. usf. Selbst die AgV (Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände), der Hausfrauenbund und der Landfrauenbund e.V. lassen sich von diesen Verbänden sowie von Monsanto, AgrEvo und Novartis bzw. deren Industrieverband mit entsprechender Diktion Materialien zur Verbraucheraufklärung mitfinanzieren.

Bestes Beispiel, daß der Preis nicht allein entscheidend ist, zeigt das Verkaufsverhalten bezüglich des aus der Anti-Matsch-Tomaten hergestellte Ketchup in Großbritannien. Nach anfänglichem guten Verkauf aufgrund des Preisvorteils wurde der Genketchup wieder aus den Regalen genommen. Verbraucher reagierten nach Aufklärungskampagnen. Gleiches gilt für den Versuchsballon des Nestlé-Butterfingers in Deutschland.

Umfragen 1993 in der Schweiz und 1995 in Deutschland zeigen hohe Ablehnungsraten von Lebensmitteln mit dem Aufdruck »gentechnisch verändert«: 77 Prozent in der Schweiz und 70 Prozent in der BRD. Die Einschätzung von ernährungsbedingten Gesundheitsrisiken über gentechnisch veränderte Lebensmittel stieg in der BRD seit 1992 im Osten von unter 10 Prozent, im Westen von ca. 20 Prozent auf rd. 35 Prozent (beide Gruppen 1996) an. 54 Prozent lehnten den Kauf von Käseimitat, 75 Prozent die Einzellermahlzeit, 69 Prozent den Chymosinkäse und 66 Prozent die Gen-Tomate ab. Monsanto's eigenen Umfrageergebnissen zufolge, lehnen 80 Prozent der Deutschen und 50 Prozent der Briten die gentechnische Manipulierung von Lebensmitteln ab. Eine Monsanto-Kampagne pro Gentechnik auf der Insel verstärkte den Widerstand noch.

Aufschlußreich ist das Vorgehen Monsanto's gegen Kritiker, die sich gegen die Hormonmilch zur Wehr setzten: Drei britische Forscher erklärten öffentlich, daß Monsanto jahrelang unerwünschte Forschungsergebnisse über Nebeneffekte des Mittels zurückgehalten habe, und wurden verklagt. Außerdem verklagte Monsanto zwei US-Molkereien, die ihre Milch als rBST-frei gekennzeichnet hatten. Im Juni 1995 verlor Monsanto den Prozeß und Molkereien dürfen seither weiterhin ihre Produkte als rBST-frei

umweltschädigende und/oder billige Produkte zahlen, fordern die Solidarität auch der KonsumentInnen.

Auch der Optimierungswunsch der Gentechniker trägt zur Verunsicherung der Öffentlichkeit bei. Denn Optimierung ist eine typische ökonomisch-adäquate Denkungsart, die Natur so zu gestalten, daß sie noch schneller, noch besser für die Bedürfnisse des Menschen ausbeutbar wird. Gentechniker sind sich selbst nicht sicher, was die nach menschlichem Ermessen über die Naturgesetze hinausgehend »optimierten« Transgene – entlassen in das nach natürlichen »Optimierungsgrundlagen« funktionierende Ökosystem – alles bewirken können.

In der Summe reagieren Verbraucher mit Fug und Recht zunächst skeptisch. Wirtschaftliche und politische Ausrichtungen auf quantitatives Wachstum durch »Gene« wird zunehmend ökologisches Unwohlsein entgegengestellt. Vielleicht wird mit den Fragen, die die Gentechnik aufwirft, der erforderliche Moment erreicht, der seitens der Lebensmittelbranche seit Jahren vernachlässigt wurde: die allseitige Aufklärung der Verbraucher über Inhaltsstoffe, Herstellung und Herkunft insbesondere der hochveredelten und »convenience«-Produkte.

Argwohn und Furcht des Verbrauchers können von den Gentechnik-Riesen und –Befürwortern nicht einfach mit den Methoden der wirtschaftlichen Logik wegdiskutiert werden. Deshalb erscheint es auch völlig legitim, die z.T. intuitive ablehnende Haltung der Bevölkerung auch über emotionale und populistische Ansprechbarkeit zu lenken und zu unterstützen. Die Umwelt- und Verbraucherverbände mit ihren Aktionen sind da genauso ideenreich wie ihre Kontrahenten. Vom Staat wird aber der aktive Verbraucherschutz unter stark rückläufiger Finanzierung der Verbraucheraufklärung auf die Verbraucherverbände abgeschoben.

Eine allseitige Aufklärung wird nicht damit betrieben, wenn man all die rosigen Aussichten mit Beispielen belegt und dann ganz allgemein von den »prinzipiellen Schwierigkeiten« spricht, die es zu überwinden gilt. Für jedes der von Holtzhauer angeführten Beispiele können Gegenargumente, Risiken und Auswirkungen benannt werden. Genau hier ist die Kritik anzusetzen, weil die grundlegenden Fragen nicht erforscht, sondern noch offen sind oder nicht beschrieben werden wollen, aber die ersten negativen Erfahrungen bereits vorliegen. Aber was sehr bezeichnend ist: Diese prinzipiellen Schwierigkeiten dürfen dann von der »wissenden Öffentlichkeit« (Holtzhauer 1999: 45) diskutiert werden. Warum werden denn die Kehrseiten einer jeden Medaille in diesem System nicht mit angeführt? Darüber kann breit philosophiert werden, es läuft letztendlich auf das Fazit »Wissen ist Macht« hinaus.

Nur mit größerer Transparenz in der Politik und durch eine stärkere Einbeziehung der Bürger in den gesellschaftlichen Diskurs und in politische Entscheidungsprozesse gibt es einen Weg, um berechnete unerwünschte Entwicklungsprozesse zu bekämpfen. In Deutschland läßt seit der Novellierung 1994 das Gentechnik-Gesetz jedoch so gut wie keine Öffentlichkeitsbeteiligung in gentechnikrechtlichen Genehmigungsverfahren zu. Der Normbildungsprozeß wird fast vollständig der Fachbürokratie übertragen,

Interessengruppen von NGO bis zum Verbraucher sind nicht beteiligt. Die Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung in Norwegen, Schweden und Dänemark besticht dagegen in vor allem durch außerordentlich weitgehende Informationsrechte der Bevölkerung.

Nur ein ehrlicher Dialog, der kritisch und umfassend ohne Verschleierungs- und Bagatellisierungsstrategien sowohl Chancen als auch Folgen in ihrer umfassenden Breite aufzeigt, könnte das Vertrauen der Verbraucher wieder herstellen. Die Beherrschung der öffentlichen Meinung durch die kapitalistischen Medien macht eine demokratische Meinungsbildung jedoch fast unmöglich.

Politiker in Deutschland und in der EU werden nur weitere Konsequenzen ziehen, wenn Verbraucher in gesellschaftlicher Opposition weiterhin mit den Füßen abstimmen und außerparlamentarischen Druck von unten erzeugen.

Die Art und Weise der Diskussion von Risiken

Gentechniker stellen klar, daß direkte Eingriffe in die Erbbausteine des Lebens nicht nur zu gewünschten Veränderungen der Qualitäts- oder Leistungseigenschaften des transgenen Objekts führen. Sie rufen zugleich in unkontrollierbarer Weise andere unvorhersehbare Vorgänge im Körper, in Pflanzen, im Boden und/oder im Ökosystem hervor. Wie ist es dann möglich, daß in der Konsequenz in Wissenschaft, Wirtschaft und der politischen Öffentlichkeit eine solche Darstellung lapidar übergangen wird?

Gentechniker stellen gentechnische Veränderungen gern als »natürlichen« Prozeß dar bzw. argumentieren mit dem Vergleich zur traditionellen Züchtung. Diese Legitimierung zeigt auf, wie wenig differenziert das eigentlich neue und alle herkömmliche Verfahren in den Schatten stellende an der Gentechnik gesehen wird und wie schnell selbst auf Begriffe abgrenzende Gentechniker geneigt sind, von der Gentechnik in die Biotechnologie oder Genetik überzuwechseln. Selbst vor Vergleichen des Einbaus von Fremdgenen mit der genetischen Unterscheidung eines Kindes von seinen Eltern wird nicht zurückgeschreckt (vgl. Holtzhauer 1999: 45). Nun kann man die gezielte Veränderung eines Gens innerhalb einer Spezies als ähnlich einordnen, unter dem Hinweis jedoch, daß diese zwar eine unglaubliche Zeiteinsparung bedeutet, aber Umwelt- und Produktionsfaktoren wie bei der traditionellen Auswahl von zuchtrelevanten Eigenschaften üblich, nicht einfließen. Bezüglich der Einfügung von Genen anderer Spezies in einen Wirtsorganismus stellt sich allerdings die Frage, ob jemals in der klassischen Züchtung versucht worden ist, ein schnell wachsendes Rind mit einer Forelle zu verbandeln, oder ein Schneeglöckchen mit einer Kartoffel oder gar einen Fisch mit einer Tomate? Die bisher bekannten wirtschaftlich relevanten Entwicklungen zielen aber genau darauf ab, die mit den Mendelschen Gesetzen naturgegebenen engen biologischen Grenzen der traditionellen Züchtung zu überwinden, um neue »optimierte« Mikroorganismen, Pflanzensorten und Tierarten zu schaffen, wie sie weder nach traditioneller Züchtung noch in der Natur vorkommen. So verwundert es nicht, wenn mit Argumentationen über jahrtausendalte Züchtungserfahrungen, die Anwendung der künstlichen Besamung oder von Gärungsverfahren, da sie

kennzeichnen.

Die Kehrseiten der Medaille: Das gentechnische Verfahren zur Herstellung *Insulin* funktioniert, indem einfache Kolibakterien genetisch so verändert werden, daß als Stoffwechselprodukt Insulin erzeugt wird. Außerdem werden die Bakterien resistent gegen Antibiotika gemacht. Nur ca. 10 Prozent der Bakterien übernehmen die genetischen Veränderungen auch wirklich. Die restlichen 90 Prozent werden durch Antibiotika abgetötet – die Insulinbakterien sind ja resistent manipuliert worden. Dieses Verfahren ermöglichte, den weltweiten Bedarf zu decken. Bei einer Überdosis äußern sich die Nebenwirkungen beim natürlichen Insulin in Schweißausbrüchen, Kreislaufproblemen bis hin zur Ohnmacht. Beim gentechnisch erzeugten Insulin kann es zum sofortigen Tod kommen. Außerdem haben beide Verfahrensweisen Nebenwirkungen. So wird von den Kolibakterien nicht nur das gewünschte Insulin produziert, sondern auch als Stoffwechselnebenprodukt bestimmte Eiweißverbindungen, auf die der Patient allergisch reagieren kann. Des weiteren ist bekannt geworden, daß die dritte Generation von Insulin vom Markt genommen werden mußte, da Verdacht auf kanzerogene Wirkungen besteht.

»Die Gentechniker ... müssen sich klarmachen, daß auch biologische Abwehrmechanismen niemals auf die Ewigkeit angelegt sind, sondern genauso ... mehr oder weniger schnell auf Resistenzentwicklungen stoßen; sie müssen konzedieren, daß pflanzliche Genome komplex sind und daß das Einbringen fremder Gene in solche Genome durchaus auch die Wirkungsweise anderer Gene ungewollt beeinflussen.«
Ernst-Ludwig Winnacker: Das Genom. Möglichkeiten und Grenzen der Genforschung, Frankfurt/M. 1996, S. 79.

Die neuen Techniken des Gensplittings und der Zellfusion erlauben es den Wissenschaftlern, auch Arten genetisch zu kombinieren, die in keiner Weise miteinander verwandt sind. Molekularbiologen sind in der Lage, genetisches Material zu lösen, zu ergänzen, herauszuschneiden und neu zu kombinieren. Die Kulturpflanzen der heutigen Zeit wurden bereits beginnend vor 7000 Jahren schrittweise gezüchtet. Stellt man sich nur ein Hundertstel dieses Zeitraums für die Anwendung der Gentechnik vor, können mit Hilfe der Wissenschaft die Natur und von ihr konventionell abhängigen Reproduktions- und Produktionsbereiche

gerade nicht zur Gentechnologie zählen, sich kein Grundkonsens finden läßt.

Gentechniker machen sich unglaublich, wenn sie traditionelle Zuchtverfahren als stark zufallsgeprägt und unvorhersehbar bemängeln und über die Gentechnik verlauten: »In der Praxis gibt es allerdings Schwierigkeiten, wenn das ›künstliche‹ Gen mit jenen der Pflanze nur entfernt verwandt ist. Das eingepflanzte Gen wirkt dann häufig nur schwach, und solche Pflanzen sind nicht sehr stabil. Tiergene funktionieren in Pflanzen meist schlecht. Ihr Beispiel, Erdbeeren mit ›ein paar Heringsgenen‹ zu dopen, geht wohl nicht ...« (Nüsslein-Volhard 1998). Mit letzterem Beispiel wird auf den Gourmet Siebeck (vgl. Die Zeit, Nr. 14/1998; 18/1998; 37/1998) Bezug genommen. Allerdings scheint Frau Nüsslein-Volhard nicht ganz auf dem Boden der Realität (siehe Fischgen in Tomaten zur Frostresistenz). Des weiteren führt sie aus, daß die Gentechnik entgegen der traditionellen Zucht »die Möglichkeit (besitzt), einzelne Gene zusätzlich in eine Pflanze einzufügen, ohne dabei das übrige Erbgut zu verändern. (...) Allerdings funktioniert das alles nicht gleich gut.« Die übrigen Erbbausteine werden technisch nicht verändert, aber das komplexe Zusammenspiel von mehreren Genen wird noch gar nicht überschaut. Die heutigen Methoden der Gentechnologie beruhen darauf, daß ein isoliertes Gen eine ganz bestimmte Eigenschaft definiert. Gene können jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie unterliegen fein abgestimmten Regulationsmechanismen in der Zelle. Das ineinander verwobene Wirken von Erbanlagen und Umwelteinflüssen und die komplizierten Wechselbeziehungen in lebenden Organismen sind nur in groben Zügen bekannt. Dennoch werden Kombinationen mit Fremdgenen schon wirtschaftlichen Zwecken unterzogen und können nicht schnell genug gewinnbringend vermarktet werden – ohne Rücksicht auf Leben und Natur.

Winnacker beschreibt all die ökologischen Risiken und gesundheitlichen Bedenken in seinem Buch *Das Genom* (1996) und kommt dennoch zu dem Schluß, daß die Risiken im Umgang mit transgenen Pflanzen im Freiland zwar nicht exakt berechenbar, aber doch vertretbar sind. Auch Holtzhauer fragt nach den Risiken bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln und widerlegt die Risiken mittels Nachweis – am Menschen gleich selbst: Allergien gibt es ja bei herkömmlichen Produkten auch und mit der Kennzeichnung wäre die Angst vor Neuem zu bewältigen. Selbst wider besseren Wissens durch die Wissenschaft werden »Kollateral«-Schäden in Kauf genommen. Wie kann sich Holtzhauer (1999: 44) so sicher sein, daß gentechnisches Insulin ohne Langzeitfolgen einsetzbar ist? Wenn ein Betroffener die Wahl zwischen einem herkömmlichen und einem hochreinen Insulin hat und genau über die Wahrscheinlichkeit Bescheid weiß, welches von den beiden Produkten risikoreicher in der Anwendung für seinen Organismus ist, würde sich vermutlich ein ganz anderes Bild ergeben. Dahingehend sind weder statistische Untersuchungen noch Veröffentlichungen bekannt.

Ein geringes Maß an Risiko oder Restrisiko müßte eigentlich in einer von Menschheitsinteressen geleiteten Gesellschaft ausreichen,

um z.B. Allergien nicht noch durch gentechnisch veränderte Produkte zu verstärken. Fakt ist – und da untergräbt auch die »freiheitlich-demokratische« Politik den Verbraucherschutz, daß selbst nachweisbare – wenn auch vereinzelte – allergische Reaktionen nicht dazu führten, daß das betroffene Produkt EU- oder weltweit zurückgezogen oder gekennzeichnet wurde.

In der Risikodiskussion ist es – entgegen der Polemik Holtzhauers – zunächst auch völlig unerheblich, ob nun fünf auf zehntausend Genen oder nur eins auf eine Million hinzugefügt oder weggenommen wurden, weil bekannt ist, daß die Risiken nicht von der Menge der *manipulierten* Gene abhängig sind.

Es ist weiterhin durchaus nicht so – wie dargestellt –, daß Soja für Allergien zuständig ist, Bt-Mais Nützlinge schädigt und transgener Raps sich mit wilden Rübsenarten kreuzt, sondern die ökologischen und gesundheitlichen Wirkungen des manipulierten Organismus sind als komplex einzustufen solange sie nicht in ihrer Komplexität untersucht worden sind. So ist überhaupt nicht klar, wie die durch ein Transgen veränderten Eiweißbausteine bei pilzresistentem Raps auf das Immunsystem des Menschen wirken, in welchem Grad sich die Pilzresistenz auf Wildarten und Unkräutern verbreitet und welche Einträge es auf Bodenbakterien etc. gibt. Die Gentechnik geht bei einzelnen Kulturpflanzen jedoch bereits den Weg der Mehrfach-Resistenzen: gegen Herbizide, Insekten und Krankheiten.

Mit der Aufnahme der »Monsterpflanzen« (diesen Begriff verwendet nicht mal mehr *BILD!*) spiegelt Holtzhauer gleich selbst Horrorszenerien, um die ganze Risikodiskussion ins lächerliche zu ziehen. Risiken sind wohl etwas ernster zu nehmen, als Witzchen über »Radio Jerewan«. Es ist schon einigermaßen zynisch erst ganz ernsthaft den Unwissenden und sogenannten Intellektuellen den Kopf zu waschen und dann auch noch selbst auf die zügellose Taktik der Belustigung »wie über einen Kinofilm« zu verfallen.

Genau wie Holtzhauer diskutieren auch Winnacker (1996) und Nüsslein-Volhard (1998): Vor dem Hintergrund ihrer Abwägung nicht berechenbarer versus vertretbarer Risiken und Chancen, erfolgt eine sehr einseitige Betrachtung aus dem Blickwinkel der Gene und ihrer technischen Beherrschbarkeit einerseits und der Bagatellisierung und Verharmlosung noch nicht bekannter Wirkungen andererseits. Kreislaufprozesse werden faktisch ausgeschlossen und ökologische Zusammenhänge auf eine bestimmte Richtungswirkung eines bestimmten Gens nur der ihm eigenen Meriten in einer bestimmten Umwelt begrenzt.

Die vielen Überraschungen selbst auch mit negativen Effekten, die es bisher gab, werden nicht ernsthaft als Grundlage dafür betrachtet, das Konzept der Gentechnik in Wirtschaft und Forschung gesellschaftlich und politisch grundlegend zu überdenken. Die Gentechnik beschränkt sich nur auf ihre gentechnischen Veränderungen und prüft, ob diese auch gelungen sind. »...etwa ob sich Fremdgene auf andere Pflanzen leichter ausbreiten können als die pflanzeigenen Gene. Das sind jedoch Probleme der Ökologie und des Naturschutzes ...« (Nüsslein-Volhard 1998). Nun sind also die Ökologen, Naturschützer und Humanmediziner gefordert,

völlig verändert werden. Aber Nüsslein-Volhard bestätigt, daß sowohl Zucht als auch Gentechnik kompliziert sind, weil »die Eigenschaften der Pflanze in komplexer Weise von den Eigenschaften der Gene bestimmt werden. Ein einzelnes Gen produziert seinen Stoff, aber dessen Wirkungen betreffen sehr häufig mehr als nur eine Eigenschaft der Pflanze. Umgekehrt kommt eine bestimmte Eigenschaft wie der Geschmack in der Regel durch das Zusammenspiel vieler Gene zustande.«

Christiane Nüsslein-Volhard: Genetik für Gourmets, in: Die Zeit, Nr. 48/98.

Bei einem lebenslangen Verzehr transgener veränderter Lebensmittel würde sich das allergene Risiko aufsummierern oder gar potenzieren. Wenn beispielsweise ein Erdnußgen in Tomaten oder paranußallergener Reis (der zurückgezogen wurde) allergische Reaktionen bei Nuß-Allergikern hervorruft, selbst wenn – möglicherweise in Zukunft – eine Kennzeichnung »gentechnisch verändert« vorliegt und obwohl Allergiker streng auf ihre Nahrungszusammensetzung achten, was beim Essen außer Haus kaum möglich ist, dann ist dennoch jeder Betroffene zu viel! Für eine allergische Reaktion auf veränderte Eiweißbestandteile reicht ein Verhältnis von nur einem Reiskorn auf einen ganzen Sack aus. Eine Kennzeichnung kann der Allergieproblematik überhaupt nicht gerecht

werden.

»Manipulation« ist wohl doch eher die richtige Bezeichnung für einen vom Menschen gezielten direkten Eingriff, der Gene nicht nur bearbeitet sondern das Zielobjekt entgegen primärer Naturgesetze – den Mendelschen Gesetzen – verändert.

»... Daher ist es logisch zu versuchen, etwa ein bereits bekanntes Resistenzgen aus Bakterien in Pflanzen zu übertragen und zu prüfen, ob die dann auch resistent sind. Und sich zu freuen, wenn es gelungen ist. Damit ist der Forscher eigentlich fertig, und eine Zuchtanstalt kann sein Pflänzchen zur neuen Sorte entwickeln.«

Christiane Nüsslein-Volhard in: Die Zeit, Nr. 48/98.

»Das finde ich ganz pfffig«, meint Nobelpreisträgerin für Medizin Christiane Nüsslein-Volhard über die Logik der Industrieforscher zu Herbizidresistenzen, weil »niemand gern Unkraut jätet, ..., Gartenbesitzer wissen das.« Abgesehen davon, daß sie sich vermutlich niemals in zwischen vergegenwärtigen konnte, daß in der Landwirtschaft niemand mehr Unkraut »jätet«, ist diese Einschätzung wirklich schizophoren. Ob sie jemals daran gedacht hat, daß nun noch mehr die chemische Keule anstelle mechanischer Unkrautbekämpfung benutzt wird, daß diese Chemie, meist als Unversalpflanzenchutz noch giftiger als bisher ist, daß diese auch über die Kulturpflanzen wiederum in den Öko- und Ernährungskreislauf gelangen, daß es mittlerweile aufgrund der schleichenden langjährigen Vergiftung auch Gesundheitsprobleme gibt

um Ausbreitungen auf Ernährungs-, Gesundheits- und Ökosystem nachzuweisen. Werden aber tatsächlich Auswirkungen hinterherhinkend erkannt und kritisiert, dann werden Kritiker als Gegner abgestempelt und von den Gentechnikern in beschriebener Art und Weise belehrt oder ignoriert. Und da diese Unbelehrbaren kein Gehör finden und von den 500 Freisetzungsorten in Deutschland an einer Hand abzählbare Zerstörungen vollführen – allerdings sehr medienträchtig – bzw. neuerlich Rote-Beete-Saft zur Kennzeichnung verwenden, dann werden diese als Maschinenstürmer und Kriminelle degradiert. Zerstörung ist fürwahr keine Lösung! Es gibt Alternativen. Die Alternativen (Klagerecht, demokratische Beteiligung und Kontrollsysteme, Haftungsrecht etc., etc.) wurden mehrfach friedlich, mündlich, schriftlich, demokratisch, politisch ... eingeklagt – die Macht der Pharmariesen und ihre massiven Lobbyingstrategien bei den politischen Institutionen sind erfolgreicher. Bleibt für einen Gentechniker, nachdem er die Frage der Auswirkungen von »Resistenzgenen gegen z.B. Unkrautvernichtungsmitteln« mit der Antwort der Probleme von Antibiotikamarkergenen vermischt, zu konstatieren: »... genaueres weiß man erst, wenn entsprechende Versuche mit aller Umsicht vorgenommen wurden. Die Warner vor solchen Versuchen sind mit Sicherheit hilfreich und notwendig, indem sie mögliche Schwachpunkte der Arbeitshypothesen und der Experimente aufzeigten« (Holtzhauer 1999: 47). Aber, daß darauf erst die Gentechniker durch die »Warner« gebracht werden müssen ...!? So erhebt sich die Frage, ob man in diesem System von einem Wissenschaftler erwarten kann, daß er aufgrund seiner weitreichenden Kenntnisse auf seinem Fachgebiet seine Hypothesengebäude und Experimente so aufbaut, daß sie es ihm ermöglichen, gerade bei fragwürdigen, risikobehafteten, von den Medien und der Öffentlichkeit mithin verfolgten Experimenten eine weitreichende Abdeckung der Sicherheit zu beweisen?

Noch zur Frage der Antibiotikaresistenzen: Wie naiv kann ein Wissenschaftler eigentlich sein, wenn bereits seit Jahren nachweislich durch Antibiotikaeinsatz eine zunehmende Resistenz bei Lebewesen auftritt, nun aber Versuche gefordert werden, ob tatsächlich Antibiotikaresistenzen über transgene Objekte auch beim Menschen verstärkt werden können? Und hier zeigt sich, daß man weder dem Gentechniker noch dem Veterinärmediziner noch dem Landwirt für den Antibiotikaeinsatz den Vorwurf machen kann, denn es liegt auch hier am System! Sie alle sind letztendlich gezwungen, sich entlang den Grenzen durch Richtlinien und Regelungen den Marktgesetzen zu beugen.

Freiheit der Forschung als Selbstzweck?

Ausrichtungen von Wissenschaft und Forschung sind im Zusammenhang mit dem Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik zu sehen. Wissenschaft ist gesellschaftsimmanent und ambivalent. Schaut man sich den politischen und marktwirtschaftlichen Prozeß an, der zu Entscheidungen über die Förderungs- und Forschungshoheit von akademischen und privat-wirtschaftlichen Institutionen führt, wird ganz schnell klar, wie frei die Forschung tatsächlich ist.

Akademische Forschungseinrichtungen, Forschungsanstalten und Bundesämter (der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie, der Umwelt etc.), auch Forschungsabteilungen der Konzerne erhalten Forschungs- und Förderungsmittel durch politische Institutionen der Bundesregierung.

Gerade Gen- und Biotechnologien zeigen – entgegen der Meinung Holtzhauers – eine exklusive Wachstumsrate in der Forschungsförderung (eingestellt unter verschiedenen Ministerien und Haushaltstiteln), die mit den Gesamthaushaltskürzungen im reziproken Verhältnis steht. Schon hier zeigt sich eine politische Schwerpunktsetzung, um den Anschluß an den Weltmarkt nicht zu verpassen.

Dabei werden bedeutend mehr Mittel für die anwendungsreife Innovationsforschung eingesetzt als zur umfassenden Gentechnikfolgeabschätzung. Querschnittsforschungen der sozioökonomischen, humanrechtlichen, entwicklungspolitischen und der ökologischen Fragestellungen werden weit weniger gefördert. Auch die mit der Gentechnik verbundenen ethischen und philosophischen Fragen werden noch viel zu wenig beleuchtet. Erst in der Humanmedizin beginnt durch die provokanten Äußerungen Sloterdijks ein öffentliches Positionieren und Diskutieren. In der Humanmedizin bestehen ja auch noch die meisten Forschungsverbote.

Die »kritische«, unabhängige Wissenschaft (Öko-Institute, NRO) sieht sich dagegen mit weniger Fördermitteln, Spenden und ungebührende Anerkennung ihrer Ergebnisse an den Rand gedrängt. Nicht nur die Industrieforschung, auch die akademische Forschung unterliegt dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »mainstream« sowie dem politischen Entscheidungswillen bis hin zu Einrichtungen von Lehrstühlen. Das ist nicht nur an der Bereitstellung von Haushaltsmitteln, sondern auch an der Besetzung von Institutionen abzulesen. Beispielsweise ist der »führende Kopf« der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) Ernst-Ludwig Winacker gleichzeitig Professor am Institut für Biochemie an der Universität München und Leiter des Genomzentrums München. Zufall?

Natürlich ist die [Freiheit der Forschung] an sich legitim. Holtzhauer (1999: 46) argumentiert, erworbenes Wissen kann nicht unter Verschluss gehalten werden und: »Die Gentechnik selbst als Methodenarsenal stellt kein Risiko dar, ihre Anwendung durch den Menschen kann gefährlich sein!« Nun ja, die Atomkrafttechnik selbst, die Waffentechnik an sich, die Technik der Klonierung ... stellen doch alle kein Risiko dar, ... sondern der Mensch ist das gefährliche Element daran! Für wen wird denn Forschung betrieben? Forschung als Selbstzweck? Reicht das erworbene Wissen aus? Diese Frage ist in erster Linie aus der Sicht von Gesellschaft und Weltanschauung zu klären. Wie frei sind denn die Forscher in einer Gesellschaft, der Kapitalmacht und Zwänge der Kapitalverwertung aufoktroiert werden? Fällt das private Forschungsinteresse mit den Interessen der Menschen zusammen?

Die Fragestellung, »ob das, was machbar ist, auch gemacht werden muß« (Holtzhauer 1999: 46/47), ist eine gravierende. Dabei ist die Latte einer ethischen Sperre nicht erst bei der Klonierung

... Was für eine Medizinerin! Die Forschung in der landwirtschaftlicher Biotechnologie kontrollieren derzeit weltweit 15 große Privatkonzerne, von denen 13 US-amerikanisch und ganze zwei aus Europa stammen. Die Gene sind offenbar das »grüne Gold« des 21. Jahrhunderts. Die Firmen des genetisch-industriellen Komplexes versuchen, sich der Kontrolle über dieses grüne Gold, über Ressourcen und Entwicklungsverfahren zu bemächtigen, wie multinationale Konzerne das schon immer getan haben.

Zahlenmäßige Limitationen bei der Klonierung von Menschen (oder nach Holtzhauer 1999:46 des »Bundestages«) werden kein Treppenwitz der Menschheitsgeschichte, sondern auch nur ein technisch lösbares Problem sein. Lt. einer Umfrage in den USA wünschen sich schon heute sechs Prozent der Befragten ein Klon von einem Menschen. Dafür werden von Wissenschaftlern eine Vielzahl von Gründen genannt: Wunsch nach eigenem Ebenbild, Ersatz verlorengegangener Partner oder Wunschkind, Wunsch nach Kopien von außergewöhnlichen Menschen und Personen der Öffentlichkeit wie Schauspielern. Warum sollte sich aus diesen Gründen nicht ein wirtschaftliches Interesse finden, daß das Tabu des Klonens von Menschen bricht?

So ist nach neuesten Meldungen selbst der von Holtzhauer verhöhnnte Jurasik-Park nicht mehr weit: Mit dem Fund eines Mammuts im Dauerfrostboden Sibiriens besteht die Freiheit der Forschung im Interesse der Klonierung desselben. Vielleicht findet sich ja auch mal

ein Neanderthaler ...

»Man hält ferner diejenige Wissenschaft, die um ihrer selbst willen und bloß zum Zwecke des Erkennens getrieben zu werden verdient, in höherem Grade für Wissenschaft als die, die nur durch ihren Nutzen empfohlen ist, und ebenso in höherem Grade diejenige, die geeigneter ist, eine beherrschende Stellung einzunehmen, als die bloß dienende. ... so muß notwendigerweise die Eigenschaft, ein Wissen von allem zu haben, dem am meisten zukommen, der die Kenntnis des Allgemeinen besitzt. Denn dieser weiß damit zugleich in gewissem Sinne alles, was unter dem Allgemeinen befaßt ist. Dieses, das am meisten Allgemeine, möchte aber auch zugleich das sein, was den Menschen so ziemlich am schwersten zu erkennen ist, denn es liegt von dem sinnlichen Bewußtsein am weitesten ab.«

Aristoteles (1907): *Metaphysik*, Jena, S. 4097.

höherer Lebewesen anzusetzen, um dafür die Vertreter des »christlichen Abendlandes« auf die Tagesordnung zu rufen.

Gentechnische Forschung kann sich nicht um die Folgen der Entlassung ihrer Produkte kümmern. Auch Chemiker kümmern sich nicht um die Giftigkeit ihrer Produkte, sondern nur um die Wirksamkeit ihrer Pflanzenschutzmittel auf das Zielobjekt. Auch Physiker schreiben Gutachten, daß in der Welt nur alle 22 Jahre ein Atomreaktounfall zu erwarten ist – de facto aber viel mehr passiert – denn der Mensch ist schuld. Der Anfang jeder Katastrophe ist nicht die Technik an sich, sondern das unausgewogene Abwägen von Risiken beginnend in der Forschung und das daraus resultierende unverantwortliche Entlassen in Wirtschaft und Umwelt als gesellschaftsimmanenter Prozeß.

Deren Logik heißt: Nach mir die Sintflut! Politik und Medizin werden es schon richten.

Die Aussagen von Holtzhauer, Winnacker und Nüsslein-Vollhard machen eines sehr deutlich: die Abgrenzung der technischen Verfahren des Eingriffs in die Erbbausteine des Lebens werden unter dem Ruf der Forschungsfreiheit in ihrer Verquickung mit vielfächerten Auswirkungen zu einer Frage des Umgangs der Gesellschaft und der Politik damit.

Die gesellschaftspolitische Verantwortung aber für neue Techniken und Risiken, die mit einem Blick fürs Ganze nur gemeinsam durch Wissenschaftler, Ökonomen, Ökologen sowie Politiker und Verbraucher erstritten und getragen werden kann, wäre eine sozialistische Alternative. Diese Verantwortung kann in einer von Profitgier und Verwertungsinteressen getriebenen Gesellschaft nur durch außerparlamentarischen Druck von allen Seiten eingefordert werden.

Wenn die Anbieter (vom Gentechniker bis zum Hersteller) mit allen am Wirkungsprozeß Beteiligten in die Haftungs- und Sanktionierungspflicht genommen werden, würden diese nicht nur über die Konsequenzen ihres Tuns nachdenken sondern auch entsprechend handeln.

Ein verantwortbarer Umgang mit der Gentechnik heißt auch, diese noch relativ junge Technologie kritisch zu hinterfragen und sich mit absehbaren gesellschaftlichen Folgen ihrer Diktion von Leben, Arbeit und sozialen Strukturen auseinanderzusetzen und in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn zur Gentechnik könnte sofort ein Gegenkonzept aufgemacht werden, daß nach den Alternativen noch nicht ausgeschöpfter Forschung zur gesunden Ernährung, Ertragsicherung, Bioenergien, der ariden u.a. Land- und Ressourcennutzung, zur Bekämpfung des Hungers etc. fragt.

Wenn sich Gentechniker – wie andere Forscher auch – der Verantwortung ihrer »freien« Forschung entziehen, daraus den Schluß zu ziehen, daß die kapitalistischen Gesellschaften bzw. deren immanente Politik sich aus Sorge um eine lebenswerte Zukunft für die Menschen doch auch bemühen würden, die sich abzeichnenden Probleme und Katastrophen rasch zu bekämpfen und in den Griff zu kriegen, das würde – leider – nur Naivität beweisen. Wir leben in einem monopolkapitalistischen System, wo weder Forscher noch Politiker noch Konzerne zur Rechenschaft gezogen oder hinreichend sanktioniert werden können. Eher werden noch

Haftungsrichtlinien weiter novelliert und den Interessen der Wirtschaft angepaßt. Wer übernimmt bei Schadensfällen oder möglichen Spätfolgen die Haftung? Letztendlich werden die Betroffenen diejenigen Verbraucher und Menschen sein, die um den zu erwartenden ›Genfood‹ und der Qual der Steuerlast für die Forschung ohnehin nicht herum kommen. Und wie so oft in diesem Staate fallen die Nutznießer und die Geschädigten, ob nun finanziell oder sozial oder gesundheitlich gesehen – auseinander ...

Wie soll aber unter dem neoliberalen Trend der Verwertung von Wissenschafts- und Wirtschaftskapital eine Trennung zwischen Forschungs- und Anwendungsrisiko, zwischen Forschungs- und Anwendungsverbot und durch wen erfolgen? Kapital, auch Forschungskapital muß sich bei Strafe seines Untergangs verwerten. Auch zunehmende Patentierungen von Lebewesen sind für eine künftige Verwertungssicherung des Kapitals notwendig. Produkte sind in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nur »notwendig«, wenn sie auf dem Markt (auch auf dem Wissenschafts-Markt) bestehen, wiederholt nachgefragt werden und profitabel sind, nicht weil sie nach Holtzhauer (1999: 48) das »Leben bunter und leichter (machen)«. Verwertungsstrategie und -zwang lassen sich deutlich an »unausgereiften Experimenten« ... »unter Erfolgszwang« ... »unter Zeitdruck« ablesen (vgl. Holtzhauer 1999: 46). Schon jetzt zeigt sich unter den vielen kleinen und mittelständischen Bio- bzw. Gen-Tech-Firmen eine überproportionale Fluktuation. Sind sie erfolgreich, werden sie über kurz oder lang zur Kapitalkonzentration und zur Entledigung lästiger Konkurrenz – mit Verlaub – von den Großen der Branche geschluckt. In der Gutgläubigkeit des Erhalts von Arbeitsplätzen, wäre das sogar noch ein Glücksfall. Aber die Zahl der Insolvenzen wird weiter steigen. Unter dem Schrei nach Standortsicherung erfolgen dennoch Abwanderungen der Industrieforschung. Und sie sind ursächlich nicht mit Einschränkungen der Forschungsfreiheit oder dem Verbraucherwillen in Zusammenhang zubringen, sondern mit Forschungseffizienz, die aus Fusionen und Kartellbildungen resultiert. Die historische Grundtendenz des Kapitalismus zur Kapitalkonzentration zeigt sich hier besonders deutlich, wobei die USA eine Vormachtstellung einnehmen. Globalisierungsstrategien nehmen keine Rücksicht auf soziale oder ökologische Verluste, wie die Interessen der im Vorfeld der WTO-Verhandlungen weltweit agierender Gentech-Riesen und Saatgutfirmen zeigen. Auch Holtzhauer (1999: 44) plädiert für eine »einfachere und/oder ökonomische« Gestaltung, um entsprechend dem neoliberalen Konzept der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu dienen. Monsanto bis Novartis haben längst der Gesellschaft ideologische Scheuklappen verpaßt, um unter dem Schleier der Lösung der gesellschaftlichen Probleme und der Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt riesige Gewinne einzufahren. Grüne Gentechnik aber dient nicht vorrangig dem sozialen Fortschritt, sondern schmälert insgesamt gesellschaftliche Wohlfahrt, denn sie sorgt für Arbeitsplatzabbau, unterläuft Verbraucherschutz, erhöht die Abhängigkeit der Bauern und, und und ...

Da die Politik die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Wissenschaft schafft, sind die Alternativen für eine sozialistische

Wegen des hohen Aufwandes sollte man »es daher den Züchtern nicht übernehmen, daß sie Geld verdienen wollen und vor allem Gesundheits- oder Ernährungsprobleme im Auge haben und nicht Aromen« (Nüsslein-Volhard 1998). Welch ein Zynismus ausgerechnet Ernährungsprobleme mit neuen Ernährungsproblemen erfolgreich bekämpfen zu wollen! Bei einem genaueren Hinschauen entpuppen sich die Ernährungs- bzw. Hungerprobleme aber als Effizienz- und Wachstumszwang in der Landwirtschaft und vorrangig bei den

Pharmariesen.

Die amerikanische Firma Calgene reichte beim EPA (Europäisches Patentamt) ein Patent für ein Gen ein, das sie zur Reifehemmung in der Anti-Matsch-Tomate verwendet. Calgene ließ sich dieses Gen auch für den Einsatz in Weizen, Gerste, Orangen, Kartoffel, Broccoli und anderen Gemüse und Obstsorten patentieren, obwohl die entsprechenden transgenen Pflanzen noch gar nicht entwickelt waren.

Opposition genau die Kriterien, die Holtzhauer, wenn auch zaghaft, nennt. Das Kapital wird wohl kaum »Gesten« zeigen, es sei denn sie schädigen nicht und sind vor Steuer absetzbar. Herrschende Politik läßt sich auch kaum von Vernunftskriterien oder Wünschen leiten! Deshalb ist das Verbot der Patentierung von Lebewesen, ein demokratisches Kontroll- und Entscheidungssystem, ganzheitliche Prüf- und Überwachungsverfahren, Sanktionierungen etc. zur politischen und gesamtgesellschaftlichen Forderung zu erheben!

Die Trennlinie verläuft unter diesen Voraussetzungen genau dort, wo Schutz des Lebens und der Natur unter den Interessen der Kapitalverwertung gestellt werden, wo die an sich gute Idee des Vorsorgeprinzips verletzt oder unterlaufen wird. Sie verläuft genau auf dem Grad der Entwicklung der Produktivkräfte sofern auf der einen Seite dem Menschen allseitig gedient werden kann oder auf der anderen Seite nur dem Kapital gedient wird. Die Trennlinie verläuft in der Wissenschaft zwischen der Nutzung der Forschungsfreiheit aus gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein einerseits und andererseits Forschungssektierertum, zwischen Fortschrittsgedanken für die gesamte Menschheit und Entfesselung der Profitgelüste. Sie verläuft bei einem Forscher, der sein Leben und seine Berufung der Wissenschaft verschrieben hat, wohlwissend, daß dem nur unter sozialistischen Alternativen nachzukommen ist, zwischen Herz und Hirn!

Literatur

- Aristoteles (1907): Metaphysik, Jena.
 Holtzhauer, Martin (1999) Risiko Gentechnik!? UTOPIE kreativ, H. 105 (Juli 1999), S. 42-50.
 Friedrich Albert Lange (1974): Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart, 2 Bde., Frankfurt/M.
 Nüsslein-Volhard, Christiane (1998): Genetik für Gourmets, in: Die Zeit, Nr. 48/98.
 Voigt, Sabine (1999) Gentechnik – Lösung der humanitären Frage im 21. Jahrhundert oder Verarmung für Menschheit und Umwelt? Studie, Berlin (alle Beispiele sind in der Studie mit Originalzitat belegt).
 Winnacker, Ernst-Ludwig (1996): Das Genom. Möglichkeiten und Grenzen der Genforschung, Frankfurt/M.

MICHAEL CHRAPA, DIETMAR WITTICH

»Panta rhei«.

Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik

Im Vorfeld der Wahlen der Jahre 1998 und 1999, bei ihrer Begleitung und in ihrer Nachbereitung wurden von den Autoren umfangreiche Analysen für die Bundesrepublik insgesamt sowie für einzelne Bundesländer erarbeitet. Damit liegt ein reichhaltiges Material vor, das den Ablauf der politischen Veränderungen in diesem Zeitraum dokumentiert. Um die Ergebnisse dieser Analysen zu überprüfen, wurden zusätzlich umfangreiche aggregierte Datensätze für die Wochen vor den Bundestagswahlen und für den Herbst 1999 von einem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut gekauft und für die Ausarbeitung des folgenden Textes untersucht. Mit diesen Thesen wird begonnen, die Ergebnisse dieser Analysen zusammenzufassen, die Gesamtvorgänge zu rekonstruieren und insbesondere der Frage nachzugehen, was die zu konstatierenden Veränderungen für sozialistische Politik und ihre Perspektiven bedeuten.

Erstens: Gesellschaftliche und politische Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland bewirken eine hohe politische Unzufriedenheit in der Gesellschaft.

Die politische Stabilität der alten Bundesrepublik beruhte im wesentlichen darauf, daß es in der Gesellschaft eine »breite Mitte« mit – wie es schien – gesichertem Wohlstand gab. Dies vor allem hat bewirkt, daß politische Kräfteverhältnisse sich über längere Zeiträume relativ stabil darstellten, Veränderungen waren dabei zwar nicht ausgeschlossen, aber Verschiebungen schienen sich nur allmählich vollziehen zu können. Es existierte eine relativ stabile »Lager-Konstellation« von »konservativ-liberal« einerseits und »rosa-grün« andererseits. Die staatliche Vereinigung durch den Beitritt der ostdeutschen Länder hat Positionsverlusten von CDU/CSU und F.D.P. entgegengewirkt und deren hegemoniale Stellung im politischen Raum der Gesellschaft zunächst noch einmal für nahezu ein Jahrzehnt befestigt. Die einzige Veränderung, die die deutsche Einheit im politischen Gefüge brachte, bestand darin, daß in den ostdeutschen Ländern mit der PDS eine politische Kraft hinzukam. Dies erschien insbesondere den Eliten der alten Bundesrepublik als eine zwar ärgerliche, aber schnell vergängliche Tatsache.

Im Zusammenhang mit technologischen und sozialökonomischen Veränderungen hatten bereits vor 1989 Veränderungen im Wohlstandsgefüge eingesetzt (steigende Arbeitslosigkeit und Armut, Strukturveränderungen in den Mittelschichten vor allem im Bereich von Dienstleistungen, Stagnation bei Reallöhnen, Renten

Michael Chrapa – Jg. 1950; freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merseburg, zuletzt in »UTOPIE kreativ« erschienen: »Soziale Nachhaltigkeit – ein neuer Strategiebegriff? Zur Formierung zukunftsfähiger Ideen für linke Kräfte« (Heft 94; August 1998).

und Sozialleistungen bei gleichzeitigem Anstieg der Unternehmensgewinne), die aber an der gewohnten Stabilität zunächst wenig zu verändern schienen. Die seit 1982 hegemoniale neoliberale Politik hat diese Veränderungen nicht verursacht, aber durch die von ihr favorisierte Umverteilung von unten nach oben in ihren sozialen Wirkungen verstärkt.

Mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder wurde zwar die Konfliktachse »Arm-Reich« durch die Achse »Ost-West« ergänzt, aber die sozialen Wirkungen der Einheit wurden mehrheitlich von den Ostdeutschen als Steigerung von Wohlstand und Lebensqualität wahrgenommen, was zunächst zur Reproduktion von Stabilität beitrug.

Der Gang der Einheit wurde von der herrschenden Fraktion der politischen Elite als Bestätigung ihrer Politik und als Legitimation für ihre Weiterführung wahrgenommen. Die Reaktion auf die mit der Einheit verbundenen Veränderungen trug eine Reihe folgenreicher Züge: *Erstens* ging die Initiative für die weiteren gesellschaftlichen Prozesse in Ostdeutschland – einschließlich der »Macht der Deutungen« – an die Eliten des Westens über, die zuvor vor allem Zuschauer waren. Deren Gesellschaftsbild und deren Interessen bildeten fortan die dominierenden Orientierungen. Die eigentlichen Akteure, die ostdeutsche Bevölkerung, wurde zum Objekt. *Zweitens* wurde die DDR-Wirtschaft schlagartig mit dem Weltmarkt konfrontiert. Die Unsicherheit, ob neue Märkte erschlossen werden können, wurde durch das Wegbrechen der Ostmärkte und die Aufhebung des relativen Schutzes in der Wirtschaftszone des »transferablen Rubels« verstärkt. Das Prinzip Hoffnung hieß Qualifikationspotential. *Drittens* verwandelte die Einführung der D-Mark das Staatseigentum an Produktionsmitteln in Kapital – mit der Treuhandanstalt als übermächtigem Verwaltungsrat und einzigem Kapitaleigner zugleich – und sie verwandelte die Masse der Berufstätigen aus Staatsangestellten in Lohnarbeiter. *Viertens* wurden die »Gewinne der Einheit« und die »Lasten der Einheit« außerordentlich ungleich verteilt. Mit der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft wurde eine radikale Umverteilung von Eigentum eingeleitet, die Masse der Eigentumstitel ging an große Unternehmensgruppen im Westen, denen zugleich noch riesige Subventionen ausgereicht wurden. Mit den Kosten der Einheit wurden im wesentlichen die »kleinen« Leute in West wie Ost belastet.

In den neunziger Jahren haben sich jene Tendenzen in der technologischen und sozialökonomischen Entwicklung verstärkt fortgesetzt, die bereits seit längerem die gesellschaftliche Entwicklung im Westen prägen. Damit gehen – noch intensiviert durch die neoliberale Gesellschaftspolitik – gravierende soziale Wirkungen einher. Der übergreifende Trend ist dabei eine zunehmende soziale Polarisierung in der Gesellschaft. Zum einen gibt es eine Zunahme von Armut. Zum anderen gibt es Veränderungen in der zuvor stabilisierenden breiten Mitte. Mit der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation hat sich in den Mittelschichten die Konkurrenz erheblich verstärkt, dabei gibt es Verlierer und soziale Abstiege in großer Zahl. Die sozialen Risiken haben sich in der Gesellschaft stark ausgeweitet, sie reichen nunmehr weit in die Mittelschichten hinein, die zuvor davon weitgehend ausgenommen schienen, die jetzt auch

Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Geschäftsführer der Social Data GmbH Berlin, Mitautor von »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, Dietz Berlin 1997; gegenwärtig im Druck: »Sozialisation und Entfremdung in zwei Gesellschaften«, in: Das Argument 232; »Krieg als Zäsur?« in: Berliner Debatte. Initial, H. 5/6 1999; »Destabilisierte Gesellschaft«, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 40/1999.

von dem verschärften Spannungsfeld zwischen Lebensplanung und Zukunftsangst erfaßt sind. Zugleich vollzieht sich in den Mittelschichten ein struktureller Umbau. Infolge solcher Prozesse, wie der Vergesellschaftung neuer Kulturtechniken, mit der Ausbreitung von Elementen der Informationsgesellschaft, der Modernisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen und der Zunahme von Scheinselbstständigkeit infolge von Unternehmensstrategien, die zur Ausgliederung produktiver Dienstleistungen drängen, bilden sich in den Mittelschichten neue Segmente heraus. In Ostdeutschland haben sich vergleichbare Mittelschichten bisher in wesentlich geringerem Umfang formieren können. Diese sind zudem sozial noch stärker gefährdet als die entsprechenden Gruppen im Westen. Die »Neue Mitte«, die als Kampfbegriff erfunden wurde, hat in diesen neuen Mittelschichten, die sich vor allem aus »modernen« Intellektuellen rekrutieren, gesellschaftliche Realität gefunden.

Hinzu kommen in Ostdeutschland Spezifika der gesellschaftlichen Entwicklung. Hier lassen sich seit dem Vollzug der staatlichen Einheit bisher drei Phasen unterscheiden: eine erste »Phase der Euphorie«, sie reichte bis 1993, eine kurze zweite »Phase der Irritation« und eine dritte »Phase zunehmender Unzufriedenheit«. Insgesamt ist in der Bevölkerung in Ost und West seit Mitte der neunziger Jahre die gesellschaftliche Situation als Stagnation und Zunahme sozialer Widersprüche wahrgenommen worden. Im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1998 waren die politische Unzufriedenheit und die Wünsche nach gesellschaftlichen Veränderungen so stark gestiegen, daß die bis dahin regierende neoliberale Fraktion der politischen Elite die Hegemoniefähigkeit verlor. Die Wahlen ermöglichten einen Regierungswechsel, von dem vor allem auch ein Politikwechsel erwartet wurde. Die neue rosa-grüne Koalition, die »Innovation und soziale Gerechtigkeit« in Aussicht gestellt hatte, steuerte zunächst tatsächlich – wenn auch zögerlich und inkonsequent – einen Reformkurs. Im Frühjahr des Jahres 1999 folgte dem Politikwechsel ein erneuter Politikwechsel; zum einen eine Umorientierung der Gesellschaftspolitik auf vermeintliche Standortsicherung und damit auf die »Interessen der Wirtschaft«, vor allem des Finanzkapitals, zum anderen durch die Beteiligung am Krieg der Nato gegen Jugoslawien ohne Mandat durch die UNO eine erhebliche Veränderung in der Außen- und Sicherheitspolitik. In der Öffentlichkeit wird diese Politik weder als innovativ noch als sozial gerecht wahrgenommen. Die politische Unzufriedenheit ist außerordentlich schnell wieder angestiegen und erreicht gegenwärtig ein höheres Niveau als ein Jahr zuvor.

Diese Entwicklungen bilden den Hintergrund für die Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen.

Zweitens: In der Bundesrepublik unterliegen die politischen Kräfteverhältnisse einem raschen Wandel, dabei zeichnet sich eine Entkopplung von parteipolitischen Strukturen und Grundstrukturen politischer Vorstellungen in der Bevölkerung ab.

Bei den Bundestagswahlen 1998 waren drei Merkmale bestimmend. Der Wunsch, die gesellschaftspolitische Stagnation zu überwinden, bewirkte eine erhebliche Mobilisierung. Es kam zu massiven Wählerwanderungen von der CDU/CSU und von vorherigen

Nichtwählerinnen und Nichtwählern zur SPD und den Grünen. Die PDS konnte ihr Wählerpotential deutlich ausweiten und sich als Faktor in den politischen Strukturen der Bundesrepublik befestigen. Inzwischen haben, wie sich bei der Europawahl und den nachfolgenden Landtagswahlen gezeigt hat, die regierenden Parteien einen erheblichen Akzeptanzverlust hinnehmen müssen. Wiederum gibt es erhebliche Wählerwanderungen. Sie verlaufen jetzt von der SPD und den Grünen zum einen zu den Nichtwählern, zum anderen zur CDU/CSU und in Ostdeutschland zudem noch zur PDS. In den Ländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen hat die SPD erhebliche Verluste hinnehmen müssen. In Brandenburg hat sie die absolute Mehrheit verloren, in Sachsen und Thüringen ist sie erstmals hinter der PDS geblieben. Gegenüber 1998 hat die SPD allein in Berlin 391 000 ihrer zuvor 741 000 Wähler verloren, den Grünen blieben von 222 000 auch nur 155 000. Für die CDU stimmten 637 000 Wähler, gegenüber 463 000 bei den vorhergehenden Wahlen. Drastischer können sich die Irritationen, die Verunsicherungen und die Unzufriedenheiten nicht äußern als in diesen massenhaften Bewegungen von Wählerinnen und Wählern.

Zeitlich erfolgte der Umschlag in der Akzeptanz im Frühjahr 1999. Dabei handelte es sich sicherlich nicht nur um eine zeitliche Parallelität zum einen zum Kurswechsel der Regierung und zum anderen zur deutschen Kriegsbeteiligung in Jugoslawien. Die öffentliche Meinung reagierte auf einen Strategiewechsel, mit dem die Positionen Deutschlands im vermeintlichen Standortwettbewerb durch intensiviertes Andienen an das internationale Finanzkapital bei gleichzeitigen Reduzierungen im sozialen Bereich verbessert werden sollten. Zugleich gab es zu diesem Zeitpunkt in der deutschen Öffentlichkeit eine schweigende Mehrheit, die dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien ohne UN-Mandat und der deutschen Beteiligung daran nicht zustimmte. Dabei handelte es sich nicht um mehrheitliche Gegnerschaft, sondern um Verweigerung der Akzeptanz. Besonders groß war die Ablehnung in den Umfeldern von SPD und Grünen und in Ostdeutschland insgesamt. In den Rechtfertigungsversuchen von Politikerinnen und Politikern dieser Parteien kam diese schweigende Mehrheit jedoch überhaupt nicht vor. Das hat die Kommunikation zwischen diesen Parteien und ihren vorherigen Anhängerschaften erheblich gestört.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen zeigten sich zwei Tendenzen: Einmal kam es zur Auflösung der Stammwählerschaften bei den traditionellen Parteien und zum anderen zur Polarisierung in der politischen Landschaft mit unterschiedlichen Parteienstrukturen in Ost und West. Traditionell lagen die Anteile der Stammwählerschaften in der alten Bundesrepublik meist zwischen 75 und 80 Prozent. Das zeugte von einer relativ stabilen Bindung. Eine derartige feste Bindung hat sich in Ostdeutschland entgegen den Erwartungen von vornherein nicht herausgebildet. In den massenhaften Pendelbewegungen zwischen den Wählerschaften von CDU/CSU, SPD und Grünen sowie den Nichtwählern sind die Anteile der Stammwählerinnen und -wähler auf unter 50 Prozent gefallen. Das bedeutet, daß sich die Bindungen zwischen diesen Parteien und ihren Wählerinnen und Wählern tendenziell auflösen. Gegenwärtig

gibt es eine Entkopplung von parteipolitischen Strukturen und Grundströmungen in den politischen Meinungen und Vorstellungen der Bevölkerung. Es muß zum jetzigen Zeitpunkt offen bleiben, ob es sich dabei um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Die regierenden Parteien haben jedoch auf jeden Fall erhebliche Teile ihrer Basis verloren und allgemein einen erheblichen Akzeptanzverlust hinnehmen müssen. Das Umschwenken auf eine andere Regierungsstrategie ändert nichts am Reformbedarf dieser Gesellschaft. Jedoch wurde die Reformfähigkeit der Gesellschaft einschneidend beschädigt. Die gegenwärtigen Konstellationen machen die Frage nach Akteuren von Reformpolitik so offen, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik bisher kaum war. Das ist zugleich eine Herausforderung für sozialistische Politik.

In der Bundesrepublik vollzieht sich derzeit ein Umbau der Parteienlandschaft und eine deutliche politische Polarisierung, die jeweils ihre Besonderheiten in West und Ost aufweist. In Westdeutschland sind F.D.P. und Grüne im Wettbewerb um die eine überlebensfähige liberale Partei abgetaucht. In den ostdeutschen Ländern haben sie die Arbeit an der eigenen Überflüssigmachung wohl bereits abgeschlossen. Soweit die westdeutschen Länder betroffen sind, verläuft die Polarisierung zwischen CDU/CSU und SPD, die nun nahezu gleichartige neoliberale Umbaustrategien verfolgen, einerseits und dem wachsenden Anteil der Nichtwähler andererseits. Die Position des parteipolitischen Widerparts ist gegenwärtig nicht besetzt. Wenn hier die PDS ihre Wählerpotentiale auch leicht ausbauen kann, so sind ihre Positionen bisher zu schwach, um diese Funktion wirksam wahrnehmen zu können. Auch das ist eine Herausforderung und eine Chance für sozialistische Politik. In Ostdeutschland arbeitet die SPD offenbar hartnäckig daran, sich überflüssig zu machen. Die Polarisierung reduziert sich tendenziell auf den Gegensatz von westlich-bürgerlicher CDU und östlich-emanzipatorischer PDS. Damit hat sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik eine deutliche Ost-West-Spaltung mit erheblichen Unterschieden in den politischen Kulturen herausgebildet. Auch in dieser Hinsicht scheinen die Perspektiven offen.

Drittens: In den letzten Jahren konnte die PDS ihre Wählerpotentiale ausweiten, damit geht ein Umbau ihres Umfeldes vonstatten.

Zwar hebt sich die PDS hinsichtlich eines relativ hohen Anteils an Stammwählern von den anderen Parteien deutlich ab – bei den Bundestagswahlen von 1998 lag dieser Anteil bei ca. zwei Dritteln. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß von den 2,08 Millionen Wählerinnen und Wählern von 1994 etwa 1,25 Millionen die PDS wiedergewählt haben, 830 000 haben dies nicht wieder getan (berücksichtigt sind hier auch Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung). Auf der anderen Seite sind jedoch auch 1,27 Millionen Wählerinnen und Wähler hinzugekommen, die zuvor die PDS nicht gewählt haben. Gegenüber 1994 konnte somit die PDS ihr Wählerpotential auf 121 Prozent ausweiten. Zwar konnte sie es bei der Europawahl bei weitem nicht mobilisieren, wenn auch leicht stärker als die übrigen Parteien, was in der deutlichen Verbesserung ihres Anteils auf 5,8 Prozent seinen Niederschlag fand. Die Landtagswahlen lassen erkennen, daß sich seither das Wählerpotential

weiter leicht ausbaut. Es handelt sich aber nicht einfach um eine Vergrößerung. Mit der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler neu gewonnen wurden, ist verbunden, daß sich im Umfeld der PDS strukturelle Veränderungen vollziehen.

Traditionell hat die PDS ein starkes Wählerpotential in den älteren Generationen in Ostdeutschland, sie haben ihr Berufsleben hinter sich oder stehen an der Schwelle zum Rentenalter. Sie sind sehr häufig gut gebildet und hoch qualifiziert. Dieses Potential bildete in den Vorjahren den Kern des Umfeldes der SED-Nachfolgepartei. Diesen Wählerinnen und Wählern verdankt die PDS, daß sie ihren Platz in der politischen Landschaft der Bundesrepublik einnehmen konnte. Ihre Biographien sind eng mit der DDR-Gesellschaft und ihrer Geschichte verbunden. Für die Bindung dieser Gruppe erscheint ein sensibler Umgang mit der Geschichte, kein unkritisches, aber ein achtungsvolles Verhältnis zum Alltag in der DDR, von großer Bedeutung. Zugleich hat diese Gruppe eigene soziale Probleme: Alters- und Langzeitarbeitslosigkeit, Altersarmut, Wohnungs- und Mietfragen, Sicherung der Renten, Fragen der gesundheitlichen Betreuung und Fragen der öffentlichen Sicherheit. Außerdem sorgen sie sich um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel.

Die Anforderungen an sozialistische Politik, die dieses Wählersegment stellt, sind in sich sehr differenziert und reichen vom Verhältnis zur Geschichte über sozial- und gesundheitspolitische Fragen bis hin zur Zukunftsgestaltung. Dieses Segment ist nach wie vor von Bedeutung, aber es hat an relativem Gewicht verloren.

Bei den neuen Wählergruppen gibt es einen relativ großen Frauenanteil. Bereits vor den Wahlen war klar, daß die PDS ihr Wahlziel nur erreichen kann, wenn es ihr in stärkerem Maße gelingt, Frauen aus dem Nichtwählerpotential zu mobilisieren. Als Schwerpunkte und damit als wichtige Zielgruppen galten arbeitslose Frauen, alleinerziehende Frauen und Frauen mit gesellschaftskritischen, »linken« politischen Einstellungen. Das ist ihr in den ostdeutschen Bundesländern offenbar gelungen. Dabei wird eine Rolle gespielt haben, daß die politischen Konzepte anderer Parteien für Teile dieser Frauengruppe kein hinreichend attraktives Angebot darstellten und sich so der Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen in einer Hinwendung zur PDS niederschlug. Diese neuen Wählerinnen der PDS kommen überwiegend aus jungen bis mittleren Altersgruppen. Sie sind überdurchschnittlich gebildet und beruflich qualifiziert. Eine Rolle wird zudem Auswahl und Präsentation von Kandidatinnen gespielt haben.

Die beobachtete Intensität der Wählerwanderung gerade bei Frauen verdeutlicht die Aufgabe, mehr Frauen als bisher dauerhaft in die Stammwählerschaft einzubinden. Dafür kann eine aktive Gleichstellungspolitik ein notwendiger, wenn auch wahrscheinlich kein hinreichender Faktor sein. Ein generelles Engagement für Solidarität, für soziale Gerechtigkeit, verbunden mit konkreten Projekten zur sozialen Sicherheit, sowie ein aktives Wirken für Entwicklungsperspektiven und -chancen für die nachwachsenden Generationen können politische Mittel sein, die Positionen sozialistischer Politik bei Frauen zu befestigen und auszubauen. Diese Frauengruppe hat wesentliche Anteile an zwei relativ neuen

Segmenten im Umfeld der PDS. Ein Segment speist sich aus dem alternativen Jugendmilieu. Ein weiteres rekrutiert sich aus »modernen« Intellektuellen.

Die PDS hat nunmehr auch starke Positionen in der jungen Generation. Besonders bemerkenswert ist ihr großer Anteil bei Erstwählerinnen und Erstwählern, den sie bei den Bundestagswahlen von 1998 erreicht hat. Die Verankerung der PDS in der jungen Generation ist jedoch nicht auf alle Segmente gleich verteilt. Sie hat ihren Schwerpunkt in einer besonderen Teilgruppe, in der schulischen und studentischen Jugend. Daß sie daneben auch bei Lehrlingen (vor allem im Westen) und bei jungen Arbeitern und Angestellten Zuwächse erreichen konnte, ist ein deutlicher Hinweis, daß sie mit ihren Politikangeboten auch stärker in diese Segmente vorstoßen kann. Bezogen auf diese Gruppen gelingt es der PDS, ihre Politikangebote und Politikstile erfolgreich zu deren Gesellschaftsbildern und Lebensplanungen ins Verhältnis zu setzen. Auch für diese Segmente dürfte gelten, daß gruppenspezifische politische Projekte auf den Gebieten von Bildungspolitik, Ausbildungsfragen, Startchancen ins Berufsleben oder Wahlrechtsfragen durchaus Bindungen an linkssozialistische Politik bewirken. Allerdings dürften die Erwartungen breiter sein. Für die junge Wählerschaft, die zu jenen gehört, die dabei sind, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, dürften Skepsis und Ablehnung gegenüber dem gegenwärtigen Lauf der Dinge und damit verbundene Erwartungen an alternative gesellschaftspolitische Projekte eine Rolle spielen. Sozialistische Politik für alternative Zukunftsentwürfe und als Einladung zur Zukunftsgestaltung – das könnten dafür Stichwörter sein.

Insgesamt konnte die PDS ihre Positionen bei Berufstätigen, bei Arbeitslosen und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ausbauen. Sie hat jedoch besondere Stärken bei qualifizierten Angestellten, darunter vor allem akademisch gebildeten Angestellten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie hat – und das ist außergewöhnlich für eine linkssozialistische Partei – relativ starke Positionen bei Führungskräften und kleinen Selbständigen. Damit ist die PDS zugleich in die neuen Mittelschichten vorgedrungen. Das ist auch deshalb von Bedeutung, weil es sich hier nicht nur um Adressaten für linkssozialistische Politik handelt, sondern zugleich um aktive und wirkungsfähige Kommunikatoren.

Diese neuen Gruppen im Umfeld gibt es quantitativ am stärksten in Ostdeutschland, sie entsprechen jedoch in ihrer Zusammensetzung ziemlich genau der bisherigen Wählerschaft im Westen.

In der PDS gibt es nicht erst seit heute eine strukturelle Differenz zwischen der Mitgliedschaft und ihren politischen Akteuren, den Amts- und Mandatsträgern. Die Veränderungen im Umfeld der PDS deuten darauf hin, daß dazu nun auch noch eine strukturelle Differenz zwischen der Partei selbst und ihrem Umfeld kommt. Es muß davon ausgegangen werden, daß damit auch erhebliche kulturelle Unterschiede verbunden sind. Ihre Wahlentscheidung ist wohl vor allem als Vertrauensvorschuß zu charakterisieren, den es politisch einzulösen gilt.

Während das traditionelle Segment sich durch eine bemerkenswerte Treue auszeichnet, kann dies von den neuen Segmenten nicht

ohne weiteres vorausgesetzt werden. Insbesondere letztere erwarten wohl vor allem spezifische sozialistische Politikangebote, die der modernen Gesellschaft angemessen sind und die zugleich alternative Entwicklungsperspektiven in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen.

Viertens: Regionale Momente des Wahlverhaltens wirken in mehrfacher Hinsicht. Neben gravierenden Ost-West-Unterschieden bleibt eine gewisse Länderspezifik erhalten. Ein starker regionaler Einfluß ist über die jeweilige Ausformung lokaler »politischer Milieus« gegeben.

Die Ergebnisse der Berliner Wahlen haben in besonderer Art das Weiterwirken von Ost-West-Unterschieden im allgemeinen Wahlverhalten gezeigt, aber gleichzeitig markiert, daß Zugewinne für die PDS letztlich auch auf einem Anwachsen sozialer Widersprüche in beiden »Bundesgebietsteilen« beruhen. Offensichtlich ist zudem eine in historischen Maßstäben schnell verlaufende Differenzierung in der Parteienlandschaft, was – als Besonderheit des Ostens – das tendenzielle Absinken bestimmter Parteien in Richtung faktischer Bedeutungslosigkeit einschließt.

Für regionale Tendenzen auf der Länderebene gilt, daß im allgemeinen Spektrum der Parteien Besonderheiten erhalten bleiben (z.B. die Reproduktion der »Nord-Süd-Differenz« als »Rot-Schwarz-Unterschied« im Osten). Für die PDS ist eine allgemeine Stärkung bei schrittweisem Abbau großregionaler Unterschiede (»Nord-Süd-Gefälle«) zu konstatieren. Die Resultate der Bundestagswahlen haben gezeigt, daß ein übergreifender Einfluß von »Strukturvariablen« allein (wirtschaftliche Schwerpunkte, »Ausländeranteil« o.ä.) keine gravierende Wirkung auf das Wahlverhalten in den Ländern hat.¹

Wichtige Erkenntnisse sind über die Betrachtung der Wahlkreisregionen zu erschließen. Allem Anschein nach haben sich »mikropolitische Bereiche« herausgebildet, in denen aufgrund des unterschiedlichen Handelns von Parteien sehr differente Kräfteverhältnisse entstehen können. Dies gilt eben nicht nur für Kommunal-, sondern auch für Bundestags- und Landtagswahlen. Daraus ließe sich schlußfolgern, daß auf solche (kleinräumig-regionalen) Gestaltungsmöglichkeiten künftig politisch gezielter eingegangen werden sollte. Ernst zu nehmen wäre deshalb der kürzlich im Landesverband Sachsen formulierte Vorschlag: »Deshalb haben wir auch die Aufgabe, Ansätze zu finden, wie wir auch in Sachsen, wo die PDS aller Voraussicht nach Opposition bleibt, Veränderungen zu bewirken. Das kann heißen, Veränderungen in solchen Kommunen und Kreisen, wo es die Mehrheitsverhältnisse hergeben, direkt durchzusetzen und dann mit der Kraft des gesamten Landesverbandes zu popularisieren ...«²

Fünftens: Die Entwicklung des »Kräfteverhältnisses« innerhalb der Wählerpotentiale ist über größere Zeitabschnitte anhand der Ausprägung politischer Grundeinstellungen ablesbar. Diese Einstellungen sind wertgestützt und werden gegenwärtig vor allem durch die Basisprozesse der »sozialen Spaltung der Gesellschaft«, die weiter wirkende »Ost-West-Differenz« und durch die vorstellbaren Möglichkeiten von eingreifendem politischem Handeln beeinflusst.

1 Siehe Michael Chrapa, Dietmar Wittich: Zur Analyse der Wahlergebnisse bei den Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998, Berlin/Halle 1999, S. 38ff.

2 Opposition richtig machen! Für eine offensive Politik! Ausarbeitung im Landesverband der PDS Sachsen, August 1999, S. 1. (Manuskript)

Zahlreiche empirische Fakten belegen, daß etwa seit 1994/95 ein Wandel in mehreren bedeutsamen Einstellungskomplexen eingetreten ist. Dies betrifft in beachtlichem Maße das Problem- und Konfliktbewußtsein großer Bevölkerungsgruppen³. An die Spitze der wahrgenommenen Konfliktlagen sind soziale Widersprüche (exemplarisch: »arm-reich«, »Arbeitgeber-Arbeitnehmer«, die von 70 bis 80 Prozent der Befragten benannt werden) in verschiedenen Ausformungen getreten. Bemerkenswert ist hier, daß sich eine solche Entwicklung bislang ungebrochen fortsetzt und daß dieser Trend – gleichsam in Form einer »Angleichung« – zunehmend auch im Westen Deutschlands zum Tragen kommt. Dies bedeutet letztlich, daß die »soziale Frage« tatsächlich von vielen Menschen reflektiert wird und so ein fortwirkendes mentales Muster entsteht, das auch andere Prozesse der politischen Wahrnehmung beeinflusst.

Der weiterhin beachtlich reflektierte »Ost-West-Gegensatz« ist zum einen Teil des sozialen Konfliktfeldes. Er beruht zum anderen auf Gemengelagen von überkommenen kulturellen Unterschieden und den nach 1989/90 »geschaffenen« Verhältnissen, in denen die »Ost-West-Interaktion« zum Tragen kommt. Für absehbar längere Zeiträume wird auch dieser Konflikt ein übergreifendes Einstellungsmuster bilden.

All diese Einstellungsbesonderheiten wirkten und wirken in beachtlichem Umfang bei der PDS-Anhängerschaft, bei den NichtwählerInnen und bei Gruppen, die potentiell für ein Votum zugunsten der PDS in Frage kommen (z.B. Frauen in »besonderen Lebenslagen«). Die Nichtwählerschaft und die potentiell erreichbaren Gruppen befinden sich in ihren Einstellungen in der Regel »zwischen« der PDS und der SPD (im Westen auch zwischen PDS und Bündnis, 90/Grüne). Aktuelle und künftige Veränderungen des Wählerverhaltens in bezug auf die genannten Parteien wären vor allem damit erklärbar, ob und wie die jeweiligen Parteien mit ihrer Politik den skizzierten Einstellungsmustern entsprechen.

Die starke Ausprägung der auf Probleme zentrierten Einstellungen läßt den Schluß zu, daß wir Zeuge eines Wertewandels von beachtlicher Dimension sind, über den die theoretisch-politische Reflexion nur zögerlich in Gang kommt⁴. Das Mobilitätswachstums und die Segmentierung und Individualisierung wirken im Kontext sozialer Spaltung in Richtung verstärkter »Entsicherung«, so daß besonders die »Werte«, die mit erhöhter »Sicherheit« (in bezug auf Positionen, Ressourcen u. a.) verknüpft sind, in der wahrgenommenen Hierachieskala rasch ansteigen. Dieser Fakt dürfte ebenfalls langfristig Einfluß auf die Effizienz politischer Strategien haben und sollte deshalb weiter analytisch-theoretisch untersucht werden.

Zu Unrecht wenig Beachtung finden Einstellungen, die sich auf die Wirksamkeit erlebter Demokratie beziehen. Seit Mitte der neunziger Jahre gab es hier ein starkes Unzufriedenheitspotential, das (in Ost und West) mindestens 40 Prozent der Wahlberechtigten ausmachte. Die artikulierten Wünsche blieben nicht selten wenig ausgeformt (und mitunter eher »dumpf«), waren/sind aber dennoch unzweifelhaft vorhanden.

Die PDS stände hier vor der Herausforderung, sich durch politische Schritte und durch Öffentlichkeitsarbeit auf diese Lage der

3 Siehe Michael Chrapa, Dietmar Wittich: Politische Potentiale für andere Mehrheiten, Berlin/Halle 1997.

4 Siehe Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt/New York 1999, S. 10ff.

Probleme einzustellen, was nicht zuletzt im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an Bedeutung gewinnt.

Sechstens: Unterschiedliche Parteienimages spielen sowohl in den Wahlkämpfen als auch im praktisch-politischen Alltag eine gewichtige Rolle. Wie sich zeigt, reagiert die Bevölkerung sehr schnell auf »Imagebrüche«, d.h. auf Verhaltensweisen, die von zugeschriebenen Mustern abweichen. Die PDS kann ihr Image schrittweise ausbauen und sollte in diesem Kontext an der Ausprägung eines besonderen »Politikstils« arbeiten.

Auch zu dieser Thematik liefern die Resultate der Berliner Wahlen wichtige Erkenntnisse. Es zeigt sich, daß bestimmte Kompetenzen gleichsam ein »magisches Dreieck« bilden, an dem die Bewertungen der Erscheinungsbilder (Images) und der Vergleich mit dem praktischen Verhalten der Parteien festgemacht sind.⁵ Hier kommen insbesondere die Ausstrahlungen einer Partei in bezug auf »Stärke«/»Durchsetzungskraft« (einschließlich ihrer »Personalkompetenz«), die Befähigung in Sachen »Wirtschaftspolitik« und ihr Engagement auf den Problemfeldern der »sozialen Frage« zum Tragen.

Insofern überraschen die Zugewinne der CDU und ihr Wahlsieg in Berlin nicht, denn sie arbeitet aktiv am Profil einer starken und handlungsbereiten Partei, die seit längerer Zeit im Denken großer Teile der Wählerschaft die Vertretung lebenswichtiger »Kernkompetenzen« für sich in Anspruch nahm und nimmt. Als besonders zu betonender Fakt kommt hinzu, daß die CDU nach der Niederlage bei der Bundestagswahl doch beachtliche »Lernfähigkeit« bewies, in ihrer Weise auf bestimmte soziale Erwartungen der Menschen einging und dies mit Formen des Dialogs mit der Öffentlichkeit (z.B. Straßenaktionen) verband.

Die PDS erhält seit längerem und sogar in steigendem Maße die Image-Zuschreibungen, in denen das Eintreten für den »Osten«, für »soziale Gerechtigkeit« und für »sozial Schwache« hervorsteicht. Ferner gilt, daß man ihr die Vertretung von Interessen besonderer Gruppen wie Frauen und Jugendlichen in recht starkem Maße zutraut. Auch das »Personen-Image« der PDS ist insgesamt im Steigen begriffen. Bei all diesen Kompetenzen befindet sich die PDS in unmittelbarer Konkurrenz mit der SPD. Die Erfolge der PDS in Berlin und die Niederlage der SPD sind insbesondere damit verknüpft, daß die praktische Positionierung der SPD seit geraumer Zeit im deutlichen Widerspruch vor allem zu den noch Anfang 1999 vorhandenen sozialen Imagewerten dieser Partei stand.

Notwendig wird es sein, die unterschiedlichen Sichtweisen auf mehrere der für die PDS »typischen« Erscheinungsbilder in der kritischen Diskussion weiter zu beleuchten. Dies betrifft beispielsweise die Frage, ob das »Ost-« und das »Sozialimage« der PDS nicht gleichsam »Relikte aus ihren Gründerjahren« darstellen, die bald durch andere Zuschreibungen zu ersetzen wären. Angesichts der belegbaren »systemischen Reproduktion« der benannten Problemlagen und ihrer massenhaft im Alltagsbewußtsein verankerten Wahrnehmung muß – nicht zuletzt mit Blick auf die Entwicklung der SPD – von einer solchen Option dringend abgeraten werden. Der für die PDS akzeptable Weg kann nur in der schwierigen Verbindung von »Modernität« und »Sozialem« (einschließlich der

5 Siehe Michael Chrapa, Dietmar Wittich: Wahlstudie Berlin 1999, Berlin/Halle 1999.

»Gleichheitsfrage«, die sich auch auf das Ost-West-Verhältnis erstreckt) bestehen. Zudem belegen aktuelle Untersuchungen im Bundesland Sachsen-Anhalt⁶, daß die PDS von seiten großer Bevölkerungsteile auch dann Zustimmung erhalten kann, wenn sie gezwungen ist, Kompromisse beim Streit um soziale Belange einzugehen. (Die PDS figuriert hier im Bewußtsein von Wählerschaften u.a. als die Partei, von der man annimmt, daß sie – zumindest gegenwärtig – »noch das Beste für die ›kleinen Leute‹ aushandelt«.)

Kompliziert stellt sich das Erscheinungsbild der PDS bei der »Interessenvertretung von Frauen und Jugendlichen« dar. In bezug auf die »Zielgruppe Frauen« gelang es, Mobilisierungseffekte zu erreichen, die bei der Bundestagswahl 1998 entscheidend zu Buche schlugen. Bei den Wahlen im Herbst 1999 zeigte sich andererseits, daß – wie bereits 1998 angemahnt⁷ – das Jugendimage der PDS nicht allein im Wahlkampf ausgeprägt werden kann, sondern über langfristige Schritte im Alltag zu festigen ist.

Leider wenig beleuchtet ist ein Erscheinungsbild der PDS, das etwa darin besteht, daß man ihr die Entwicklung demokratischer Aktionen »von unten« zutraut⁸. Angesichts der über Einstellungen gefestigten und weit verbreiteten Wünsche vieler Menschen (vgl. These 5), wäre hier von einem durch die PDS noch unzureichend genutzten politischen Feld zu sprechen.

In diesem Zusammenhang ebenfalls gering thematisiert ist das Problem des »Politikstils« – hier verstanden als charakteristisches Muster von politischem Verhalten, in das Werte, politische Moral und Entscheidungs- sowie Lern- und Kommunikationsfähigkeiten eingeschlossen sind. Die PDS hat durchaus die Chance, einen besonderen »Politikstil« zu entwickeln bzw. auszubauen. Damit würde sie sich nicht nur positiv von anderen, etablierten Parteien unterscheiden, sondern auf diesem Wege auch einen originären Beitrag zur »Wiedergewinnung der Politik« leisten können.

Einige Schlußfolgerungen

Erstens: Die gesellschaftliche Situation, daß es in der Bundesrepublik Deutschland einen anhaltend hohen Reformbedarf gibt, der in der Bevölkerung mehrheitlich als Bedarf an sozialen Reformen wahrgenommen wird, und daß die gegenwärtig regierende Koalition sich von Reformstrategien abgewendet (bei gleichzeitigen Versuchen, den Begriff »Reform« umzudefinieren) und folglich einen erheblichen Akzeptanzverlust zu verzeichnen hat, eröffnet Chancen für sozialistische Politik.

Zweitens: Gegenwärtig sind die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland erheblich in Bewegung. Die umfangreichen Wählerwanderungen zwischen den Parteien und die Veränderungen im Wahlverhalten, die sich in hoher Bereitschaft zu wechselnden Entscheidungen niederschlagen, zeugen von Verunsicherungen in erheblichen Teilen der Bevölkerung. Zum einen drückt sich das in einem sinkenden öffentlichen Ansehen von Politikern aus. In diesen Schwankungen erscheint die PDS als relativ stabil und die Situation bietet gute Chancen zu einem weiteren Ausbau ihrer Positionen. Zum anderen gibt es dabei aber auch offene Fragen. Dazu gehören die nach den Wirkungen von Regierungsbeteiligung

6 Siehe FOKUS-Studie: »Bilanz 99«, Halle, Oktober 1999, (unveröffentlicht).

7 Siehe Michael Chrapa/Dietmar Wittich: Wahlen '98. Wo liegen Chancen für die PDS? Berlin/Halle 1998.

8 Ebenda.

und/oder Tolerierung. Schließlich existiert die Herausforderung, den Platz in der politischen Struktur mit eigenen Beiträgen zu befestigen.

Drittens: Der Ausbau der Positionen in der letzten Zeit ist mit strukturellen Veränderungen im Umfeld der PDS verbunden. Die strukturellen Ähnlichkeiten, die es dabei zwischen Ost und West gibt, zeigen Entwicklungsmöglichkeiten im Westen auf. Gerade die Berliner Wahlen haben gezeigt, daß es der PDS gleichzeitig möglich ist, ihre starken Positionen im Osten weiter auszubauen und im Westen deutlich an Boden zu gewinnen.

Viertens: Die benannten wichtigen sozialen Grundprozesse (»Segmentierung«/»Polarisierung«, »Ost-West-Differenz«, »Entsicherung«) werden auch künftig die Einstellungen und das politische Verhalten vieler Menschen prägen. Im Zusammenhang mit den Veränderungen in der »Parteienlandschaft« und den Anhängerschaften sowie im Kontext der zu erwartenden Instabilität des Regierungsbündnisses wäre damit zu rechnen, daß die politischen Erwartungen an die PDS steigen. Ohne zu spekulieren ist festzuhalten, daß die Wählerpotentiale der PDS (in Ost und West) weiterhin im ganzen noch nicht ausgeschöpft sind.

In einem »best-case-szenario« wurde schon 1997 hierzu ein bundesweiter Wert von ca. acht Prozent ermittelt.⁹

Fünftens: Wie zahlreiche Fakten belegen, ist die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, mittels Stimmabgabe aktiv zu werden, immer dann hoch, wenn (zumindest subjektiv angenommen) Aussichten auf Veränderungen besteht. Unter diesem Aspekt sollten die Forderungen nach neuen bzw. verstärkten plebiszitären Elementen (in klarer Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten) durch die PDS unbeirrt aufgegriffen und vertieft werden. Als Beispiel kann folgende gedankliche Hypothese gelten: Gäbe es die Möglichkeit, über »Ost-Angelegenheiten« direkt abzustimmen, wäre die Wahlbeteiligung (im Osten) gewaltig. Ein großer Teil der Wahlgewinne der PDS beruht auf dem Effekt, daß das »Elektorat« der neuen Bundesländer »etwas tun« will.

Sechstens: Die PDS wird in den nächsten Jahren weiterhin vorwiegend im Oppositionsstatus agieren. Die im ganzen für sie dabei größer gewordenen Möglichkeiten sollten als Chance genutzt werden, um einerseits parlamentarische Gestaltungsfelder breiter zu erschließen und um andererseits politische Handlungsmacht auch außerhalb parlamentarischer Kräfteverhältnisse zu suchen und herzustellen. Sozial spürbares Engagement, Besetzung intellektueller und kultureller Räume sowie die Erarbeitung origineller geistig-strategischer Optionen werden in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wie bei Wahlen Aufbrüche realisierbar sind.

Siebtens: In diesem Zusammenhang sollten die Wahlergebnisse für die PDS Anlaß sein, über den neuen Stellenwert von »Öffentlichkeit« und »Kommunikation« für die weitere Profilierung der Partei nachzudenken. Als strategisches Ziel der nächsten Jahre kann gelten, die noch vorhandenen Wahrnehmungs- und Kommunikationsblockaden gegenüber den Vorschlägen und Optionen der PDS sichtbar weiter zu verringern. Die Bewältigung dieser Aufgabe fordert alle Ebenen der Partei heraus und sollte deshalb Gegenstand intensiver Diskussionen sein.

9 Berechnungen im Verlauf des Projektes »Gesellschaftskritische Potentiale (1996-1998)«.

ROBERTO BUGLIANI

Für eine neue Dialektik im Kampf gegen den Neoliberalismus

Eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung – die sogenannte neoliberale – bildete sich in den achtziger Jahren heraus. Zu Beginn der neunziger Jahre erhielt sie einen neuen Impuls auf Grund der definitiven Vereinheitlichung des Marktes im Gefolge des Zusammenbruchs der Länder des realen Sozialismus. Ihre aktuelle Bejahung in den Entwicklungen und ökonomischen Entscheidungen auf internationaler Ebene ließ den Neoliberalismus von einer minoritären Idee zum dominierenden ökonomischen Prinzip der letzten zehn Jahre werden, ein Modell, dessen Gerüst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg¹ entworfen wurde, dessen »globale« politisch-ökonomische Koordinaten aber bereits 1944 mit der Gründung der Weltbank und des Weltwährungsfonds bestimmt wurden.

Auf Grund dessen war seit der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und in Auseinandersetzung mit dem Keynes'schen Interventionismus »das neoliberale Denken in voller Entwicklung. 1944 bejahte Friedrich Hayek, der seit den dreißiger Jahren die Vorschläge von Keynes² kritisiert hatte, in seinem Buch ›Der Weg zur Knechtschaft‹ erneut die neoliberale Doktrin und wies sowohl eine zentralisierte und dirigistische Wirtschaft als auch den demokratischen Sozialismus zurück, die Kontrolle und Planung der Wirtschaft, die nach seiner Auffassung in den Totalitarismus führten.«³

Wie jeder weiß, hatte die Zerstörung des interventionistischen Keynes'schen Gebäudes, das der liberalen Philosophie des »laissez faire« dezidierte Grenzen setzte, mit der »Chicagoer Schule« und ihren einflußreichen Theorien, insbesondere mit jener Art von neoliberaler Bibel wie dem Buch von Milton Friedman »Kapitalismus und Freiheit« von 1962, ihre fruchtbarsten Perioden. Parallel dazu wurden auf institutioneller internationaler Ebene die »beherrschenden Ideologien der Globalisierung, besonders die des beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums durch freien globalen Austausch und Deregulierung« in Kraft gesetzt.⁴

Während wir uns mit all dem noch in der Morgendämmerung des Neoliberalismus befinden, »gewinnt die theoretische und doktrinäre Umwälzung ihr ganzes Gewicht mit der Krise, die zu Beginn der siebziger Jahre offen ausbrach. Der Interventionismus erweist sich als immer weniger effizient, eine immer ausgeklügeltere Wirtschaftspolitik kann weder Arbeitslosigkeit noch Inflation eindämmen und die Thesen vom ›schlanken Staat‹ und ›laissez faire‹ tragen den Sieg davon. Diese Rückkehr der neoliberalen Doktrin wird

Roberto Bugliano – Jg. 1947, Schriftsteller und Kritiker, Mitarbeiter mehrerer italienischer Zeitschriften, Redakteur der Zeitschriften »La contraddizione« und »Allegoria«.

Eine erste Fassung des vorliegenden Textes hat der Autor zum Wettbewerb um den Lelio-Basso-Preis 1998 eingereicht.

1 Samir Amin:
La mondializzazione: alibi del capitalismo selvaggio, in: Fondazione, Zeitschrift der Internationalen Lelio Basso Stiftung, II, Nr. 2, April/Juni 1996, S. 8.

2 Aber Keynes selbst läßt nicht aus zu präzisieren: »Moralisch und politisch teile ich praktisch alles im Buch Professor Hayeks, Der Weg zur Knechtschaft, und es handelt sich nicht einfach um Übereinstimmung, sondern um eine zutiefst motivierte Anteil-

nahme«. Gianfranco Pala schreibt in seinem Artikel »Neoliberalismo n. 2« (La contraddizione Nr. 63, November/Dezember 1997, S. 94): »Keynes war nicht weniger liberal und nicht weniger Verteidiger der Interessen des Kapitalismus als seine rankühehaften Kritiker (d. h. von Mises und von Hayek)«.

3 Michel Beaud und Gilles Dorstaler: Keynes oder der Sinn für Verantwortung, in: Le Monde diplomatique/il manifesto Nr. 12, a. III, Dezember 1996, S. 22.

4 David C. Korten: The Limits of the Earth, The Nation, 15-22 Juli 1996.

5 Michel Beaud/Gilles Dorstaler, a. a. O., S. 22.

6 »Die Arbeit der Historiker«, schrieb Pierre Bourdieu in seinem Artikel »Euro-Bundesbank« (il manifesto, 31. Oktober 1996), »hat gezeigt, wie Think Tanks und intellektuelle Gruppen, die in den Jahren des Kalten Krieges von amerikanischen Agenten geschaffen und finanziert wurden, das neoliberale Denken ausgearbeitet haben und noch arbeiten, um es zu produzieren und zu verbreiten, mit Hilfe von Büchern und Zeitschriften, aber auch mit Hilfe von Journalisten und dem Echo der großen Presse, ein Denken, das heute so tief in den Köpfen nahezu aller politischen Menschen (von links bis rechts) verwurzelt ist.«

7 Entnommen dem Artikel von Susan George: Wie das Denken einheitlich wird, in: Le Monde diplomatique/il manifesto, September 1996, S. 2.

durch den Sieg Margret Thatchers in England 1979 und durch den Ronald Reagans 1980 in den USA besiegt⁵. Hinzuzufügen ist noch, daß die Rückkehr des Liberalismus auf philosophischem Niveau mit seinem Auftreten als »neo« durch eine bestimmte Ideologie unterstützt – oder wenigstens begünstigt – wurde, nach der es notwendig sei, zu einem deregulierten und selbstregulierenden Markt zurückzukehren. Dies war ein Denken, das »in vitro« in höchst entwickelten Laboratorien und sehr gut ausgestatteten Studienzentren entworfen wurde, in Forschungen, die von Industriellen und Staatsmännern der USA, in der Umgebung des Präsidenten und häufig genug von der CIA selbst inspiriert und finanziert wurden.⁶

Auf der Basis starker Hoffnungen während der Jahre des Kalten Krieges⁷ und als westliche Antwort auf die Anziehungskraft einer wachsenden Zahl von Ländern unter sowjetischem Einfluß kam das neoliberale Denken der »Chicago Boys« empor. Sein praktisches Experimentierfeld fand er später in Chile unter Pinochet, in einem Land, von dem aus sich unablässig seine »Erfahrungen« und Diktate in der gesamten (Dritten) Welt ausbreiteten.

Aber die Verwüstungen im sozialen Gewebe und in der Arbeit sowie die wirtschaftliche Verarmung riefen seit dieser Zeit der kapitalistischen Weltentwicklung nicht nur bei den politischen Führern und den Anhängern der Linken einen starken Widerstand hervor, sondern auch in weiten Bereichen des Katholizismus – gerade in den sensibelsten und in Übereinstimmung mit ihrer Weltanschauung lebenden Milieus, die in erster Linie die sozial und kulturell »abnormen« Effekte der Globalisierung erlitten. »In dieser Welt(un)ordnung gibt es nicht nur wachsende Ungleichheit, sondern die Armen sind jene, die auf paradoxe Weise die Reichen finanzieren, d. h., daß es sich um einen Kapitalfluß handelt, der von Süden nach Norden fließt und vollständig zum Nachteil des Südens. Zwischen 1983 und 1989 transferierte der Süden nach Norden 242 Milliarden Dollar«. Und dennoch: »Der freie Markt reduziert sich auf das Recht des Stärkeren, d. h. das Gesetz des Dschungels ... Überläßt man ihn seiner Spontaneität, kennt der Markt keine Gnade mit den Schwächsten, er ist weder menschlich noch ethisch.«⁸

Das Röntgenbild der aktuellen neoliberalen Phase des globalen Kapitalismus führt zu folgender Diagnose: »Der Markt und das Unternehmertum schaffen nicht mehr Beschäftigung, selbst wenn die Wirtschaft wächst«⁹. Die folgenden Daten über das gegenwärtige Wachstum der Arbeitslosigkeit illustrieren das, was hier zum Ausdruck gebracht werden soll. »Zwischen 1980 und 1993 haben die 500 bedeutendsten Unternehmen vier Millionen Arbeitsplätze beseitigt, aber in derselben Periode haben sich ihre Umsätze um den Faktor 1,4 vergrößert, ihr Kapital um den Faktor 2,3 und die Einkünfte ihrer Generaldirektoren um den Faktor 6,3«¹⁰. Mehr noch: »Während der siebziger Jahre gab es nur einige hundert multinationale Konzerne. Ihre Zahl hat sich bis heute auf 40 000 erhöht. ... Summiert man die Umsätze der 200 wichtigsten Unternehmen des Planeten, repräsentieren sie mehr als ein Viertel der ökonomischen Aktivitäten auf der Welt, zugleich aber geben diese

200 Unternehmen lediglich 18,8 Millionen Menschen Beschäftigung, d.h. weniger als 0,75 Prozent der Weltarbeitskraft.«¹¹ Insgesamt ist »die neue Weltökonomie durch viele Inkohärenzen charakterisiert wie die Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit, die Lähmung von Unternehmen bei hohen Gewinnen und einem wirtschaftlichen Wachstum, das mit niedrigen Löhnen und der Zunahme instabiler Beschäftigungsverhältnisse einhergeht«¹².

Bei Analyse der Daten von Produktion, Beschäftigung und Produktivität für Frankreich zwischen 1896 und 1994 stellt Michel Husson fest, daß »die naive Idee weit verbreitet ist, daß die Massenarbeitslosigkeit durch die technologischen Veränderungen hervorgerufen wird. Es gibt wenige theoretische Annahmen, die so leicht zu widerlegen sind«. Denn, wenn es danach ginge, »müßten wir eine Koinzidenz zwischen Beschleunigung der Produktivität und Wachstum der Arbeitslosigkeit konstatieren«; das Gegenteil ist der Fall: »die Phasen des Wachstums der Arbeitslosigkeit, sei es in der Periode 1925 bis 1939, sei es die, in der wir seit zwanzig Jahren leben, sind nicht durch eine Beschleunigung der Produktivität charakterisiert ... Die Produktivität pro Arbeitsstunde erhöhte sich in Frankreich seit Beginn der Krise um 2,1 Prozent, dagegen betrug dieser Anstieg während der Jahre von Expansion und Vollbeschäftigung 5,1 Prozent.«¹³ Der brasilianische Ökonom Osvaldo Coggiola wendete gegen die These, daß das Ende des »Sozialpaktes« und die »Krise des Fordismus ... das Resultat der Verwendung neuer Technologien in breitem Maßstab« seien.¹⁴

Das »Informationswunder« ist nicht mehr als ein »technologisches Palliativ« (Coggiola), das seiner Natur gemäß die Widersprüche des Kapitals nicht eliminieren kann und das im Kapital selbst dessen eigene Grenzen aufzeigt. Im übrigen haben gerade in Zeiten beachtlicher technologischer Veränderungen Konzerne und Unternehmen keinen Bedarf an spezialisierter Arbeit. »Heute besteht das Arbeitspotential (Führungskräfte ausgenommen) zu 80 Prozent aus angelehrten oder ungelernen Lohnempfängern, und die Mehrheit der Facharbeiter besetzt »traditionelle« Arbeitsplätze in der Industrie«, unterstreicht ein leitender Mitarbeiter der Gewerkschaftszeitung *Labor Notes*. Und weiter: »Jene Betriebe, die sich von ihren erfahrensten Arbeitern trennen, suchen nicht nach höherer Kompetenz, sondern nach jüngeren Menschen, die dieselbe Arbeit zu einem niedrigeren Preis verrichten. Mit anderen Worten, die Idee, wonach wir uns im Übergang von der Epoche niedriger und entfremdeter Qualifikation zu einem menschlicheren Arbeitsregime befinden, erweist sich in hohem Maß als Fiktion.«¹⁵ Die Klassenspaltung zwischen Reichtum und Armut breitet sich in beeindruckender und irreversibler Weise aus. Sie ist eine Ursache für die Verminderung der Nachfrage, die ihrerseits durch eine Politik zur Reduzierung der Lohnkosten hervorgebracht wird. Die Spirale zur Nivellierung nach unten dreht sich weiter.

Am Ende dieses Jahrhunderts leben wir in einer Situation, die durch eine Rücknahme erreichter sozio-ökonomischer und politischer Standards geprägt ist. Dies ist nicht so sehr die (wohlge-merkt: partielle) »Rückkehr« der Phase des präkeynesianischen Kapitalismus (wie man angesichts des scharfen Angriffs auf den

8 Alle Zitate wurden der »Proposta di riflessione/azione '96« entnommen, der italienischen Ausgabe der *L'agenda latinoamericana* 1996, einer Publikation von »Progetto continenti« in Rom.

9 Mario Pianta: *Le frontiere dei bisogni postindustriali*, in: *Il manifesto*, 11. Dezember 1996; dieser Artikel ist die Wiedergabe eines Referats, das auf dem Kongreß in Brüssel am 5. und 6. Dezember 1996 gehalten wurde, organisiert von den Europaparlamentariern des Ulivo.

10 David C. Korten: *The Limits of the Earth*, a. a. O.

11 Ignacio Ramonet: *Globalitäre Regimes*, in: *Le Monde diplomatique/il manifesto*, Nr. 1, a. IV, Januar 1997, S. 1.

12 Jeremy Brecher/Tim Costello: *Contro il capitale globale. Strategie di resistenza*, Feltrinelli, Mailand 1996, S. 45/46.

13 Michel Husson: *Il capitalismo di fine secolo*, in: *Nuove Edizioni Internazionali*, Mailand 1996, S. 57/58.

14 Osvaldo Coggiola: *Crisi, sovrapproduzione, imperialismo*, in: *La contraddizione*, Nr. 64, Januar/Februar 1998, S. 54/55.

15 Kim Moody: *Per una nuova politica, Bandiera rossa*, Nr. 65, Dezember 1996/Januar 1997, S. 38.

- 16 Interview in *La Jornada* vom 1. Dezember 1995: *El poder se desplaza a tiranías privadas*.
- 17 Alcances et limitaciones de la globalización, in: A. Acosta und andere: *Identidad nacional y globalización*, Ediciones Ildin, Flacso, Quito 1997, S. 29.
- 18 Alain Touraine: *El dilema europeo*, in: *El País* vom 10. April 1996.
- 19 Michel Husson: *L'ipotesi socialista*, in: *Bandiera rossa*, a. a. O., S. 18.
- 20 Pierre Bourdieu: *Der Neoliberalismus, Utopie (auf dem Weg zur Verwirklichung) einer Ausbeutung ohne Grenzen*. In: *Contre-feux, Liber-Raisons d'agir*, Paris 1998, S. 110.
- 21 Siehe den Brief von Subkommandante Marcos vom 17. Juli 1995.
- 22 Gf. Pala: *Economia nazionale e mercato mondiale*. Laboratorio politico, Neapel 1995, S. 10/11.
- »Wohlfahrtsstaat« annehmen könnte), sondern die des »Wildheitszustandes des Kapitalismus« (Husson) vergangener Jahrhunderte. Noam Chomsky schrieb dazu: »Heute zieht man es vor, von »Neoliberalismus« zu sprechen, aber in Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes als um die klassische Ökonomie. Die grundlegende Idee ist, daß die Menschen keine Rechte haben. 1829 wurde proklamiert, daß sie nicht einmal das Recht auf Leben haben«¹⁶. Auch der ecuadorianische Ökonom Alberto Acosta erklärt, indem er eine These von Werner Kammperer aufgreift: »die Weltwirtschaft ist heute weniger offen als jene zwischen 1870 und 1914«¹⁷.
- Dennoch läßt sich sagen, daß unser ökonomischer und sozialer Alltag heute durch ein kontinuierliches Schwanken zwischen Gegenwart und Vergangenheit charakterisiert ist. So schreibt der Soziologe Alain Touraine: »Wir erleben erneut auf größerem Maßstab das, was zu Beginn des Jahrhunderts (1910) Hilferding ökonomischen Imperialismus nannte; d. h. die Suprematie des internationalen Finanzkapitals über das nationale industrielle Kapital.«¹⁸ Zusammenfassend: »Der Kapitalismus orientiert sich auf eine Rückkehr in die Vergangenheit, die für sein eigenes Überleben nötig ist, die aber gefährlich ist, insofern sie eine Gesellschaft der Ausgrenzung schafft, die sich auf Ungleichheit gründet und auf die Unterordnung der Mehrheit unter privilegierte Schichten, die von den herrschenden ökonomischen Kriterien inspiriert sind und die mehr und mehr hervorstechende Privilegien genießen.«¹⁹ Ein Entwicklungszyklus (natürlich ungleich auf der Klassenebene) ist vorüber und mit ihm der ökonomische und produktive Rahmen, den wir im Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg gewohnt waren – gekennzeichnet durch Wachstum, stark ungleichgewichtig auf sozialer Ebene, der industriell entwickelten Länder, deren Wachstumsraten im Durchschnitt fünf Prozent betragen (2,5 Prozent seit 1973 und zwei Prozent in der Periode zwischen 1914 und 1950), obwohl die ungleichmäßige kapitalistische Entwicklung in eine lang andauernde Krise eingetreten ist, die die Lebensbedingungen der Arbeiter im Weltmaßstab beträchtlich verschlechtert hat.
- Es ist oft darüber geschrieben worden, daß die aktuelle Struktur des transnationalen Finanzkapitals ein komplexes System ist; nach unserer Auffassung ist das Produktions- und Sozialsystem, in dem wir leben, weniger komplex als kompliziert, d. h. verwickelt und in einem bestimmten Sinn mystifizierend. Denn »die neoliberale Utopie eines reinen und perfekten Marktes«²⁰ wurde in eine Theorie des ökonomischen Chaos, sozialer Stupidität und Katastrophenmanagement transformiert. Eine Transformation, die unter dem Motto steht: »Täusche vor, daß du weißt, was du tust«²¹.
- In diesem Sinn, bei Erweiterung der Perspektive, ist die neue Komplexität der internationalen Politik in Wirklichkeit einer abgeleiteten Komplikation geschuldet, d. h. der größeren Dezentralisierung (bekannt als Verlagerung und Verkleidung) des grundlegenden internen Widerspruchs in die »gegenwärtige tripolare Form imperialistischer Macht«, also der USA, Japans und der EU, »die sich« – schreibt Pala – »in der neuen institutionellen Dreifaltigkeit von Weltwährungsfonds, Weltbank und WTO reproduziert«²². Diese tripolare Form ist durch starke interne Widersprüche gekenn-

zeichnet, die in den Begriffen »perfekter Simplizität« nicht erklärbar ist: »Unsere Welt ist keineswegs ›komplex‹, wie es jene vorgeben, die ihre Fortexistenz sichern wollen. Sie ist selbst in großen Zügen von perfekter Simplizität.«²³

Ein anderes Element relativer Neuheit ist die wachsende Mobilität des Kapitals: Sie steht der Logik der kapitalistischen Produktion in Zeiten beständiger technologischer Innovationen entgegen. Darüber hinaus wurde sie »enorm durch die Entwicklung der globalen Finanzmärkte beschleunigt«²⁴. Die »beispiellose Mobilität des Kapitals« (Bourdieu) wird auf sozio-kultureller Ebene durch eine Art Hypermobilität »reflektiert« – um einen Terminus des englischen Historikers John Urry aufzugreifen – der sich definiert durch eine geringe soziale und politische Verwurzelung der Identität definiert bei Hervorbringung einer außerordentlichen Beschleunigung sozialer Dynamiken und bei raschestem Wechsel »neuer« politischer Führer. Auf dieser Hypermobilität beruht auch die Krise der Parteien, eine Krise, die in den letzten zehn Jahren ausreife und irreversibel wurde, die eine mehr und mehr bürokratisierte und vom Sozialen getrennte Realität prägte.

Als Antwort auf diese Pattsituation sind in den letzten Jahren dynamische Vereinigungen und Organisationen entstanden, deren prinzipielle Charakteristika sind: Kampf gegen den Staat, Selbstorganisation und Basisorganisation, sozialer Kooperatismus, Ablehnung des Repräsentativsystems. Als Beispiel für den Mangel an Vertrauen in die Parteiform, wie er sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, und für die Notwendigkeit, ihn in soziale Formen einer direkten Demokratie zu überführen, stellen wir den zapatistischen Diskurs vor, der aus einem Land wie Mexiko kommt und das dennoch (oder genauer, das trotz seiner Staatspartei, der Partei der institutionellen Revolution, die seit 70 Jahren an der Macht ist) ein Laboratorium politischer Experimente des revolutionären Kampfes und der radikalen Opposition gegen den neoliberalen Kapitalismus ist.

Durch negative Erfahrungen vorsichtig geworden, ist der Mangel an Vertrauen des Zapataisten dadurch begründet, daß ihre frühere revolutionäre Berufung erschöpft ist, und auf der anderen Seite dadurch, daß eben diese Organisationen in einen Sumpf von Querelen und ungezählten Kämpfen geraten sind, daß sie interne Rechnungen begleichen, die sie in eine Glaubwürdigkeitskrise gestürzt haben. Dank tyrannischer Fraktionen, die – wie Heinz Dieterich Steffan schreibt – »als erstes Ziel die Eroberung der Macht haben, aber nicht die Eroberung der Demokratie«²⁵. Dazu sehe man sich den Brief vom 3. August 1994 an »Das mächtige Schiff der Parteilosen. Das Schiff von Aguascalientes«, in dem Subkommandante Marcos schreibt: »Fast alle Parteien und alle großen und kleinen Organisationen des verstreuten Spektrums der mexikanischen Linken sind zu verschiedenen Zeiten dazu gelangt, uns offen zu sagen, daß sie uns unterstützt haben, indem sie die Zeiten und die Orte, die Quantität und die Qualität ihrer Hilfe erläuterten ... Im Austausch für die Hilfe, die sie uns gegeben haben, forderten sie uns auf, sie bei verschiedenen Abrechnungen zu unterstützen. Wir bedürfen ihrer absolut nicht: Wir haben völlig allein begonnen, völlig allein

23 A. Badiou: Sankt Paulus. Die Grundlegung des Universalismus. Presses Universitaires de France, Paris 1997, S. 10.

24 Brecher/Costello, a. a. O., S. 72.

25 Heinz Dieterich Steffan: Il Messico a un nuovo crocevia, in: Amanecer, Nr. 4/5, Juni 1995, S. 8.

kämpfen wir und völlig allein sterben wir. Es war unser Blut, nicht ihres, das '94 erhellt.«

Es handelt sich nicht darum, sich von Parteien zu lösen, sondern darum, sich der Aushöhlung bewußt zu werden, die die soziale repräsentative Demokratie durch die Parteien erlitt und die zum Bruch der EZLN mit der Parteiform führte. »Es gibt schon genügend politische Parteien, warum sollen wir uns einer weiteren anschließen? Wir wollen das nicht«, hat Subkommandante Marcos mehrfach erklärt.

Anders gesagt, einer der Aspekte von großem Interesse im zapatistischen Denken ist die Forderung nach Überwindung der repräsentativen Demokratien, die die politische Szene des Westens seit zweihundert Jahren dominieren und die zur Repräsentanz von Demokratie degeneriert sind; es geht um eine Überwindung in Richtung von Räumen und Formen einer partizipativen Demokratie, in der alle eine genau bestimmte aktive und unersetzbare Rolle haben. Das ist ein Denken, das zur Grundlage seines Kampfes und seiner revolutionären Vorhaben das nahm, was der mexikanische Anthropologe Leon Portilla »die Vision der Besiegten« genannt hat.

In seinem Buch *Los hombres verdaderos. Voces y testimonios tojolabales* schreibt der Anthropologe und Linguist Carlos Lenkersdorf: »Nach unserer Auffassung ist der Schlüssel, der uns Zutritt zur linguistischen Besonderheit der Tojolabales verschafft, die Intersubjektivität, in dem Sinn, daß wir alle Subjekte sind und daß es keine Objekte gibt, weder im Kontext des Idioms noch im kulturellen Kontext«²⁶. Die kulturelle und linguistische Struktur der indigenen Gemeinschaften von Chiapas gründet sich nicht auf die »Subjekt-Objekt-Relation«, eine Relation, die stets die Kulturen »der dominierenden Gesellschaften indo-europäischen Ursprungs charakterisiert hat.« Und diese Intersubjektivität ist auf zwei Ebenen organisiert: Die erste Ebene umfaßt die Komplementarität zwischen Gleichen, d. h. die Pluralität der Subjekte; die zweite ist die der *vivencia*, d. h. der psychischen Repräsentation, die in einem bestimmten Moment erlebt wird, und des Bewußtseins. Es handelt sich um strukturelle Unterscheidung, die sich auf verschiedenen, für die Gesellschaft konstitutiven Ebenen manifestiert. Sie umfaßt eine andere Sicht der Welt und des gesellschaftlichen Individuums.

Ein anderes fundamentales Element ist die Übereinstimmung: Das Einverständnis aller Mitglieder der Gesellschaft wird auf der Ebene der Zusammenkunft gesucht, aus der »man niemanden ausschließt«. Außerdem, fährt Lenkersdorf fort, »ist die Intersubjektivität, die aus der direkten Erfahrung geboren wird, nicht nivellierend; sie leugnet nicht die Unterschiede«, die zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft existieren und die sich in unterschiedlichen Rollen, die jeder zu erfüllen hat, manifestieren, sondern im Gegenteil: »sie gründet sich auf den Pluralismus« (S. 88/89)

Lenkersdorf sagt weiter, daß zwischen der herrschenden Gesellschaft indo-europäischen Ursprungs und der tojolabalischen Gesellschaft eine Inkompatibilität herrscht: »es mag dort eine gegenseitige Toleranz untereinander geben, aber wir sehen nicht die Möglichkeit eines freundschaftlichen Lebens in Gemeinsamkeit« (S. 93). Es handelt sich um eine Unvereinbarkeit, die ihre Wurzeln

26 C. Lenkersdorf: *Los hombres verdaderos. Voces y testimonios tojolabales. Siglo Veintiuno Editores, Mexiko 1996, S. 14.* Von hier an bezieht sich die Seitenbezeichnung in Klammern im Text auf dieses Buch.

zum einen in den unterschiedlichen Typen von interpersonellen Beziehungen hat, die in der dominierenden Gesellschaft und in der dominierten Gemeinschaft in Kraft sind, und zum anderen darin, daß Objekte keinen Existenzgrund haben und der andere sich uns entgegenstellen kann in seiner Eigenschaft als Subjekt selbst (S. 91).

Zusammenfassend: Es gibt zwei Begriffe in der Grundlage der politischen Vision, die von der EZLN aus den indigenen Gemeinschaften, deren Teil sie ist, abgeleitet wurden: Der Begriff der Intersubjektivität (der des anderen entbehrt, soweit dieser Objekt oder Feind ist), gekennzeichnet durch den Pluralismus, und der Begriff der Inklusion (also Übereinstimmung und Methode der Zusammenkunft).

Allerdings muß jetzt im Hinblick auf die objektive politische Aufstandssituation in Mexiko in ihrer Gesamtheit gesagt werden, daß das Laboratorium Mexiko nicht nur den einen neuralgischen Punkt Chiapas hat: andere Akteure, andere Organisationen, andere bewaffnete Kämpfe sind in der revolutionären Szene des Landes in den letzten Jahren aufgetreten. Dabei handelt es sich z. B. um die Revolutionäre Volksarmee (EPR), die am 28. Juni 1996 im Verlauf einer Manifestation, die aus Anlaß des ersten Jahrestages eines Massakers an Bauern in Aguas Blancas (Staat Guerrero) veranstaltet wurde, offiziell die Bühne betrat. Sie begann, einen anderen leeren Raum im Mosaik des bewaffneten mexikanischen Kampfes zu besetzen. »Beide Gruppen (EZLN und EPR) führen verschiedene Diskurse«, schreibt der mexikanische Historiker Antonio García de León, »und sie haben eine unterschiedliche Weise zu handeln«, besonders was die Machtkonzeption angeht. Aber, schreibt García de León weiter, »es gibt eine gewisse Übereinstimmung zwischen EZLN und EPR, insofern letztere die Rückkehr zu Rechtsstaat und die Wiederherstellung der Republik verlangt«²⁷. Insgesamt verhindern die Unterschiede sowie die politischen und militärischen Besonderheiten beider bewaffneter Organisationen nicht den gemeinsamen säkularen Widerstand von »Gesichtslosen« gegen die herrschende Gesellschaft, der von neuem am 1. Januar 1994 in den canadas des »neuen Königsbergs, das der Wald von Lakadonien ist« (González Casanova) begann. Diese »Gesichtslosen«, die in der neoliberalen Terminologie als »Verlierer« definiert werden, sind die Protagonisten eines neuen revolutionären Kampfes, der das Bewußtsein und die Ansichten der »Linken« selbst erschütterte hat. »Aber diese ›Verlierer‹ revoltieren. Frauen, Kinder, Alte, Junge, Indigene, Ökologen, Homosexuelle, Lesbierinnen, HIV-Positive, Arbeiter und alle jene, die die neue Ordnung stören, organisieren sich und kämpfen. Die aus der ›Moderne‹ Ausgeschlossenen bilden neue Widerstandsformen aus«, schrieb Subkommandante Marcos in »Sieben Stücke des neoliberalen Puzzles. Der vierte Weltkrieg hat begonnen« (Juli 1997).

An diesem Punkt ist offensichtlich, daß die Frage köstlich politisch wird, denn sie richtet sich direkt an das Subjekt der revolutionären Umwandlung. Man könnte mit Althusser antworten, daß das Subjekt der Umwandlung der Klassenkampf ist (und »immer« war). Aber es ist auch offensichtlich, daß sich die Klassenzusammensetzung in den letzten zehn Jahren auf bemerkenswerte Weise

27 Vgl. das Interview, das in der Zeitschrift *Este Sur/Chiapas*, Nr. 169 (1998) erschien.

verändert hat: Daher steht auf der Tagesordnung ein Problem einer neuen Definition dringender und entschiedener als zu jener Zeit der berühmten Antwort von Althusser an John Lewis. Es ist eine Pflicht, die sich heute der Widerstandsbewegung gegen des neoliberale Weltsystem aufdrängt, das antagonistische Subjekt der Umwandlung zu bestimmen. Und wenn der Kern des Problems darin liegt, wo die EZLN in ihren Kommunikés an die Zivilgesellschaft erinnert, dann ist es nötig, im eigenen Diskurs einen Qualitätssprung zu machen, der in sich natürlich Grenzen und Widersprüche enthält, der es aber ermöglicht, zur Erforschung neuer Formen einer partizipativen Demokratie weiterzugehen und dabei von der Revolution der »Gesichtslosen« zu einer Zivilgesellschaft weitergeht. Der Begriff der Zivilgesellschaft ist, auch wenn er schwach ist, ein experimenteller Begriff, von dem man in die Realität der Transformation zurückkehren muß, die unser Jahrhundertende darstellt.

Die Schlußfolgerung aus diesem Artikel kann, auch wenn sie provisorisch ist, nicht nur theoretisch sein, und auch wenn er nicht zum Gegenstand hat, einen genauen Weg des politischen Kampfes zu weisen, scheint es uns, daß jede dieser Seiten dazu aufruft oder sogar dazu zwingt, eine praktische Reflexion anzustellen und ein mögliches, wenn auch vorläufiges politisches Verfahren zu entwerfen, das den europäischen Aspekt eines Phänomens umgreift, das unter dem Namen Zapatismus auftritt. Denn – das ist unabweisbar – es gibt einen europäischen Zapatismus oder besser eine europäische Dimension des Zapatismus, die in Komitees und Organisationen, in Hilfs- und Solidaritätsbewegungen für den zapatistischen Kampf besteht. Aber die numerische Kraft von zapatistischen Komitees verdeckt eine substanzielle Schwäche, die dem Mangel an theoretischer Reflexion und politischer Ausarbeitung des europäischen Zapatismus geschuldet ist. Denn in dieser Hinsicht gibt es ein Problem politischer Besonderheit zu lösen. Der europäische Zapatismus, ein Ausdruck, in dem der Term nicht das Substantiv, sondern das Adjektiv ist, muß seine eigenen theoretischen und politischen Wertigkeiten finden, um seinen europäischen Kampf gegen den Neoliberalismus aufzunehmen.

Wir nennen einige Elemente theoretischer und politischer Reziprozität zwischen europäischem und mexikanischem Zapatismus, um sie miteinander zu verbinden. Dies könnten für einen gemeinsamen Kampf sein:

Erstens: Die Ausarbeitung neuer revolutionärer Strategien, sowohl globaler als auch lokaler, angefangen von der Ermittlung und Konstruktion neuer Räume einer partizipativen direkten Demokratie als Antwort auf die aktuelle Krise der Parteiform, und außerdem die Ausarbeitung einer kritischen Analyse des neoliberalen europäischen Prozesses, dessen fortgeschrittenste Phase die Verträge von Maastricht und die dort verankerten Konvergenzkriterien darstellen;

zweitens: die Ermittlung neuer Praxen des revolutionären Kampfes, die die lokalen, fragmentierten und voneinander getrennten Kämpfe in einer gemeinsamen Front vereinigen und organisieren, Kämpfe, die von den sozio-politischen Subjekten in der ganzen

Welt geführt werden und die ihren Ausdruck in einer relativ neuen politischen Realität finden, die den »stets« Ausgebeuteten und Unterdrückten gemeinsam ist, und außerdem die Schaffung eines weltweiten Informationsnetzwerks, über das die Erfahrungen des Kampfes und des Widerstandes gegen den Neoliberalismus ausgetauscht werden können, um sie »in einem (inter)nationalen Kampf, in einem Klassenkampf, die verschiedenen lokalen Kämpfe, die durchweg denselben Charakter tragen, zu zentralisieren« (Marx-Engels);

drittens: die Ermittlung neuer Instanzen und internationalistischer Vereinigungen, die nicht dabei haltmachen, nur ihre Solidarität mit den Ausgegrenzten, den Ausgebeuteten und den Unterdrückten der ganzen Welt zum Ausdruck zu bringen;

viertens: die Überprüfung möglicher Weiterentwicklungen von zapatistischen Losungen auf europäischer Ebene wie »Kommandieren im Gehorchen«; »eine Welt, die viele Welten enthält«; »eine Revolution, die die Revolution möglich macht«;

fünftens: die Redefinition besonders neuer Aspekte der Arbeit und des sozialen Zusammenschlusses wie den »dritten Sektor« oder den informellen Sektor, um einen Punkt zu klären, dessen soziale Bedeutung und dessen politisch-ökonomische Rolle im Innern eines entwickelten kapitalistischen Landes noch Gegenstand gegensätzlicher Betrachtungen sind.

(AUS DEM FRANZÖSISCHEN VON ARNOLD SCHÖLZEL)

DETLEF BALKE

Beim Wenden der Steine. 90 Jahre Kibbuz

Der Kibbuz war im Osten Deutschlands nie ein Thema. Erwartungen an sein alternatives Potential sind daher hier rar – ebenso Beschönigungen seines vermeintlichen Scheiterns. Sie sind eher in der westdeutschen Gesellschaft anzutreffen. Israel war in der DDR terra incognita – Zionismus, die Gewerkschaftsorganisation Histadrut¹ und Kibbuz wurden a priori mit dem Bann des Unberührbaren belegt.

Am Anfang stand die Idee des Zionismus. Als nationale Bewegung Ende des ausgehenden 19. Jahrhunderts geboren, hatte er die Konstituierung der jüdischen Nation zum Ziel. Seine treibenden Kräfte waren die kleinen Leute aus dem osteuropäischen Shtetl. Zionismus war nicht nur eine ihrer Reaktionen auf den herrschenden Antisemitismus. In ihm verbanden sie religiöse, kulturelle, soziale und politische Motive zu einer Vision nationaler Befreiung und sozialer Erlösung.

Detlef Balke – Jg. 1945, Diplom-Kulturwissenschaftler (Humboldt-Universität) Publizist, Berlin, bis 1992 Redakteur und Dramaturg, danach Öffentlichkeitsarbeit, häufige Israel-Aufenthalte, zuletzt 1998 bis 1999 Kibbuz-Ulpan in Naan, seit 1996 Informationsprojekt Kibbuz Kontakt mit Veranstaltungen und Ausstellungen.

»In der darwinistischen Gesellschaft des Westens werden die Menschen bei ihrer Suche nach einer andersartigen Lebensform jeden Stein umwenden, den Kibbuz wieder entdecken.« Amos Oz: Gedemütigte Aristokratie. In: CALL Nr. 9 Newsletter of the International Communism Desk, Efal. Die PDS-Publikation »Die Genossenschaftsidee – ein lebensfähiges wirtschaftliches und soziales Konzept«, Berlin 1997, leistet hierbei leider

Nationalismus versus Sozialismus?

Klassische Marxisten boten die Teilhabe am sozialen Befreiungskampf und perspektivisch die Auflösung der jüdischen Identität, die als »Kaste« (Kautsky bis Lenin/Stalin) überkommene gesellschaftliche Verhältnisse verkörperte. Zionismus mußte demnach in die Irre führen und wurde im Bewußtsein historischer Wahrheit entschieden bekämpft. Taktische Gründe bewogen allerdings Sowjetkommunisten später, seine nationalen Intentionen z.B. mit Birobidshan politisch zu verwerten. Doch Voraussetzung war deren Unterordnung unter die jeweiligen Interessen der politischen Führung, die kulturelle Elemente nur formal duldete.

Tatsächlich bot das ausgehende 19. Jahrhundert in Osteuropa ein Bündel nationaler und sozialer Konflikte. Auch im Zuge der imperialistischen Aufteilung der Welt konnte die jüdische Bewegung objektiv als ein geeignetes politisches Instrument erscheinen. Die diplomatischen Initiativen der 1897 entstandenen zionistischen Weltorganisation entwickelten sich gerade unter Theodor Herzl in diese Richtung. Dabei lag seinem Engagement mit »Altneuland« ein Utopieentwurf zugrunde, der in der Form sozialutopischer Reiseliteratur eine konfliktfreie kooperative (mutualistische) Gesellschaft europäischen Stils als Zukunftsmodell vorstellte. Diese Modellgesellschaft hatte kein spezifisches jüdisches Gesicht und wäre mit Leichtigkeit auch auf andere Völker zu projizieren: »Wenn Ihr nur wollt, ist es kein Märchen!«

Die späteren zionistischen Politiker traten in seine Fußstapfen und versuchten, das amorphe vielgestaltige Judentum in ein modernes Volk zu überführen, das in einem bestimmten Territorium sein Schicksal selbst gestalten könnte. Nahezu unvereinbares religiöses, kulturelles und soziales Selbstverständnis fand sich im Zionismus.

Die spontane Basisarbeit zionistischer Pioniere wies dem gesellschaftlichen Projekt die geographische Richtung: Palästina. Die Masse der Auswanderungsströme aus dem jüdischen Siedlungsgebiet des Russischen Reiches wandte sich zwar weiterhin größtenteils in die Neue Welt, doch mit der Niederschlagung der russischen Revolution von 1905 verstärkte sie auch im nahen Palästina das sozialistisch geprägte Element.

Viele der mittellosen jugendlichen Enthusiasten waren geprägt vom Sozialismus der nichtmarxistischen Narodniki, der Narodnaja Wolja und der Sozialrevolutionäre. Mit ihrem Ideal der produktiven Arbeit brachten sie auch das der Kommune und des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges in eine klassenlose Gesellschaft mit. Eine neue hebräische Nation sollte entstehen, gekennzeichnet durch Arbeit und Gemeinschaft. Ihre tragenden Säulen sollten sein: bäuerliche Arbeit, die Verbindung mit der Natur und eine hebräische Kultur, die die jüdische Kultur von ihrer religiösen Form befreit. Ihre palästinensische Parteigründung HaPoel HaZair (gegründet 1905) grenzte sie von den orthodoxen Marxisten der Poalej Zion (ebenfalls 1905 gegründet) ab.² Beide einte jedoch die Absicht, konstruktiv die jüdische Gesellschaftspyramide³ (Borochow) umzukehren: Der »Luftmensch« des jüdischen Shtetls sollte »Arbeiter« werden. Die Poalej Zion setzen sich zum Ziel, mit ihrem nationalen Aufbauwerk die Voraussetzungen für einen Klassenwiderspruch zu entwickeln und die Kampfpositionen für das anstehende weltweite letzte Gefecht zu konsolidieren.

Die Arbeiterrepublik⁴

Der Kibbutz (Sammlung oder größere Gruppe – Siedlung einer auf Gemeinschaftseigentum gegründeten Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft) hatte seine Vorläufer in der Arbeits- und Lebenspraxis kleiner Einwanderergruppen. Viele zogen als eigentumslose Arbeiter durch das karge Land, teilten ihre Habseligkeiten und verdingten sich oft als Gemeinschaft. So war es auch bei der legendären ersten Kvuza (Gruppe) von Degania der Fall. Sie konstituierte sich 1910 in Um Dschuni am See Genezareth (Kinnetret) als Siedlungsgemeinschaft.⁵ Degania wurde die Mutter der späteren Kibbutzim (hebr. Plural von Kibbutz). Gemeinsam war ihnen unmittelbare Selbstverwaltung, nationales Eigentum am Boden, das Prinzip der Selbstarbeit und die Verteilung nach den Bedürfnissen. Die Mitglieder der Kvuza waren vor allem an deren Bestand als kleine überschaubare Einheit interessiert. Im persönlichen Miteinander sollte sie ihre befreiende Wirkung für das Individuum entfalten können. Als die »Arbeiterrepublik« unabhängig von ihren permanenten Krisen ein erster Beweis für die mögliche Synthese von Zionismus und Sozialismus zu sein schien, gewann sie auch für die marxistischen »Arbeiterzionisten« an Bedeutung. Eher skeptisch waren sie ursprünglich dem theoriwidrigen Experiment

einen Bärendienst.

1 Zur Rolle der Institutionen: Shmuel N. Eisenstadt: Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt (M.) 1992.

2 1930 vereinigten sich HaPoel HaZair und Achdut HaAvoda (1920 gegründeter Nachfolger von Poalej Zion) zur Mapai. Die heutige Avoda (1968) steht in dieser Kontinuität.

3 Zum Borochowismus als Ideologie der Poalej Zion vgl. Mario Offenberg: Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution, Meisenheim am Glan 1975 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft; Bd. 29).

4 Abschätzige Bezeichnung für die erste Siedlungs- und Produktionskommune. Vgl. Anita Shapia: Berl Katznelson. Ein sozialistischer Zionist, Frankfurt a.M 1988.

5 Vgl. Joseph Baratz: One of the Founding Fathers Recalls the Early Years of Deganya. In: Kibbutz – An Alternative

Lifestyle, Efal 1994.

6 Auch nach der vehementen Ablehnung der Genossenschaft durch die Bewohner von Merchavia im Jahre 1913 verlief die Entwicklung in Palästina doppelgleisig als Moshav (Genossenschaft) und als Kibbuz (Kommune). Nahalal, der erste Moshav, wurde 1921 von ehemaligen Kibbuzmitgliedern aus Degania gegründet. Während der Masseneinwanderung der fünfziger Jahre besonders stark gefördert, ist die quantitativ starke Moshavbewegung (382 Moshavim mit 142.000 Menschen) heute stark von Auflösungserscheinungen betroffen.

7 Der Kibbuz als gesellschaftliche Alternative schloß die Ablehnung der Stadt ein. Die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land – auch mittels des Kibbuz – galt noch in den fünfziger Jahren als zionistisches Gesellschaftsziel.

gesonnen. Dem Genossenschaftsmodell, bei dem der Gewinn unmittelbares Resultat persönlicher Leistung und auch die Entlohnung an die Leistung gebunden war, hatten sie den Vorzug gegeben.⁶

Unter dem Einfluß der russischen Revolutionen von 1917 veränderte sich in Palästina die sozialistische Bewegung. Aus den Poalej Zion entstanden die zentristische Achdut Avoda und ein Vorläufer der kommunistischen Partei. Alle jüdischen Parteien, bis 1924 auch die palästinensische KP, blieben aber notgedrungen der Kommunistischen Internationale fern. Deren Aufnahmebedingungen forderten ultimativ den Verzicht auf eine nationale jüdische Entwicklung.

Nunmehr übernahm die zionistische Arbeiterbewegung eine neue Rolle als Institution der jüdischen Immigration. Von erheblicher Bedeutung wurde die 1920 erfolgte Gründung ihrer Gewerkschaftsorganisation Histadrut. Sie sollte über Jahrzehnte den Alltag der Einwanderergesellschaft prägen. Mit der Gedud HaAvoda, der Arbeitslegion, schuf sie eine jüdische Arbeiterorganisation, die ganz Palästina als Kommune gestalten wollte. Dabei sah sich die Gedud HaAvoda sowohl als ökonomisches sowie als politisches und militärisches Organ eines jüdischen proletarischen Palästina. Ihre motivierten Mitglieder begnügten sich mit dem kärglichen Auskommen auf dem Niveau arabischer Wanderarbeiter. Doch nachdem die britischen Bauaufträge im Mandatsgebiet zurückgingen, begann sie zahlenmäßig zu stagnieren und sich gleichzeitig zu radikalieren, bis sie schließlich über verschiedene Spaltungen völlig zersplitterte. Eine Handvoll verbliebener Internationalisten unter Menachem Elkind wanderte später nach Sowjetrußland aus. Ihre Krim-Kommune Via Nova wurde unter Stalin schließlich liquidiert. Nur einzelne ehemalige Mitglieder überlebten den Gulag.

Damit war aber ein Wachstumsprozeß für den Kibbuz eingeleitet, der sich in der Tradition der landesweiten Kommune sah und die Kibbuzim als jüdische Siedlungs- und Produktionsgemeinschaften entwickeln wollte. Danach stand der Kibbuz für nichtetatistischen herrschaftsfreien Sozialismus und die gesellschaftliche Grundstruktur der kommenden jüdischen Gesellschaft. Yitzchak Tabenkin war der theoretische Kopf. Sein Konzept erwies sich als äußerst effektiv für den Aufbau nationaler Strukturen.⁷

In Palästina bestand der Kibbuz vorerst neben der Kvuzza fort. Erst sehr viel später schwanden die Unterschiede zwischen ihnen. Der Kibbuz wurde nachdrücklich zum Instrument und Ziel der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung einer sozialistischen Basis erhoben und an eine gewisse Quantität für eine materiell und geistig reiche Gemeinschaft gebunden. Tabenkin sah den Kibbuz in der vordersten Kampflinie der Arbeiterbewegung. Folgerichtig war seine Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsbewegung. Dagegen war ihre Funktion als gesellschaftlich beispielgebend sekundär. Innerhalb der Kvuzot (hebr. Plural von Kvuza) dominierte hingegen eine eher unpolitische Weltsicht.

Aus ihrem jeweiligen Selbstverständnis resultierten häufige inhaltliche Differenzen mit dem politischen und dem gewerkschaftlichen Apparat. Häufig betrafen sie den Kibbuz als gewünschte abschließliche strategische Option der zionistischen Bewegung.

Landnahme war Grundlage zionistischer Siedlungspolitik. Und

auch hier sollte der Kibbuz sowohl als Avantgarde als auch als kalkulierbarer Faktor gelten. Konzeptionell ging es seinem »aktivistischen« Vordenker Yitzchak Tabenkin⁸ um Expansion in unbesiedeltes Land als eine der Grundprämissen des »praktischen Sozialismus«. Die zukünftigen Kibbuznikim sorgten militant für »Avoda Ivrit« (hebräische Arbeit), gegen die Beschäftigung arabischer Landarbeiter durch jüdische Landeigentümer.⁹

Diese Praxis zog die autonome Entwicklung gesellschaftlicher Beziehungen nach sich, die den Jischuw, das vorstaatliche Gemeinwesen in Palästina, von seiner arabischen Umwelt nahezu unabhängig machte. Im Ergebnis schlug in den dreißiger Jahren eine arbeitsteilige jüdische Gesellschaft ihre Wurzeln tief in das bislang arabische Land.

Nachdem in den zwanziger und dreißiger Jahren innerhalb der zionistischen Organisation der Arbeiterflügel an politischem Gewicht gewonnen hatte und zunehmend die nationalen Institutionen¹⁰ kontrollierte, war der Kibbuz nun nicht mehr wie bisher unter ständigem Rechtfertigungsdruck. Im Gegenteil, zunehmend wurde er mit dem jüdischen Aufbauwerk in Palästina identifiziert. Und als die arabischen Palästinenser dieses in ihrem Aufstand von 1936 bis 1939 gewaltsam attackierten, wurde der Kibbuz dazu gedrängt, seine strategische Absicherung zu übernehmen. Die Expansion des Kibbuz zeichnete in dieser »Palisaden- und Turm-Phase« bald die Umriss des Staatsgebietes gemäß dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen von 1947 vor. Paradoxerweise stellte aber diese Staatlichkeit nicht das politische Ziel der beiden größten Kibbuzverbände dar: Kibbuz Meuchad und Kibbuz Arzi strebten vielmehr mit unterschiedlicher Absicht und Konsequenz eine binationale palästinensische Gesellschaft an.

Alle Organisationen, die sich als Teil der jüdischen Kolonisation betrachteten, stritten eifersüchtig um ihren Platz, um materielle und organisatorische Macht. Innerhalb der sozialistischen Kibbuzbewegung rangen drei Verbände um Einfluß: die des Kibbuz Meuchad mit Tabenkins national-aktivistischer Linie sowie die des Kibbuz Arzi¹¹ und des Chever¹², die sich vornehmlich kulturell definierten.

Kibbuz Arzi sah seine Mitglieder als bewußte Gestalter einer neuen Gesellschaft. Die Kvuzot des Chever hingegen standen eher für einen individuellen Lebensentwurf.

Der weitgehend unpolitische Kvuza-orientierte Chever verfügte allerdings über starken personellen Rückhalt im gewerkschaftlichen und politischen Establishment. Problematischer waren die Beziehungen des ambitionierten Kibbuz Meuchad¹³; während der Kibbuz Arzi sich als linke Kaderorganisation profilierte. Sein ideelles Fundament war ein »ideologischer Kollektivismus«, der den Konsens der Gruppe formaler Demokratie voranstellte. Weg und Ziel als Einheit hatten Primat vor kurzfristigem ökonomischen und politischen Erfolg.

Die Kibbuzim rekrutierten sich im wesentlichen aus der Diaspora. Sie knüpften daher enge Beziehungen zu den internationalen jüdischen Jugendorganisationen, die schließlich oft auch der Ausgangspunkt der Kibbuzverbände in Palästina waren.¹⁴ Die jüdische Jugend war der bevorzugte Adressat von Emissären (hebr. »Shlichim«

8 Charismatische Führer hatten in der jüdischen sozialistischen Bewegung eine besondere Funktion. Ähnlich den osteuropäischen Rabbinern an ihren Höfen, schufen sich z.B. Yitzchak Tabenkin in Ejn Charod, Yigal Allon in Ginossar, Israel Galili in Naan, Yaakov Chasan in Mishmar HaEmek, Meir Yaari in Merchavia, Moshe Sneh in Yad Channa in ihren Kibbuzim eine Machtbasis und prägten lange Zeit deren Entwicklung.

9 Ausschließlich im national-bornierten Interesse jüdischer Arbeiter wurde die allgemein-zionistische »Eroberung des Bodens« von den Poalej Zion 1906 durch die »Eroberung der Arbeit« ergänzt. Mit HaMashbir HaMerkasi (1915) und »Tnuva« (1925) baute der jüdische Sektor eigene Versorgungs- und Vermarktungsgesellschaften auf – teilweise direkt durch die Histadrut. Sie gehören noch heute zu den großen Gesellschaften. In den dreißiger Jahren wurde schließlich das »Tozeret Ivrit« (hebräisches Produkt) propagiert. Vgl. Gewaltsame Aktionen gegen Beschäftigung arabischer Arbeiter im Emek Chefer oder auch die Vertreibung der arabischen Fellachen im Emek Yisreel 1924; dazu auch Hans Lebrecht: Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt a.M 1982, S. 90ff.

10 Z.B. zionistische Weltorganisation, Jewish Agency, Keren Kayemet, Keren HaYesod, Histadrut ...

11 Der 1919 in Wien geschaffene HaShomer HaZair basierte auf dem austromarxistischen

Konzept vom Sozialismus als Kulturbewegung. Er verstand sich als Avantgarde und steht dem leninistischen Selbstverständnis von der Partei gegenüber der Arbeiterklasse nahe.

12 Seit 1926 bestehend, aber formal erst 1932 gegründet.

13 1927 entstanden Kibbuz Arzi und Kibbuz Meuchad.

14 Der Jugendverband HaShomer HaZair gründete 1927 den Kibbuz Arzi 1927. Seine palästinensische Jugendorganisation entwickelte sich sogar zur politischen Partei. Die ursprüngliche Bezeichnung gilt noch heute synonym für den Kibbuz Arzi. Die osteuropäische Gordonia wurde zur Jugendorganisation des Chever HaKvuzot.

15 Tabenkin setzte besonders auf das jüdisch-proletarische Element Osteuropas. Die Kibbuzim schufen ein internes Erziehungs- und Bildungssystem, das sich schulischen Leistungsmaßstäben widersetze. Am Ende der 12jährigen Schulzeit stand kein Abitur, womit keine formale Voraussetzung für ein weitergehendes Studium gegeben war. Die vielseitig hochgebildeten Absolventen sollten ihren gesellschaftlichen Platz im Kibbuz selbst finden. Die Bildungsinhalte waren lange Zeit vom Kibbuz selbst bestimmt. Auch im Alltag gab es wenig Kontakte zu Jugendlichen außerhalb des Kibbuz. Bis in die siebziger Jahre fand meist erst in der Militärzeit die erste unmittelbare Begegnung mit der Außenwelt statt. Diese Situation

genannt), die sie für das »Soziallabor« neuer jüdischer Menschen und einer neuen Gesellschaft gewinnen wollten. Denn wie der Jischuw in Palästina bildete der Kibbuz innerhalb seiner jüdischen Gesellschaft eine von der Außenwelt weitgehend abgeschlossene Einheit.

Keineswegs elitär – eine Zeitlang sogar proletkultisch und anti-intellektuell – war das kulturelle Klima im Kibbuz Meuchad, der die jüdische Jugend massenhaft in einer gemeinschaftlichen Arbeits- und Lebenspraxis formen wollte.¹⁵ Bezeichnend für den linken Kibbuz Arzi war dessen Bemühen um jüdisch-arabische Annäherung, das aber durch die Realität des nationalen Konfliktes erheblich belastet und gewiß auch nicht frei von paternalistischer Fortschrittsgläubigkeit war.¹⁶

Im Staat Israel

In den dreißiger und vierziger Jahren wurde der Kibbuz unmittelbar mit der zionistischen Bewegung identisch. Er nahm die Massenimmigration aus Europa auf und organisierte die Verteidigung. Sein massives Wachstum folgte weniger ökonomischen, sondern strategischen Überlegungen und war folglich auch mit unwirtschaftlichen Standorten verbunden.

Bis zu seiner Gründung übte der Kibbuz Funktionen des werdenden Staates aus. In der Elitetruppe Palmach der vorstaatlichen Militärorganisation Haganah waren die Kibbuzprinzipien exemplarisch verwirklicht. Der Palmach umfaßte, wenn auch oft nur rudimentär, sämtliche militärischen Gattungen. Seine Mitglieder stammten aus Kibbuzim und verbanden produktive Arbeit mit dem militärischen Auftrag. Im Ergebnis war hier zwischen zivilen und militärischen Strukturen schwer zu trennen.

Vor allem die Siedlungskollektive der beiden linken Organisationen Kibbuz Arzi und Kibbuz Meuchad bildeten schließlich auch die soziale Basis der 1948 gegründeten Vereinigten Arbeiterpartei (Mapam). Im aufbrechenden Ost-West-Antagonismus dieser Zeit bezog sie Position zugunsten der Sowjetunion und befand sich so in heftiger Opposition zur US-orientierten Regierungspartei Mapai. Doch damit waren die Kibbuzim im antikommunistischen Klima der fünfziger Jahre von dem Zuwachs durch die Massenimmigration nach Staatsgründung vorerst weitgehend ausgeschlossen.¹⁷

Der neue Staat entließ den Kibbuz aus der Verantwortung für Verteidigung und Wirtschaftsentwicklung, Absorption von Immigranten sowie sozialen und Bildungsaufgaben. Mit Macht wurde das staatliche Gewaltmonopol auch gegen den vereinzelt Widerstand aus den Kibbuzim durchgesetzt. Zugleich aber wurde das Führungspotential aus den Kibbuzim für die nunmehr staatlichen Aufgaben im politischen und wirtschaftlichen Bereich abgeschöpft.

Dieser Umbruch löste eine tiefe existentielle Krise im Kibbuz aus, die durch symbolische politische Aktivität kompensiert wurde. In den Siedlungen des Kibbuz Meuchad bekämpften sich die Anhänger der Regierungspartei Mapai und ihre Gegner von der Mapam. Im Ergebnis ihrer Auseinandersetzungen mußten häufig Mitglieder ihre Kibbuzim verlassen. Sie füllten politisch nahestehende

hende Gemeinschaften auf oder gründeten oft in unmittelbarer Nähe neue Siedlungen. Der größte Kibbuzverband spaltete sich daraufhin. Eine Minderheit der Kibbuzim verband sich zum regierungsfreundlichen Ichud HaKvuzot VeHaKibbuzim. Auch nach links grenzten sich die Kibbuzmitglieder bald radikal ab.¹⁸

1954 zerfiel die Vereinigte Arbeiterpartei wieder in ihre ursprünglichen Bestandteile. Die Kollektive des Kibbuz Arzi blieben die hauptsächlichliche Basis von Mapam. Der traditionalistische Flügel des Kibbuz Meuchad wiederbelebte die zentristische Achdut HaAvoda, die 1965 der Regierung beitrug.¹⁹

Seit 1948 wurde das Konzept des Kibbuz-Sozialismus immer unschärfer. Ab Ende der fünfziger Jahre hatte der Kibbuz schließlich seinen Platz in der israelischen Gesellschaft gefunden. Er sicherte seinen Mitgliedern einen relativen Wohlstand, der auch das Ergebnis von Lohnarbeit neuer unterprivilegierter Immigranten war: der meist orientalischen Bewohner von Entwicklungsstädten, das »Zweite Israel« genannt. Die Kibbuzmitglieder sahen sich selbst mehr und mehr als Teil des Mittelstandes.

Im Ergebnis des Junikrieges von 1967 versuchte vor allem der Kibbuz Meuchad, seine alte Doktrin zu erneuern, um das eroberte arabische Land mit Gemeinschaftsgründungen zu judaisieren und in die vertraute Sicherheitsdoktrin zu integrieren. Aber nur wenige Kibbuzim wurden im Westjordanland und auf dem Golan dauerhaft geschaffen. Auch seine Mitglieder waren nicht mehr die einstigen aktivistischen Pioniere. Angesichts der politischen Praxis traten die früher grundsätzlichen Differenzen zwischen den beiden Regierungsparteien Mapai und Achdut HaAvoda und ihren Kibbuzorganisationen zurück. Mit ihrer politischen Wiederannäherung schufen die früher verfeindeten Brüder die sozialdemokratische Avoda. Als sich 1980 auch ihre Kibbuzorganisationen Ichud HaKvuzot VeHaKibbuzim und Kibbuz Meuchad vereinigten, entstand die Vereinigte Kibbuzbewegung Takam.

Ihr blieb allerdings Kibbuz Arzi fern. Er setzte die linkssozialistische und friedensorientierte Tradition von Mapam fort, die in den Achtzigern im linksliberalen Parteienbündnis Meretz aufging.

In den neunziger Jahren wurden dann die letzten Symbole des Arbeiterzionismus getilgt: der Erste Mai, die rote Fahne, die Internationale. Und schließlich mußten auch die Zeitungen von Mapam, »Al HaMishmar«, und Histadrut, »Davar«, aus Kostengründen ihr Erscheinen einstellen. Hatte die Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren sich zuerst dem kulturellen Anspruch des Staates untergeordnet, büßt sie seitdem unaufhaltsam ihre kulturelle Hegemonie selbst in den Kibbuzim ein.²⁰

*Der Neue Kibbuz*²¹

Heute steht die Vereinigung der beiden großen Kibbuzverbände Takam und Kibbuz Arzi auf der Tagesordnung. Anders als in der Vergangenheit aber, sind die beiden Partner schwer angeschlagen. Nach einem stetigen Bedeutungszuwachs bis in die siebziger Jahre haben sie heute ihren unumstrittenen gesellschaftlichen und ökonomischen Platz verloren. Zwar sind ca. 125.000 Menschen Bewohner von Kibbuzim, aber ihr relativer Anteil an der jüdischen

hat sich heute grundlegend verändert. Zwar sind noch heute die Kibbuzim materielle Träger von schulischer Bildung. Doch vermitteln sie keine spezifischen Bildungsinhalte mehr. Es gelten dieselben Leistungskriterien wie in den staatlichen Schulen. Jugendarbeit ist auf die Freizeit verlagert und ist dort durch weitgehend selbstverwaltete Wohnbereiche charakterisiert. Die institutionalisierte Separierung von den Eltern wurde durch einen wiedererwachten »Familialismus« mit Wiederaufleben traditioneller Geschlechterrollen abgelöst. Kibbuzschulen und -kindergärten nehmen heute auch Kinder aus der Region auf, die hier bessere Lernbedingungen vorfinden. Abitur und Hochschulbildung gehören zum Ausbildungsstandard bei Kibbuzkindern, die so ihre Lebensperspektive außerhalb des Kibbuz finden können.

16 Die Pflege nachbarschaftlicher Beziehungen zu arabischen Dorfgemeinschaften war sehr häufig, ohne bewaffnete Übergriffe zu verhindern. Generell schuf jüdische Landnahme durch Abkäufe des Bodens arabischer Großgrundbesitzer ein Problem mit deren Landpächtern. Sie wurden zwar finanziell kompensiert, aber zu städtischen Lohnarbeitern. Nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948 wurde beschlagnahmtes Land auch Kibbuzim übergeben, die es trotz erklärter Solidarität mit den ehemaligen Bewohnern weiterhin bewirtschafteten.

17 Haim Barkai: Franz Oppenheimers Gesetz der Transformation. In: Wirtschaft und Gesellschaft,

Franz Oppenheimer und die Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin und Bodenbach 1999, S. 194.

18 Herausragend der Mapam-Überfall von 1954 auf den KPI-nahen Kibbuz Yad Channah, um die vorgeblichen Spione von der damaligen israelisch-jordanischen Waffenstillstandslinie zu vertreiben.

19 Der zunehmende Antisemitismus in der stalinistischen Spätphase hatte die Entfremdung der zionistischen Linken von der UdSSR beschleunigt und förderte auch ihre Spaltung. Der XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 gab den letzten Anlaß für ihre nunmehrige Fokussierung auf Israel und endgültige Abwendung von universalistischen Sozialismuskonzeptionen.

20 Von Ben Gurion wurde im Zuge seiner Politik der Staatlichkeit (»Mamlachtiut«) die Entwicklung »nationaler« und »unpolitischer« Jugendorganisationen propagiert. Der ehemalige Generalsekretär der Histadrut verbannte die Uniformen selbst der Gewerkschaftsjugend HaNoar Ha Oved VeHaLomed aus den Schulen und entzog das Bildungswesen – einschließlich der Kibbuzschulen – der gewerkschaftlichen Kontrolle.

21 Der Begriff wurde von Yehuda Harel, einstiger Direktor des Takam-Forschungsinstituts Yad Tabenkin geprägt. Harel wurde Anfang 1990 einer der Führer der Partei »HaDerech HaShlicht«, die sich dem Abzug aus dem Golan widersetzt. Er selbst lebt im Kibbuz

Bevölkerung liegt bei 2,7 Prozent. Ohnehin hatten sie jedoch nie mehr als um 7 Prozent der jüdischen Bevölkerung gestellt.²²

Israel hat sich zu einer modernen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft entwickelt. Seine Landwirtschaft hat sowohl für die Gesellschaft wie für den Kibbuz an Bedeutung eingebüßt. Wertmäßig wurde sie auch in der Kibbuzwirtschaft längst von Kunststoffproduktion, Metallverarbeitung oder dem Tourismus abgelöst. Gefragt sind heute weltmarktfähige Produkte. Als in den fünfziger Jahren Israel seine erste Industrialisierungswelle erlebte, galten noch die Bedingungen eines stark isolierten nationalen Marktes. Während dieser Phase dominierte der öffentliche Wirtschaftssektor, der Staat, Histadrut und Kibbuzim einschloß. Die sich daraus entwickelnden großen Konzerne sind heute überwiegend privatisiert. Bis in die siebziger Jahre war die mit der Landwirtschaft verbundene Basisindustrie der Kibbuzim privilegiert gewesen. Die mit der Rüstungstechnologie verbundene zweite Industrialisierungswelle nach dem Sechs-Tage-Krieg ging Ende der siebziger Jahre in eine dritte Industrialisierungsphase über. Obwohl die Kibbuzindustrie überproportional (7,5 Prozent Export bei weniger als 3 Prozent Bevölkerungsanteil) auch an dieser Industrialisierung beteiligt ist, ist ihr Anteil im High-Tech-Bereich gering. Der bestimmt die gegenwärtige Dynamik der israelischen Gesellschaft und Wirtschaft. Und so droht sich auch tendenziell das reale Pro-Kopf-Einkommen in den Kibbuzim zu verringern. Auch die in Israel alltägliche Ausbeutung asiatischer und osteuropäischer Vertragsarbeiter ändert nichts daran.

Insbesondere ist ihr Selbstwertgefühl beschädigt, denn Kibbuznikim sehen sich kaum mehr in nationaler Mission. Von Ben Gurion noch als nationale Ikone hochgehalten, mußten sie sich in den siebziger Jahren dann vom israelischen Regierungschef Begin als »Millionäre mit Swimmingpool« öffentlich diffamieren lassen.²³

Hingegen kamen alle sozialdemokratischen Regierungschefs aus der Kibbuzbewegung. Sie hatten die unbedingte politische Unterstützung der Kibbuznikim. Auch im Zeichen des neoliberalen »Dritten Weges« setzt sich diese familiäre Nähe fort. Doch die gesellschaftliche Perspektive des Landes wird dadurch nicht bestimmt. Mit dem nahenden Ende der historischen Rechts-Links-Konfrontationen wird auch dieses Verhältnis entmythisiert. So wie bereits in den neunziger Jahren die Histadrut ihr gesellschaftspolitisches Engagement auf die Interessenvertretung Lohnabhängiger konzentrierte. Mit »Israel achat«, ihrem Wahlbündnis von 1999, scheint sich die israelische Sozialdemokratie auch eine neue Form geben zu wollen.

Ohnehin werden nicht alle Enkel der früheren Pioniere ihr Erbe antreten. Nur ein Drittel der ca. 270 Kibbuzim werden wohl diesen Weg fortsetzen können. Bereits heute sind viele der ehernen Prinzipien des Kibbuz über Bord geworfen. Tradition und auch steuerliche Gründe verhindern den letzten formalen Schritt.²⁴ Nach seiner Hochzeit in den sechziger Jahren brach das kommunistische Kleinparadies mit seinen, scheinbar für die Ewigkeit bestimmten Regeln und Komitees zu ihrer Durchsetzung in den achtziger Jahren unter gewaltigen Kreditlasten zusammen. Die Mehrzahl der Kibbuzim

hatte sich übernommen, und Israels Hyperinflation traf sie fast durchgängig.²⁵

Nach 1989 wurde schließlich weltweit offensichtlich, daß auch das staatssozialistische Konzept gescheitert war. Der Aufstieg des Kibbuz von den zwanziger Jahren an hatte sich aber stets als Teil einer internationalen sozialistischen Bewegung vollzogen. Mit deren Krise befahl die Kibbuzim eine tiefe Lähmung. Nationale und internationale Beziehungen wurden nun verstärkt zu weltanschaulich und religiös motivierten Kommunebewegungen aufgebaut. Zudem aktivierte man verstärkt das eigene anarchistische Erbe.

Im Gefolge von ökonomischem Wettbewerb, von Warenverkehr und Kommunikation durchdringen die sozialen Kriterien der kapitalistischen Außenwelt mehr und mehr den Alltag der Kibbuzim. Obwohl noch immer präsent, verlieren ihre früher möglichen Formen und Inhalte eigener Kultur, von Alltagsgestaltung über Feste bis zur Basisdemokratie mit Rotationsprinzip, an Integrationskraft. Die modernen Medien, von Telefon bis Fernsehen, verstärken diese Effekte.

Die Attraktion der Stadt und die Gefahr der Überalterung ist in den Kibbuzim je nach ihrer geographischen und materiellen Situation stets präsent. Postindustrieller Zeitgeist des Global Village ist nun ebenso im Kibbuz zu Hause wie die Suche nach den ewigen Wahrheiten der Religion. Überproportional hoch ist unter den Kibbuznikim der Anteil humanistisch engagierter Jugendlicher. Ihr patriotischer Pazifismus ist zuweilen von nationalistischen Untertönen durchsetzt. Generell aber beziehen die Bewohner der Gemeinschaftssiedlungen von Takam und Kibbuz-Arzi Position für Israels säkulare demokratische Perspektiven.

Kibbuzeigene Bildungs- und Forschungsinstitutionen reflektieren wohl diesen Prozeß, doch bleiben die Kibbuzim auf diese Entwicklung schlecht vorbereitet. Denn von ihnen gehen keine neuen Impulse aus. Die Kibbuzbewegung hat heute ihren Charakter als gesellschaftliche und politische Bewegung weitgehend eingebüßt. Sie ist zudem ohne anerkannte Führungspersönlichkeiten, die die traditionell antiautoritären Kommunen integrieren könnten.

Wie einst bildet das kommunistische Verteilungsprinzip den Kern des aktuellen Dissenses. Die historische Debatte Genossenschaft versus Kommune wird nach 90jähriger Praxis erneut ausgetragen. Heute wird sie in Israel unter dem Begriff des Neuen Kibbuz geführt.

In vielfachen Varianten ziehen seit ca. zehn Jahren ökonomisches Denken und Leistungsprinzip ein. An diesen aufgezwungenen schmerzhaften Veränderungen drohen aber die Kibbuzim vielfach zu zerbrechen oder in Passivität zu fallen.²⁶ Grundvoraussetzung des Kibbuz besteht heute in seiner profitablen Teilhabe an der Marktwirtschaft, d.h. auch gemeinschaftliche Dienstleistungen werden auf den Markt gebracht. Die Großfamilie Kibbuz mit ihrer völligen Bedürfnisorientierung wird daher nur unter extrem günstigen wirtschaftlichen Bedingungen überleben. Doch für die Mehrheit der Kibbuzim könnte das reorganisierte gemeinschaftliche Eigentum eine neue Chance bedeuten. Leistungsbezogene Differenzen in der Lebenshaltung bei sozialer Basisabsicherung

Merom Golan.

22 Zugleich mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Krise der Kibbuzim reduzierte sich der Einfluß der Kibbuzverbände. Disziplinierung per Beschluß war fast unmöglich geworden. Abstimmungsgremien und Arbeitsgemeinschaften ohne Entscheidungskompetenz marginalisierten die gegebenen zentralistischen Strukturen. Dagegen gewann regionale wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit an Bedeutung.

23 Im Jahr 1977 bildete der rechtsnationalistische Likud erstmals eine israelische Regierung. Sie löste in Israels Kibbuzim einen Kulturschock aus. Ihr »Erbfeind« schürte demagogisch den »Sozialneid«. Dafür mußten ihre Speisesäle, Schwimmbäder und Kulturhäuser erhalten, die sie meist mit den Wiedergutmachungszahlungen ihrer Mitglieder finanziert hatten.

24 Dem widerspricht das gleichzeitige hartnäckige Festhalten an inneren Gleichheitsgrundsätzen und die Ablehnung von Hierarchien. Dabei gehört Außenarbeit heute ebenso wie Lohnarbeit zur Norm. Die Abführung sämtlicher Vermögen und Verdienste an das Kollektiv ist hingegen kaum zu kontrollieren. Notwendigerweise wurde die Basisdemokratie immer mehr formalisiert, oft delegiert und mehrheitlich medial ergänzt. Derzeit Priorität hat die rechtliche Qualifizierung des Kibbuz bis hin zu Rechtsrahmen für den Liquidationsfall.

25 Die staatliche Protek-

tion hatte die Kibbuzim nicht auf die neue Situation vorbereitet, und die Hyperinflation des Jahres 1984 ließ 90 Prozent der kreditgewöhnten Kibbuzim rote Zahlen schreiben. Für diesen riesigen Schuldenberg wollte der Staat nun nicht mehr aufkommen. Erst Anfang der neunziger Jahre wurde ein Abkommen mit den Banken getroffen, das bis weit in das nächste Jahrtausend noch die Kinder und Enkel zur bloßen Schuldentilgung zwingt. Innere und äußere Faktoren sind für den Ausbruch dieser Krise verantwortlich.

26 Als Folge grundsätzlicher Interessengegensätze sind Kibbuzim bei anstehenden Entscheidungen oft handlungsunfähig. Beispielsweise wurde im Frühjahr 1999 im Kibbuz Ginossar teilweise die Arbeit verweigert.

zeichnen sich bereits jetzt inmitten der vielbeschworenen Krise ab: Sozialismus als eigenverantwortete solidarische Gesellschaft muß neu gelernt werden.

Die egalitäre Normierung von Individuen und ihrer Bedürfnisse wird mehr und mehr durch Chancengleichheit abgelöst. Und damit kehren wir nach 90jähriger kommunistischer Praxis zu den Ausgangspunkten der gesellschaftlichen Debatte über Alternativen zum Kapitalismus zurück. Auch Chancengleichheit birgt, wie die einst geregelte Egalität, die Gefahr von Ungerechtigkeiten. Die Möglichkeiten des Kibbuz als Genossenschaft, Sozialismus als soziale Demokratie neu zu gestalten, werden neu zu ergründen sein.

An die Stelle idealer Gesellschaftsentwürfe aus dem Geiste des 19. Jahrhunderts tritt wieder praktische Bewegung.

Was bleibt?

Israel existiert als moderne hebräische Nation, deren Entwicklungshelfer die Kibbuzim waren. Nationale Selbstverwirklichung ist Voraussetzung internationaler Solidarität. Heute ist diese größte Kommunebewegung der Welt Teil der israelischen Gesellschaft.

Ihre Identität konnten die Kibbuzim unter den Bedingungen der Abgrenzung äußerer Einflüsse, ideell und praktisch aber eingebunden in historische Bewegungen, gewinnen. Doch blieb ihr eigener Einfluß auf die Außenwelt stets begrenzt. Ihr Fortbestehen bleibt an ihre stetige Weiterentwicklung gebunden, die sich den gegebenen gesellschaftlichen Umweltbedingungen stellt.

Weitere Literatur:

- Buber, Martin: Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung, 3. Auflage, Heidelberg 1985.
 Busch-Lüty, Christiane: Leben und Arbeiten im Kibbuz, Köln 1989.
 Fölling, W., Tobias Kriener (Hg.): Kibbuz-Leitfaden. 2. Auflage Frankfurt/Main 1994.
 Harel, Yehuda: Tabenkin's View of Socialism, Ramat Efal 1988.
 Heinsohn, Gunnar (Hg): Das Kibbuz-Modell. Bestandsaufnahme einer alternativen Wirtschafts- und Lebensform nach sieben Jahrzehnten, Frankfurt/Main 1982.
 Maron, Stanley: Kibbuz in a Market Society, Ramat Efal 1993.
 Melzer, Wolfgang, Georg Neubauer: Der Kibbuz als Utopie, Weinheim, Basel 1988.
 Near, Henry: The Kibbuz Movement. A History, 2 Bde., Oxford 1992 und 1997.
 Liegle, Ludwig, Theodor Bergmann: Krise und Zukunft des Kibbuz. Vom Wandel einer genossenschaftlichen Wirtschafts- und Lebensform, Weinheim, München 1994.
 Israel & Palästina. Zeitschrift für Dialog. Sonderheft 35. Das Ende des Sozialismus? Die Kibbuzbewegung im Prozeß der Selbstauflösung. Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. Frankfurt/Main 1994.

HELMUT SEIDEL

Aufklärung und die Gegenwart. Zur Kritik der »Dialektik der Aufklärung« von Adorno und Horkheimer

Ausgangspunkt ist die hypothetische Annahme, daß in den Fragmenten, die in der »Dialektik der Aufklärung« zusammengefaßt sind, noch vieles steckt, was – um mit Ernst Bloch zu sprechen – unabgegolten ist. Das schwer lesbare Buch enthält Ansichten und nicht wenige Einsichten, die der Beantwortung der Frage nach der Möglichkeit und Notwendigkeit von »Aufklärung heute« förderlich sein können.

In allgemeiner Form haben die Autoren der »Dialektik der Aufklärung« ihre Stellung zu dieser geistigen Haltung und ideellen Bewegung so bestimmt: »Wir hegen keinen Zweifel ..., daß die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken untrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, daß der Begriff eben dieses Denkens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft in die es verflochten ist, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet. Nimmt Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment nicht in sich auf, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal.«¹

Aufklärung ist also einerseits *conditio sine qua non* einer freien Gesellschaft, andererseits aber nur zu retten, wenn sie den Realisierungsprozeß ihrer Ideen radikaler, also an die Wurzeln gehender Kritik unterwirft. Diese Konstellation ist Sozialisten nicht unbekannt. Rosa Luxemburg unterwarf die sozialdemokratische Bewegung, die doch ihre eigene war, schneidender Kritik, um der Verwässerung der sozialistischen Idee und den schließlichen Verrat an ihr entgegenzuwirken. Wir folgen heute ihren Spuren, wenn wir die gescheiterten Versuche, die sozialistische Idee zu verwirklichen, kritischer Analyse unterwerfen; aber eben mit der Intention, diese zu retten. Eine exorbitant gemachte negative Kritik kann zur Folge haben, daß diese Intention in ihr Gegenteil umschlägt. Man gerät dann in die Lage jenes Advokaten, der seinen Klienten nur dadurch zu retten vermag, indem er ihn erschlägt. Die »Dialektik der Aufklärung« kann hierfür ein lehrreiches Beispiel sein. Adorno und Horkheimer konzentrieren sich nämlich bei ihrer Analyse von Grundzügen aufklärerischen Denkens fast ausschließlich auf jene Keime, die die heutigen Rückschritte bewirken und die gegenwärtig deutlicher sichtbar sind als zu der Zeit, in der die »Dialektik der Aufklärung« entstand – also vor mehr als einem halben Jahrhundert. Obwohl nicht intendiert, historisch sogar gerechtfertigt, führt

Helmut Seidel – Jg. 1929, Prof. Dr., Philosophiehistoriker, Leipzig.
Zahlreiche Publikationen, u.a.: Von Thales bis Platon, Berlin 1980; Aristoteles und der Ausgang der antiken Philosophie, Berlin 1984; Scholastik – Mystik – Renaissance – Philosophie, Berlin 1990; Baruch Spinoza, Hamburg 1994.

1 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/Main 1997, S. 3 (im folgenden DA).

Vortrag, der auf dem Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. »Die Aufklärung in der geistigen Auseinandersetzung unserer Tage« am 2. Juni 1999 in Dresden gehalten

wurde.

diese Konzentration zu einer Einseitigkeit, die in der Rezeptionsgeschichte des Werkes exorbitant gemacht und besonders sichtbar wird. Aufklärung wird hierbei als die Quelle denunziert, aus der die extremen Scheußlichkeiten des 20. Jahrhunderts entspringen. Da – so wird weiter gefolgert – Aufklärung an ihren Früchten erkannt ist, muß einer Neuauflage von Aufklärung entgegengewirkt, also antiaufklärerische »Aufklärung der Aufklärung« betrieben werden. Vor einer solchen Interpretation ist Adorno und Horkheimer in Schutz nehmen.

Als mit der Hegelschen Philosophie Vertraute machen sie mit dem Satz, wonach Philosophie in Gedanken gefaßte Zeit sei, ernst. Die Zeit, die sie in Gedanken zu fassen versuchen, ist die des zu Ende gehenden zweiten Weltkrieges und des noch nicht begonnenen kalten Krieges. Es ist die Zeit, in der Auschwitz zur brennenden Frage aller Antifaschisten wurde. Daß die »Dialektik der Aufklärung« ein antifaschistisches Buch ist, kann nicht bezweifelt werden. In ihm ist der Satz angelegt, daß derjenige, der über den Faschismus spricht, auch über den Kapitalismus sprechen muß.

Die Frage aller Antifaschisten lautete: Wie konnte es geschehen, daß in einer Gesellschaft, die die Aufklärung durchlaufen und andere zivilisatorische Fortschritte zu verzeichnen hatte, derartige Extreme zu triumphieren vermochten. Diese Frage bewegte die Autoren der »Dialektik der Aufklärung« ebenso wie Georg Lukacs. Ihre Fragestellung war die gleiche, nur fielen ihre Antworten gegensätzlich aus. Was beiden gegensätzlichen Seiten gemeinsam war, war Einseitigkeit.

Lukacs hielt den Vernunftsbegriff der Aufklärung hoch, verteidigte den Rationalismus und sah in den Irrationalismen die geistigen Kräfte, die die »Zerstörung der Vernunft« herbeiführten.

Horkheimer und Adorno dagegen legen den Vernunftsbegriff der Aufklärung unter die kritische Lupe und glauben dabei zu entdecken, daß in ihm die Möglichkeit, zum instrumentalen Verstand zu mutieren, schon angelegt war.

Der bezeichnete Gegensatz erklärt sich natürlich nicht primär aus geographischen Gegebenheiten, obwohl der kasachische Blickwinkel natürlich ein anderer ist als der amerikanische. Es sei allerdings vermerkt, daß ohne die Erfahrungen, die Horkheimer und Adorno als Soziologen in den USA machten, die »Dialektik der Aufklärung« so nicht zu schreiben gewesen wäre.

Der Unterschied zwischen Lukacs und den »Frankfurtern« erklärt sich eher aus divergierenden Hegel-Rezeptionen. Lukacs hatte im »jungen Hegel« sein Verhältnis zur »Phänomenologie des Geistes« und das zum Verhältnis von Hegel und Marx largestellt. Es ging ihm um eine Geschichtskonzeption, die notwendig Perspektive einschloß.

Die »Dialektik der Aufklärung« dagegen ist ein Vorbote der »negativen Dialektik«, die zwar Negation favorisiert, Negation der Negation aber deshalb eliminiert, weil sie Affirmation zum Resultat hat, das selber zu negieren ist. Es ließe sich vielleicht sagen, daß wir es hier immer nur mit dem »halben Hegel« zu tun haben. Die »kritische Theorie« ist eine schöne Elegie, der der Aufbruch zu neuen Ufern fehlt. Zwar heißt es: »die Aufklärung muß sich auf

sich selbst besinnen, wenn die Menschen nicht vollends verraten werden sollen. Nicht um die Konservierung der Vergangenheit, sondern um die Einlösung der vergangenen Hoffnung ist es zu tun.«² Das könnte nicht nur von Bloch unterschrieben werden. Da nun aber die Vergangenheit sich als Zerstörung der Vergangenheit und Gegenwart fortsetzt, bleibt der Weg zur Einlösung der Hoffnungen der Vergangenheit im Dunklen. Es bleibt nur eine ohnmächtig scheinende Kritik, um die sich der »Weltenlauf« nicht allzusehr kümmert.

2 DA, S. 5.

Trotzdem: Aufklärung ohne Kritik ist keine Aufklärung. Allerdings gilt auch Voltaires Satz: »Der wahre Philosoph denkt, um zu verändern.« Das Zielen auf Veränderung ist eigentlich jeder Kritik immanent. Wo konkrete Veränderung ausgeblendet wird, dort verwandelt sich beißende Kritik in zahnlose. Das war wohl auch ein Grund, warum sich die Akteure der 68er Studentenbewegung, die doch zunächst von Adornoscher Kritik – mehr freilich noch von der Herbert Marcuses – mächtig angezogen wurden, genau dann sich gegen ihn wandten, als konkrete Aktionen angepeilt wurden.

Der Titel des Buches ist mißverständlich. Wenn von Dialektik der Aufklärung die Rede ist, dann wird assoziiert, daß von den Widersprüchen innerhalb der Aufklärungsbewegung gesprochen wird, also etwa von der von Descartes und Spinoza herkommenden rationalistischen Linie einerseits und der von Locke herkommenden sensualistisch-empiristischen Linie andererseits. Davon wird allerdings kaum gehandelt. Es geht hier fast ausschließlich um das Verfolgen der rationalistischen Tendenz innerhalb der Aufklärung und um ihr Umschlagen in den Positivismus. Die Aufklärung wird weitgehend eindimensional gesehen, was sie gewiß nicht war.

Bei dem Versuch, einen Aufklärungsbegriff zu entwickeln, beginnen Adorno und Horkheimer mit dem Programm von Francis Bacon. Das könnte verwundern, da doch die Philosophie des englischen Lordkanzlers keineswegs eindeutig der rationalistischen Strömung zuzurechnen ist. Sie ist vielmehr noch ganz vom Geiste der Renaissance durchtränkt. Negativ gefaßt ist sie eine Absage an die Scholastik, die als unfruchtbar wie eine gottgeweihte Nonne bezeichnet wird. Auch die Antike gilt Bacon nicht mehr als der unerreichte Gipfelpunkt von Kultur und Wissenschaft. Eine Haltung, die am Beginn der französischen Aufklärung Fontenelle aufnehmen wird. Positiv gefaßt zielt das Programm auf ein regnum humanum, das mittels Wissenschaft und Technik zu inauguriert ist. Grundanliegen der Baconischen Philosophie ist die Begründung einer Erfindungskunst. Wenn schon zufällige Erfindung wie Kompaß, Kanone und Buchdruck Schiffahrt, Militärwesen und wissenschaftliche Kommunikation revolutionierten, was würde es wohl für Veränderungen, die ausschließlich als Verbesserungen verstanden werden, in der Gesellschaft geben, wenn das Erfindungswesen selbst revolutioniert würde? Wissen ist Macht! so lautet der wohl bekannteste Satz von Bacon. Zweifellos hat der in diesem Satze zum Ausdruck gebrachte Geist die Aufklärung durchweht, viele Bildungseinrichtungen haben ihn über ihre Tore geschrieben und bis heute wird er vielfach unreflektiert gebraucht,

3 DA, S. 10.

als würde er sich von selbst verstehen. Horkheimer und Adorno problematisieren diesen Satz, was weniger mit dem Begriff des Wissens als vielmehr mit dem der Macht zusammenhängt. »Trotz seiner Fremdheit zur Mathematik hat Bacon die Gesinnung der Wissenschaft, die nach ihm folgte, gut getroffen. Die glückliche Ehe zwischen dem menschlichen Verstand und der Natur der Dinge, die er im Sinn hat, ist patriarchalisch: Der Verstand, der den Aberglauben besiegt, soll über die entzauberte Natur gebieten.«³ Es sei hier die Bemerkung zwischengeschoben, daß es so einfach bei Bacon nicht ist; denn immerhin bemerkt dieser, daß der Natur nur unter der Bedingung zu gebieten ist, wenn man ihren erkannten Gesetzen folgt. Außerdem geht es in der Aufklärung nicht um eine Entzauberung der Natur – eine Wendung, die von Max Weber herkommt – sondern um die Korrektur zauberhafter Vorstellungen von der Natur. Überraschend auch, daß der Naturbegriff der Aufklärung, wie wir ihn etwa bei Diderot finden, nicht vorkommt. Der Naturbegriff der Aufklärung wird weitgehend auf das mathematisch-physikalische Weltbild beschränkt und diese Beschränktheit der Kritik unterworfen. Es heißt nun weiter: »Das Wissen, das Macht ist, kennt keine Schranken, weder in der Versklavung der Kreatur noch in der Willfähigkeit gegen die Herren der Welt. Wie allen Zwecken der bürgerlichen Wirtschaft in der Fabrik und auf dem Schlachtfeld, so steht es den Unternehmenden ohne Ansehen der Herkunft zu Gebot. Die Könige verfügen über die Technik nicht unmittelbarer als die Kaufleute: sie ist so demokratisch wie das Wirtschaftssystem, mit dem sie sich entfaltet. Technik ist das Wesen dieses Wissens. Es zielt nicht auf Begriffe und Bilder, nicht auf das Glück der Einsicht, sondern auf Methode, Ausnutzung der Arbeit anderer, Kapital.«⁴ Hier wird nicht nur ein Gegensatz von Aristoteles, dem das »Glück der Einsicht« höher stand als die Technik, und Bacon ausgesprochen, sondern das Wissen, dessen Wesen Technik ist, als Herrschaftswissen begriffen. Nun ließe sich Ähnliches auch bei Marx nachlesen; aber das Aussprechen einer Einsicht unter veränderten Bedingungen verdient Respekt. Allerdings zeigt sich auch hier die Einseitigkeit negativer Dialektik darin, daß nur der entfremdete Zustand von Wissenschaft und Technik betrachtet wird. Die positiven Seiten der Produktivkraftentwicklung bleiben unberührt. Wird jedoch diese als alleiniger Maßstab für Humanität gedacht, dann geht diese selber zu schanden. Und dies nicht nur unter kapitalistischen Bedingungen.

4 Ebenda.

Zur genannten Einseitigkeit gehört die Unterschlagung von Rousseaus Kulturkritik. Rousseau fragt nämlich danach, wohin denn die Realisierung des Baconschen Programms geführt habe. »Hat das Wiederaufleben der Wissenschaften und Künste (worunter die technischen zu verstehen sind – H.S.) zur Besserung der Sitten beigetragen?« Die Antwort ist bekannt: Keinesfalls, eher ist das Gegenteil der Fall. Der Gegensatz Bacon – Rousseau bezeichnet Dialektik der Aufklärung, die aber in der »Dialektik der Aufklärung« nicht vor kommt. Mehr noch: Gerade die Nichtberücksichtigung dieses Gegensatzes war ein Grund für den dialektischen Umschlag der Aufklärung in den Positivismus. Kant dagegen hat sich an diesem Gegensatz gerieben, auch wenn seine Dualitäten

keine Aufhebung desselben zu erbringen vermochten. Der Marxismus als ein Erbe der Aufklärung hat diesen Widerspruch in der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aufzuheben versucht. Leider wurden in der Folge die Produktivkräfte zu sehr als »revolutionäres Element« gefaßt, was zur Ignorierung ihrer inneren Widersprüchlichkeit führte. Darauf – wenn auch in einseitiger Weise – aufmerksam gemacht zu haben, ist vielleicht ein Verdienst der »Dialektik der Aufklärung«.

Kant hatte die Aufklärung als Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit erklärt. Zugespitzt ließe sich sagen, daß für Horkheimer und Adorno Aufklärung auch der Eingang des Menschen in größere Abhängigkeit der Menschen von immer undurchschaubarer werdenden Herrschaftsverhältnissen war. Eine knappe, zusammenfassende und handhabbare Antwort auf die Frage: Was ist Aufklärung? finden wir bei ihnen nicht. Es ist dies nicht die Folge mangelnder Abstraktionskräfte, sondern die einer Methode, die die Grenzen einer formallogischen, systematischen, Qualitäten ignorierenden und sinnentleerten Denkweise durchstoßen will. Der Hegel-Satz, wonach Philosophie nur als System als Wissenschaft möglich ist, hat für sie keine Geltung. Das Ergebnis ist, daß einzelne charakteristische Merkmale der Aufklärung unter die kritische Lupe genommen und entsprechend negativ gewertet werden.

Im Hintergrund lauert dabei eine Auffassung von Aufklärung, die in ihrer Einseitigkeit zugleich zu weit ist. Von einer Höhe aus wird Aufklärung betrachtet, von der aus die ganze Menschheitsgeschichte in den Blick kommt. Wenn das Programm der Aufklärung in der »Entzauberung der Welt« gesehen wird, dann beginnt Aufklärung mit dem Übergang vom Mythos zum Logos. Mehr noch: Im Mythos selber ist Aufklärung schon präsent. Die mythische Gestalt des Prometheus, der den Göttern das Feuer stahl und den Menschen Licht und Wärme brachte, wäre hierfür ein Beleg, der in der »Dialektik der Aufklärung« allerdings nicht angezogen wird. Was wäre die ganze Aufklärung ohne die Metapher Licht? Mythischer und metaphorischer Denkweise ist gemeinsam, daß in ihnen in Bildern gedacht wird. Sie unterscheiden sich dadurch, daß mythische Denkweise das »Eingebildete« als Realität nimmt, während metaphorischer die Analogie zugrunde liegt. Aufklärung, die sich einseitig auf den Logos stützt, sieht sie den Grund mythischer Denkweise im Anthropomorphismus, in der Projektion von Subjektiven auf die Natur. »Die Antwort des Ödipus auf das Rätsel der Sphinx: ›Es ist der Mensch‹ wird als stereotype Auskunft der Aufklärung unterschiedslos wiederholt.«⁵

Der Sieg des Logos über den Mythos ist in den Augen von Adorno und Horkheimer ein Pyrrhus-Sieg. Der Triumph des Logos hatte den Industrialismus zur Folge. Während der Animismus die Sachen beseelte, versachlichte dieser nun die Seelen. »Nicht bloß mit der Entfremdung der Menschen von den beherrschten Objekten wird für die Herrschaft bezahlt; mit der Versachlichung des Geistes wurden die Beziehungen der Menschen selber verhext.«⁶ In der Tat sind wir alle – ob wir es erkennen und nicht wollen oder nicht erkennen und wollen – den »verhexten Verhältnissen« der bürgerli-

5 DA, S.12/13.

6 DA, S. 34.

chen Welt unterworfen. Der Geld-Fetischismus macht es signifikant. »Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles. Ach, wir Armen.« – kann im Goethe-Jahr zitiert werden. Diese Armut, von der hier geredet wird, ist eine dem Wesen des Menschen entfremdete.

- Im Übergang vom Mythos zum Logos werden die alten Götzen gestürzt, nicht aber das Götzentum. Ein neuer Götze wird errichtet, dessen Wesen Herrschaft ist. Vor dessen Diktatur werden alle gleich gemacht und zur Einheit gebracht. »Die formale Logik war die große Schule der Vereinheitlichung. Sie bot den Aufklärern das Schema der Berechenbarkeit der Welt.«⁷ Was sich nicht berechnen läßt und keine Nützlichkeit besitzt, ist für sie verdächtig. Schon Platon hatte in seinen letzten Schriften die Zahl mit den Ideen gleichgesetzt – wenn auch noch in mythologisierender Weise. Die Autoren der »Dialektik der Aufklärung« bestehen darauf: Zum Kanon wird die Zahl in der Aufklärung. Hierbei wird der Zusammenhang von gesellschaftlichen Seinsformen und Denkformen deutlich gemacht. »Die bürgerliche Gesellschaft ist beherrscht vom Äquivalent. Sie macht Ungleichnamiges komparabel, indem sie es auf abstrakte Größen reduziert. Der Aufklärung wird zum Schein, was in Zahlen, zuletzt in der Eins nicht aufgeht; der moderne Positivismus verweist es in die Dichtung. Einheit bleibt die Losung von Parmenides bis auf Russel. Beharrt wird auf der Zerstörung von Göttern und Qualitäten.«⁸ Dem wäre zuzustimmen; die Frage ist nur, ob die Denkformen auf die eben bezeichneten zu reduzieren sind, oder ob nicht Denkformen wirken, die von einer Praxis geprägt sind, die über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist. Darauf wird zurückzukommen sein.

- Was die Zerstörung der Götter betrifft, so wird hier ein Hieb auf die Religion ausgeteilt, die im Menschen das Ebenbild Gottes sieht. »Vor den Göttern besteht nur, wer sich ohne Rest unterwirft. Das Erwachen des Subjekt (das sich eben im Übergang von Mythos zum Logos vollzieht H. S.) wird erkaufte durch die Anerkennung der Macht als Prinzip aller Beziehungen. ... Als Gebieter über die Natur gleichen sich der schaffende Gott und der ordnende Geist. Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen besteht in der Souveränität übers Dasein, im Blick des Herrn, im Kommando.«⁹ Der Hirt hütet nicht nur seine Schafe, er kommandiert sie; und schließlich werden sie von ihm geschoren.

- So lange Aufklärung – nach Auffassung von Horkheimer und Adorno – Berechnung und Kommando nicht grundsätzlich aufhebt, so lange erscheint sie als diktatorisch. Es ist aber ein Charakterzug von Diktatur, daß sie mit der Vermehrung ihrer Macht mit der Entfremdung von dem, worüber sie Macht ausübt, bezahlen muß.

- Eine »ahnungsvolle Allegorie der Dialektik der Aufklärung« sehen Adorno und Horkheimer in den Maßnahmen, die auf dem Schiff des Odysseus im Angesicht der Sirenen durchgeführt werden. »Das Epos enthält bereits die richtige Theorie.«¹⁰ Der Gesang der allwissenden Sirenen ist ebenso betörend schön, wie er gefährlich ist. Er kündigt von Selbstbefreiung und Selbstvernichtung. Die Ruderknechte des Grundbesitzers Odysseus kennen nur die Gefährlich-

keit des Liedes, nicht aber seine Schönheit. Die Gesellschaft hat ihnen schon die Ohren verstopft, noch bevor Odysseus ihnen Wachs in die Ohren träufelte. An ihre Ruderbank geschmiedet treiben sie im Rhythmus ihrer Ruder schläge das Schiff voran. Sie sind auf ihre Arbeit, die unter dem Kommando des Schiffseigners steht, konzentriert und lassen die Schönheiten des Meeres und erst recht den Gesang der Sirenen beiseite. Ihre Praxis schließt Schönheit wie Kunst prinzipiell aus. Der Rhythmus der Kommandowirtschaft auf dem Schiffe nimmt den Rhythmus der Maschinenwelt schon vorweg. Mehr noch: Dieser Rhythmus findet seine Fortsetzung im Parademarsch der Militärs und im Sturmschritt der SA. Diese und andere Kurzschlüssigkeiten haben Adorno und Horkheimer den Vorwurf eingehandelt, sie betreiben Vulgärökonomie und Vulgärsoziologie. In der Tat sind sie in provokante Eindimensionalität verliebt. Aber diese ergibt sich aus der Kritik entfremdeter Arbeit. »Die Ruderer, die nicht zueinander sprechen können, sind einer wie der andere im gleichen Takte eingespannt wie der moderne Arbeiter in der Fabrik, im Kino und im Kollektiv.«¹¹

Odysseus, »der andere für sich arbeiten läßt«¹², hat die Möglichkeit, eine andere, ihn selbst betreffende Maßnahme zu ergreifen. Er will den Sirenengesang hören und der Vernichtung seines bisherigen Daseins entgehen. Also läßt er sich an den Mast binden. »Er hört, aber ohnmächtig an den Mast gebunden, und je größer die Lockung wird, um so stärker läßt er sich fesseln, so wie nachmals die Bürger auch sich selber das Glück um so hartnäckiger verweigerten, je näher es ihnen mit dem Anwachsen der eigenen Macht rückte. Das Gehörte bleibt für ihn folgenlos ... Die Bande, mit denen er sich unwiderruflich an die Praxis gefesselt hat, halten zugleich die Sirenen aus der Praxis fern; ihre Lockung wird zum bloßen Gegenstand der Kontemplation neutralisiert, zur Kunst. Der Gefesselte wohnt einem Konzert bei, reglos lauschend wie später die Konzertbesucher, und sein begeisterter Ruf nach Befreiung verhallt schon im Applaus. So treten Kunstgenuß und Handarbeit im Abschied von der Vorwelt auseinander. ... Das Kulturgut steht zur kommandierten Arbeit in genauer Korrelation, und beide gründen im unentrinnbaren Zwang zur gesellschaftlichen Herrschaft über die Natur.«¹³ Das Gefesselte sein der versachlichten Seelen unter die verdinglichten Verhältnisse erscheint als Sinnbild der bürgerlichen Gesellschaft.

Der Sirenengesang kündigt aber gerade vom Entrinnen aus diesem unentrinnbaren Zwang, also von etwas »ganz Anderem«. Die Utopie des »ganz Anderem« läßt sich vielleicht mit dem Begriff »Heimat« in der Utopie von Ernst Bloch vergleichen – Heimat, in der noch keiner war, die aber allen in die Kinderstube schien. Immerhin aber hat hier das noch nicht erreichte Land einen Namen: Kommunismus. Und der Vorschein dieses Landes in Kunst und Philosophie wie der Weg zu diesem Topos werden nachgezeichnet. Bei Adorno ist derartiges nicht zu finden. Es bleibt beim Unsagbaren. Es scheint die abstrakteste Utopie, die je gedacht wurde.

Denkmotive, wie wir sie bei Schelling und bei Nietzsche finden, sind allerdings nachweisbar. Im Unterschied zu den Hegelschen Stufen – Kunst, Religion und Philosophie – stellte Schelling die

11 DA, S. 43.

12 DA, S. 40.

13 DA, S. 41.

14 F.W.J. Schelling:
System des transzenden-
talen Idealismus, in: Werke,
Stuttgart und Augsburg
1858, I. Abt., Bd. 3, S. 628.

15 Vgl. Helmut Seidel:
Affekt und Vernunft bei
Spinoza, in: La Etica de
Spinoza. Fundamentos y
Significado. Ediciones de la
Universidad de Castilla-La
Mancha. 1992, S. 341ff.

16 Vgl. Karl Marx:
Differenz der demokrati-
schen und epikureischen
Naturphilosophie, in: MEGA,
Frankfurt a.M. 1927. I. Abt.,
Band 1, I. Halbband, S. 10.

Kunst über die Religion und die Philosophie. Er bezeichnet die Kunst als das Organon der Philosophie. Ihre höchste Vollkommenheit erreicht die Einheit von bewußtlosen Schaffen der Natur und des bewußten Gestaltens in der menschlichen Geschichte eben in der Kunst, »weil sie ihm das Allerheiligste gleichsam öffnet, wo in ewiger und ursprünglicher Vereinigung in einer Flamme brennt, was in der Natur und Geschichte gesondert ist, und was im Leben und Handeln, ebenso wie im Denken, ewig sich fliehen muß.«¹⁴ In diesem Sinne könnte das »ganz Andere« als ein Reich der Kunst verstanden werden, in dem der Gegensatz von Kunst und Praxis als kommandierter Arbeit aufgehoben ist. Das Nietzschesche Denkmotiv besteht darin, daß der Mensch seine Fesseln, die ihn die Gesellschaft anlegt, durchbrechen muß, daß er die Gefahr und die Einsamkeit auf sich nehmen muß, daß er sich vernichten muß, um sich zu gewinnen. Daher sein Satz: Der Mensch ist etwas, das zu überwinden ist. Die Utopie vom »neuen Menschen« ist von der des »Übermenschen« nicht weit entfernt. Gewiß ist der Mensch veränderbar, gewiß kann der Affekt Liebe den Affekt Haß begrenzen, gänzlich aufzuheben ist dieser Gegensatz nicht. Das hat keiner klarer gesehen als Spinoza.¹⁵

Der Spinoza-Streit in der deutschen Aufklärung, ausgelöst durch das Gespräch Jacobys mit Lessing, begann mit Goethes Gedicht »Prometheus«. Der junge Marx nannte diese mythische Gestalt den »vornehmsten Heiligen im philosophischen Kalender«. ¹⁶ Wie schon erwähnt hat promethischer Geist die Aufklärung mitgeprägt. »Faust«, »Phänomenologie des Geistes« und Voltaires »Candid« haben das tätige Prinzip zum Resultat. Heute, wo wir weder in einem aufgeklärten Jahrhundert noch in einem Jahrhundert der Aufklärung leben, scheint Sisyphos Prometheus verdrängt zu haben. Beide Mythen, die seit Tizian stets Künstler inspirierten, stehen aber keineswegs im ausschließenden Gegensatz zu einander, wie im Anschluß an Camus nicht selten interpretiert wird. Was sie einigt, ist gerade das tätige Prinzip. Immerhin flehte Sisyphos: Laßt mir meinen Stein. Und für Aufklärung gilt die Metapher, wonach ich heute noch einen Baum pflanzen würde, auch wenn ich wüßte, daß morgen die Welt unterginge.

Was kann »Dialektik der Aufklärung« für eine heute dringend erforderliche Aufklärungsbewegung leisten und was kann sie nicht leisten? Ich beginne mit dem zweiten Teil der Frage. Eine »Bibel« für die Erneuerung einer Aufklärungsbewegung ist das Buch von Horkheimer und Adorno sicher nicht. Die exorbitante Kritik erstickt fast jeglichen Ansatz einer auf Perspektive ausgerichteten Programmatik. Ein Grund hierfür liegt in der von Adorno und Horkheimer angewandten Methode.

Im Anschluß an Aristoteles untersuchte Marx die sozial-ökonomischen Gegenständlichkeiten sowohl unter dem Gesichtspunkt ihrer stofflichen Charakteristika als auch unter dem Aspekt ihrer gesellschaftlichen Formbestimmtheiten. Das Verständnis des Unterschiedes zwischen der Relation Form – Inhalt und der von Stoff – Form ist für das Begreifen des »Kapitals« von grundlegender Be-

deutung. Während in der Inhalt-Form-Relation der Inhalt schon ein bestimmter ist, die Form sich auf die äußere Gestalt reduziert, ist die Stoff-Form-Relation dadurch gekennzeichnet, daß hier der Stoff als Möglichkeit gesetzt wird, geformt zu werden. Erst die Einheit von Stoff und Form macht Realität aus.

Marx legt in seiner Analyse den Schwerpunkt auf die Formbestimmtheiten. Dies auch deshalb, weil diese in der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft ungenügend berücksichtigt wurden. Dies führt aber keineswegs zur Eliminierung der Stofflichkeit. Die Gesellschaftskritik der Autoren der »Dialektik der Aufklärung« scheint radikaler zu sein, weil sie die Analyse der Formbestimmtheiten exorbitant machen, die stofflichen dagegen fast völlig unter den Tisch fallen lassen. Ihr Arbeitsbegriff macht es deutlich. Während Marx die Arbeit in ihrer allgemeinen Form als Stoff(!)wechsel zwischen Mensch und Natur fast, erscheint sie bei den Frankfurtern fast ausschließlich als entfremdete, kommandierte. Die »positive Seite« der Arbeit kann von »negativer Dialektik« nicht in den Griff genommen werden. Das bringt sie notwendig in einen Gegensatz zur sonst bewunderten »Phänomenologie des Geistes«. Marx sah das Große in diesem genialen Werk Hegels gerade darin, daß dieser »die Selbsterzeugung des Menschen als einen Prozeß faßt, die Vergegenständlichung als Entgegenständlichung, als Entäußerung und als Aufhebung dieser Entäußerung; daß er also das Wesen der Arbeit faßt und den gegenständlichen Menschen, wahren, weil wirklichen Menschen, als Resultat seiner eigenen Arbeit begreift.«¹⁷

Da dies ignoriert wird, bleibt auch das Verhältnis von Herr und Knecht in der »Dialektik der Aufklärung« höchst unvollständig und merkwürdig blaß.¹⁸ Der »Selbstverwirklichungsprozeß«, die durch Arbeit erzielten historischen Fortschritte ersticken immer in den damit verbundenen Regressionen. »Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts ist die unaufhaltsame Regression.« und weiter: »Die Macht des Fortschritts ist der Fortschritt der Macht.«¹⁹ Marx hatte das Bild gebraucht, wonach der Nektar des Fortschritts aus den Schädeln der Erschlagenen geschlürft wird. Seine Folgerung: Der Nektar muß in dem Menschen gemäßen Gefäßen kredenzt werden. Adorno und Horckheimer aber schütten den »Nektar« mit dem Bade aus.

Dies zeigt sich auch in ihrer Kritik an Marxens Unterscheidung zwischen dem Reiche der Notwendigkeit und dem Reiche der Freiheit.²⁰ Das Reich der Notwendigkeit bleibt für die Kritiker immer ein Reich der Herrschaft über die unversöhnte Natur. Diese »Herrschaft bis ins Denken selbst hinein zu erkennen vermöchte jene Notwendigkeit zu lockern, welcher als Zugeständnis an den reaktionären common sense der Sozialismus selbst vorschnell die Ewigkeit bestätigte. In dem er für alle Zukunft die Notwendigkeit zur Basis erhob und den Geist auf gut idealistisch zur höchsten Spitze depravierte, hielt er das Erbe der bürgerlichen Philosophie allzu krampfhaft fest. So bliebe das Verhältnis der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit bloß quantitativ, mechanisch, und Natur, als ganz fremd gesetzt, wie in der ersten Mythologie, würde totalitär und absorbierte die Freiheit samt den Sozialismus.«²¹ Selbst wenn

17 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEGA, a.a.O., Bd. 3, S. 156.

18 Vgl. DA, S. 41.

19 DA, S. 42.

20 Marx Kapital.

21 DA, S. 47.

zugestanden werden sollte, daß der erste, welthistorisch relevante Versuch, Sozialismus in reale Existenz zu bringen, charakterisierte Tendenzen aufzuweisen hatte, liegt die Ursache dafür keineswegs in den Unterscheidung von Reich der Notwendigkeit und Reich der Freiheit. Daß die »Versöhnung mit der Natur« mit der »Herrschaft« über sie unverträglich ist, mag sinnvoll sein. Das hebt aber die Naturgesetzmäßigkeiten ebenso wenig auf wie die Notwendigkeiten menschlicher Existenz.

22 Vgl. Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx /Engels Werke (MEW), Bd. 20, S. 17.

Daß das Vernunftreich, von dem die Aufklärer des 18. Jahrhunderts träumten, sich im historischen Fortgange als das Reich der schamlosen, alles berechnenden Plusmacherei erwies, ist wohl wahr und namentlich von Friedrich Engels wiederholt ausgesprochen worden.²² Es ist aber nicht wahr, daß die aufklärerischen Ideen für diesen Fortgang die Verantwortung trugen. Es waren andere Kräfte am Werk, die die Illusionen der Aufklärung zum platzen brachten. Der Positivismus ist nicht der legitime, sondern der illegitime Nachkomme der Aufklärung. Er ist weniger Fortsetzung der Aufklärung als vielmehr Abkehr von derselben. Der legitime Sohn der Aufklärung war die europäische Arbeiterbewegung, die im Marxismus ihren theoretischen Ausdruck fand. Man lese die Biographien der Begründer der Arbeiterbewegung: sie kamen durchgängig von aufklärerischen Positionen her. Die Brille, durch die sie das »Manifest« und das »Kapital« lasen, war in den Werkstätten der Aufklärung geschliffen worden. Die antikapitalistischen Tendenzen innerhalb der Romantik blieben insofern folgenlos, als diese rückwärts gewandt Aufklärung zum Gegenstand der Kritik machte. Hier berühren sich Romantik und »Dialektik der Aufklärung«. Zwar ist in letzterer Verklärung der Vergangenheit nicht anzutreffen, aber das »ganz Andere« scheint mir unter einem romantischen Schleier verborgen zu sein.

Wenn Engels von der Aufklärung sprach, dann hatte er immer eine Epoche vor Augen. Bei Adorno und Horkheimer schwimmt die Grenze zwischen Aufklärung als Epochenbegriff und Aufklärung als eine geistige Haltung, die in verschiedenen Epochen anzutreffen ist. Ich habe an anderer Stelle versucht, den Begriff der Aufklärung als Epochenbegriff zu entwickeln, an der auch die charakteristischen Merkmale dieser Epoche zur Sprache kommen.²³

23 Vgl. Helmut Seidel: Philosophiehistorische Bemerkungen zum Begriff »Aufklärung«, in: Johann Sebastian Bach und die Aufklärung. Bach-Studien 7, Leipzig 1982, S. 12ff.

In diesem Vortrag, der einer unter mehreren ist, habe ich meine Auffassung von der »Dialektik der Aufklärung«, genauer: von ihrer Grundkonzeption zum Ausdruck bringen wollen. Meine Kritik endet keineswegs mit der Aufforderung, das Buch zur Seite zu legen. Besonders die Fragmente »Kulturindustrie, Aufklärung als Massenbetrug« und »Elemente des Antisemitismus« enthalten Einsichten, die künftige Aufklärung aufnehmen und weiterführen muß. Das Studium der »Dialektik der Aufklärung« kann vor allem eins: Es kann vor unkritischer Blauäugigkeit in Sachen Aufklärung schützen helfen.

WLADISLAW HEDELER

Roy und Zhores Medwedew zum 75.

Als Roy Aleksandrowitsch Medwedew und sein Zwillingsbruder Zhores am 14. November 1924 in Tbilissi das Licht der Welt erblickten, war die Partei- und Staatsführung ihres Landes wieder einmal zerstritten. Sieben Jahre nach dem Oktober, dessen Jubiläum zum ersten Mal ohne Lenin gefeiert wurde, stand Sowjetrußland vor neuen Aufgaben, hatte sich eine Reihe von Schwierigkeiten, die durch das Wachstum bedingt waren, angehäuft. In dieser Situation setzten sich in der russischen Kommunistischen Partei jene Führungsmitglieder durch, die für eine Weiterführung des bisherigen Kurses waren und eine Revision des Bolschewismus im Namen des Leninismus ablehnten. Stalin gehörte zu den Parteimitgliedern, die darauf Wert legten, lediglich zu bestimmen, wie man die Geschichte des Oktobers *nicht* schreiben solle. Mit einer eigenen Darstellung ließ sich der Generalsekretär viel Zeit. Als er seine Lesart der Geschichte der KPdSU(B) 1938 endlich in Massenaufgaben in Gestalt des »Kurzen Lehrgangs« publizieren ließ, standen für ihn auch die »Sündenböcke« fest. Roys Vater wurde, wie viele andere, verurteilt und starb im Gulag an der Kolyma. Oleg Fedotowitsch Suwenirow hat in seinem Buch über die Tragödie der Roten Armee 1937-1938 (Moskau 1998) auch die persönliche Tragödie des Divisionskommissars Medwedew skizziert.

Nach dem Armeedienst von 1942 bis 1945 studierte Roy Medwedew von 1946 bis 1951 an der philosophischen Fakultät der Leningrader Universität. Danach ging er als Geschichtslehrer aufs Land und wurde 1956 – in diesem Jahr wurde sein Vater rehabilitiert – Kandidat der KPdSU. Von 1958 bis 1961 arbeitete er als Redakteur bzw. stellvertretender Direktor im Staatsverlag des Ministeriums für Volksbildung, von 1961 bis 1970 als Oberassistent an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR. Für die Zeit danach findet man in den einschlägigen Handbüchern die Angabe »Publizist«. 1989 gehörte der Dissident zu den gewählten Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR. Seinem Antrag, ihn wieder in die KPdSU aufzunehmen trug die Zentrale Parteikontrollkommission Rechnung.

Zwanzig Jahre zuvor war Medwedew wegen seines Buches »Vor dem Richterstuhl der Geschichte« aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Brüder Shores und Roy hatten ihr Thema gefunden und gingen es gewissermaßen arbeitsteilig an. Roy übernahm den gesellschaftswissenschaftlichen Part und schrieb über dreißig Bücher, die in vierzehn Sprachen übersetzt und in über zwanzig

Staaten vertrieben wurden. Die wichtigsten Publikationen liegen in deutscher Übersetzung vor, einige Artikel aus der Feder von Roy als auch von Shores Medwedew sind in »UTOPIE kreativ« veröffentlicht worden. Shores wandte sich den Naturwissenschaften zu. Seine 1962 fertiggestellte Studie über Lyssenko und dessen Feldzug gegen die Genetik rief sofort die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und die »Prawda« auf den Plan. Der Autor wurde im Mai gleichen Jahres verhaftet und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Nach seiner Entlassung reiste Shores nach Großbritannien aus.

In seinem neuesten Buch über Andropow beschreibt Roy Medwedew eine der letzten Kollisionen mit der Staatsmacht. Im August 1968 hatte KGB-Chef Juri Andropow den ersten Auskunftsbericht über den Dissidenten auf dem Tisch. Damals schlug er der Abteilung Propaganda des ZK vor, Roy Medwedew vorzuladen und mit ihm über ein Buchprojekt über eine interessante Zeitspanne in der Geschichte der Sowjetunion zu sprechen. Der Preis für das Entgegenkommen sollte der Verzicht auf die Publikation des Buches über Stalin sein. Die von Andropow angesprochene Abteilung war an einer Zusammenarbeit aber nicht interessiert und leitete den Vorgang an die Kommission für Parteikontrolle weiter. Im August 1969 wurde der uneinsichtige Autor aus der KPdSU ausgeschlossen. Seine Auffassungen, lautete die Begründung, seien mit der Mitgliedschaft in der KPdSU nicht vereinbar.

Als Mitbegründer und Kovorsitzender der Sozialistischen Partei der Werktätigen setzte sich Medwedew während des Prozesses gegen die KPdSU, der vom 26. Mai bis zum 30. November 1992 vor dem Verfassungsgericht geführt wurde, als Zeuge für seine Genossen ein. Inzwischen liegen mehrere Publikationen vor, die den Verlauf der Verhandlungen und die Anhörung der Zeugen dokumentieren. Sowohl diese als auch die anderen schon erwähnten Publikationen des Jubilars bieten nach wie vor genug Stoff zum Nachdenken und zur Diskussion mit dem Autor.

ANNELIESE BRAUN

Zwischen Produktion und Reproduktion des Lebens – marxistische und feministische Ideen vor gemeinsamen Herausforderungen?

Zwischen marxistischen und feministischen Herangehensweisen finden sich noch allemal kaum Brückenschläge, statt dessen erhalten fest sitzende Vorurteile und Berührungängste auf beiden Seiten immer wieder neue Nahrung. Damit werden Tabus installiert, welche es be- und verhindern, daß auf herangereifte Probleme befreiend reagiert, die sogar dazu führen, daß emanzipatorisches Handeln als überholt und illusionär verteufelt wird.

Feminismus und klassischer Marxismus – zwei (noch) getrennte Theorieteile?

Ob und wie marxistische und feministische Ansätze zu aktuellen Problemlösungen finden, zeigt sich derzeit vor allem daran, welche Alternativen zur Erwerbsarbeit sie jeweils anzubieten haben. Dahingehend wurden potentielle Alternativen untersucht, wie gesellschaftliche Kontrolle des Marktes, soziale Grundsicherung, Arbeitszeitverkürzung, Ersatzarbeitsmärkte, feministische Projekte, dualistisches Wirtschaften, Barefoot Economy (Braun, 1998: 113ff.). Es zeigte sich u.a., daß emanzipatorische Handlungen schon deshalb kaum zustande kommen, weil antipatriarchale Positionen noch immer mehrheitlich als eine »Frauenfrage« angesehen werden und damit als ein Problem benachteiligter sozialer Gruppen, wie auch von Jugendlichen, Älteren, AusländerInnen, Behinderten u.ä.m. Marxistische Überlegungen werden damit (noch?) kaum entsprechend erweitert und bereichert. Und das, obwohl vor allem »sozialistische Feministinnen« Ergebnisse hervor brachten, die über Gruppensichten weit hinausgehen. U. Beer, F. Haug und A. Phillips z. B. kritisierten marxistische Arbeiten wegen der in ihnen enthaltenen patriarchalen Sichten und deckten damit eine ganze Reihe von blinden Flecken des Marxismus hinsichtlich der Reproduktion des Lebens auf. Dazu gehören z. B. die ungleichheitliche Behandlung von Haus- und Familienarbeit, die weitgehende Ausblendung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, patriarchale und hierarchische Sicht- und Handlungsweisen. Diese »blinden Flecken« erweisen sich heute um so hinderlicher, als ein Paradigmenwechsel herangereift ist, der die Dominanz der patriarchal organisierten profitorientierten Produktion von Mitteln zum Leben überwinden müßte, wenn auf dieser einen Erde Lebensgrundlagen nicht von den Menschen selbst irreversibel zerstört werden sollen. Diese Probleme gehen über Frauensichten und -fragen hinaus und berühren gesellschaftliche Beziehungen und deren

Anneliese Braun forscht zu arbeitsmarktpolitischen, sozial- und frauenpolitischen Fragen, beschäftigt sich mit feministischen Positionen und nichtpatriarchalen Alternativen.

Überarbeiteter Vortrag, der auf der Konferenz »Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert«, März 1999 in Eigersburg gehalten wurde.

Ursprünge, die sowohl Frauen wie Männer sozial prägen, wenn auch unterschiedlich und z.T. konträr. Deshalb ist zu fragen, ob eine marxistische Gesellschaftstheorie und -politik überhaupt verändern kann, wenn sie patriarchale Beziehungen nicht als ein Element von Theorie einbezieht?

Viele Erfahrungen dieses Jahrhunderts zeigen, daß ein Herangehen entweder nur aus antipatriarchaler oder nur aus Klassensicht emanzipatorische Bewegungen hemmt und schließlich deformiert. So erwies sich die Beschränkung staatssozialistischer Länder auf die Lösung der »Klassenfrage«, die vorgeblich das »Gleichberechtigungsproblem« mit einschließen sollte, als eine der Ursachen für ihre Implosion. Die Klassensicht bedeutete faktisch, sich auf Veränderungen in der Produktion von Mitteln zum Leben zu konzentrieren und diese als dominant gegenüber der unmittelbaren Reproduktion des Lebens zu behandeln. Das fand u.a. seinen Ausdruck in der offiziellen Diktion, welche die »ökonomische Effektivität« als Voraussetzung für die »soziale« ansah. Dadurch gerieten allerdings die sozialismusakzeptierten Triebkräfte ins Abseits und es ging schließlich faktisch um eine »nachholende Modernisierung«. In den »Aufbruchjahren« (in der DDR vor allem in den Vierzigern und Fünfzigern) strebten nicht wenige Frauen zunächst eine allseitige Entwicklung an: sich sowohl zu qualifizieren, als auch eine Familie mit Kindern zu bilden, eine harmonische Ehe zu führen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jedoch entstanden vor allem ab den sechziger Jahren deutliche Schwierigkeiten, diese Absichten durchzuhalten. Parallel damit gingen antipatriarchale Ansätze zurück und Sozialismusziele reduzierten sich schließlich vorwiegend auf Wirtschaftswachstum und Konsumtion.

Weitere Beispiele liefern Versuche alternativer Entwicklungen in der patriarchalen kapitalistischen Gegenwart selbst, wie manche selbstorganisierten Basisaktivitäten, u.a. (noch?) überwiegend patriarchal handelnde Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, Barefoot Economy u.a.m. (Braun in: Das Argument, Heft 4/1998, 487ff.). Hat die Tatsache, daß sie bisher mehr oder weniger Nischen blieben und stärker von politischen Aktivitäten angetrieben wurden, als sie diese wiederum voranbrachten, vielleicht auch damit zu tun, daß sie antipatriarchale Entwicklungen nicht oder kaum anstrebten und damit Veränderungen in der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit zu wenig realisierten? Höchstens setzt sich noch die Auffassung durch, daß auch Männer ihr Verhalten ändern müßten. Dementsprechende Aktivitäten verbleiben aber in der Regel im Rahmen von »Geschlechterforschung« oder »Körperpolitik«, ohne die Zusammenhänge zur Umorientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit wahrnehmen zu wollen. Auf diese Weise bleibt die Anerkennung ganzheitlicher feministischer Positionen, so sie erfolgt, überwiegend halbherzig.

Auch die Ökologiebewegung blieb bisher meist patriarchal organisiert. In der Ökologiebewegung sind viele Frauen aktiv. Soziale Inhalte und damit geschlechterbezogene Diskurse aber stehen vielfach neben ökologischen Zielen, die vor allem in den Wissenschaften überwiegend noch patriarchal organisiert sind (von Weizsäcker, BUND u.a.). Ökologische Krisen werden von den meisten ihrer

TheoretikerInnen nicht als eines der Probleme wahrgenommen, zu dessen Lösung antipatriarchale Beziehungen beitragen könnten. Zwar wird es den AktivistInnen in der Ökologiebewegung zunehmend bewußt, daß ein komplexes Herangehen notwendig ist, um für ökologische Ziele zu mobilisieren (Al Gore). Antipatriarchale Vorstellungen oder gar ihre Verknüpfung mit ökologischen Grundanliegen bleiben nach wie vor in der Minderheit (z. B. Döge).

Als Reaktion darauf setzen Ökofeministinnen hinwiederum auf ebenfalls einseitige radikalfeministische Herangehensweisen (u. a. Mies, Shiva, Salleh). Mies z. B. sieht eine Klammer ökofeministischer Aktivitäten, indem sie die Kolonialisierung der Natur durch den »weißen Mann aus dem Westen«, der Frauen durch die Männer und der »Dritten Welt« durch den »Norden« anprangert, die wiederum durch männliche Hegemonie geprägt ist. Verkürzt ausgedrückt, laufen die Lösungsvorstellungen hierbei wiederum auf radikalfeministische Utopien hinaus, wie sie sich in der »Subsistenzperspektive« darstellen, auch wenn nicht generell gegen Männer, sondern gegen die weißen westlichen Männer, in denen sich die Wurzeln der Kolonialisierung konzentrieren, angegangen wird. Dieser Ansatz ist also ebenfalls einseitig, verwirft klassische marxistische Traditionen, ohne sie kritisch aufzuheben und zu verändern, kommt zu kleinbürgerlichen Alternativen, die Freiheit in der Notwendigkeit suchen und daher in sich stets Quellen neuer patriarchaler kapitalistischer Verhältnisse enthalten.

Auf der anderen Seite scheinen aber auch feministische Gruppen höchstens Nischen zu besetzen. Manche von ihnen streben zwar basisdemokratisch antipatriarchale Ziele an, orientieren sich aber einseitig auf Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und gehen nicht bis zur Umgestaltung aller Beziehungen in der Reproduktion des Lebens weiter. Z. B. bewegt sich Bettina Roß mit ihrer Utopie der Geschlechterverhältnisse »jenseits der Konzeption zweier bipolarer Geschlechter«, bei der sie sich vor allem auf die androgyne utopische Gesellschaft bei LeGuin beruft (Roß, 248).

Zudem bindet der Überlebenskampf um immer knappere finanzielle Mittel Kräfte, reduziert bereits den Kreis der feministischen Aktivitäten und erschwert es, Netzwerke lokaler und überregionaler Art aufrechtzuerhalten. Auch feministische Gruppen sind nicht frei von einer schleichenden Resignation, die aus dem Anschein resultiert, keine Alternative zur patriarchal kapitalistischen Gesellschaft zu haben, die vorläufig gesiegt hat. »Ich bin für kleine Utopien und gemeint sind (meine) Freundinnen.« (beiträge, Heft 39, Editorial, 11).

Feministinnen, die »postmoderne« Theorien aufgreifen, dekonstruieren schließlich faktisch feministische Positionen, indem sie ihren vorgeblichen Gegenstand »die Frau« in Frage stellen (u. a. Butler in: Benhabib u. a., 31 ff., 122 ff.). Der Differenz-Diskurs hat aber zugleich viele ehemals verdrängte oder unbeachtete Seiten des Frauseins ans Licht gebracht. Die von ihm geübte Kritik macht bewußt, daß eine Frau eben auch ein Berufswesen, ein Klassenwesen, eine Mutter oder Nicht-Mutter, eine Hetera oder Lesbe, ethnisch, altersgruppenspezifisch usw. motiviert ist. Damit wird die längst als beantwortet geglaubte Frage nach der Identität einer Feministin

wieder aufgeworfen. Und hier treffen sich feministische und marxistische Überlegungen im Weitergehen, weil beide vor der Herausforderung stehen, von einem – mehr oder weniger wichtigen – Teilaspekt der Reproduktion des Lebens, dem sie sich bisher jeweils verschrieben haben, den Zugang zur Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit zu finden. Das bedeutet für beide u. a. zu lernen, pluralistisch heranzugehen. Fazit: Nicht nur für MarxistInnen kann die Auseinandersetzung mit FeministInnen einen notwendigen Schritt zu neuen Ufern bedeuten, auch für FeministInnen kann der Marxismus auch heute noch eine Herausforderung bilden – diesmal weniger unter der Frage, was er zur Lösung des Gleichberechtigungsproblems zu bieten hat (wie in den siebziger Jahren), sondern unter dem Aspekt, wie die Einbeziehung feministischer ganzheitlicher Anliegen in marxistische Anschauungen diese und wiederum auch feministische Vorstellungen erweitern und bereichern kann. Beide könnten damit einen Teil ihrer Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen.

Eine konkrete Utopie, getragen von marxistischen und feministischen Ansätzen?

Eine konkrete Utopie im Blochschen Sinne wird dadurch herausgefordert, daß die warenförmige profitorientierte Produktion von Mitteln und von Pseudo-Mitteln¹ zum Leben sich inzwischen zur absoluten Dominanz über die unmittelbare Reproduktion des Lebens entwickelt hat. Damit zieht die global organisierte Vermarktung tendenziell alle Lebenstätigkeiten in sich hinein, deformiert und zerstört sie. Eine konkrete Utopie findet im Mainstream-Denken auch unter Linken derzeit kaum einen Platz, eher noch unter FeministInnen. Dem liegt vor allem zugrunde, daß nicht wenige Linke bewußt oder unbewußt zum patriarchalen Kapitalismus keine Alternative mehr sehen und sich deshalb auf das nach ihrer Auffassung Machbare beschränken, auf weitere Vermarktung, auf Teilhabe an der Macht usw. Bei Lichte besehen verunsichert dieses Paradoxon, weil sich mannigfaltige praktische Entwicklungstrends, sei es auf dem sowieso viel beschworenen Umweltgebiet, sei es Gesundheits- und Altersvorsorge, seien es Ausbildung und Lebensbedingungen der jüngeren Generationen sich faktisch auf längere Sicht zweifellos bereits auf einer Abwärtsspirale bewegen. Selbst VertreterInnen aus Oberschichten suchen nach einem Paradigmenwechsel (wie R. Dahrendorf, 49f., 78f., 258ff.).

Konkrete Utopien motivieren zu alternativen Handlungen. Diese beginnen im Rahmen des patriarchalen Kapitalismus, gehen aber irgendwann und zunächst auf einigen Gebieten über ihn hinaus, wenn sie tatsächlich Lebensgrundlagen erhalten wollen und können. Hierbei sind derzeit Aktivitäten vieler Minderheiten gefragt, die lernen, sich pluralistisch zu vernetzen, die neue Bewertungen und Strukturen schaffen und damit schließlich auch die etablierten PolitikerInnen unter Zugzwang setzen. Mit einer solchen »stillen Revolution von unten« sind weder Pfründe noch Ehren zu gewinnen. Den derzeitigen Handlungsbedingungen wird das chinesische Sprichwort »Laßt alle Blumen blühen!« am besten gerecht, denn noch weiß niemand zu sagen, welche alternativen Aktivitäten sich

1 Als »Pseudo-Mittel zum Leben« werden hierbei diejenigen (fiktiven) Waren bezeichnet, die im Zuge der Vermarktung Ressourcen und Arbeitsergebnisse umfassen, die primär in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens hervorgebracht werden. Dazu gehören vor allem Naturressourcen, die Arbeitskraft, persönliche Dienstleistungen. Vgl. auch Fußnote 6.

in welcher Form, wann und unter welchen Bedingungen gewissermaßen »häuten«, um schließlich neue Strukturen hervorzubringen.

Nach Alternativen zu suchen, gründet sich auf die Wendepunkte, die seit den sechziger/siebziger Jahren zu verzeichnen sind und die einen Wertewechsel bedingen und ermöglichen. Diese sind vor allem dadurch gekennzeichnet, daß eine tatsächliche oder potentielle Sättigung mit notwendigen Mitteln zum Leben in Industrieländern und bei anderer Organisation auch in industriell noch weniger entwickelten Ländern begonnen hat; mit Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum, die Erwerbsarbeit und die Warenwirtschaft, die anfangen, in ihren bisherigen gesellschaftlichen Formen überflüssig zu werden und angesichts damit verbundener Expansionsgrenzen immer mehr das Leben selbst vermarkten (z.B. Körpermarketing). Mit der Herausbildung der Wissensangestellten zu einer speziellen Gruppe der Erwerbstätigen entwickelten sich Möglichkeiten, daß Lohnarbeitende sich selbst zukunftssträchtige Ressourcen aneignen können. Diese und weitere Veränderungen werden verdeckt, indem materieller Überfluß für die Kapitalverwertung angelegt und damit letztendlich aus einer potentiellen Grundlage für Freiheit in notwendige Arbeit umgewandelt wird, mit neuen Disziplinierungsstrukturen, wie sie Fromm, Marcuse, Elias erst im Keim erkannten. Vor allem Feministinnen wie F. Haug, M. Mies, C. Möller, G. Notz haben aus unterschiedlichen Positionen heraus die selbstzerstörerischen Trends globaler und tendenziell totaler Vermarktung kritisiert und sich für Alternativen eingesetzt. Die inzwischen veränderten Bedingungen erfordern sowohl von FeministInnen als auch von MarxistInnen, anders heranzugehen als bisher.

Infolge der tendenziell totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten reicht eine Veränderung allein der »Produktionsverhältnisse« und der »Produktionsweise«, mit denen Marx in »Das Kapital« die Beziehungen bei der »Produktion von Mitteln zum Leben« untersuchte und bei denen er die »Ware« als die Elementarform des Reichtums darstellte, (MEW, Bd. 23: 49ff.) nicht mehr aus. Widerstandspotentiale können sich auf die von Marx und Engels in »Die deutsche Ideologie« behandelte »Reproduktion des Lebens« stützen, die beide große Bereiche in ihrer Ganzheit umfaßt (MEW, Bd. 3: 20, 28-30; vgl. auch U. Beer, 229). Marx und Engels selbst haben diese Ganzheit später nicht untersucht, aber auch nicht dementiert. Engels kam noch 1884 im Vorwort zu »Der Ursprung der Familie ...« ausdrücklich darauf zurück (MEW, Bd. 21: 27f.). Diese Ganzheit zu analysieren, erfordert es, beide Reproduktionsbereiche in ihrer Interdependenz zu berücksichtigen. Ein erster Versuch führt mindestens zu folgenden Denkschritten: Erstens geht es um eine Umorientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit und damit darum, inwieweit alternative Herangehensweisen entstehen, indem vom Standpunkt der Produktionsverhältnisse zu einer Sicht auf die »Reproduktionsverhältnisse des Lebens« weitergegangen wird. Zweitens ergibt sich aus dieser Umorientierung, daß sich hierbei Klassen- und patriarchale Verhältnisse grundsätzlich in ihrer Symbiose verändern. Drittens sind mit den genannten Umorientierungen letztendlich vielfältig strukturierte

Widerstandspotentiale zu entdecken und ein längerfristiger Weg, auf dem sich nichtpatriarchale und nichtkapitalistische Alternativen herausbilden können. Ich beschränke mich auf Fragen, die mit dem ersten Schritt zusammenhängen.

Reproduktionsverhältnisse des Lebens

Reproduktionsverhältnisse des Lebens² hypothetisch in die Analyse einzuführen, gehört zu den Konsequenzen, die sich aus der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit ableiten lassen. Dem liegt zugrunde, daß sich die Reproduktion des Lebens in der Produktion von Mitteln zum Leben (Produktionsweise) und in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens vollzieht. Menschen gehen dabei Reproduktionsverhältnisse des Lebens ein, die sich aus den Produktionsverhältnissen und den Verhältnissen in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens zusammensetzen. Das bedeutet, (soziale) Geschlechter- und Klassenverhältnisse in ihren Verschränkungen zu berücksichtigen. Die Reproduktionsverhältnisse des Lebens bestimmen zusammen mit den Lebenskräften (die sich aus den Produktivkräften und den unmittelbaren Lebenskräften konstituieren) die Art und Weise der Lebenstätigkeiten. Diese hinwiederum bestehen aus Tätigkeiten zur Produktion von Mitteln zum Leben und aus Tätigkeiten in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, wobei die zuletzt genannten sich aus »Reproduktionsarbeit« und »Quasi-Reproduktionsarbeit«³ zusammensetzen. Lebenstätigkeiten umfassen notwendige und freiheitliche Beschäftigungen, die zur Reproduktion des Lebens dienen. Im patriarchalen Kapitalismus⁴ umfassen Reproduktionsverhältnisse des Lebens alle patriarchalen und Warenverhältnisse, einschließlich der fiktiven, in ihren jeweiligen Verschränkungen. Naturalwirtschaftliche Nischen sind in der Regel direkt und indirekt mit ihnen verbunden.

Patriarchale Verhältnisse entstanden historisch gesehen, weil beide Bereiche der Reproduktion des Lebens sich nicht gleichermaßen dem direkten Eindringen von tributären⁵ und Warenbeziehungen öffneten. So war Reproduktionsarbeit nicht in Tributen oder Waren zu vergegenständlichen, ohne die Gefahr irreversibler Schäden für die Reproduktion der Gattung heraufzubeschwören. Versuche dazu gab es historisch. In dieser Richtung könnte der ethnographisch z. B. für die Warlpiri in der zentralaustralischen Wüste überlieferte Austausch von Fleisch auf seiten der Männer gegen Söhne auf seiten der Frauen interpretiert werden. Er überholte sich schließlich und wurde zum bloßen Ritual, weil die darin noch enthaltenen Reste von Gegenseitigkeit in den Beziehungen der sich herausbildenden Dominanz persönlicher Abhängigkeits- und versachlichter Verhältnisse in der Produktion von Mitteln zum Leben widersprachen.

Patriarchale Beziehungen mußten ursprünglich die Reproduktion der Gattung aus den Gefahren unmittelbarer Warenbeziehungen heraus halten. Zugleich entwickelten sie sich zur gesellschaftlichen Form, mit denen die warenförmige, profitorientierte Produktion von Mitteln zum Leben sich die unmittelbare Reproduktion des Lebens unterordnete. Patriarchale Verhältnisse unterscheiden sich von Beziehungen anderer sozialer Gruppen, die ebenfalls vorwiegend in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens angesiedelt sind,

2 Diese Auffassung unterscheidet sich von der »(Re)produktion gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse« oder »Reproduktionsanalyse« (Althusser/Balibar, 346ff., 361ff., 365), dadurch, daß sie nicht – wie es Althusser und Balibar tun – allein vom Konzept der »Produktionsweise« und von den »Produktionsverhältnissen« ausgeht.

3 Der Begriff »Reproduktionsarbeit« ist aus dem feministischen Diskurs übernommen und bedeutet Arbeit, die für die Reproduktion der Gattung überwiegend von Frauen unbezahlt verrichtet wird. »Reproduktion« ist hierbei nicht zu verwechseln mit dem Reproduktionsprozeß, wie er sich als Kreislauf und Umschlag der Produktion von Mitteln zum Leben darstellt. Mit der Erwerbsarbeit drängen Warenbeziehungen auch in die unmittelbare Reproduktion des Lebens ein. Die dabei geleistete Arbeit bildet gewissermaßen »Quasi-Reproduktionsarbeit«. Dazu gehören Arbeiten in diesem Reproduktionsbereich, die nicht primär patriarchal organisiert sind, wie die von ÄrztInnen, GrundschullehrerInnen, KindergärtnerInnen.

4 Der Begriff »patriarchaler Kapitalismus« wird hier bewußt gebraucht, um deutlich zu machen, daß er sich aus Klassen- und aus hierarchischen Geschlechterbeziehungen konstituiert.

5 Die Bezeichnung tributärer Verhältnisse geht hier auf P. Briant zurück, der sie der »asiatischen Produktionsweise«, der »altorienta-

lischen Klassengesellschaft« oder der »patriarchalischen Ausbeutergesellschaft« vorzieht.

6 Im historischen Verlauf fielen jedoch aus der Reproduktion der Gattung eine ganze Reihe von Funktionen heraus, die arbeitsteilig organisiert und deren Ergebnisse als »fiktive Waren« faktisch in »Mittel zum Leben« umgewandelt wurden. Dazu gehören persönliche, soziale, gesundheitliche und kulturelle Dienstleistungen.

wie Kinder und Jugendliche, Ältere u.a.m., indem alle diese zuletzt genannten Gruppen wiederum in sich patriarchal und klassenmäßig organisiert sind. Mit Warenbeziehungen wirken patriarchale Verhältnisse bedingt und indirekt zusammen, vor allem, indem sie direkt die Reproduktion der Gattung organisieren, deren Ergebnisse als »fiktive Ware Arbeitskraft« in den Arbeits- und Verwertungsprozeß eingehen.

Als »fiktive« Warenverhältnisse werden hier – in Anlehnung an Polanyi, aber auch in Unterschieden zu ihm (Polanyi, 19f., 112, 329) – diejenigen verstanden, die primär in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens hervorgebracht werden, wie »Ware Arbeitskraft«, darunter Ergebnisse »allgemeiner Arbeit« (in der Marxschen Definition), Naturressourcen, darunter Boden.⁶ Als »fiktive Waren« – und damit als versachlichte Beziehungen – treten Elemente der unmittelbaren Reproduktion des Lebens auf, die nicht direkt patriarchal organisierbar sind. Damit werden »unsichtbare« Lebensquellen ausgebeutet, die sich nicht »rechnen lassen«. Den Reproduktionserfordernissen »fiktiver Waren« ist mit Hilfe der Warenbeziehungen nur bedingt nachzukommen; vor allem deshalb, weil sie nicht durch die in sie gesteckte Arbeit (lebendige und vergegenständlichte) bestimmt werden. Es besteht also ein Widerspruch zwischen Warencharakter und Reproduktionserfordernissen. Warenbeziehungen sind am besten für die Produktion der Mittel zum Leben geeignet. Die Arbeitskraft z.B. bleibt (noch?) an ein eigensinniges menschliches Individuum gebunden, das deformiert und zerstört wird, wenn es auf Dauer entsprechend den Warenkriterien auf ein Produktions- und Konsumtier reduziert würde. Patriarchale Verhältnisse und »fiktive« Warenbeziehungen treffen sich in ihrer gemeinsamen Funktion bei der unmittelbaren Reproduktion des Lebens. Gemeinschaftlich sind ihnen Reproduktionsdefizite im Gefolge patriarchal kapitalistischer Entwicklung und sich auf dieser Grundlage herausbildende Widerstandspotentiale. Auch hierbei zeigt sich, daß patriarchale Beziehungen nicht isoliert von anderen Reproduktionsverhältnissen des Lebens existieren und analysiert werden können.

Klassenverhältnisse entsprechen der Stellung von Menschengruppen im Bereich der Produktion von tatsächlichen oder Pseudomitteln zum Leben, die in sich wiederum patriarchal organisiert sind. Patriarchale Verhältnisse entsprechen primär den Beziehungen in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, speziell bei der Reproduktion der Gattung, die wiederum klassenmäßig differenziert sind. Wenn es darum geht, patriarchale Klassengesellschaften aus der Sicht der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit zu analysieren, müssen deshalb Klassen- wie patriarchale Beziehungen als Symbiose behandelt werden. Beide Geschlechter wurden mit und seit der Entstehung patriarchaler Klassengesellschaften in ihren Lebensäußerungen diszipliniert und entsprechend ihren jeweiligen Geschlechter-, Klassen- und ethnischen Positionen zugeordnet und deformiert. Beide Beziehungsarten verschränken sich in jeder Person. Um sich zu emanzipieren, müßten sich die Menschen, ob Frau, ob Mann, von patriarchalen und Klassenfesseln befreien. Daraus folgt, daß eine gesonderte Betrachtung

dieser jeweiligen Fesseln nicht nur die Sicht auf eine realistische Analyse gesellschaftlicher Beziehungen verdeckt, sondern auch den Weg zur Emanzipation.

Dieser verkürzt dargestellte Versuch, die Ganzheit der Reproduktion des Lebens in den Blick zu bekommen, ist als Diskussionsbeitrag zu verstehen. Er führt zu Hinweisen, wo Widerstandspotentiale gegen totale Vermarktung zu suchen sind und worin sie einen gemeinsamen Nenner finden, der ihnen hilft, sich selbst gezielter und damit wirkungsvoller zu vernetzen. Hierbei gelten alle Lebenstätigkeiten als Gegenstand der Reproduktion, neben der Erwerbsarbeit die Haus- und Familienarbeit (Reproduktionsarbeit), die ehrenamtliche Arbeit.

Reproduktionsverhältnisse des Lebens – Bezugsbasis für eine Selbstverständigung über Gleichheit?

Das (angedachte) Zusammenwirken aller Lebenstätigkeiten bringt eine alternative Basis für »Gleichheit« hervor. Reproduktionsverhältnisse des Lebens zu analysieren, gibt damit Anlaß, sich erneut über den Inhalt von »Gleichheit« zu verständigen. Liegen doch eine Reihe von Fragen gewissermaßen »in der Luft«, wie: Ist angesichts zunehmender Individualisierung und Ausdifferenzierung Gleichheit noch motivierend? Führt die derzeit dominierende Vorstellung von Gleichheit in der Verteilung und möglichst im Wohlstandsniveau zu emanzipatorischen oder konservierenden Ergebnissen, die Ungleichheit letztendlich noch befördern? Ist schließlich die visionäre Gleichheit in der Stellung zu den Produktionsmitteln korrekturbedürftig, weil sie nur auf Veränderungen in einem isolierten Lebensbereich orientiert, derzeit umfangreiche Widerstandspotentiale ausgrenzt und möglicherweise nicht Anfangs-, sondern Endpunkt perspektivischer Veränderungen sein wird? Hier- bei geht es nicht um eine philosophische Begründung, sondern um einen weiter bearbeitungsbedürftigen Diskussionsanstoß, der sich aus feministischen Erfahrungen ergibt. Eine Selbstverständigung über Gleichheit könnte angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung dazu beitragen, utopisches Denken anzuregen und gehört sowieso zu den Voraussetzungen, solidarische pluralistische Wege zu finden, um gesellschaftliche Krisen zu überwinden.

»Postmoderne« Theorien haben politische Auffassungen von Gleichheit in der »Differenz« dekonstruiert. Sie besagen damit m.E. keineswegs, daß es Gleichheit nicht geben könne, sondern daß diese auf anderen Ebenen zu suchen sei. In aktuellen Basisbewegungen spielt die Suche nach gleichheitlichen Positionen direkt oder indirekt eine große Rolle. Zu erinnern ist an die feministische Diskussion (zur Anerkennung der Gesamtarbeit u. a. C. Möller und G. Notz und zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit im »gemeinwesenorientierten Wirtschaften«), an Forderungen von Parteien und Arbeitslosengruppen nach einem »Recht auf Arbeit« sowie von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen nach bedarfsgerechter sozialer Grundsicherung, aus ökologischer Sicht nach einem gleichen Recht auf Naturressourcen, aus entwicklungspolitischer (gleiche Menschenrechte für alle) und aus bürgerschaftlicher Sicht.

7 Notwendige Reproduktionszeit umfaßt Zeiten, die für die Reproduktionsarbeit, die Arbeiten zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen und für die notwendige Arbeit bei der Produktion von Mitteln zum Leben erforderlich sind.

Wird versucht, die differenten Forderungen auf ihre Hintergründe zu befragen, so geht es dabei um gleiche Rechten (und Pflichten) in der notwendigen Reproduktion des Lebens: jede/r solle die Möglichkeit erhalten, einen gleichen Beitrag zur notwendigen Reproduktion des Lebens zu leisten, sei es bei der Reproduktion der Gattung, sei es bei der Produktion von Mitteln zum Leben. Die Gleichheit in der notwendigen Reproduktion des Lebens bündelt sich schließlich in der Teilnahme aller (arbeitsfähigen) Gesellschaftsmitglieder an der »notwendigen Reproduktionszeit«,⁷ in welcher das Menschenleben und die Mittel zum Leben produziert und reproduziert werden. Eine notwendige Reproduktionszeit könnte die Basis bilden, damit alle gleichberechtigt und reziprok an den Tätigkeiten teilhaben, welche zum »Reich der Notwendigkeit« gehören und damit die hierarchisch organisierte gesellschaftliche Arbeitsteilung grundsätzlich verändern. D.h., daß alle gleich wären im Hervorbringen derjenigen Gebrauchswerte, welche notwendig sind, um ihr Leben zu schaffen und zu reproduzieren. In einer patriarchalen warenwirtschaftlich organisierten Gesellschaft gibt es keine Gesamtbewertung aller notwendigen Arbeiten, welche sich auf Reproduktionszeit bezieht. Dieser Gesichtspunkt ist aber unumgänglich, um die Erfordernisse zu benennen, welche die Reproduktion des Lebens stellt und damit der tendenziellen Umwandlung aller Lebenstätigkeiten in notwendige durch eine zum Selbstzweck gewordene Vermarktung einen Riegel vorzuschieben. Der Erhalt der natürlichen Umwelt gehört zur notwendigen Reproduktionszeit (ist also von sozialen Erfordernissen im engeren Sinne nicht zu trennen), weil ohne natürliche Lebensgrundlagen das unmittelbare Leben nicht reproduzierbar ist; genausowenig, wie Mittel zum Leben ohne Natur produzierbar sind. Es handelt sich um eine »Gleichheit« im »Reich der Notwendigkeit«, die den derzeitigen Trends zur Abwälzung sozialer, arbeitsmarktpolitischer, ökologischer u.a. Risiken auf unterprivilegierte Menschengruppen entgegenwirken kann. Dabei besteht eine Interdependenz zwischen einer Gleichheit in der notwendigen Reproduktion des Lebens und einer Umorientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit: Mit der Ganzheit würden andere Bewertungen durchgesetzt, welche Gleichheit ermöglichen, mit der Gleichheit würde Ganzheit immer wieder neu reproduziert. Beide Seiten entwickeln sich allmählich im Prozeß einer Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die derzeit noch überwiegend verdeckt abläuft.

Weitere Aktivitäten in Richtung einer – verkürzt ausgedrückt – »Gleichheit in der Notwendigkeit« könnten nach und nach lebenszerstörende Wirkungen der Vermarktung stoppen. In diesem Sinne wäre es günstig, derzeitige Aktivitätenformen zu überdenken. Als Beispiel sei die soziale Grundsicherung genannt, die verkrustete Strukturen aufbrechen könnte, wenn sie mit dem Recht einer/s jeden verbunden würde, den Anspruch auf eigenständige Existenzsicherung selbst zu erarbeiten (Braun, 1998: 154ff.). »Gleichheit in der Notwendigkeit« gehört zudem zu den Voraussetzungen, um Freiheit für alle immer wieder erneut zu reproduzieren und damit die Bedingungen für kompetentes selbstbestimmtes zivilgesellschaftliches Handeln. Ohne Freiheit für alle ist die vergesellschaftete,

intelligenzintensive, verflochtene, risikobehaftete, interdependente, in lokalen und globalen Wechselbeziehungen stehende Reproduktion des Lebens derzeit nicht selbstorganisierbar und Gleichheit auf die Dauer nicht reproduzierbar. Daß dies keine fernen Wunschvorstellungen sind, sondern daß sie auf praktischen Trends und Erfordernissen beruhen, wurde an anderer Stelle dargestellt (Braun, 1998: 109ff.). »Gleichheit in der Notwendigkeit« bezeichnet Aktivitäten, die bereits über hierarchische Strukturen hinausweisen, die historisch mit den patriarchalen Klassengesellschaften entstanden.⁸

Erst mit der Orientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit würde eine Umbewertung der Arbeit erfolgen, die Spielräume für Umverteilungen von Arbeit und für grundlegende Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen- und Männerarbeiten, zwischen vorwiegend körperlichen und geistigen Arbeiten, zwischen Reproduktions- und Arbeiten zur Produktion von Mitteln zum Leben schaffen könnte. Eine Umverteilung von Arbeit allein ohne diese Umbewertung und Umstrukturierung – so wie sie im großen und ganzen derzeit in der Praxis gehandhabt oder in Variationen gefördert wird – läßt, so zeigen Erfahrungen, weder eine Gleichstellung der Geschlechter noch ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung auf Dauer erreichen. Das bedeutet u.a.: Keine Umverteilung ohne Umbewertung von Arbeit! Wenn sich jede/r an notwendigen Reproduktionstätigkeiten gleichermaßen beteiligen würde, dann interessieren dabei die Differenzen zwischen Männern und Frauen, zwischen Heteros und Homos, zwischen ethnischen Gruppen und Regionen u.ä.m. primär überhaupt nicht. Diese Differenzen kämen erst ins Spiel, nachdem die notwendigen Tätigkeiten geleistet worden sind und ihre TrägerInnen könnten und sollten sich in der freiheitlichen Phase des Lebens austoben.

Derzeit verwandeln sich potentielle Freiheitsspielräume immer wieder und sogar noch beschleunigt in Zwänge, d.h. sie erweitern faktisch das »Reich der Notwendigkeit«. Zu nennen sind das stoßweise Arbeiten auf Abruf bis zur Erschöpfung, das die arbeitsfreie Zeit zunehmend zur Regeneration aufbraucht, das Anpassen an den Rhythmus der Computertechnologie in Arbeits- und arbeitsfreier Zeit, das Lebensprozesse überfordert und in virtuelle Welten fortreibt, die »Vermarktung des Körpers« wie der arbeitsfreien Zeit in der »Erlebnisgesellschaft«, die Medienvermarktung, bei der Freiheit der Meinung, des Denkens usw. zur »Freiheit des Marktes« wird und nicht zum freien Sein und neue Disziplinierungsstrukturen des Alltags entstehen. Diese wurden im Ansatz schon analysiert, u.a. von Illich, Fromm, Marcuse, Elias, haben heute aber eine Entwicklung genommen, die persönliche Beziehungen tendenziell total durch Warenbeziehungen ersetzt. Die ohne Widerstand in der Tendenz totale Freiheit der Vermarktung (sie befördernde staatliche und überstaatliche Regelungen eingeschlossen) wird zur umfassenden Diktatur der Ware über das Leben. Nicht die potentiell heute bereits für alle verfügbare »Muße« oder »disposable time« löst den »Warenwert« als Kriterium ab, wie Marx das in den »Grundrissen ...« (Marx, Grundrisse: 596) als Einstieg in eine emanzipierte Gesellschaft noch voraussah, sondern in der Tendenz

8 Demgegenüber verbleiben alternative Gruppen, die nach der »Freiheit in der Notwendigkeit« suchen, wie die »Subsistenzperspektive« (Bennholdt-Thomsen und Mies, 25f.) vorerst im Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie Nischen besetzen.

verwandeln sich alle Tätigkeiten in das »Reich der Notwendigkeit« und gleichzeitig wird die Notwendigkeit zu überleben, für zunehmend größere Bevölkerungsgruppen zum akuten Problem. Diese verkehrte, apokalyptische Welt des patriarchal geprägten Warenfetischismus muß vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden, wenn Menschen sich Zukunft schaffen wollen. Das erfordert, das Verhältnis von Notwendigkeit und Freiheit auf eine ganzheitliche Grundlage, die der Reproduktionsverhältnisse des Lebens umzustellen und somit das »Reich der Notwendigkeit« umzubewerten und die potentiell »freie Zeit« aus patriarchalen, Wert- und Kapitalmechanismen zu befreien.

Literatur:

- Althusser, L., Balibar, E.: Das Kapital lesen, II; Reinbek bei Hamburg, 1972.
- Barrett, M., Phillips, A. (Hg.): Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates, Cambridge, 1992.
- Beer, U.: Geschlecht, Struktur, Geschichte, Frankfurt a.M./New York, 1990
- beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 39, 1995 »Utopie. Richtiges im Falschen?« Köln.
- Benhabib, Seyla; Butler, Judith; Cornell, Drucilla; Fraser, Nancy, Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt am Main 1993.
- Bennholdt-Thomsen, V. und Mies, M.: Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München 1997.
- Braun, A.: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Schriftenreihe: Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, hg. V. H. Behrend, Berlin 1998.
- Braun, A.: Überlebensstrategien zwischen Barfuß-Ökonomie und Frauenemanzipation in: Das Argument 226, Heft 4/1998, S. 487ff.
- BUND/MISEREOR (Hg.), Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel/Boston/Berlin, März 1997.
- Dahrendorf, R.: Der moderne soziale Konflikt: Essay zur Politik der Freiheit, Neue Ausgabe, Stuttgart 1992.
- Döge, P.: Wider die »Ökologisierung von Politik« – Kritik am aktuellen Diskurs um Sustainable Development aus einer sozial-ökologischen Perspektive, IAIZ-dp 3/96, Aug. 1996, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung (IAIZ) e.V., Berlin
- Elias, N.: Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde., Bern und München, 1969.
- Fromm, E.: Haben oder Sein, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Gore, A.: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt a.M. 1994.
- Haug, F.: Plädoyer für einen neuen Geschlechtervertrag in: E. Altvater, F. Haug, O. Negt u.a. Turbo-Kapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert, Hamburg 1997.
- Illich, I. in: Huber, J. (Hg.), Anders arbeiten, anders wirtschaften, Frankfurt a.M. 1979.
- Marcuse, H.: Der eindimensionale Mensch, Neuwied, Berlin 1967.
- Marx, K.: Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953.
- Marx, K., Engels, F.: Werke (MEW), Bd. 3, Berlin, 1958; Bd. 21, 1962; Bd. 23, 1962.
- Mies, M., Shiva, V.: Ökofeminismus, Zürich 1995.
- Möller, C. & Bleibaum, B., Peters, U., Steitz, L., Wagnerowa, A.: Wirtschaften für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Schriftenreihe: Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, hg. v. H. Behrend, Berlin 1997.
- Notz, G.: Kinder, Küche, Knete in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 29, 1991, S. 137ff.
- Notz, G.: Aspekte zum traditionellen Arbeitsbegriff und zur Notwendigkeit seiner Veränderung, noch nicht veröffentlichter Vortrag auf der Konferenz »Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert«, März 1999, Elgersburg.
- Polanyi, K.: The Great Transformation, Frankfurt a.M., 1990, 2. Auflage.
- Roß, Bettina, Politische Utopien von Frauen. Von Christine de Pizan bis Karin Boye, Dortmund 1998.
- Salleh, A.: Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmodern, London New York 1997.
- Weizsäcker von, E.U., Lovins, A.B., Hunter Lovins, L.: Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München, 10. Aufl., 1997.

FRIGGA HAUG

Feministisch arbeiten mit Marx

In diesem Aufsatz werden an drei Punkten Lehren aus dem Marxschen Werk gezogen, die ich für einen heute aktuellen Feminismus weiter für sehr fruchtbar, ja unentbehrlich halte. 1. geht es um die Bedeutung der Marxschen Thesen gegen Feuerbach für feministische Forschung und Kritik an bürgerlicher Wissenschaft; 2. um die Frage des Marxschen Arbeitsbegriffs, wie er einerseits die feministischen Debatten bis heute bestimmt und andererseits für eine Auseinandersetzung in der derzeitigen »Krise der Arbeitsgesellschaft« genauer erinnert und scharf gefaßt werden sollte; 3. um die Marxsche Fassung der Familien- und Hausarbeit, die nach meinem Dafürhalten in ihrer einseitigen Weise die gesamte Kritik der politischen Ökonomie begleitet und von daher die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsformation auch in ihrer heutigen Gestalt nicht ausreichend artikuliert.

Marxsche Feuerbachkritik und Feminismus

Marx schrieb in seiner kürzesten und bedeutendsten Schrift, den Thesen gegen Feuerbach: »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbach'schen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts od. der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv. Daher die thätige Seite abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus von dem Idealismus – der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt – entwickelt. Feuerbach will sinnliche – von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedne Objekte: aber er faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. Er betrachtet daher im Wesen des Christentums nur das theoretische Verhalten als das echt menschliche, während die Praxis nur in ihrer schmutzig jüdischen Erscheinungsform gefaßt u. fixirt wird. Er begreift daher nicht die Bedeutung der ›revolutionären‹ der ›praktisch-kritischen‹ Tätigkeit« (MEGA IV,3).

Diese Kritik am vorgefundenen Materialismus war für die Aufnahme Marxschen Denkens in die Arbeiterbewegung kaum von Bedeutung, liest sich jedoch wie eine direkte Anleitung an feministische Theorie und Praxis heute. Die Ablösung von Wissenschaft von den tatsächlichen Praxen der Menschen, die Ableitung menschlicher Aktivitäten aus obersten Kategorien, die Vernachlässigung der sinnlich menschlichen Tätigkeit sind unentbehrliche Kritikpunkte, die eine feministisch sich verstehende Wissenschaft

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. Dr., Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie des »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit

Der vorliegende Text wurde auf der Konferenz »Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert«, Elgersburg, März 1999, vorgestellt, verschiedene vorhergehende Fassungen sind erschienen in der Zeitschrift »Das Argument« (Nr. 123, 1980) und im Buch der Autorin »Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit« (1999).

gegen den herkömmlichen Wissenschaftskanon hält. Daß die herrschenden Sozialwissenschaften ohne die Erfahrungen und Praxen von Frauen konzipiert sind, war eine der ersten Kritiken aus der Frauenbewegung, die damit in revolutionärer Weise in vorhandene Denktraditionen eingriff, obwohl sie sich kaum oder gar nicht auf Marx' Kritik an Feuerbach bezog.

Als Ende der sechziger Anfang der siebziger Jahre die Frauenbewegung allmählich erstarkte, formulierte ich als politischen Eingriff einen knappen Text unter dem Titel »Frauen – Opfer oder Täter?«, der im wesentlichen versuchte, einiges von dem, was ich aus den Feuerbachthesen gelernt hatte, auf die Frauenfrage zu übertragen. Aus den Thesen drei und sechs übernahm ich die folgenden Gedanken, die ich im übrigen auch heute noch für wesentlich für jede Art eingreifenden Denkens halte.

Aus der dritten These schlußfolgerte ich, daß Selbstveränderung ein notwendiges Moment und selbst Bestandteil einer Umgestaltung von niederdrückenden Bedingungen sei, und es also darauf ankäme, daß jeder Eingriff in die Gesellschaft, jede politische Tat von den einzelnen auszuführen sei, um deren Befreiung es ging. Oder mit den Worten von Peter Weiß: »Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen.« Ein wie mir schien, einfacher Gedanke, der es allerdings unabdingbar machte, daß Frauen mithin ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen müßten und nicht auf ihre Befreiung durch andere, Arbeiter etwa, warten konnten. Zudem verband er die persönlichen, subjektiven Fragen mit den gesellschaftlichen Eingriffen politischer Umgestaltung, so daß weder das Interesse und die Bezugnahme auf die gesamte Gesellschaft als Bedingung unseres Lebens, noch die Besinnung auf uns selbst, die wir kämpfende und mittragende Akteurinnen sind, verloren gehen konnte.

Die doppelte Bewegung, Selbstveränderung als eine Dimension revolutionärer Praxis anzunehmen und Frauen als politische Subjekte zu denken, brachte mich zu meiner Überraschung unvermittelt in einen heftigen Gegensatz zu den Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Ausrufung der Frauen als politische Subjekte, die sich selbst artikulieren wollten, war offenbar eine Ketzerei gegen den Alleinvertretungsanspruch männlicher Arbeiterorganisation. Es gehörte zu ihrer Politik, die Fesseln in hierarchischer Anordnung zu formulieren, gegen die Befreiung zu erstreiten sei. Das »Kapital als Hauptfeind«, wie es damals umstandslos hieß, mußte zuallererst gemeinsam bekämpft werden, Frauenfragen als »Nebenwiderspruch« mußten da warten, bis die neue Gesellschaft auf der Tagesordnung stünde. Die Kritik aus der Arbeiterbewegung richtete sich schließlich auf die Existenz der Frauenbewegung, die als bürgerlich abgekanzelt wurde und in ihren tatsächlich revolutionären Dimensionen genauso wenig zur Kenntnis genommen wurde, wie der Zusammenhang von Kapitalismus und Frauenunterdrückung auch nur in Ansätzen begriffen war.

Die von den Intellektuellen der Arbeiterorganisationen rechtshaberisch und abstrakt geführte Auseinandersetzung mit der neuen Frauenbewegung brachte diese praktisch von ihrem Beginn an in einen Gegensatz zur sozialistischen Bewegung, aus der sie

These 3 aus den
Feuerbachthesen:

»Die materialistische Lehre v. der Veränderung der Umstände u. der Erziehung vergißt, daß die Umstände v. den Menschen verändert u. der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Theile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondiren.

Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände u. der menschlichen Thätigkeit od. Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt u. rationell verstanden werden.«

MEGA VI,3

gleichwohl kam. Die Lage spitzte sich schnell zu, so daß viele Frauen in England, Italien, Frankreich, Deutschland aus den Arbeiterorganisationen austraten oder sich zusätzlich organisierten, was mit einem politischen Slogan der italienischen Frauenbewegung als »doppelte Militanz« bezeichnet wurde. Gegen den Alleinvertretungsanspruch, der nur die Ausbeutung durch das Kapital als Herrschaft und Unterdrückung gelten ließ, wurde die Herrschaft der Männer über Frauen als geschichtsmächtig entdeckt.

Für die Auseinandersetzung mit den Protesten aus der Frauenbewegung schien mir gerade im Sinne einer feministischen Theorie und Praxis die These sechs aus der Kritik an Feuerbach von großem Nutzen.

Die Marxsche Wendung gegen das Gerede vom Menschen im Plural, hinter dem die Frage der Geschlechterverhältnisse geradezu zwangsläufig verschwindet, scheint mir bis heute grundlegend für jeden Versuch, die Problematik von Frauen in unseren Gesellschaften zu formulieren. Der Aufbruch aus der Metaphysik, der das Wesen des Menschen auflöst in die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen, die er sich aneignet, um ein Mitglied dieses menschlichen Verbandes zu werden, in den er hineingeboren ist, erlaubte es sogleich, die Frauenproblematik als ein historisches Phänomen zu begreifen, in der die Frauen selber Akteurinnen waren. Ihre Positionierung in der Gesellschaft war nicht ohne ihr Zutun zu begreifen. Den Zusammenhang der verschiedenen gesellschaftlichen Praxen und der kulturell gestützten Formierung der Geschlechter zu verstehen, erschien als ein Forschungsauftrag, der schärfer noch als bisher die großen Lücken, die die Vernachlässigung des weiblichen Geschlechts bei der Wissensproduktion hervorgebracht hatte, zeigte und zugleich damit erahnen ließ, wie sehr ein Wissen um die Vergesellschaftung von Frauen ein Befreiungswissen sein mußte.

In dieser Weise habe ich versucht, eine empirische Methode zu entwickeln, eine Forschung voranzutreiben, in der Frauen als handelnde Subjekte die Problematik ihrer Positionierung in der Gesellschaft, ihrer Beteiligung an der Reproduktion ihrer Unterdrückung kollektiv erkunden, um selbst bestimmen zu können, wo Veränderung nötig und möglich ist. Ich habe diese Methode »Erinnerungsarbeit« genannt und in dieser Weise praktisch aus den Feuerbachthesen ein Verfahren entwickelt, das das Problem überwindet, Frauen ohne ihren praktisch-subjektiven Einschluß zu Objekten von Forschung zu machen, als wären sie Insekten. Wichtig wurde es, das implizite Wissen um die eigene Vergesellschaftung zu erheben und gemeinsam öffentlich zu machen. Diese Methode arbeitet zugleich gegen den damals im Feminismus aufkommenden Essentialismus über das (bessere) Wesen von Frauen und versucht statt dessen einem Zusammenhang von Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung nachzuspüren.

Marx und »die Arbeit«

Der anfängliche feministische Zorn gegen Marx, dem eine Abkehr von marxistischem Denken folgte, richtete sich nicht gegen die Feuerbachthesen, deren Bedeutung für einen wissenschaftlichen

These 6 aus den Feuerbachthesen:
 »Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstractum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Feuerbach, der auf die Kritik dieses wirklichen Wesens nicht eingeht, ist daher gezwungen:

1) von dem geschichtlichen Verlauf zu abstrahieren u. das religiöse Gemüth für sich zu fixieren, u. ein abstrakt – isolirt – menschliches Individuum vorauszusetzen.

2) Das Wesen kann daher nur als »Gattung«, als innere, stumme, die vielen Individuen natürlich verbindende Allgemeinheit gefaßt werden.«

MEGA IV, 3

Feminismus ich bislang nirgends ausgeführt fand, sondern gegen sein Konzept von Arbeit und die Theorien über die Produktion von Mehrwert.

Der Vorwurf war, Marx habe einen Arbeitsbegriff entwickelt, der Frauen ausschloß und ihn schließlich daran hinderte, Frauenunterdrückung wahrzunehmen. Die Kritik konzentrierte sich auf seine Auffassung vom »Doppelcharakter der Arbeit«. Die Vorstellung, daß Arbeit sowohl Gebrauchswerte als auch Tauschwerte schafft, ist sowohl für seine Analyse des Kapitalismus und dessen Dynamik als auch für seine Revolutionstheorie zentral. Eine Gesellschaft die dadurch vorangetrieben wird, daß sie ›lebendige‹ Arbeit in ›tote‹ verwandelt (um in Marxscher Metaphorik zu sprechen) und dann der toten Arbeit in Form von Kapital (Maschinen, Fabriken, Geld) Macht über die lebendige zu geben – solch eine Gesellschaft wird sich selbst in die Katastrophe manövrieren, wenn kein radikaler Eingriff erfolgt. Eine solche radikale Tat würde die Grundstrukturen gesellschaftlicher Regulation umstürzen müssen.

In seiner Analyse des Doppelcharakters der Arbeit rückt Marx die Lohnarbeit als bestimmende Weise, die Lebensaktivität zu verformen, ins Zentrum. Ein erster revolutionärer Schritt wäre die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Diese Argumentation hatte den Effekt, daß der männliche Arbeiter in seiner historischen Rolle als Ernährer der Familie Zentrum der Analyse wurde wie die Arbeiterbewegung Subjekt der Politik.

Die Proteste der Frauen gegen diese theoretische Anordnung scheinen gerechtfertigt. Denn selbst wenn wir zustimmen, daß diese Situation eine Schöpfung der kapitalistischen Gesellschaft ist und nicht bloß Marxscher Analyse geschuldet, gibt es in seiner Argumentation eine bemerkenswerte Leere, wo über Frauen hätte gesprochen werden müssen. Die ›Hausarbeitsdebatte‹ der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, die in gewisser Weise im Internet, zumindest in den Vereinigten Staaten noch in den späten Neunzigern andauert, erweitert diese Kritik gegen die Konzentrierung auf den männlichen Arbeiter zu einer Diskussion um die Gültigkeit der Marxschen Wertlehre überhaupt.

Die frühe Diskussion im Feminismus entzündete sich mithin an der Frage der vergessenen Hausarbeit in der Marxschen Wertlehre. Im Anschluß an Maria Rosa dalla Costa (1973) wird die Wertlehre um die als »produktiv« behauptete Hausarbeit erweitert, weil diese in der Form von persönlichen Dienstleistungen die Arbeitskraft als Ware reproduziert und damit hinter dem Rücken der industriellen Produktion für die Vergrößerung des Mehrwerts sorgt. Die Rolle der Frau dabei sei in der Form der Familienarbeit unsichtbar gemacht. Auch Frauen produzierten mehr Wert als zu ihrer eigenen Reproduktion nötig sei, dessen kostenlose Aneignung in den Kapitalprofit eingehe und von Marx nicht berücksichtigt sei. Die Familie wird in dieser Analyse ein Zentrum gesellschaftlicher Produktion. Hausarbeit wurde ferner als »blinder Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie« (v. Werlhof 1978) herausgestellt. Schwerwiegender sei aber noch, daß Frauenlohndiskriminierung in der Wirklichkeit gerechtfertigt sei, weil Frauen weniger Wert schafften. Dies wird damit erklärt, daß Frauen Männer reproduzieren,

»Wenn wir von Re-Produktionsarbeit der Frau im Kapitalismus sprechen, so muß der Begriff als Produktion und Reproduktion verstanden werden, damit nicht nur die wiederherstellenden, sondern auch die hervorbringenden, produzierenden Aspekte deutlich werden. Die Re-Produktion umfaßt physische und psychische Regeneration der tagtäglich verausgabten Kräfte der Frau, des Mannes und der Kinder. Dazu gehört ebenso die allgemeine Reproduktion der zukünftigen Arbeitskräfte, also die generative Re-Produktion, wie auch die Sozialisation der Arbeitskraft, damit sie die Fähigkeit erwirbt, sich als Ware zu verkaufen, ihren Tauschwert zu erlangen.«

Anke Wolf-Graaf: Frauenarbeit im Abseits, München 1981, S. 274.

ihre eigene Reproduktion aber von ihren Kräften abzuziehen sei. Insofern besäßen Männer faktisch mehr Wert für die Unternehmer bzw. diese kauften mit der Ware Arbeitskraft ›Mann‹ einen unsichtbaren und für sie kostenlosen Anteil Frauenarbeit ein. Die Vernachlässigung der von Frauen zu Hause geleisteten Arbeit bei der Reproduktion der Arbeitskraft mußte einen wesentlichen Bestandteil des von Kapitalisten angeeigneten Mehrwerts außer acht lassen. Wenn es das Geheimnis der Ware Arbeitskraft sein sollte, daß sie mehr zu produzieren in der Lage war, als sie zur eigenen Reproduktion brauchte, so mußte dies auch für Frauen gelten und bestimmt werden, wie diese zusätzliche Arbeitskraft auch in die kapitalistisch verfertigte Ware einging (Pohl, 1984). Eine praktische Konsequenz solcher Analysen war die Forderung nach Lohn für Hausarbeit, eine andere, diese Sphäre der weiblichen Umsonstarbeit einfach abzuschaffen. Einen weiteren Akzent brachte Christel Neusüß (1984) in diese Debatte, indem sie herausarbeitete, daß die Ware Arbeitskraft überhaupt nicht umstandslos als Ware, die dem Arbeiter gehört, in die Analyse der Warenproduktion und Wertform eingehen könne, da so die Arbeit der Produzentinnen, der Mütter und die Hausarbeit unsichtbar würden (vgl. Neusüß 1984: 25).

Vielleicht kann man solcher Argumentation einige Plausibilität nicht absprechen, problematisch scheint mir jedoch, daß diese Diskussionen weitgehend rein akademisch und folgenlos geführt wurden, da die Leidenschaft, die in den Streit um den Wert der häuslichen Arbeit einging, kaum ein Äquivalent in einer entsprechenden politischen Strategie fand.

Politischen Einfluß hatte dagegen die ebenfalls in der Hausarbeitsdebatte explizierte Argumentation, nach der auch Hausarbeit produktiv sei und entsprechend der Lohnarbeit gesellschaftlich anerkannt und bezahlt werden sollte. Die Forderung nach Entlohnung der Hausarbeit wurde von eher konservativen Parteien in Deutschland übernommen, da sie gleichzeitig dazu dienen konnte, den Wert der Familie und des bei zunehmender Arbeitslosigkeit immer vorteilhafter scheinenden Verzichts von Frauen auf Berufstätigkeit abzufedern. Unter der Hand wurde mit dem berechtigten Protest gegen die Mißachtung häuslicher Arbeit, durch ihre umstandslose Einschreibung in eine Art Gleichwertigkeit zur Lohnarbeit fast alles aufgegeben, wofür die Frauenbewegung zu kämpfen begonnen hatte – die Kritik an der Familienform, die an der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Kritik an der entfremdeten Form der Lohnarbeit und die am Kapitalismus. Die Behauptung, auch Hausarbeit sei produktiv, konnte, wenn auch nur durch Begriffszauber, den Makel von einer Form der Arbeitsteilung nehmen, der Frauen, sobald sie dies ausschließlich taten, die Möglichkeit verweigerte, ohne männlichen Ernährer überhaupt zu existieren.

Wie steht es jedoch um den Vorwurf, Marx habe der Hausarbeit ihren produktiven Charakter abgesprochen und arbeite also mit an der Entwertung weiblicher Arbeit?

Marx hat auch darüber gesprochen, daß es ein Pech sei, produktiver Arbeiter zu sein und kein Glück. Bevor ich daher einen anderen Zugang zur Frage der Funktion der unbezahlten Hausarbeit für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft als Kritik an

›Gesellschaftliche Gewaltverhältnisse wie Ehe, strafrechtliche Verfolgung von Abtreibung, ökonomische Abhängigkeit vom Lohn des Ehemanns verweisen auf das kapitalistische und patriarchalische Interesse, die Frauen nicht autonom über ihre Gebärfähigkeit verfügen zu lassen. Die Frauen müssen in Abhängigkeit gehalten werden, denn die Ausbeutung der unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen durch den Kapitalismus zur Mehrwertrealisation kann nur mit Hilfe der sexistischen Unterdrückung und der Gewalt des Patriarchats über die Gebärfähigkeit der Frau garantiert werden, wie umgekehrt nur die Macht der Männer über die Frauen – und damit geht in eins die Ausbeutung der Arbeitskraft der individuellen Frau durch den individuellen Mann – durch die Ausgrenzung der Frauen aus den gesellschaftlichen Machtzentren mit Hilfe des kapitalistischen Interesses – und der Durchsetzungskraft des Kapitalismus – an der Ausbeutung der unbezahlten Reproduktionsarbeit gewährleistet wird.« Ursula Westphal-Georgi: Frauenarbeit – Vorbild für das dualwirtschaftliche Konzept?, in: R. Brun, J. Huber (Hrsg.): Erwerb und Eigenarbeit, Frankfurt/M. 1985, S. 131.

Marx vorschlagen will, möchte ich eine Reihe der Kritikpunkte aus der ›Hausarbeitsdebatte‹ zum Marxschen Arbeitsbegriff zurückweisen. Sie beziehen sich nach meinem Dafürhalten nicht auf Marx, sondern auf den ›Marxismus der Arbeiterbewegung‹. Das wäre an sich wiederum noch kein Problem, wäre nicht von Marx gerade für die Frage der Arbeit für Feministinnen wichtiges zu übernehmen.

Marx fand in der philosophischen Tradition und den neueren Entwicklungen der politischen Ökonomie (Smith, Ricardo) schon einen Arbeitsbegriff vor, der widersprüchlich bestimmt war. Arbeit, das war zunächst Tätigkeit der Armen; sie war mühselig, erschöpfte die Lebensgeister oder war für viele gar an die Stelle des Lebens getreten. Aber Arbeit war auch Quelle des Reichtums und aller Werte.

Marx arbeitet in diesem Spannungsfeld – Arbeit als Bindeglied zwischen Armut und Reichtum als widersprüchliche Grundlage beider – seinen Arbeitsbegriff aus. Er begreift Arbeit zunächst als Dimension von Herrschaft. In der Perspektive der Arbeiteremanzipation ist die allgemein menschliche Emanzipation enthalten, weil »die ganze menschliche Knechtschaft in dem Verhältnis des Arbeiters zur Produktion involviert ist und alle Knechtschaftsverhältnisse nur Modifikationen und Konsequenzen dieses Verhältnisses sind« (MEW, Bd. 40: 521).

Noch ganz in Anlehnung an Hegel denkt Marx in seinen Frühschriften Arbeit als Verkehrung und Entwirklichung. Die Verkehrung erstreckt sich auf das gesamte Leben durch eine Mittel-Zweck-Vertauschung. Dabei wird die produktive Teilnahme am Gattungsleben zum bloßen Mittel, das Leben zu fristen, statt es zu verwirklichen (vgl. MEGA I,2, 369; MEW, Bd. 40: 516). Diese Vorstellung, daß Arbeit selbst Herrschaft ist, unterscheidet noch nicht die stoffliche Seite von den ökonomischen Formen und kommt daher zum logischen Schluß, daß Arbeit selbst abgeschafft gehöre. »Es ist eines der größten Mißverständnisse« schreibt Marx in seinen Notizen zu List, »von freier menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die Arbeit ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung von Arbeit gefaßt wird« (zit. nach List 1982, 459f). Während »in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um (...) eine neue Verteilung der Arbeit an andre Personen handelte«, soll nun »die Arbeit beseitigt« werden (vgl. MEW, Bd. 3: 69f).

Marx hält also auch in den Frühschriften nicht Arbeit im Sinne des produktiven Stoffwechsels Mensch – Natur für aufhebbar, sondern indem er Arbeit als Verkehrung produktiver Tätigkeit denkt, zwingt er dazu zu rekonstruieren, was in die Form der Arbeit geriet und deformiert wurde, was es also hier zu befreien gilt. In entfremdeter Form findet Marx: freie Lebensäußerung; Lebensgenuß; Selbstbetätigung, Teilhabe am menschlichen Gemeinwesen, humanisierte Bedürfnisbefriedigung, Liebesfähigkeit (vgl. MEW, Bd.

Marx zitiert den Satiriker Mandeville: »... aber es ist das Interesse aller reichen Nationen, daß der größte Teil der Armen nie untätig sei und sie dennoch stets verausgaben... (...) Diejenigen, die ihr Leben durch ihre tägliche Arbeit gewinnen, haben nichts, was sie anstachelt, dienstlich zu sein außer ihren Bedürfnissen, welche es Klugheit ist zu lindern, aber Narrheit wäre zu kurieren. Das einzige Ding, das den arbeitenden Mann fleißig machen kann, ist ein mäßiger Arbeitslohn. (...) Aus dem bisher Entwickelten folgt, daß in einer freien Nation, wo Sklaven nicht erlaubt sind, der sicherste Reichtum aus einer Menge arbeitsamer Armen besteht.«
Mandeville, 1728, 212-3, 328; zit. nach MEW, Bd. 23, S. 643.

40: 462f.), allseitige Entwicklung der Individuen, Verkehr der Individuen als solcher (vgl. MEW, Bd. 3: 68); bewußte, freie Lebens-tätigkeit als Gattungswesen (MEGA I,2; MEW, Bd. 40: 516f.).

Wenn wir von solchen Bestimmungen ausgehen, können wir »Selbstbetätigung als erstes Lebensbedürfnis fassen«, als Genuß. Wir könnten die Gemeinschaft als produktiven Rahmen denken; und wir könnten auch über die Entwicklung der Individuen durch eigene freie Betätigung sprechen – wir gelangten aber niemals zu der modernen soziologischen Abwehr, daß Arbeit nicht länger im Zentrum von Gesellschaftstheorie stehen solle, sondern durch Kommunikation oder Lebensweise (Lebenswelt) ersetzt werden solle. Es ist ganz klar, daß Marx nicht zwischen »Lebenswelt« und »Arbeitswelt« unterschied, sondern daß er vielmehr das, was heute »Lebenswelt« heißt, umstürzen wollte. Er begriff sie in der Perspektive als den genußvollen tätigen Zusammenhang der Individuen eines Gemeinwesens. Hier sind die »Interaktion«, die Liebe und das Leben eingeschlossen, wenngleich Marx unter Leben immer tätiges Leben versteht.

Selbstbetätigung als Befreiungsperspektive ist bezogen auf die Produktion des materiellen Lebens – diese Beziehung ist wesentlich, um ein Leben ohne Herrschaft überhaupt denken zu können. Die Produktion des Lebens durchläuft mehrere Stufen – eine Form ist die der Arbeit. Sie ist die direkteste Form der Verkehrung, »negative Form der Selbstbetätigung«. So ist das Leben entzweit. In dieser negativen Form entfaltet Marx analytische Kategorien, die er auch später im Kapital beibehält. Die »Entäußerung des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, (...) daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehn hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt« (MEW, Bd. 40: 511ff.).

Die pauschale Verurteilung von Arbeit wird vom reiferen Marx ersetzt durch eine Differenzierung ihrer Formbestimmtheiten zum einen und ihre Naturnotwendigkeit zum anderen. Über Arbeit sagt Marx jetzt: Als »nützliche Arbeit« ist »die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln« (MEW, Bd. 23: 57, ähnlich 192; fast gleichlautend MEW, Bd. 13: 23f.). Arbeit hat also immer auch eine anthropologische Dimension: indem das arbeitende Individuum die Natur außer ihm verändert, verändert es zugleich seine eigene Natur (vgl. MEW, Bd. 23: 192).

In ihrer entfremdeten Form ist Arbeit von zwieschlächtiger Natur. Auf der einen Seite produziert sie Gebrauchswerte, ist konkret-nützlich – und ist in dieser Weise unabhängig von aller Gesellschaftsformation. Auf der anderen produziert sie Tauschwerte, ist Verausgabung von abstrakt-menschlicher Arbeitskraft und bildet so den Warenwert. Dies geschieht nur unter bestimmten gesellschaftlichen, privat-arbeitsteiligen Verhältnissen. Die Verkehrungen oder Entfremdungen aus diesem Zusammenhang sind sorgfältig im Kapital analysiert. Die Erkenntnis vom Doppelcharakter der Arbeit ist für den Kapitalismus als warenproduzierende Gesellschaft grundlegend.

Immer aber bleibt die Produktion der materiellen Existenz als eine Form freier Betätigung bestimmende Perspektive auch für die kritische Analyse. Sie enthält die Vorstellung von herrschaftsfreier Produktion und von daher die Abschaffung des Privateigentums (als Akkumulation von Tauschwerten) als regelndes Prinzip, und auch die Versöhnung mit der Natur aus der Kenntnis der Naturgesetze. Die Emanzipation der Menschen liegt demnach in der entwickelnden Verausgabung von Kraft zum gemeinschaftlich selbstbestimmten Zweck.

Entfremdete Arbeit muß gewaltsam überwunden werden in einem Prozeß, in dem sich der Mensch schließlich die von ihm geschaffenen Produktivkräfte gewaltsam aneignet. Alle Produktionsverhältnisse müssen umgestürzt werden, da diese Verhältnisse die menschliche Gattung bis zu dem Punkt verkehrt haben, an dem alle Entwicklung, aller Reichtum, Kultur und die gegenständlichen Arbeitsbedingungen sich gegen die Arbeitenden versachlichen und zur Macht über sie werden. Dieser Widerspruch kann nur durch einen Bruch in eine neue Form gebracht werden.

In der Kritik des Gothaer Programms begegnen wir dem Satz über die ›Arbeit als erstes Lebensbedürfnis‹. »... nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist«, wird Arbeit für die Individuen nicht mehr »nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis« (MEW, Bd. 19: 21). Diese Bemerkungen haben zu einem weitverbreiteten Mißverständnis geführt. Unter Berufung auf Marx konnten einzelne beschuldigt werden, »arbeitsscheu« zu sein, um dann zu Menschen »erzogen« zu werden, denen »Arbeit ein erstes Lebensbedürfnis« war. Schlimmer noch war der in diesem Kontext geäußerte Satz: »Jedem nach seinen Bedürfnissen«, der Hoffnungen und Befürchtungen wachrief, Marx könne eine Gesellschaft herbeigeseht haben, in der die durch kapitalistische Überflußproduktion geformten Bedürfnisse allesamt befriedigt würden und umgekehrt auch eben solche, die durch jetzige Armut bestimmt seien. Dabei ist der Zusammenhang unzweideutig: Wenn es den Menschen gelingt, sich dank einer angemessenen Organisation der Produktion aus materieller Not und Herrschaft zu befreien, dann ist die Erzeugung des materiellen Lebens ihnen produktiver Genuß und Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Dieses Bedürfnis werden sie leben können und insofern ihr Menschsein verwirklichen. Dies schließt die Aufhebung der Arbeitsteilungen ein, welche die Entzweiung der menschlichen Arbeit als Grundlage von Gesellschaftsformationen hervorbrachte: die Teilung in Hand- und Kopfarbeit, in Männer- und Frauenarbeit, in Stadt- und Landarbeit und schließlich auch die herrschaftliche Pseudo-Arbeits-Teilung, die Klassenspaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Nicht-Arbeitende.

Wenden wir uns mit diesen Ausführungen den zuvor aufgeworfenen Fragen zu.

Es versteht sich von selbst, daß wir nicht ohne Umschweife von ›Arbeit‹ sprechen können, sondern immer ihre Formbestimmtheit in Rechnung stellen müssen. Der Mangel an Unterscheidung beim

Sprechen über ›Arbeit‹ ist überhaupt die Quelle der meisten Mißverständnisse. Wir reden zum Beispiel über ›Lohnarbeit‹ und kritisieren die Rede von ›der Arbeit als erstem Lebensbedürfnis‹. Die Erziehung von Menschen zu diesem ›ersten Lebensbedürfnis‹ ist nicht nur sinnlos, sie bedeutet zumeist auch nicht mehr, als Lohnarbeit zu akzeptieren, eine Erziehung, die von der Unterwerfung unter die Betriebsdisziplin nicht unterschieden werden kann. Wenn wir dagegen über den ›Gehalt‹ sprechen wollen, der in unseren Gesellschaften in die Form der Lohnarbeit geraten ist, schlage ich vor, den Begriff »Selbstbetätigung bei der Produktion materieller Existenz« zu benutzen.

Im folgenden werden die Marxschen Argumente mit den feministischen Vorwürfen aus der Hausarbeitsdebatte und unter zugleich feministischem Blick verglichen. Dafür habe ich einige der eher vergessenen Vorstellungen von Marx wieder hervorgeholt, um ihm für unsere Fragen mehr Gewicht zu geben. Statt Marx rasch auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, trete ich also einen Schritt zurück und prüfe, ob die Frauenbewegung keinen besseren Gebrauch von seiner Aussage über die »genußvolle freie Betätigung bei der Produktion des materiellen Lebens« machen könnte.

Tatsächlich positioniert Marx selbst die Frage der Frauenunterdrückung in den Kontext entfremdeter Arbeit: »Die freilich noch sehr rohe, latente Sklaverei in der Familie ist das erste Eigentum, das übrigens hier schon vollkommen der Definition der modernen Ökonomien entspricht, nach der es die Verfügung über fremde Arbeitskraft ist« (MEW, Bd. 3: 32).

Ich habe große Schwierigkeiten, für die Vorwürfe aus der Frauenbewegung eine Grundlage in den Marxschen Ausführungen zu finden. Zwar kommt er (in den Frühschriften) eher auf den Gedanken, die gesamte Arbeit abzuschaffen, als nicht-lohnförmige Frauenearbeit einzuschließen, aber es steht doch außer Frage, daß er die Verkehrung, die einem Teil der menschlichen Arbeitstätigkeiten durch die Überführung in die Lohnform angetan wird, als Grundlage für die Analyse kapitalistischer Gesellschaft betrachtet und nicht alle gesellschaftliche Arbeit. Und ist dann nicht, was Marx sich als perspektivische menschliche Gesellschaft und die in ihr lebenden Individuen dachte, so konstruiert, daß die Frage von Frauenunterdrückung in ihrer Mischung von »natürlichen« und sozialen Grundlagen eine explosive Dynamik erhält? Die geschlechtliche Arbeitsteilung ist in geradezu teuflischer Weise in die Arbeitsteilung von Lebensproduktion und Lebensmittelproduktion eingeschrieben und ebenso in die weitere Teilung in Arbeit und freie gemeinschaftliche Tätigkeit. Der Bereich des wirklichen Lebens ist vom Standpunkt der Lebensmittelproduktion an den Rand gedrängt und mit ihm die Menschen, die ihn hauptsächlich bevölkern – Frauen. Gleichzeitig ist die Arbeit im Zentrum von Gesellschaft entfremdet, so daß alle Hoffnung auf Befreiung illusionär verschoben ist in Richtung auf die lebendige Tätigkeit an den Rändern der Gesellschaft. Von Frauen, die immer weiter unterdrückt werden, wird irrationalerweise erwartet, die gesellschaftliche Hoffnung auf ein besseres Leben zu verkörpern, auf Freude und sinnlichen Genuß.

»Weil der weiße Mann sich selbst zur entsinnlichten Gesellschaftsmaschine entwürdigte hatte, kolonisierte er die Frau als Sinnlichkeitstier. Sie sollte zuständig sein für alles, was er nicht mehr empfinden und ausleben durfte: für Gefühle und liebevolle Zuwendung, für die Ästhetik des Alltages und für die Mobilisierung des Sinnlichen, eingemauert in den Hochsicherheitstrakt der modernisierten Kleinfamilie mit ihrer abstrakten Privatarbeit.«

R. Kurz: Der Letzte macht das Licht aus, Berlin 1993, S. 68.

Wäre es nicht eine revolutionäre Tat, in dieses System einige Unordnung zu bringen als Basis für eine andere Ordnung? Wenn wir die randständigen Bereiche des Lebens befreien wollen, müssen sie verallgemeinert und daher neu bewertet werden. Gleichzeitig muß der Bereich der gesellschaftlichen Arbeit, der derzeit privilegiert ist, von Frauen besetzt werden. Sobald sich die beiden Geschlechter die verschiedenen Betätigungsfelder teilen, wird ein Herrschaftselement, das bislang die alte zerstörerische Ordnung gefestigt hat, ins Wanken gebracht. Damit wird die Frauenbewegung für die Vermenschlichung der Gesellschaft entscheidend.

Die Unruhe, die die ›Hausarbeitsdebatte‹ trotz aller Problematik und auch unfruchtbaren Zurückweisung von Marx in den etablierten Marxismus gebracht hat, sollte besser genutzt werden, um Rolle und Funktion von Frauenunterdrückung für die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften neu zu denken. Dabei kann sowohl die frühe Hoffnung, die Marx in die Arbeit setzte, wie auch seine scharfe Analyse des Schicksals der Lohnarbeit als zentrale Quelle des Profits und daher des kapitalistischen Fortschritts von aktuellem Nutzen sein. Ich glaube nicht, daß wir die Lage der Frauen dadurch verbessern können, daß wir die Hausarbeit in die Lohnarbeit und ihre Gesetze einschmuggeln und auf diese Weise die Marxsche Analyse um die Problematik nicht bezahlter Hausarbeit ergänzen. Nach meinem Dafürhalten müssen wir in unserer Kritik andersherum vorgehen.

Familienarbeit und Hausarbeit

Der Beginn feministischer Auseinandersetzung mit Marx war dalla Costas Intervention (1973) zur Bedeutung der Trennung der Sphären von Haus- und Fabrikarbeit für die Frauenunterdrückung. Die daran anschließende ›Hausarbeitsdebatte‹ bezog sich auf Marx' Analyse der Lohnarbeit. Ein Anschluß an seine und auch Engels Ausführungen zur Hausarbeit geschah eigentümlicherweise nicht. Dies soll hier kritisch nachgeholt werden.

Marx und Engels benutzen den Begriff Hausarbeit zumeist für die im Haus verrichtete Erwerbsarbeit und behandeln das im 20. Jahrhundert gewöhnlich unter Hausarbeit gefaßte unter ›Familienarbeit‹. Diesem Umstand versuche ich im folgenden durch die Verdoppelung des Begriffs Familienarbeit/Hausarbeit Rechnung zu tragen. Ferner werden die Ausführungen von Engels in die Darstellung und Kritik einbezogen.

In seinem Vorwort zum Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats skizziert Engels, was unter »Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens« (MEW, Bd. 21: 27) zu verstehen sei: »Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung.« (MEW, Bd. 21: 27f.). Er nennt beides »Produktionen« und liefert dadurch einen Ausgangspunkt für eine Theorie von Frauenunterdrückung, deren Ausarbeitung er selbst jedoch durch folgende Bestimmungen verstellt: Er definiert die beiden Produktionsarten in der weiteren Entwicklung als »einerseits ... Arbeit, andererseits ... Familie« (MEW, Bd.

21: 28). Indem er solcherart eine Trennung vornimmt in Arbeit, der Nahrung, Kleidung, Wohnung etc. zugehörig sein sollen und Familie, bleibt ihm für letztere und damit auch für eine Theorie von Frauenunterdrückung nichts als die Organisation biologischer Prozesse und ihre Verrechtlichung und Verstaatlichung. Familienarbeit kann nicht gedacht werden. Folgerichtig untersucht er in Ursprung der Familie die Organisationen der Fortpflanzung, nicht, in welchem Verhältnis die in der Familie verrichteten Arbeiten zur Gesamtarbeit und zur Reproduktion von Gesellschaft stehen. Dabei war Engels an anderer Stelle – im Zusammenhang mit der Fortentwicklung von Gesellschaft – durchaus klar, daß in der Familie auch gearbeitet wird.

Anders Marx. Im ersten Band des Kapital kennt er durchaus, wenn auch nur am Rande, Familienarbeit. So beschreibt er jene für die Manufaktur typische Organisation von Arbeit, die in kleinen, durch Familien betriebenen Werkstätten geschah, und die wir bis heute aus der Landwirtschaft kennen. Für sie ist die Verwandlung aller Lebenszeit aller Familienmitglieder einschließlich der Kinder in Arbeitszeit charakteristisch.

Marx' Gegenstand ist die Zersetzung der Familie durch Warenproduktion und damit der Zusammenstoß zweier unterschiedlicher Produktions- und Lebensweisen: die Marktlogik, die den freien Warenbesitzer voraussetzt und die Familienarbeit mit der relativen Rechtlosigkeit von Frauen und Kindern. An anderer Stelle schreibt er: »Der Arbeiter verkaufte früher seine eigne Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler« (MEW, Bd. 23: 418) und in der Fußnote: »... findet man ... wahrhaft empörende und durchaus sklavenhändlerische Züge der Arbeitereltern mit Bezug auf den Kinderschacher« (MEW, Bd. 23: 418). Am Ende seiner Betrachtungen kommt Marx zu dem bekannten perspektivischen Satz: »So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter« (MEW, Bd. 23: 514).

Marx' Blick ist nach vorn auf die Organisation der gesellschaftlichen Produktion gerichtet und auf die notwendige Beseitigung überkommener Formen. Tatsächlich rückt hier überhaupt nicht in seine Betrachtung, was in der Familie außer der Produktion von Waren noch gearbeitet wird und demnach auch nicht, in welcher Weise diese Arbeiten der Hege und Pflege von Mensch und Natur in den Vergesellschaftungsprozeß eingehen. Unter Hausarbeit versteht er hier die innerhäusliche Erwerbsarbeit, das »häusliche Gewerbe« (so auch MEW, Bd. 23: 316, 363f., 405, 489-493, 533, 629, 699, 733, 776).

Im Zusammenhang mit der Analyse der Arbeitsteilung finden wir Ansätze zu einer Theorie von Familienarbeit: »Für die Betrachtung gemeinsamer, d.h. unmittelbar vergesellschafteter Arbeit brauchen

Die »Regulation der sog. Hausarbeit ...als direkter Eingriff in die patria potestas ... die elterliche Autorität, ein Schritt, wovor das zartfühlende englische Parlament lang zurückzubeugen affektierte. Die Gewalt der Tatsachen zwang jedoch, endlich anzuerkennen, daß die große Industrie mit der ökonomischen Grundlage des alten Familienwesens und der ihr entsprechenden Familienarbeit auch die alten Familienverhältnisse selbst auflöst.«
MEW, Bd. 23: 513.

Eine Erwähnung des Familienarbeitsbereichs außerhalb und in Konflikt mit der außerhäuslichen Erwerbsarbeit findet sich schließlich in zwei Fußnoten. »Hygienisch habe die Krise, abgesehen von der Verbannung der Arbeiter aus der Fabrikatmosphäre, vielerlei andre Vorteile. Die Arbeiterfrauen fänden jetzt die nötige Muße, ihren Kindern die Brust zu reichen, statt sie mit Godfrey's Cordial (einem Opiat) zu vergiften. Sie hätten die Zeit gewonnen, kochen zu lernen. Unglücklicherweise fiel diese Kochkunst in einen Augenblick, wo sie nichts zu essen hatten. Aber man sieht, wie das Kapital die für die Konsumtion nötige Familienarbeit usurpiert hat zu seiner Selbstverwertung.«

MEW, Bd. 23: 416f. FN 120.

Marx behandelt die Frage nach der Ökonomie der Zeit, z.B. mit Bezug auf das Stillen, sehr knapp wiederum als Frage des Lohnes: »Da gewisse Funktionen der Familie, z.B. Warten und Säugen der Kinder usw., nicht ganz unterdrückt werden können, müssen die vom Kapital konfiszierten Familienmütter mehr oder minder Stellvertreter dingen. Die Arbeiten, welche der Familienkonsum erheischt, wie Nähen, Flicken usw., müssen durch Kauf fertiger Waren ersetzt werden. Der verminderten Ausgabe von häuslicher Arbeit entspricht also vermehrte Geldausgabe.«

MEW, Bd. 23: 417, FN 121.

wir nicht zurückzugehen zu der naturwüchsigen Form derselben, welche uns an der Geschichtsschwelle aller Kulturvölker begegnet. Ein näherliegendes Beispiel bildet die ländlich patriarchalische Industrie einer Bauernfamilie, die für den eignen Bedarf Korn, Vieh, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw. produziert. Diese verschiedenen Dinge treten der Familie als verschiedene Produkte ihrer Familienarbeit gegenüber, aber nicht sich selbst wechselseitig als Waren. Die verschiedenen Arbeiten ... sind in ihrer Naturalform gesellschaftliche Funktionen, weil Funktionen der Familie, die ihre eigne, naturwüchsige Teilung der Arbeit besitzt so gut wie die Warenproduktion ... Die durch die Zeitdauer gemeßene Verausgabung der individuellen Arbeitskräfte erscheint hier aber von Haus aus als gesellschaftliche Bestimmung der Arbeiten selbst, weil die individuellen Arbeitskräfte von Haus aus nur als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft der Familie wirken« (MEW, Bd. 23: 92)

Es ist erstaunlich, daß Marx diesen Befund, daß die einzelnen Produkte nicht primär nach der verausgabten Zeit gemessen und von daher als mehr oder weniger wert erachtet und gesellschaftlich relevant verglichen sind, nicht weiter in seiner Bedeutung für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und für das gesamte Zivilisationsmodell untersucht hat. Schließlich macht das Kalkül der verausgabten Zeit den Wert auch zu einem Fluch, vor dem die Produkte geschützt werden müssen, so daß gesellschaftlich sich schließlich nur bewähren kann, was möglichst wenig lebendige Zeit verschlingt – dies beschreibt ein Modell des Fortschritts und der Verarmung in einem. Zugleich erhalten wir hier auch einen Hinweis auf die Sehnsucht, die der Familie noch heute gilt und ihr Dauer verleiht als dem Ort, an dem nicht nur kostengünstig und arbeitsparend kalkuliert produziert werden muß.

In den ausführlichen Analysen zur Arbeit im Kapitalismus kommt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nurmehr am Rande vor. Ihr Zustandekommen skizziert er als zunächst »naturwüchsig«, eine Teilung auf »rein physiologischer Grundlage«, die durch den Austausch in voneinander abhängige Zweige gerät (vgl. MEW, Bd. 23: 372). Er untersucht die Anordnung dieser Bereiche, die für das kapitalistische Zivilisationsmodell zentral ist, nicht weiter. Daß Marx seine vor allem in der Deutschen Ideologie skizzierten Überlegungen zum Herrschaftscharakter der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht weiter verfolgte, ist um so merkwürdiger, als sich auf dieser Grundlage eine Gesellschaftsformation entwickelte, in der gesellschaftlich im wesentlichen produziert wird, was Profit bringt, so daß alle Arbeiten, die dieser Zeitlogik nicht folgen können, nicht rationalisierbar, automatisierbar, beschleunigbar sind – wie das Hegen und Pflegen von Mensch und Natur –, liegen gelassen, zerstört oder der unentgeltlichen Pflege von Frauen überlassen werden. Wir können heute wohl davon ausgehen, daß die Krisen der unbeherrschten und ungehemmten Produktivkraftentwicklung und des Raubbaus an der Natur mit dieser Logik und Bereichsordnung, der sich die Frauenunterdrückung verdankt, zusammenhängen. Insofern, so können wir – unsere Marx-Kritik zuspitzend – festhalten, führt die einseitige Analyse der Lohnarbeit statt des Zusammenhangs gesellschaftlich-notwendiger Arbeit und

ihrer Über- und Unterordnung zu einer unzureichenden Analyse der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften, damit ihrer Dauer und der sie stützenden Kräfte. Hier also ist vom feministischen Standpunkt einiges nachzuarbeiten und umzubauen.

Literatur:

- dalla Costa, Maria Rosa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, in: S. James (Hg.): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin/W.
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, S. 25-173.
- Fraad, Harriet/Stephen Resnick/Rick Wolff (1994): Bringing it all back home. Class, Gender & Power in the Modern Household, London.
- Haug, Frigga (1980): Frauen – Opfer oder Täter?, in: Das Argument, Nr. 123.
- Haug, Frigga (1990): Erinnerungsarbeit, Berlin/Hamburg.
- Ivekovic, Rada (1984): Noch einmal zum Marxismus und Feminismus, in: Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, Argument-Sonderband 110, Berlin/W.
- List, Friedrich (1841/1982): Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin/W.
- Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: MEGA IV.3; MEW, Bd. 3.
- Marx, Karl: Frühschriften, in: MEGA I.2; MEW, Bd. 40.
- Marx, Karl: Manuskripte 1844, in: MEGA I.2; MEW, Bd. 1.
- Marx, Karl: Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3.
- Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13.
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19.
- Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23.
- Meillassoux, Claude, (1975/1983): Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft, Frankfurt/M.
- Mies, Maria (1983): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, Köln.
- Neusüß, Christel (1985): Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg 1985.
- Pohl, Sigrid (1984): Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung. Ein feministisch-marxistischer Erklärungsansatz, Frankfurt/M.
- Projekt Ideologietheorie (1979): Theorien über Ideologie, Berlin.
- Werlhof, Claudia von (1978): Der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 1, Köln,

DANGA VILEISIS

Ein patriarchaler Rückfall wider Willen: Reflexionen über einen feministischen Arbeitsbegriff aus marxistischer Sicht

Einer der größten Streitpunkte in der feministischen Kritik am Marxismus ist der Stellenwert der Frauenarbeit. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen dessen beschränkte Analyse von Arbeit, Ausbeutung und Herrschaft und ihre Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse bzw. auf die kapitalistische Warenproduktion. Demnach vermag die Marxsche Theorie weder die weiblichen Erkenntnis- und Tätigkeitsbereiche noch die patriarchale Herrschaft über die Frau zu erfassen. In der marxismuskritischen Debatte bleibt das Spannungsverhältnis des historischen Materialismus zum liberalen Autonomieanspruch der Theorien des Naturrechts bzw. sozialen Vertragstheorie für die Frauenemanzipation weitgehend unberücksichtigt. Den Ausgangspunkt meiner Betrachtung bildet eine kurze Zusammenfassung der patriarchalen Voraussetzungen und die frauenabwertende Ideologie der letzteren – die den Ausschluß der Frau aus den grundsätzlichen demokratischen Rechten sowie aus der besser bezahlten Arbeit seit der Aufklärung legiti- mierten. Erst im Zusammenhang mit der grundlegenden Kritik dieser theoretischen Konzepte wird der potentielle Beitrag von Marx zu einem feministischen Begriff der Arbeit, mithin die Zurückweisung eines Teils der Kritik an ihm, deutlich.

Danga Vileisis – Studium der Politikwissenschaft an der Universität Delaware (USA), Magister für Philosophie an der Freien Universität Berlin, freischaffende Wissenschaftlerin; Veröffentlichungen zu marxistischem Feminismus und Frauenarmut in den USA.

Begriffshistorischer Hintergrund des Naturrechts

Im Unterschied zum antiken Menschenbild bildete im Denken der Aufklärung die Trennung des Menschen von seiner äußeren Natur zugleich die Voraussetzung für die Zerlegung der menschlichen Natur in »zwei Naturen« – in eine biologisch-sinnliche und in eine geistige –, wobei die Natur der Frau der ersten und die Natur des Mannes der zweiten zugeschrieben wurde. Dieses Konzept findet sich auch bei der anthropologischen Rekonstruktion der »Natur des Menschen« in den Vertragstheorien. In einer patriarchalen Deutung des Geschlechterunterschieds wurde so die untergeordnete gesellschaftliche Stellung der Frau – verkürzt gesagt – entweder mit ihrem unzureichenden Vernunftvermögen oder mit ihrer moralischen Unzulänglichkeit begründet.

Von zentraler Bedeutung für die teleologische Rekonstruktion der dem Mann unterlegenen »zweiten Natur« der Frau war die Auffassung vom Urmenschen als einem ungeselligen, vereinzelt, naturwüchsig patriarchalen Wesen. Der anthropologische Ausgangspunkt orientierte sich nicht an einer egalitären Beziehung zwischen den Geschlechtern in der arbeitsteiligen Produktion und Reproduk-

tion. Er bezog sich entweder auf das Sexualverhalten der Geschlechter in einer promiskuitiven Urhorde (Rousseau, Bachofen und Engels), auf einen aggressiv individualistischen Selbsterhaltungstrieb im Krieg aller gegen alle (Hobbes) oder (z.B. bei Aristoteles) auf eine »von Natur aus« politisch dominante Stellung des Mannes in der arbeitsteiligen Familie (Locke, Hegel und Maine). Von diesen sogenannten naturwüchsigen Beziehungen der Urmenschen aus wurde in der Gattungsbildung folglich die Einführung der monogamen Ehe (einschließlich der Unterwerfung der Frau unter den Mann) als leitendes »zivilisatorisches Prinzip« (so u.a. bei Engels, Darstellung im Anschluß an Bachofen) moralisch bzw. deterministisch begründet. Im Staatsrecht schließlich wurde dies als Legitimierung patriarchaler Herrschaft verankert.

Darüber hinaus stellte diese Ableitung des bürgerlichen Subjektbegriffs den Freiheitsanspruch der Frau vor ein fundamentales Problem. Denn, obwohl vom Emanzipationsanspruch des Gattungsmenschen als Subjekt ausgegangen wurde, konnten auf der Grundlage der normativen Ausgangsannahmen weder der Emanzipationsanspruch der Frau objektiv begründet noch die patriarchale Herrschaft, über ihren bloß intentionalen Charakter hinaus, zurückgewiesen werden.

Konkret historische Veränderungen des Geschlechterverhältnisses

Die Schwierigkeit, den Emanzipationsanspruch der Frau auf der Grundlage des bürgerlichen Subjektbegriffs objektiv zu begründen, erhöht sich zudem mit den historisch-bedingten Veränderungen der Geschlechterverhältnisse im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Die ideologische Abwertung der Frau scheint jetzt ihrer unterlegenen Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft adäquat zu entsprechen.

Unter den vielfältigen Veränderungen ist die Herausbildung einer neuen geschlechtlichen Arbeitsteilung, die sich durch die Auflösung der vorindustriell wirtschaftenden Bauern- und Handwerkerfamilien – zum erheblichen Nachteil der Frau – vollzog, von grundlegender Bedeutung. Zwei Entwicklungen scheinen mir dabei besonders hervorhebenswert.

Erstens, die räumliche Trennung des privaten Haushalts vom Arbeitsort und die damit einhergehende Zuordnung dieser beiden Tätigkeitssphären nach Geschlechtern; diese entstand erst mit der Lohn- und Industriearbeit, als der Verkauf der Arbeitskraft allgemein zwingende Reproduktionsform wurde. In jenen früh-proletarischen Familien vollzog sich eine bisher völlig unbekannte Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre, die später zur Entwicklung der entsprechenden stringenter Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau bedeutend beigetragen hat.

Zweitens, die gesetzliche Festschreibung der ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann in der Industriegesellschaft; so wurde z.B. in Preußen ausgangs des 18. bzw. im beginnenden 19. Jahrhundert gleich mit den ersten rechtlichen Maßnahmen des Bürgertums gegenüber dem Absolutismus – durch das Allgemeine Preußische Landrecht (1794-1810) – die Stellung des Mannes als Hauptverdiener der Familie verankert (vgl. Hattenaue 1970). Mit

der Durchsetzung des »Normalarbeitstages« wurde unter maßgeblicher Mitwirkung einer »anti-feministischen« Gewerkschaftsführung (vgl. Thönnesen 1978) und im Einverständnis mit den Industriellen eine Vielzahl von Gesetzen erlassen, die einerseits direkt Frauenarbeit in der Industrie verboten, andererseits die Rolle des *proletarischen* Mannes als Haupternährer der Familie gesetzlich verankerten (vgl. Gerhard 1978). Diese Gesetze schufen die Bedingungen für die Zementierung der Arbeitsteilung. Der Mann (und Vater) wurde als Allein- oder Hauptverdiener der Familie für seine Arbeit außerhalb des Haushalts entlohnt, während die Frau (und Mutter) in der industriellen Kleinfamilie ihre Tätigkeit zunehmend auf Kinderfürsorge und Hausarbeit beschränken sollte (vgl. Hausen 1978).

Durch diese Entwicklung wurde die Arbeits- und Lebenssphäre der Frau in der frühbürgerlichen und später proletarischen Familie durchgängig »privatisiert« und der öffentlich anerkannten Arbeits-sphäre des Mannes untergeordnet. Die darauf gründende Alltags-erfahrung entsprach daher auch ideell dem Ausschluß der Frau aus dem abstrakten bürgerlichen Subjektbegriff. Die Trennung der Haus-halts- bzw. Familienarbeit von der Tauschwertproduktion, ihre Zu-weisung an verschiedene Geschlechter, die Wahrnehmung der Frau-enarbeit als minderwertig, weil nicht tauschwertschaffend, sowie die Entmündigung der Frau im Staatsrecht fanden im bürgerlichen Subjektbegriff ihren konzentrierten Ausdruck, so daß die normativ-ideelle Abwertung der Frau mit ihrem tatsächlichen Sein in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft übereinzustimmen schien.

Der Marxsche Subjekt- und Arbeitsbegriff und die Frauenbewe-gung

Eine Analyse der wichtigsten Aspekte des Marxschen Subjekt- und Arbeitsbegriffs trägt meines Erachtens erheblich dazu bei, die besprochenen Aporien des naturrechtlichen Freiheitsanspruchs zu überwinden und macht den Weg frei für eine Kritik des Patriarcha-lismus in der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Weg aus dem frauenabwertenden biologischen Determinis-mus des Naturrechts führt nicht über eine – im liberalen Sinn – normative Aufwertung der weiblichen Lebenssphäre, sondern zunächst über die Anerkennung des Verhältnisses der Frau (in ihren geschlechtsspezifischen und -unspezifischen Eigenschaften) zur Natur durch die Anerkennung ihrer Teilnahme an der gesellschaft-lich-gegenständlichen Arbeit. Nach dieser Marxschen Auffassung ist die gegenständliche Arbeit Ausgangspunkt allen menschlichen Geschehens, das selbst als ein Naturprozeß verstanden wird. Der Zusammenhang von Natur, Gesellschaft und Denken wird nicht voraussetzungslos aus der Reflexion gewonnen (wie z.B. Hegel dachte), sondern in der Aneignung der Natur durch den Menschen im konkreten gesellschaftlichen Arbeitsprozeß vermittelt (vgl. Furth/Lefevre 1980: 81ff.). Wichtigste Voraussetzung dieses Ver-mittlungsprozesses ist die dialektische Einheit von Mensch und Natur. Denn, soweit die Arbeit als dialektischer Prozeß zwischen dem naturbestimmten Subjekt (d.h. den Menschen als Naturgegen-stand eingeschlossen) und dem naturbestimmten Objekt¹ verstan-

1 Zur Erläuterung des Natur/Mensch-Verhältnisses im Arbeitsprozeß bei Marx vgl. Ruben 1978, S. 146ff.

den wird, erübrigt sich eine Zerlegung der menschlichen Natur in ein über der Natur stehendes Denkvermögen und ein naturverhaftetes sinnliches Vermögen – und vor allem deren Zuschreibung zu verschiedenen Geschlechtern.

Von weiterer Relevanz für die Zurückweisung der biologisch-determinierten naturrechtlichen Rekonstruktion der unterlegenen »zweiten Natur« der Frau in den sozialen Vertragstheorien ist die Marxsche Begründung der Gesellschaftlichkeit des Menschen und die damit verbundene historische Relativierung des Entstehens partikulärer Herrschaftsinteressen. Wie schon angedeutet, bezieht sich die vertragstheoretische Begründung der Vergesellschaftung nicht auf das materiell-determinierte Zusammenwirken der Menschen in der Produktion, sondern auf die Entstehung ihrer sozialen Interaktion durch individuell gewolltes Tun, also auf das bewußte Handeln. Charakteristisch für das vertragstheoretische Vergesellschaftungsmodell ist bekanntlich die Suche nach einem über den subjektiven Handlungen der vereinzelt Individuen stehenden sozialen Zusammenhalt. Ein solcher kommt jedoch nur zustande, wenn bei jedem einzelnen ein dem anderen gleichwertiges Urteils- bzw. Vernunftvermögen vorausgesetzt wird. Ist das Urteil aller Gesellschaftsmitglieder gleich, dann bleibt offen, nach welchen Kriterien diese einen Konsens treffen. Das heißt, wird für die Vergesellschaftung eine abstrakte Gleichwertigkeit der Individuen vorausgesetzt, dann schließt das ein, daß einvernehmlich auch deterministische Wertvorstellungen, wie die der patriarchalischen Abwertung der Frau bis hin zu deren Ausschluß aus den bürgerlichen demokratischen Grundrechten, möglich sind. Verdeutlicht wird dies klassisch z.B. im Ausschluß der Frau aus dem Verhältnis von Einzelnem und Allgemeinem in der »societas civilis« des frühen bzw. traditionellen Naturrechts. Diese Tradition geht auf die praktische Philosophie von Aristoteles zurück, in der das »praktische« Verhältnis des einzelnen zur Allgemeinheit als ein unmittelbares Verhältnis des Individuums zur staatlichen Gemeinschaft der Polis interpretiert wurde. In Aristoteles' Polis sowie in der traditionellen Auffassung des Naturrechts (der Aufklärung) sind Patriarch, Bürger und »Einzelner« ein und dieselbe Person, wobei die Alleinherrschaft des Mannes in der Familie sowie seine Bürgerrechte nicht hinterfragt, sondern von einem naturgegebenen Grundverhältnis des Seins her vorausgesetzt werden.

Wurde die Frau aus der Einheit von Einzelnem und Allgemeinem im traditionellen Praxisbegriff ausgeschlossen oder, wie im bürgerlichen Recht, als einzelne dem Allgemeinen hierarchisch untergeordnet, so konnte dies in der materialistischen Dialektik durch den Stellenwert, der dem konkreten Arbeitsmittel bei der Vermittlung zwischen Einzelnem und Allgemeinem, zwischen Subjekt und Objekt zugemessen wurde, überwunden werden. Die Bedeutung des Arbeitsmittels in der materialistischen Dialektik ist komplex² und kann somit in ihrer Relevanz für die Ableitung des Marxschen Subjektbegriffs »Frau« hier nur verkürzt zusammengefaßt werden. Vor allem geht es um zwei Aspekte.

Erstens ist im konkreten Arbeitsprozeß die Vermittlung zwischen Mensch und Natur Bestandteil einer, mit Peter Furth gesagt, »pro-

2 Näheres dazu vgl. Ruben 1978; Furth 1980; Damerow u.a. 1983, S. 3-65.

zessierenden Einheit« des Mit- und Bewirkens von drei Elementen: der zweckmäßigen Tätigkeit, des Arbeitsgegenstandes und des Arbeitsmittels. So ist in der Vermittlung (zwischen Subjekt und Objekt) durch das Arbeitsmittel nicht die Intentionalität der einzelnen subjektiven Zwecksetzungen unbegründete Voraussetzung, sondern Moment der konkreten Einheit von subjektiven und objektiven Bedingungen der Arbeit. Sie wird im Arbeitsprozeß selbst erzeugt. Die an der Herstellung und den Gebrauch von Arbeitsmitteln gebundene Subjektivität des einzelnen wird vor allem durch die Produktivkraft des Arbeitsmittels in sinnlich-gegenständlicher Form zugleich als allgemeines wahrnehmbar. Das heißt, das Arbeitsmittel als allgemeine gesellschaftliche Produktivkraft ist nicht nur Mittel zwischen Subjekt und Objekt der Arbeit, sondern es ist, übertragen auf alle gesellschaftlichen einzelnen, Mittel zwischen Subjekt und Subjekt überhaupt. Dabei sind die geschlechtsspezifischen Eigenschaften des Subjekts ohne Belang, da die persönlichen Eigenschaften des Produzenten weder am Arbeitsmittel noch an seinem Gebrauch identifizierbar sind. Das bedeutet auch, daß die Gesellschaftlichkeit des Subjekts nicht vom objektiv unbegründeten, d. h. wertenden Konsens von einzelnen abhängt, sondern daß sie an die gesellschaftliche Produktivität gebunden ist, wie sie in den Mitteln seiner Produktion gegenständlich existiert, und wie sie in der Form von Arbeitsteilung, Kooperation, Technik und Wissenschaft vermittelt wird (vgl. Marx 1953: 380).

Wenn *zweitens* von der bereits angesprochenen Einheit des Menschen mit der Natur im Arbeitsprozeß ausgegangen wird, setzt dies voraus, daß der Mensch bzw. die Frau auch Eigentümer(in) seiner/ihrer eigenen wie der äußeren Natur ist. Dies bedeutet nicht (wie Marx häufig vorgeworfen wird), daß dem Menschen eine Herrschaftsposition über die Natur eingeräumt wird, sondern gilt die Natur hier als objektive Bedingung menschlicher Tätigkeit. Ausgehend von diesen sozusagen anthropologischen Bedingungen der Arbeit, kann die Trennung des Subjekts von den Mitteln seiner Arbeit durch die Entstehung des Privateigentums als historische Produktionsform begriffen werden. Unter kapitalistischen Bedingungen herrschen eben nicht die Konsumtionsbedürfnisse einer von der Arbeit freigestellten Klasse von Patriarchen (wie bei Aristoteles), sondern, wie es Marx in den »Grundrissen« formuliert hat, die »Verwertungszwänge gleichwertiger Kapitalien«.

Die Einheit des Menschen mit der Natur beschreibt – wie ich Marx verstehe – lediglich seinen grundlegenden Ansatz, bei dem er vom wirklichen Subjekt der Arbeit als einer dialektischen Identität seiner subjektiven und objektiven Bedingungen ausgeht. Das Subjekt dagegen in der Abstraktion von seinen konkreten Arbeitsbedingungen zu fixieren bedeutet, das Subjekt vom Standpunkt des Kapitals in der Gestalt des Lohnarbeiters zu begreifen, wobei dessen Arbeit auf sein abstraktes Arbeitsvermögen – d. h. auf seine Eigenschaft, Tauschwerte zu produzieren – reduziert wird (vgl. Arndt/Lefevre 1983: 26). Und hier sehe ich die besondere Relevanz des Marxschen Arbeitsbegriffs für die Frauenbewegung – weil damit auch die Ignoranz gegenüber der in Familie und Haushalt traditionell weiblichen unbezahlten Arbeit im Vergleich zur

männlichen Tauschwertproduktion durch Lohnarbeit erklärt werden kann. Da vom Standpunkt des kapitalistischen Verwertungszwecks alle reproduktiven Tätigkeiten und sinnlichen Vermögen, die in den Verwertungsprozeß nicht direkt eingehen, traditionell der Frau zugeschrieben werden, erscheinen diese und ihre Trägerin in der kapitalistischen Gesellschaft tatsächlich als untergeordnet und minderwertig.

Soweit Arbeit in ihrer Naturbedingtheit keine tauschbare Aktivität ist, ist die Frau auch unter kapitalistischen Produktionsbedingungen – unabhängig davon, ob sie Tauschwerte oder unbezahlte Werte produziert – Subjekt der Arbeit. Von Marx' Begriff der Arbeit her ist nicht – wie dies oft von einem liberalen Feminismus interpretiert wird – die Aufwertung des Arbeits- und/oder Erkenntnisvermögens der Frau zu begründen, sondern die historische Entwicklung ihrer Unterbewertung.

Widersprüche in Engels' Verständnis der Frauenarbeit und der sozialistischen Frauenemanzipation

Um Mißverständnisse über den Marxschen Subjekt- und Arbeitsbegriff gleich vorweg auszuräumen, ist an dieser Stelle die Zurückweisung von Engels' historisch undifferenzierter Zuordnung der »produktiven« Arbeit zum Mann und der »unproduktiven« zur Frau unumgänglich. Um meine Problemsicht zu verdeutlichen, möchte ich folgendes voranstellen: Wird die »Minderwertigkeit« der Frau in den bürgerlichen Naturrechtstheorien deterministisch auf moralische Unzulänglichkeiten oder ein allein dem Mann zugeschriebenes Vernunftvermögen zurückgeführt, so wird auch durch die marxistische Theorie der Frauenemanzipation die Auffassung von Engels zur gesellschaftliche Unterlegenheit der Frau insofern deterministisch gedeutet, als ihre Arbeit im Vergleich zu der des Mannes als historisch »minderwertig« erscheint.

Ausschlaggebend für diese Deutung sind Engels' widersprüchliche Ausführungen über die zentrale Bedeutung der Arbeit für die menschliche Gattungsbildung einerseits und über den historischen Ausschluß der Frau aus diesem Prozeß andererseits. Während er in seinem Essay »Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« Arbeit als die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens definiert, und zwar in einem solchen Grad, daß »wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen« (MEW, Bd. 20: 444), geht er im »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« davon aus, daß die Arbeit der Frau die Gesellschaft nichts mehr angeht (vgl. MEW, Bd. 21: 75). Engels behauptet dort, daß die Frauenarbeit nur in der urkommunistischen, matriarchalischen Gesellschaftsformation »... ebensogut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer« (MEW, Bd. 21: 75) sei. Mit der Entstehung der patriarchalischen Familie, und noch mehr mit der monogamen Kernfamilie, die Engels ganz im Sinne eines Naturrechtsmodells von Vergesellschaftung chronologisch mit dem Beginn der »Zivilisation« gleichsetzt, soll sich der produktive Charakter der Frauenarbeit geändert haben. »Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter.« (eben-

da) Die Frau wurde aus der Teilnahme an der »gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen« (MEW, Bd. 21: 158).

Dabei wird die Hauptlinie der historischen Entwicklung von gesellschaftlich produktiver Arbeit bzw. von »gattungsbildender« und später wertbildender Arbeit teleologisch allein auf die »nahrungsschaffende« Arbeit des Mannes und auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln seiner Arbeit zurückgeführt. »Dieselbe Ursache, die der Frau ihre frühere Herrschaft im Hause gesichert: ihre Beschränkung auf die Hausarbeit, dieselbe Ursache sicherte jetzt die Herrschaft des Mannes im Hause: die Hausarbeit der Frau verschwand jetzt neben der Erwerbsarbeit des Mannes; diese war alles, jene eine unbedeutende Beigabe« (MEW, Bd. 21: 157/158). Daraus schließt Engels, daß historisch erst unter den Bedingungen der tauschwertschaffenden Industriearbeit »... (der Proletarierin) der Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet« wurde (MEW, Bd. 21: 75), die er dann mit der historisch ersten Möglichkeit der Emanzipation für die Frau gleichsetzt (vgl. MEW, Bd. 21: 158).

So umstritten dies auch sein mag, ich werfe Engels vor, daß sein Verständnis der Frauenarbeit als »unproduktiv« auch den kapitalistischen Verwertungszweck unterstellt, insofern alle praktischen und sinnlichen Fähigkeiten, die nicht direkt in den Verwertungsprozeß eingehen – wie eben die der Frau in ihrem traditionell festgeschriebenen privaten Bereich – als »unproduktiv« erscheinen. D.h., die Unterstellung, daß Frauen »unproduktive« Arbeit leisten, reflektiert nichts anderes als die bereits erwähnte Voraussetzung, daß kapitalistische Lohnverhältnisse bestehen und daß folglich die Arbeitskraft auf das abstrakte Arbeitsvermögen eines Individuums reduziert wird. Demnach kann die (nach Engels) »befreiende« Teilnahme der Frau an der produktiven, weil wertschaffenden kapitalistischen Industriearbeit nur durch eine »Aufwertung« des individuellen Arbeitsvermögens erfolgen, indem es als Ware verkauft wird. Das hat jedoch mit wirklicher Frauenemanzipation nichts gemein.

Darüber hinaus hat Engels übersehen, daß die patriarchale Abwertung von Frauenarbeit im privaten Reproduktionsbereich auch die Unterbewertung weiblicher Arbeitskraft auf dem Markt mit bedingt. Derartige »Wertvorstellungen« stützen nicht nur das Interesse des Privatunternehmers an der Ausbeutung von »billiger« Frauenarbeit, sondern z.B. Bestrebungen, die Sozialfürsorge zu kürzen und die Reduzierung der Frauenrolle auf die einer »Zusatzverdienerin« zu legitimieren. Durch die Unterbewertung von Frauenarbeit auf dem Arbeitsmarkt entsteht – statt der erwünschten Emanzipation – eine »doppelte Abhängigkeit« der Frau, vom Mann innerhalb der Familie und vom Unternehmer.

Meines Erachtens liegt dem Verständnis von Frauenarbeit bei Engels nicht nur eine ahistorische und dualistische Deutung des Marxschen Subjektbegriffs zugrunde. Die Behauptung, die Frau würde im Privatbereich eine bloß »unproduktive« Arbeit leisten, reproduziert die Voraussetzungen der »Staatsräson«, wonach die ungleichen Bürgerrechte für Mann und Frau damit begründet werden, daß der lohnarbeitende Mann alleiniger Ernährer der Familie

sei. Weil von diesem Standpunkt aus Frauenarbeit, die keine Tauschwerte produziert, als minderwertig erscheint, und weil sie so nicht als Resultat einer historischen Entwicklung verstanden werden kann, ist von daher die Notwendigkeit einer Frauenemanzipation, die über die Gleichstellung mit dem Manne im bürgerlichen Recht hinauszugehen vermag, nicht dialektisch und historisch-materialistisch begründbar.³

Unzulänglichkeiten einer feministischen Kritik des Marxschen Arbeitsbegriffs

Ungeachtet dieser Unterschiede in den Auffassungen von Marx und Engels über Arbeit und Geschlechterhierarchie richtet sich die feministische, handlungstheoretisch orientierte Kritik am Marxismus gegen Marx allein. Bezeichnend dafür ist die Art und Weise, wie die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen des Begriffs der zweckorientierten (poietischen) Vernunft mit denen des Marxschen Arbeitsbegriffs verbunden werden. Für dieses Verständnis steht paradigmatisch das »Baumeistermodell« (MEW 23, 193) im Vordergrund der Kritik.⁴ Indem die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen für den Arbeitsbegriff bei Marx auf dieses Modell bezogen werden, wird der Marxschen Arbeitstheorie eine Verselbständigung des antizipatorisch-ideellen Moments unterstellt. Dies solle bei Marx zwei weitere Ursachen haben: *Erstens*: Die Reduzierung der Natur auf einen bloßen Gegenstand der Arbeit, und damit auf rein gegenständliche Nützlichkeit – der Aspekt der Naturbeherrschung. *Zweitens*: Die damit eng zusammenhängende einseitige Auffassung von Arbeit als einer an der ökonomischen Produktivkraftentwicklung und am zerstörerischen technologischen Fortschritt orientierten, kapitalistischen Industriearbeit.⁵

Ausgehend vom Gebrauch der maskulinen Substantive »Arbeiter« und »Baumeister« bei Marx in bezug auf das Subjekt der Arbeit, werden die so als männlich interpretierte Arbeit und ihre Voraussetzungen mit der geschlechtsspezifischen, subjektiven Erfahrungswelt – nicht nur von Marx, sondern der Männer überhaupt – identifiziert. Damit wird nicht nur Marx' Begriff der Arbeit auf den Aspekt der »subjektiven Telos-Realisation«, also auf poietische Handlungen, reduziert, sondern diese werden auch noch dem intentionalen Tun der Männer zugeschrieben. Ist das Subjekt dieser Arbeit männlich, so wird – der öko-feministischen Marxkritik zufolge – auch das Verhältnis zur Natur als Gegenstand jener Arbeit durch die männliche Antizipation ihrer Verarbeitung (für die Produktion) belastet.

Auf der Grundlage dieses Verständnisses von Arbeit und Mensch-Natur-Verhältnis werden zwei Grundvoraussetzungen der frauenabwertenden bzw. das Patriarchat legitimierenden Naturrechtstheoreme nicht kritisch in Frage gestellt. Vielmehr wird angenommen, daß – *erstens* – die (Männer)Arbeit von einer tatsächlichen Trennung von Mensch und Natur ausgeht; und – *zweitens* – daß die geschlechtsspezifische Form der Männerarbeit (unter dem Aspekt der zwecksetzenden Vernunft) (wengleich als entfremdete Form aufgefaßt) gattungskonstituierend und daher mit einer »übernatürlichen Schöpfungskraft« ausgestattet sei.

3 F. Haug ist der Ansicht, bei Engels könne »Familienarbeit nicht gedacht werden« (Haug 1994: 911 – Stichwort Familienarbeit/Hausarbeit). Das wäre vor dem entwickelten Hintergrund zu problematisieren. Haug übersieht u.a. Engels irreführende Auffassung über Frauenarbeit im Bereich des Haushalts als unproduktiv, womit auch die Bedeutung des hier dargestellten Problemzusammenhangs in der sozialistischen Theorie der Frauenemanzipation ausgeschlossen bleibt. Darüber hinaus geraten die unterschiedlichen Auffassungen von Marx und Engels von produktiver bzw. unproduktiver Arbeit der Frau aus dem Blick (vgl. auch den Beitrag von F. Haug in diesem Heft).

4 Diese Kritik hat eine ihrer wichtigsten Quellen in der Schrift von Christel Neusüß: »Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander« (1985). Sie blieb prägend für das handlungstheoretisch orientierte feministische Verständnis des Marxschen Arbeitsbegriffs (vgl. insbesondere die Analyse von C. Hauser 1994).

5 Dieser Aspekt der Marxkritik ist ausführlich besprochen und zurückgewiesen worden von Jakobs 1993: 39ff.

In dem Bemühen, die bedrohte Welt von Mensch und Natur als das intentionale, subjektive Tun der Männer zu verorten und die Dominanz des eigentlich menschlichen Emanzipationspotentials auf die praktischen (sinnlichen und *biologisch determinierten*) weiblichen Tätigkeiten festzulegen, wird – übereinstimmend mit dem Denkmodell des vorzivilisatorischen Naturrechts – auch noch die unhistorische Rekonstruktion der dem Mann zugeschriebenen *zweiten* Natur (wie die Zivilisation als Entnaturalisierungsprozeß z.B. von Rousseau interpretiert wurde) und die Zuschreibung der Frau zur *ersten* Natur einer vortechnologischen Vernunft befürwortet. Der handlungstheoretisch-orientierte Vorschlag, diese Dichotomien als »Verkehrung« (Kulke 1988) oder »Doppelung« (Beer 1990) dieser Verhältnisse *zu denken*, weist weder den noch immer wirkenden biologischen Determinismus (in verkehrter Form) noch die Zuspitzungen des Naturrechts zurück. Das heißt, ausgehend von der Akzeptanz dieses Denkmodells und im Bemühen, den intentionalen Charakter der patriarchalen Bestimmung der (entfremdeten) »zweiten Natur« des Menschen zurückzuweisen, wird – trotz aller Abgrenzungen gegen den »weiblichen Essentialismus« – die »erste Natur« der Frau aufgewertet und als Grundlage für eine nicht-entfremdete Form der Gattungskonstitution betrachtet.

6 An dieser Stelle ist es angebracht, Marx' Ansichten über die produktive Arbeit im Kapitalismus genauer zu betrachten, denn nur dort ist für Marx »der Arbeiter (...) produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient. (...) Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeiter und Arbeitsprodukt ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis, welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt. Produktiver Arbeiter zu sein ist daher kein Glück, sondern ein Pech« (MEW, Bd. 23: 532).

Es ist mitunter nicht zu übersehen, daß die Zurückführung des emanzipatorischen Charakters der Frauentätigkeit auf den Bereich der *vortechnologischen (ersten) Natur* (vor allem im Emanzipationskonzept von Maria Mies) die biologisch-determinierten »Abwertungen« des Naturrechts (auch in Engels' anthropologischer Rekonstruktion, aber auch den der *romantischen* Aufwertung der Frau) reproduziert, wodurch die patriarchale Monogamie und der Ausschluß der Frau aus dem Freiheitsanspruch der Aufklärungsphilosophie legitimiert wird. So steht auch Mies' Befürwortung der *Anarchie* als politische Form der Emanzipation (vgl. Mies 1989: 55) in völliger Übereinstimmung mit der Idee eines »status naturalis« im Naturrechtskonzept von Rousseau.

Zwar schreibt Frigga Haug Marx nicht explizit eine Verselbständigung einer antizipatorisch-ideellen Seite der Arbeit zu, dennoch scheint sie mit der beschriebenen feministischen Marxkritik übereinzustimmen, wenn sie unterstellt, weil Marx Frauen- und Familienarbeit nicht genügend thematisierte, empfinde er »Begeisterung« für das an der Idealisierung der produktiven Arbeit anknüpfende kapitalistische Zivilisationsmodell, das »sich aus der Unterordnung aller nicht der Lohnform unterliegenden Tätigkeiten unter die Logik des Kosten-Nutzen-Kalküls ergibt.«⁶ Seine (Marx) Begeisterung für eine umfassende Ökonomisierung unterstellt alle Arbeit und ihre Bewertung im Grunde jenem Rationalisierungskonzept, das er für nötig erachtet, um weiteren »Lebensansprüchen« genügen zu können⁷. Daß Marx die Tätigkeiten und die Geschlechterverhältnisse im »privaten Bereich« der kapitalistischen Gesellschaft nicht näher untersucht hat, ist für die Analyse der Frauendiskriminierung ein Versäumnis, das es in der Forschung nachzuholen gilt. Dies ist aber etwas anderes, als Marx nach dem Muster der Trennung von poetischen und praktischen Handlungen zu kritisieren. Nicht nur wird auch von Haug, übereinstimmend mit der

7 Vgl. Stichwort »Familienarbeit/Hausarbeit« in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, 1994; den Beitrag von F. Haug in diesem Heft.

feministischen Handlungstheorie, Marx eine dichotomische Unterordnung der Praxis, also die sinnorientierter Handlungen unter zweckrationale (poietische) Tätigkeiten, vorgeworfen, sondern auch das Emanzipationspotential der Menschheit im privaten Bereich ihrer »ersten Natur« verortet. So sieht Haug die Aktualität des Satzes, »daß am Grad der Frauenemanzipation der Grad der Entwicklung der Menschheit ablesbar« sei, darin, daß »die Beziehung der Menschen untereinander, ihre Bedürfnisse, ihr Verhältnis zu ihrer Sinnlichkeit, zur sie umgebenden Natur, zum Werk ihrer Hände und Köpfe, ja zu sich selbst als menschliche Individuen« betrifft. An dieser Marxkritik ist nicht nur problematisch, daß der daraus abgeleitete Hinweis auf ein Emanzipationsmodell von dichotomen Sphären der menschlichen Tätigkeiten ausgeht, sondern auch, daß die menschliche und Frauenemanzipation *unvermittelt* ins Jenseits der rationalisierbaren, automatisierbaren Arbeitssphäre entrückt wird. Ausgeblendet bleibt die Vermittlung zwischen patriarchalen Herrschaftsformen im Familienbereich und kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen.

In der dichotomen Gegenüberstellung von menschlicher Arbeit als zweckrationaler, von sinnlicher und äußerlicher Natur getrennter, wird damit nicht nur implizit die Eigentumslosigkeit des arbeitenden Menschen an den Mitteln seiner Reproduktion unterstellt, sondern auch die Natur als geschichtslose »passive Materie«. In der Produktion von Gebrauchsgegenständen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wird die Natur vom kapitalistischen Standpunkt nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Umbildung durch die Arbeit für den Gebrauchswert gesehen, sondern unter dem der Produktion von Tauschwerten, für die die Naturform der Dinge ohne Belang ist.⁸

Für Marx dagegen haben die Dinge eine Naturalform⁹, womit der Gebrauchswert als umgebildete Naturalform gemeint ist. »Die *formgebende* Tätigkeit verzehrt den Gegenstand und verzehrt sich selbst, aber sie verzehrt nur die gegebene Form des Gegenstands, um ihn in neuer gegenständlicher Form zu setzen. (...). Sie verzehrt das Gegenständliche des Gegenstandes – die Gleichgültigkeit gegen die Form – und das Subjektive der Tätigkeit; formt den einen, materialisiert die andre. Als Produkt ist aber das Resultat des Produktionsprozesses *Gebrauchswert*« (Marx 1953: 208). »Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, ... wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten ...« (MEW, Bd. 19: 15).

In einem so verstandenen produzierenden Verhältnis des Menschen zur Natur wäre deswegen die erste Arbeitsbedingung die Erhaltung der äußeren Natur sowie die Sicherung der Reproduktion der eigenen Existenz durch Arbeits- bzw. Lebensmittelfonds. Mit Marx gesagt: »Der Mensch *lebt* von der Natur, heißt: Die Natur ist sein *Leib*, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben« (MEW, Bd. 40: 516). Vom Standpunkt des kapitalistischen Verwertungsbedürfnisses jedoch erscheint die äußere Natur wie auch die notwendige Reproduktion der Arbeitskraft als stets zu überwindende Grenze im unendlichen Prozeß der Produktion um der Produktion willen.¹⁰ Das Privateigentum an den natürlichen

8 Wird Arbeit auf ihre subjektive Form reduziert, dann fungiert die Natur als Gegenstand der Arbeit wie in der Hegelschen Auffassung der materiellen Produktion: »Das praktische Verhalten zur Natur ist durch die Begierde, welche selbstsüchtig ist, überhaupt bestimmt; das Bedürfnis geht darauf, die Natur zu unserem Nutzen zu verwenden, sie abzureiben, kurz sie zu vernichten« (Hegel 1942: 29).

9 Vgl. dazu Ruben 1978: 156.

10 »Und da jede solche Schranke seiner Bestimmung widerspricht, bewegt sich seine Produktion in Widersprüchen, die beständig überwunden, aber ebenso beständig gesetzt werden.« (vgl. Marx 1953: 313ff.; 324ff.).

11 M.E. ist auch der berühmte Absatz von Marx über das Reich der Freiheit in diesem Zusammenhang zu verstehen: »Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als blinde Macht beherrscht zu werden ...« (MEW, Bd. 14: 136).

12 Vgl. Marx zum Gothaer Programm: »Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit *übernatürliche Schöpfungskraft* anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben« (MEW, Bd. 19: 15).

Literatur:

Arndt, Andreas, Lefevre, Wolfgang (1983): Thesen zum Schwerpunktthema: Poiesis, Praxis, Arbeit. Zur Diskussion handlungstheoretischer Grundbegriffe, in: Damerow u.a.: S. 21-34.
Beer, Ursula (1990): Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechter-

Bedingungen der Arbeit und die Widersprüche, in denen sich das Kapital fortentwickelt, gefährden so nicht nur die menschliche Existenz, sondern auch die Natur. Damit kann auch deutlich gemacht werden, wie die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie im Dienst des kapitalistischen Verwertungskalküls als Sachzwang zur Naturvernichtung wirkt – im Unterschied zu ihrer Entwicklung im Dienst einer Produktion, die von der Reproduktion ihrer Naturvoraussetzungen abhängt. Voraussetzung einer derartigen Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte wäre die Einsicht in die Notwendigkeit, sie unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen.¹¹ Dabei eröffnet sich auch eine völlig andere Perspektive für die Bewältigung der gesellschaftlichen und ökologischen Krisen.

Was für den Arbeitsgegenstand gilt, gilt auch für die Reproduktion der Arbeitskraft. Wird die Arbeit von ihren gegenständlichen Bedingungen durch private Eigentumsverhältnisse getrennt, existiert sie – wie schon gesagt – vom Standpunkt des Kapitals als »bloßes Arbeitsvermögen« in Gestalt der »vereinzelten und freien« (in bestimmten Phasen der kapitalistischen Akkumulation hauptsächlich männlichen) LohnarbeiterInnen, oder der Frau, wenn sie nur in der Familie arbeitet, als »potentielle« Lohnarbeiterin. Ob die Frau unter kapitalistischen Produktionsbedingungen im Familienbereich oder als unterbezahlte Tauschwertproduzentin tätig ist, verbindet sie (wie den Mann) mit der äußeren Natur nicht ihre Biologie, sondern die Tatsache, daß ihr Arbeitsvermögen sowie die Natur bloß nach dem Gesichtspunkt der Möglichkeit ihrer Verwertung bewertet wird.

Deshalb ist es falsch, die Unsichtbarkeit bzw. Unterbewertung der Tätigkeiten im privaten oder im Familienbereich auf Mängel des Marxschen Arbeitsbegriffs zurückzuführen. Wer vom Verständnis der Arbeit als subjektive, zweckrationale Telos-Realisation ausgeht und die menschlichen Tätigkeiten im privaten Reproduktionsbereich als dem kapitalistischen Verwertungsbedürfnis untergeordnet oder als »vernachlässigbar« akzeptiert, hat sich – bewußt oder unbewußt – nicht vom Standpunkt des Kommandeurs über Arbeit befreit. Auch die Trennung dieser Arbeitsbereiche geht nicht auf Marx zurück, sondern entsteht aus den Akkumulationsbedürfnissen und den historischen Bedingungen ihrer Verwirklichung, die in der naturrechtlichen Auffassung von der Zweiteilung der menschlichen Natur gedanklich nur vorweggenommen wurden und die Gegenstand der Marxschen Kritik waren.

Ich habe versucht zu zeigen, daß wider den Behauptungen der feministischen Marxkritik die Einheit von Mensch und Natur das Zentrum der Marxschen Auffassung von Arbeit als dialektischen Prozeß darstellt. Die Einheit des Menschen mit der Natur – das sei hier nochmals unterstrichen – beschreibt lediglich das Subjekt der Arbeit in seiner dialektischen Identität von subjektiven und objektiven Bedingungen.

Ohne diese Einheit kann sich menschliche Arbeit nicht wirklich realisieren. Wird das Wesen der Arbeit auf die »subjektive, zweckrationale Tätigkeit« reduziert, wird auch die Natur (als Gegenstand der Arbeit) nur durch das bestimmt, was die menschliche Tätigkeit aus ihr macht. Dabei wird außer acht gelassen, daß die

Natur nicht das Produkt von Menschen ist, »... sondern vorgefunden; als natürliches Dasein außer ihm ihm vorausgesetzt. (...) ... oder was dasselbe ist, die Reproduktion einer durch den natürlichen Prozeß der beiden Geschlechter fortschreitenden Menschzahl; denn diese Reproduktion, wenn sie auf der einen Seite als Aneignen der Objekte durch die Subjekte erscheint, erscheint auf der andren ebenso als Formung, Unterwerfung der Objekte unter einen subjektiven Zweck; Verwandlung derselben in Resultate und Behälter der subjektiven Tätigkeit (–) können ursprünglich nicht selbst produziert sein – Resultate der Produktion sein« (Marx 1953: 388/389).

Zwar realisiert sich Arbeit als (Natur)Prozeß durch die eigene Tätigkeit des Menschen, aber diese Tätigkeit ist selber naturbedingt und so in ihrem Vollzug wie in ihrer Zielsetzung *gegenständlich* bestimmt. Die Bedeutung der Arbeit als *Naturprozeß* liegt darin, daß auch der Mensch Naturwesen, bzw. Naturgegenstand ist; wie er selber aus der Natur hervorgeht, erhält er sich durch die Arbeit als Naturwesen. Diese Pointierung ist wichtig, um zu verstehen, daß das Eigentum an den gegenständlichen Bedingungen einerseits eine Naturbedingtheit der Arbeit ist, andererseits, daß die gesellschaftlich-historische Form der Arbeit von dieser Bedingung abhängt. Wird die Arbeit als subjektive Tätigkeit im Verhältnis zu ihren äußerlichen objektiven (Natur)Bedingungen verselbständigt bzw. von diesen getrennt (wie in der kapitalistischen Produktion), so erscheint sie zwar als menschliche Tätigkeit, aber als rein außernatürliche.

Auch in der feministischen Konzeption wird der Arbeit eine geschlechtsspezifisch-männliche Form zugewiesen. So erhält die männliche Arbeit in dieser Trennung von anderen Tätigkeiten – ganz wie der Stellenwert der *männlichen* Vernunft in der Aufklärung – paradoxerweise noch »übernatürliche Schöpferkraft«¹², wie diese in Hegels patriarchalischer Gestalt vom Absoluten Geist bereits herum spukt. Diese Konzeption reproduziert jedoch in Wirklichkeit nicht den subjektiven Standpunkt der Männer, sondern den geschlechts*un*spezifischen Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise in bezug auf die Natur als Arbeitsgegenstand und auf die menschliche Arbeit als bloßes Arbeitsvermögen, das je nach Bedarf dem Verwertungszweck des Kapitals zu dienen hat.

Dabei ist die patriarchalische Abwertung bzw. Diskriminierung der Frau, sowohl in der vorkapitalistischen als auch in der kapitalistischen Ökonomie, nicht eingeschrieben in die menschliche Arbeit – weder in ihrem ideell-antizipierenden Moment als subjektivzwecksetzender (wie in der Sicht der feministischen Handlungstheorie) noch in ihrer »Unproduktivität« (wie Engels dies von der Frauenarbeit behauptet). Wie schon angedeutet, ist sie im Zusammenhang mit dem Legitimierungszweck der patriarchalen Herrschaft zu untersuchen D.h. es geht darum, wie dieser durch Familienstruktur und Staat reproduziert wird, und wie er je nach gesellschaftlicher Produktionsform und Legitimierungsbedürfnis des Staats historisch variieren kann.

verhältnisses, Frankfurt/M., New York.

Benjamin, Jessica (1990): *The Bonds of Love. Psychoanalysis, feminism, and the problem of domination*, London.

Conze, Werner (Hrsg.) (1976): *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen*, Stuttgart.

Damerow, Peter, Furth, Peter, Lefevre, Wolfgang (1983): *Arbeit und Philosophie: Symposium über philosophische Probleme des Arbeitsbegriffs*, Bochum.

Engels, Friedrich: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: MEW, Bd. 20.

Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21.

Furth, Peter (Hrsg.) (1980): *Arbeit und Reflexion: Zur materialistischen Theorie der Dialektik – Perspektiven der Hegelschen Logik*, Köln.

Furth, Peter, Lefevre, Wolfgang (1980): Hegel und das Mensch-Natur-Verhältnis im Problem der Einheit von Theorie und Praxis, in: Peter Furth (Hrsg.): S. 81-92.

Gerhard, Ute (1978): *Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert*, Frankfurt/M.

Hauser, Kornelia (1994): *Patriarchat als Sozialismus: Soziologische Studien zu Literatur aus der DDR*, Hamburg.

Hattenauer, Hans (Hrsg.) (1970): *Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794. Textausgabe*, Frankfurt/M.

Haug, Frigga (1994): *Familienarbeit/Hausarbeit* (Stichwort in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*), in: *Das Argument*,

Nr. 207, S. 911-916.

Hausen, Karin (1976):

Die Polarisierung der »Geschlechtercharaktere« – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.): S. 363-392.
Hegel, Georg W. F. (1942): System der Philosophie, Zweiter Teil: Die Naturphilosophie, in: Sämtliche Werke, Bd. 9, Stuttgart.

Jakobs, Kurt (1993): Bruchstücke Sozialismus und Ökologie, in: Das Argument, Nr. 197, S. 31-46.

Kulke, Christine (Hrsg.)

(1988): Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalen Realität, Pfaffenweiler.

Kulke, Christine (1988): Von der instrumentellen zur kommunikativen Rationalität patriarchaler Herrschaft, in: C. Kulke (Hrsg.): S. 55-70.

Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin.

Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, 19.

Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23.

Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Bd. 40.

Mies, Maria (1989): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich.

Neusüß, Christel (1985): Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genosin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg u.a.

Ruben, Peter (1978): Dialektik und Arbeit, Köln.

Thönnessen, Werner

(1969): Frauenemanzipation; Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933, Frankfurt/M.

Gegen eine biologisch-determinierte und ökonomistische Interpretation des Marxschen Arbeitsbegriffs

Gerade weil nach dem Marxschen Begriff der Arbeit die menschliche Tätigkeit als Naturprozeß und der Mensch in diesem Prozeß selbst als sinnlicher Gegenstand gesehen wird, geht Marx von der Geschlechterbeziehung als Voraussetzung und Bedingung aus. Für ihn ist diese eine notwendige ursprüngliche soziale Grundform der gattungsbildenden Tätigkeit.

Die Geschlechterbeziehung ist also – so betrachtet – nicht nur Teil der biologischen Funktionen, nötig für die Reproduktion der Gattung, sie ist als anthropologische Voraussetzung die notwendige Form der Teilung der Arbeit für die Befriedigung von sinnlichen, sozialen und materiellen Bedürfnissen schlechthin. Entgegen der vorherrschenden feministischen Position werden diese in Marx' Subjektbegriff durchaus nicht voneinander getrennt.

Ganz anders als in den Naturrechtstheorien ist also auch der Begriff der generativen Reproduktion bei Marx *geschlechtsunspezifisch*, ebenso wie die materielle Produktion ein gattungsbildender Prozeß ist, in dem beide Geschlechter als Subjekte fungieren.

Einen unmißverständlichen Hinweis darauf, daß der Marxsche Arbeitsbegriff menschliche Tätigkeitsbereiche – ob in der vorkapitalistischen oder in der kapitalistischen Gesellschaft – umfaßt, die nicht direkt in die wertbildende Arbeit eingehen, gibt folgende Hervorhebung in den »Grundrissen«: »Die Vermehrung der Population ist eine Naturkraft der Arbeit, die nicht gezahlt wird. Naturkraft nennen wir auf diesem Standpunkt die gesellschaftliche Kraft. Alle Naturkräfte der gesellschaftlichen Arbeit sind selbst historische Produkte«.

Darüber hinaus möchte ich besonders hervorheben, daß diese Feststellung, wie überhaupt die Geschlechtsneutralität des Marxschen Arbeitsbegriffs, eine wichtige Aussage enthält für die Begründung des Stellenwerts der Arbeit im Familienbereich als unbezahlte, aber dennoch gesellschaftlich notwendige. Sie stützt vor allem die feministische Argumentation über die Änderung der Bewertung der unbezahlten Arbeit sowie zur heutigen ungerechten Entgeltstruktur der Frauenarbeit im Erwerbsbereich. Sie zielt letztlich darauf, daß auch Frauen ein Recht auf eine existentielle Grundsicherung haben.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang ein weiterer Punkt hervorhebenswert. Daß Marx an der erwähnten Stelle die generative Reproduktion, wie auch die menschliche Arbeit, biologisch neutral faßt, ist auch ein Beleg sowohl gegen eine biologisch-determinierte wie auch eine ökonomistisch reduzierte Interpretation des Marxschen Arbeitsbegriffs. Es ist nicht zu übersehen, daß diese Erkenntnis zugleich die Basis für die gleiche Verteilung von Männer- und Frauenarbeit bildet, sowohl im unbezahlten Reproduktionsbereich als auch im Erwerbsbereich.

GISELA NOTZ

Über den traditionellen Arbeitsbegriff und die Notwendigkeit seiner Veränderung

Hier geht es weniger um den feministischen Streit, ob Marx in seinen Theorien das Geschlechterverhältnis ausgeklammert hat oder nicht. Und auch nicht so sehr darum, inwiefern er für feministische Belange »beerbte« werden muß. Vielmehr soll im Mittelpunkt stehen, was Linke, MarxistInnen und FeministInnen im Übergang zum 21. Jahrhundert gemeinsam bei einer kritischen Weiterführung marxistischer Theorien nicht außer acht lassen sollten.

Scheinbar sind heute viele Probleme wichtiger als »die Frauenfrage« – das ist verständlich. Erwerbslosigkeit, Armut und Hunger auf der Welt nehmen in erschreckendem Maße zu. Mit den Bomben auf Jugoslawien werden Krieg und militärische Gewalt wieder zu Mitteln der Politik. Deutsche Soldaten sind zum ersten Mal seit dem Ende des Naziregimes an einem Angriffskrieg beteiligt. Linker Widerstand ist notwendiger denn je. Dennoch werden Marxisten und traditionelle Linke begreifen müssen, daß das Ziel der sozialen Emanzipation erst dann erreicht werden kann, wenn die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beseitigt ist.

Soziale Ungleichheit ist durchaus eine gängige Kategorie. Dennoch wird häufig übersehen, daß es die Kategorie »Geschlecht« ist, die dazu dient, die soziale und wirtschaftliche Welt grundlegend zu strukturieren. Auch die in das »Modernisierungsprojekt« eingeschriebene soziale Ungleichheit hat ein geschlechtsspezifisches Gesicht. Kleinbauern, die an den Straßenrändern Obst und Gemüse feilbieten und am Rande des Existenzminimums leben, sind (oft) Frauen, während Männer (oft) in den neu entstandenen Industriebetrieben arbeiten. Durch die Auslagerung von Routinearbeiten werden seit den siebziger Jahren massenweise Frauen »freigesetzt«, oder in immer schlechter bezahlte – »unbedeutendere« – Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt, weil sie es sind, die arbeitsintensive Produktionsschritte verrichten, die seit den siebziger Jahren im Zuge der verstärkten Internationalisierung aus den Industriestaaten des Nordens in Länder Südeuropas, Nordafrikas, Ostasiens und Lateinamerikas verlagert wurden (vgl. Notz 1998).

Die heutige »Arbeitsgesellschaft« ist im wesentlichen immer noch so strukturiert, daß einem »Normalarbeitsverhältnis« mit Männern Frauen gegenüberstehen, die in der Familie und im sozialen Ehrenamt arbeiten. Allenfalls wird das Familieneinkommen ergänzt durch einen weiblichen »Zuverdienst«. Diesem Arbeitsverständnis liegt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nach dem Vorbild der bürgerlichen Kleinfamilie zugrunde, die für Arbeiter-

Gisela Notz – Dr. phil, Sozialwissenschaftlerin, Studium in Berlin, wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Lehrbeauftragte für Soziologie an der Universität GH Essen; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Die Arbeit der Frauen und ihre Zukunft – unter den Bedingungen von Globalisierung« (Heft 91/92, S. 14-29).

Die (Wieder)Herstellung der traditionellen »Vollbeschäftigung«, ist – wenn sie überhaupt möglich wäre – aus feministischer Sicht gar nicht wünschenswert.

haushalte eigentlich nie funktioniert hat. Sie schreibt den Frauen die Verantwortung für die Reproduktionsarbeiten zu und ignoriert die durch sie geleisteten Haus- und Sorgearbeiten.

Es ist vor allem dieser verengte Arbeitsbegriff und die nach Geschlechtern strukturierte Welt, die zu »Zukunftsmodellen« führt, die von einem besseren »Arbeitslosenmanagement« von Frauen ausgehen, die soziale und geschlechterspezifische Ungleichheit fortschreiben sowie neue Unterschichtungen festschreiben und diese zu Modellen für das »gute Leben« stilisieren (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997; Beck 1997; Rifkin 1995; Giarini/Liedtke 1998). KämpferInnen der alten ArbeiterInnenbewegung geißelten eine solche Gesellschaft als zutiefst unmoralisch und »abnorm«. Denn – so Rosa Luxemburg – »abnorm sind im Grunde genommen alle auf soziale Ungleichheit basierenden Verhältnisse«, einschließlich derer, die aus der geschlechterspezifischen Ungleichheit resultieren.

Im folgenden geht es um einen erweiterten Arbeitsbegriff, wie er in der soziologischen Frauenforschung bereits weitgehend benutzt wird. Ihn gilt es auch zum Gegenstand von Arbeitsmarktforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik zu machen. Dabei grenze ich mich von einem »inflationären« Arbeitsbegriff ab, mit dem unendifferenziert behauptet wird, alles, was Menschen in ihrer wachen Zeit tun, sei Arbeit. Und ich werde auch aufzeigen, daß eine bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs nicht ausreicht, sondern daß strukturelle Veränderungen in allen Bereichen menschlicher Arbeit unabdingbar sind.

Was ist Arbeit?

Untersuchungsobjekte, -subjekte, Beschäftigte oder Arbeitspersonen, Betroffene oder Akteure sind scheinbar »geschlechtsneutral«, egal, ob in der Schwerindustrie, in der kleinen Fabrik, im Kaufhaus oder Krankenhaus geforscht wird.

Industrie- und arbeitssoziologische Theorien zur Erklärung von menschlicher Arbeit – außerhalb der Frauenforschung – beziehen sich bis heute meist auf die Arbeit, die der (männliche) kapitalistische Lohnarbeiter in Industrie und Verwaltung leistet. Der »Restbereich«, die Arbeit, die für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft notwendig ist, bleibt weiterhin privat, unbezahlt, angeblich unbezahlbar, jedenfalls unsichtbar. Frauen, die außerhalb bezahlter Lohnarbeit arbeiten, werden nicht zu denjenigen gezählt, die gesellschaftliche Arbeit leisten (vgl. Notz 1986: 139ff.). Freilich ist die Verfestigung von Frauenrollen in Küchen und Kinderzimmern nicht ohne ihr Zutun zu begreifen (vgl. Haug 1999). Und die bloße Behauptung, die Hausarbeit sei ebenso produktive Arbeit, die in Verbindung mit der in den großen Fabriken geleisteten Arbeit für die Vergrößerung des Mehrwerts Sorge, ändert (noch) nichts an den geschlechterhierarchischen Zuschreibungen.

Das Beharren auf einem Verständnis von Arbeit als Produktionsarbeit stützt sich nicht zuletzt auf die Marxsche Darstellung im Ersten Band des Kapital (vgl. MEW, Bd. 23). Danach bildet der Arbeitsprozeß die allgemeine Grundlage des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Arbeit dient (unter kapitalistischen Bedingungen) ausschließlich der Herstellung von Gebrauchswerten und Tauschwerten. Sie basiert auf dem Zusammenwirken vieler lohnarbeitender Individuen. Durch die Gesamtheit verschiedener Arbeitstätigkeiten werden demzufolge die materiellen Grundlagen des Lebens geschaffen.

Arbeit ist danach immer auf die Erzeugung eines gesellschaftlichen Produkts gerichtet und ist somit Mittel zur Befriedigung menschlicher Lebensbedürfnisse. Die zur menschlichen Reproduktion notwendige Arbeit findet nach Marx außerhalb der Erwerbsarbeit statt und gehört nicht zur Lohnarbeit, ist also Nicht-Lohnarbeit und daher keine Arbeit. Sie ist – der Marxschen Theorie zufolge – »zweckfreie Tätigkeit«.

Daß »zweckfreie Tätigkeiten« oder »Arbeit ohne Zwangscharakter«, wie Marx sie auch nennt, »verdammter Ernst«, also »harte Arbeit« sein kann, wird auch von ihm gesehen. Allerdings versteht er darunter offenbar eher künstlerische Tätigkeit als Hausarbeit, wie es aus folgendem Zitat deutlich wird: »Wirklich freie Arbeiten, z.B. Komponieren ist gerade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung« (Marx 1857/58: 505).

Innerhalb der soziologischen Frauenforschung hatte sich – ausgehend von einem allgemeinen Konsens in der Ablehnung von Frauenunterdrückung und Frauenausbeutung – bereits in den siebziger Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Erarbeitung einer »feministischen Gesellschaftstheorie«, der ein erweiterter Arbeitsbegriff zugrunde liegt, notwendig ist. Die marxistische Gesellschaftstheorie bot zwar den Raum für eine Theorie der Frauenbefreiung, aber eine unkritische Übernahme der marxistischen Konzepte und Thesen würde unweigerlich zu großen Schwierigkeiten führen, und zwar, weil diese – ebenso wie die Begrifflichkeit der Kritik der politischen Ökonomie – lediglich zur Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus entworfen worden waren. Der Begriff der »produktiven Arbeit«, wie er im Kapital verwendet wird, erfährt den größten Teil der überwiegend durch Frauen geleisteten Arbeiten nicht. Dort entwickelt er die Elemente des Arbeitsprozesses und den Gedanken der Mehrarbeit. Diese wird bezogen auf das produktive Vermögen der Arbeit und auf die unabdingbare Arbeitsmenge, die zur Reproduktion der Arbeitsfähigkeit nötig ist. Die Reproduktion selbst bleibt wiederum als Arbeit unberücksichtigt.

Die Frage, ob Hausarbeit produktiv sei, ob sie als unproduktive, aber »notwendige Arbeit« zu fassen sei, wird bis heute diskutiert. Claudia von Werlhof hat 1978 bereits in der ersten Ausgabe von Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis darauf hingewiesen, daß ohne die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Frauenausbeutung eine Charakterisierung der Logik verschiedener Produktionsweisen in der Geschichte nicht möglich ist. Denn damit bleibt auch die ökonomische Ausbeutung in der »Privatsphäre« weitgehend unkommentiert und dies nicht nur deshalb, weil der (meist) männliche Ökonom sich nicht für das Thema interessiert, sondern auch, weil die ökonomische Begriffswelt bereits den Blick verstellt. Sie verwies auf die Allianz zwischen dem Kapital, den abhängig arbeitenden Männern und dem Staat, die alle ein Interesse daran hätten, die Haus(frauen)arbeit unsichtbar zu machen, nicht zu bewerten und nicht zu bezahlen, um insgesamt die Arbeit der Frauen (auch die bezahlte Erwerbsarbeit) abzuwerten und ihre Löhne niedriger als die der Männer zu halten. Von Werlhof stellte die Hausarbeit als »Nicht-Lohnarbeit«, die typischerweise durch Frauen geleistet wird, in einen Gegensatz zur

Die drei großen Ordnungen, die Marx nach der Art und Weise der Arbeit konstatiert, lassen die Reproduktionsarbeiten unberücksichtigt:

1. die naturwüchsige Ordnung auf der Basis naturwüchsiger Arbeit.
2. Zivilisation als Inbegriff des »künstlich« geschaffenen Rahmens politischer Abhängigkeiten der Produzenten und
3. Kommunismus als Ordnung gesellschaftlicher Arbeit. Arbeit wird zum Klassifikationsmerkmal der Geschichte, wobei der oder die Arbeitende selbst das Subjekt der Geschichte ist.

Lohnarbeit, die typischerweise durch Männer geleistet wird, und verwies gleichzeitig darauf, daß eine Lohnarbeiterin auch zugleich immer »Nichtlohnarbeiterin« ist. Der Form der Ausbeutung über mehrwertproduzierende Lohnarbeit stellte sie die Ausbeutung über Nicht-Lohnarbeit (vor allem Hausfrauenarbeit hier und in der »Dritten Welt«) gegenüber (vgl. Werlhof 1978: 25).

Arbeit ist nach Marx eine auf wirtschaftliche Ziele gerichtete, planmäßige Tätigkeit, für die geistige oder körperliche Kräfte eingesetzt werden. Was nicht entlohnt wird, findet in der arbeitsfreien Zeit statt. Die Marxistin Christel Neusüß verweist mit ihrer Marx-Kritik auf die Notwendigkeit der Einbeziehung des Privaten in das Politische. Denn Reproduktionstätigkeiten erscheinen zur Schaffung einer Privatspäre geeignet, deren Existenz und Gestaltung im Belieben eines jeden einzelnen (bzw. einer jeden einzelnen) steht. Sie gehören in den Bereich der Nichtarbeit, also der »Freizeit«. Neusüß nahm dieses Problem auf: »Freie Zeit, Reich der Freiheit, der freien Entwicklung – im Unterschied zur Arbeit, dem Reich der Notwendigkeit, der unfreien Tätigkeit« (Neusüß 1985: 136), das würde für Männer etwas grundsätzlich anderes bedeuten, als für Frauen. Für den Arbeitsmann solle sich das »freie Schöpfertum« in der arbeitsfreien Zeit entfalten. Neusüß arbeitete heraus, daß dies für die Arbeitsfrau oder auch die Frau des Arbeiters nicht zutrifft. Sie wandte sich gegen einen marxistischen Arbeitsbegriff, demzufolge es nach der produktiven Arbeit in der Fabrik nichts mehr zu tun gäbe und verwies auf die vielfältigen häuslichen und familialen Tätigkeiten, die der »Mann Marx« außer acht gelassen habe (vgl. Neusüß 1983).

Maria Mies geht in ihren Analysen so weit zu behaupten, daß es gerade die Konzentration des herrschenden Arbeitsbegriffs auf das »Reich der Notwendigkeit« sei, die Tatsache, daß Arbeit als notwendige Last per se betrachtet würde, die eine »neue, ökologische und feministische Gesellschaft« verhindern (Mies 1988: 206f.). Die Verbannung von Aktivitäten, wie »Freiheit, menschliches Glück, die Verwirklichung unserer schöpferischen Fähigkeiten, Freude an der Natur, am Spiel von Kindern...« (S. 206) ins Reich der Nichtarbeit macht sie dafür verantwortlich, daß der Auszug der Menschen aus dem »Technopatriarchat« verhindert würde. Sie verweist auf die Kehrseite des durch die Verringerung der notwendigen Arbeit möglich gewordenen Paradieses, »nämlich die Hölle« (S. 207), in der Frauen unter zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen arbeiten. Für Maria Mies erscheint es notwendig, Arbeit als Last und Lust wieder in eins zu setzen, einen Arbeitsbegriff zu verwenden, durch den es möglich wird, Haus- und andere Nicht-Lohnarbeit einzubeziehen. Sie bezieht sich damit auf Überlegungen aus der Mitte der achtziger Jahre, die darauf abhoben, daß Frauen aus der Geldwirtschaft aussteigen und in die Subsistenzwirtschaft als »regionale Selbstversorgungswirtschaft« einsteigen sollten.

Ein Zurück zu reiner Subsistenzarbeit ist sicherlich aus vielfältigen Gründen nicht möglich. Die Industrialisierung läßt sich in den Industrieländern nicht ohne weiteres zurückschrauben und sie macht auch vor der »Dritten Welt« nicht halt. Aus international vergleichenden Untersuchungen wird die Verflechtung von Subsistenz-

Die Analysen des »Bielefelder Ansatzes« (vgl. Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983) sind in der Frauenforschung vielfältig aufgenommen worden. Welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind, ist in der Forschung über Frauenleben und -arbeit strittig (vgl. z.B. Lenz/Rott 1984, Lenz 1988).

stanzproduktion und Warenproduktion vor allem auch in Hinblick auf die generative Reproduktion und Verwertung von Arbeitskraft deutlich (vgl. Schiel/Stauth 1981). Vermehrte Ausbeutung von Frauen in der »Dritten Welt« wäre zudem die Folge (vgl. Wichterich 1988).

Die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist, daß sowohl im Produktionsbereich als auch im Reproduktionsbereich gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten verrichtet werden. Im Produktionsbereich stellt der Lohnarbeiter oder die Lohnarbeiterin seine bzw. ihre Arbeitskraft dem Arbeitgeber zur Verfügung, um gegenständliche Waren herzustellen oder Dienstleistungen zu erbringen. Die Reproduktionstätigkeiten erscheinen jedoch als Schaffung einer Privatsphäre, deren Existenz und Gestaltung im Belieben eines jeden einzelnen steht. Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit vollziehen sich in scheinbar unabhängigen Bereichen. Diese Trennung sowie die Tatsache, daß Lohnarbeit die vorherrschende Form ist, in der die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten verrichtet werden, führt zu einer Gleichsetzung von Lohnarbeit und Arbeit. Damit werden alle Reproduktionstätigkeiten als Nichtarbeit oder »Freizeit« gefaßt und somit abgewertet. Der Reproduktionsbereich ist überwiegend der Wirkungsbereich von Frauen.

Notwendig wird ein Arbeitsbegriff, durch den vermieden werden kann, daß geschlechtshierarchische Ausgrenzungen und Diskriminierungen durch wissenschaftliche Untersuchungen quasi festgeschrieben werden, weil bestimmte Arbeiten (meist Frauenarbeiten) von vornherein keine Berücksichtigung finden.

Soll (zunächst) die Trennung zwischen Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit beibehalten werden, so wäre unter »Produktionsarbeit« die instrumentell gebundene, zielgerichtete, gesellschaftlich nützliche Tätigkeit in Produktion und Dienstleistung zu verstehen. Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit (oder einer anderen das Einkommen sicherstellenden Erwerbsarbeit), die zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens notwendig sind, wären dann »Reproduktionsarbeit«.

Der Reproduktionsbereich bezeichnet jedoch in meiner Definition kein »Reich der Freiheit«, das dem »Reich der Notwendigkeit« von Erwerbsarbeit entgegengesetzt ist. Die Arbeiten, die für die Reproduktion geleistet werden, sind vielfältig strukturiert und stets komplementär zum Produktionsprozeß. Durch die Abkopplung von der unmittelbaren Einflußnahme des kapitalistischen Verwertungsprozesses werden dort Zeitstrukturen, Arbeitsformen und psychisch-emotionale Beziehungsweisen möglich, ohne die die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der Individuen nicht erhalten und erzeugt werden könnten (vgl. Negt/Kluge 1972). Produktions- wie Reproduktionsarbeiten können sowohl mit Mühsal verbunden sein, wie auch Befriedigung, Lust und Selbstbestätigung verschaffen.

Ein »erweiterter« Arbeitsbegriff umfaßt alle Formen von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit. Er schließt auch jene Aktivitäten ein, die Hannah Arendt in »arbeiten«, »herstellen« und »handeln« unterteilt, also die Tätigkeiten zur Sicherung der Gattung und des

Die Reproduktionsarbeiten unterteile ich in Hausarbeitsverhältnisse, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit für Alte, Kranke und Behinderte, unbezahlte Konsumarbeit, ehrenamtliche politische Arbeit, unbezahlte soziale Arbeit, unbezahlte Arbeit in Selbsthilfegruppen. Die Erwerbsarbeitsverhältnisse unterteile ich in ungeschützte Erwerbsarbeit, Teilzeitarbeit, tariflich abgesicherte Erwerbsarbeit und selbständige Arbeit.

Ein Beispiel, in dem die Unsinnigkeit der Trennung von Arbeit und Nicht-Arbeit (mit Bezug auf die Frauenarbeit) besonders deutlich wird, ist das Brotbacken: Backt eine Frau von ein und demselben Teig in ein und demselben Ofen zwei Brote und veräußert das Brot A auf einem Wohltätigkeitsbasar, so hat sie gearbeitet. Nicht jedoch gearbeitet hat sie für das Brot B, das sie selbst, ihr Mann und ihre Kinder zum Frühstück essen. Auch künstlerische Arbeit liegt quer zu den Arbeitsbereichen.

Zur Auseinandersetzung mit dem »weiblichen Arbeitsvermögen« vgl. Gudrun-Axeli Knapp: Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen, in: Beer, Ursula (Hrsg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld 1987, S. 236-273.

Am-Leben-Bleibens, die Produktion einer künstlichen Welt von Dingen, »die unserem flüchtigen Dasein Bestand und Dauer entgeghält« (herstellen), und das Handeln, das »der Gründung und Erhaltung politischer Gemeinwesen dient« (Arendt 1981: 15). Jede Aktivität greift gestaltend und kulturbildend in unsere Verhältnisse ein, zwar nicht jede mit gleichem Gewicht, aber keine ohne Bedeutung.

Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung

Die beiden Hauptkategorien (Reproduktions- und Produktionsarbeit) lassen sich nur analytisch trennen. Geht man bei der Definition von Produktionsarbeit alleine von der Tätigkeit des Produzierens aus, so müßten auch viele Arbeiten außerhalb der Lohnarbeit dazugezählt werden, weil auch dort produziert wird. Faktisch müssen Hausarbeitsverhältnisse den Produktionsverhältnissen zugeordnet werden, wenn sie von Putzfrauen, Hausangestellten oder Kinderfrauen gegen Entgelt geleistet werden. Auch leisten »reine Hausarbeiterinnen« Arbeiten, die zu den Produktionstätigkeiten gehören; nämlich dann, wenn sie z.B. stundenweise unterbezahlte Aushilfsarbeiten verrichten oder selbstgefertigte Produkte gegen Entgelt veräußern.

An der Tatsache, daß die Zuordnungen zu den verschiedenen Arbeitsverhältnissen sowie die Trennung von unbezahlter und bezahlter Arbeit auch die geschlechtshierarchischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen bestimmen, ändern diese Verwischungen nichts. Sieht man von einigen Hausmännern ab, sind in den Hausarbeitsverhältnissen ausschließlich Frauen zu finden. Frauen, die Erwerbsarbeitsverhältnisse ausüben, sind dort meist mit Tätigkeiten befaßt, die in hohem Maße partialisiert, niedrig entlohnt, auf den unteren hierarchischen Ebenen angesiedelt sind und dem sogenannten »weiblichen Arbeitsvermögen«, das aus der historischen Beschränkung der Frau auf Haus- und Familienarbeit abgeleitet wird, entsprechen.

Es ist die Zurichtung der Frau als Hausarbeiterin, die dazu führt, daß viele Frauen in ökonomischer Abhängigkeit leben müssen. Diese Abhängigkeit wird oftmals aus der Doppelorientierung der Frauen auf Kind und Beruf abgeleitet. Tatsächlich lassen sich für die meisten Frauen die Arbeitsbereiche Erwerbsarbeit und Hausarbeit nicht auseinanderreißen, weil sie über weite Strecken ihres Lebens den physischen und psychischen Anforderungen in beiden Bereichen ausgesetzt sind und diese ausbalancieren müssen (vgl. Becker-Schmidt u.a. 1982; Notz 1991). Die widersprüchlichen und ambivalenzträchtigen Erfahrungen, die dieser Balanceakt erzeugt, haben Becker-Schmidt u. a. herausgearbeitet (vgl. Becker-Schmidt u.a.1982 und Becker-Schmidt/Knapp/Schmidt 1983). Die immensen Benachteiligungen, die sich für Frauen aus der »Doppelorientierung« ergeben, setzen jedoch vor der Mutterschaft an, wirken weit über diese hinaus und betreffen auch Frauen, die niemals Mütter waren oder werden wollen.

Die Frauenerwerbsquote stieg in den letzten Jahrzehnten in den westlichen Industrieländern kontinuierlich an. Besonders in der Bundesrepublik werden Frauen daher für die wachsende Erwerbs-

losigkeit verantwortlich gemacht. Denn ihre ständig »steigende Erwerbsneigung« (West) und ihr hartnäckiges Festhalten an der Erwerbsbeteiligung (Ost) wird wie eine ansteckende (West) oder unheilbare Krankheit (Ost) diskutiert. Nicht übersehen werden darf allerdings, daß Frauen-Erwerbsarbeit auch immer häufiger keine eigenständige Existenzsicherung mehr ermöglicht (Zunahme von ungeschützter und Teilzeitarbeit). Die kürzeren Arbeitszeiten führen dazu, daß Frauen, auch wenn sie berufstätig sind, zusätzlich die meiste unentlohnte Hausarbeit leisten müssen. Dennoch führt der Wunsch von Frauen nach Teilhabe an der gesellschaftlich organisierten und bezahlten Arbeit auch dann, wenn er nicht immer (sofort) verwirklicht werden kann, dazu, daß nicht mehr einfach davon ausgegangen werden kann, daß die Reproduktionsarbeiten weiterhin unbezahlt von Frauen geleistet werden.

Gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit In meinem Arbeitsbegriff sind destruktive Arbeiten, die der Zerstörung von Mit- und Umwelt und kriegerischen Auseinandersetzungen dienen, nicht verankert. Diese Arbeiten sind heute meist mit großer gesellschaftlicher Akzeptanz und hoher materieller Alimantation versehen. Für mich fallen sie nicht unter Produktionsarbeiten und schon gar nicht gehören sie zu den Reproduktionsarbeiten. Arbeit in Initiativen, die sich gegen Zerstörungsarbeit wenden, wäre gesellschaftlich nützliche Arbeit und daher unter die Reproduktionsarbeiten zu subsumieren. Betriebliche Initiativen zur Konversion von Vernichtungs- und Rüstungsindustrie gehören selbstverständlich in den Bereich der Produktionsarbeiten.

Die Schwierigkeiten einer Abgrenzung zwischen Destruktion und Produktion liegen in der modereren Technikgesellschaft auf der Hand. Technik – z. B. in Form des Autos – kann Gegenstand von Arbeit sein, Gebrauchsgegenstand für das Subjekt oder auch – global betrachtet – Instrument von Umweltvernichtung (vgl. Siebel 1990: 18). Die Forderung »Weg mit dem Auto!« wäre dennoch zu einfach. Ob Arbeitsplätze in der Automobilindustrie bereits »Todesplätze« (Jungk) sind, ist schwerlich einfach zu beurteilen. Für Frauen kann das Auto (z.B. Nachttaxi) auch ein Schutzraum gegen Männergewalt und damit Vehikel für persönliche Freizügigkeit sein (vgl. Janshen 1990: 29). Dennoch ist das Auto, wie zahlreiche andere technische Instrumente – trotz seiner situativen Vieldeutigkeit (vgl. Siebel 1990: 18) – nach meiner Definition kein Produkt, sondern ein »Destrukt«. Eine Ablehnung des Autos als »Destrukt« bedürfte jedoch nicht nur alternativer Verkehrs- und Städteplanung, sondern auch einer Konversion des Automobilsektors für gesellschaftlich nützliche Zwecke, damit Arbeitsplatzverluste auf breiter Ebene verhindert werden.

Eine andere Arbeitsform, die ich mit dem oben entwickelten Arbeitsbegriff ebenfalls nicht erfaßt habe, ist die »Beziehungsarbeit«. Er wird in der Frauenforschung oft verwendet. Kontos/Walser (1979: 97ff.) benutzen diesen Begriff, um damit die psychischen Dimensionen der Hausarbeit zu fassen. Diese psychischen Dimensionen grenzen sie ab von der materiellen Hausarbeit. Die Schwierigkeit einer empirischen Trennung führen sie auf die Unsichtbar-

Freilich kann weder die Ausgrenzung aus der Typologie von »Arbeit«, noch die Ablehnung im Rahmen wünschenswerter Zukünfte zum Verschwinden von destruktivem Handeln führen. Das beweisen die gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzungen brutal.

Ausgeklammert aus meinem Begriff der Arbeit habe ich auch die »Gebärtätigkeit«. Damit grenze ich mich ab von einem Arbeitsbegriff, der die »Produktion von Menschen« als Arbeit betrachtet (vgl. v. Werlhof 1983: 128) und diese dem »weiblichen Arbeitsvermögen« zurechnet. Freilich braucht es lebendige Menschen, die den Mehrwert schaffen, und diese Menschen zu zeugen und zu gebären, ist eine »wichtige, permanent notwendige, schwierige Aufgabe« (v. Werlhof 1983: 128). Nach meiner Definition ist sie Aufgabe und nicht Arbeit. Frauen können sich dieser Aufgabe stellen oder auch nicht. Auch ohne die Erfül-

lung dieser Aufgabe sind und bleiben sie Frauen. Im Gegensatz zu reproduktiven Arbeiten kann die Aufgabe – individuell wie kollektiv – verweigert werden, ohne daß das irdische Überleben gefährdet wäre. Erst wenn sich alle Frauen dieser Aufgabe nicht mehr stellen würden, wäre der Fortbestand der Menschheit in der Zukunft gefährdet, nicht jedoch der der lebenden Individuen. Bei einer individuellen wie kollektiven Verweigerung der Reproduktionsarbeiten jedoch wäre das Überleben gefährdet.

Literatur:

Arendt, Hannah: *vita activa* oder Vom tätigen Leben, München 1981.

Beck, Ulrich: Was heißt Globalisierung?, Frankfurt/M. 1997.

Becker-Schmidt, Regina u.a.: Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben uns. Zeitprobleme und Zeiterfahrungen von Arbeitermüttern in Fabrik und Familie, Bonn 1982.

Becker-Schmidt, Regina, Gudrun-Axeli Knapp, Beate Schmidt: Eines ist zu wenig – beides ist zu viel.

Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik, Bonn 1983.

Braun, Lilly: Die weiblichen Dienstboten, in: Brinker-Gabler, Gisela: *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt/M. 1979.

Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bonn 1994.

Giarini, Orio/Patrick M.

Liedtke: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.

Gorz, Andre: Und jetzt

keit der »Beziehungsarbeit« und die Vermischung derselben mit den »von Arbeit unabhängigen Interessen an menschlicher Beziehung« zurück.

Nach meiner Beobachtung ergeben sich die Schwierigkeiten der Abgrenzung vor allem durch die psychische Durchdringung auch »einfacher« materieller Hausfrauentätigkeiten. Diese »psychische Durchdringung« erstreckt sich meines Erachtens gleichermaßen auf Hausarbeit wie auch unbezahlte Arbeit – und ebenso auf Hausarbeit zu, wie sie durch Tagesmütter oder in einer Institution arbeitende Erzieherinnen geleistet wird. Zweifelsohne sind also mit dem Begriff »Beziehungsarbeit« Anforderungen bezeichnet, die sowohl in der Reproduktionsarbeit, als auch in der Produktionsarbeit vorwiegend von Frauen verlangt und auch erfüllt werden. Ein Blick in die Geschichte der Professionalisierung der Heil- und Pflegeberufe zeigt, daß das Image solcher Frauenberufe seit Beginn der Industrialisierung von der jeweiligen gesellschaftlichen Bewertung der »Beziehungsarbeit« abhängt. Das führt dazu, daß einerseits unterstellt wird, die notwendigen Qualifikationen könnten gar nicht erlernt werden, weil sie zum Repertoire »weiblicher Fähigkeiten« gehörten. Andererseits wird angenommen, daß in folge komplexer werdender psychischer und physischer Notlagen eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung dringend erforderlich wird (vgl. Notz 1986). Die jeweilige Bewertung der Arbeit ist abhängig davon, ob genügend Frauen zur Verfügung stehen, die diese Arbeit unbezahlt leisten können. Dies wiederum ist abhängig davon, in welcher Höhe sozialstaatliche Mittel für diese Arbeiten bereitgestellt werden und davon, ob die Wirtschaft die Eingliederung der Frauen braucht oder nicht, also von Sozial-, Familien und Wirtschaftspolitik.

Für mich sind »Beziehungsarbeiten« nicht unter dem Arbeitsbegriff zu fassen, weil sie mit allen anderen Arbeiten kohärent sind. Ich betrachte sie als eine zur Ausübung der verschiedenen Arbeiten notwendige Qualifikation. In diesem Zusammenhang zählen sie zu den sozialen Qualifikationen, die – im Sinne einer Entpolarisierung der Geschlechterverhältnisse – von Frauen wie Männern im Zusammenhang mit allen Arbeitsverhältnissen zu erbringen wären.

Keinesfalls läßt sich daraus, daß viele Frauen die Aufgabe erfüllen, die notwendige Zuständigkeit aller Frauen für die Reproduktionsarbeiten ableiten. Auch bietet die Ausgrenzung des Gebärvorganges aus der menschlichen Arbeit keinerlei Rechtfertigung für die Ignorierung des gesamten Reproduktionsbereiches als gesellschaftlich notwendige Arbeit. Die Verbannung von Arbeiten, die keinen Tauschwert darstellen, in den Bereich unbezahlter Eigenarbeit, wie sie z.B. Gorz (1991: 126) fordert, ist damit ebensowenig zu rechtfertigen.

Handlungsoptionen für das Politikfeld »Arbeit«

Angesichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung, verbunden mit Erwerbslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Armut, aber auch angesichts der gewachsenen Bedürfnisse der Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und eigenständiger Existenzsi-

cherung durch sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und möglichst selbstbestimmte Arbeit, kommt es darauf an, Konzepte zu entwickeln, wie die begrenzt vorhandene bezahlte Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden kann. Das bedingt aber auch Überlegungen für eine gleichmäßige Verteilung der jetzt unbezahlt geleisteten Arbeit. Allein die Verkürzung der »Normalarbeitszeit« im Produktionsbereich wird nicht ausreichen. Allein durch eine Aufwertung der im Bereich der Reproduktion geleisteten Arbeit ohne eine Veränderung der Arbeitsteilung und der Arbeitsorganisation können die Probleme forciert Modernisierung, Individualisierung, rabiater Industrialisierung und Naturzerstörung ebenfalls nicht gelöst werden.

Betrachten wir Konzepte und Strategien zur »Lösung« der aktuellen Arbeitsmarktprobleme, so wird die Verkehrung feministischer Forderungen und Anliegen deutlich. Der von Feministinnen geforderte »erweiterte« Arbeitsbegriff wird zwar aufgenommen, aber geradezu ins Gegenteil verkehrt, indem bisher im Bereich der Reproduktion angesiedelte Tätigkeiten als »Arbeit« ideologisch aufgewertet werden. Sie sollen Ersatzfunktionen zur Abmilderung einer sozialstaatlichen Abbaustrategie übernehmen. Der Staat verabschiedet sich aus der Verantwortung für das Gemeinwohl, indem er an den Gemeinsinn von BürgerInnen appelliert (vgl. Notz 1998).

(Vor allem) Frauen sollen danach mit »Bürgergeld« (vgl. Beck 1997; Kommission für Zukunftsfragen 1998) oder Lohn für Familienarbeit und »Erziehungsgehalt« (Leipert/Opielka 1998) ausstaffiert und aus den Listen der um Erwerbsarbeit nachsuchenden gestrichen werden. So fordert z. B. die deutsche Hausfrauengewerkschaft (dhg) ein »gebührendes Äquivalent« für Familienarbeit, deren (rein) ideologische Aufwertung die dort organisierten Frauen nicht mehr zufrieden stellt. Hier wird davon ausgegangen, daß sich viele Frauen nach der Geburt eines Kindes bewußt dafür entscheiden, »Familienarbeit« zu leisten. Diese Frauen würden gewissermaßen einen Berufswechsel vollziehen, der gleichwertige Entlohnung verlangt (vgl. Metz 1998). In diese Richtung gehen auch Konzepte zum »Erziehungsgehalt« (Leipert/Opielka 1998). Mit derartigen Konzepten wird Haus- und Erziehungsarbeit unter den traditionellen Arbeitsbegriff addiert, ohne daß Strukturveränderungen irgendwelcher Art beabsichtigt sind. Die Exklusion aus gesellschaftlich organisierter Arbeit mit allen damit verbundenen Nachteilen – unter anderem den Schwierigkeiten der späteren Wiedereingliederung – wird reproduziert.

Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, daß Frauen gar nicht unter verschiedenen Arbeitsgebieten auswählen können, weil die Optionen aufgrund fehlender Kinderbetreuung und mangelnder struktureller Möglichkeiten, Berufstätigkeit und Kinderhaben zu vereinbaren, gar nicht zur Verfügung stehen. Zudem bleiben Frauen, die in Hausarbeitsverhältnissen arbeiten, kollektive Arbeitszusammenhänge versperrt. Sie arbeiten nach wie vor isoliert und vereinzelt in ihren Häusern und Wohnungen. Hausfrauen haben keine Kolleginnen, mit denen sie kooperieren und kommunizieren können, mit denen sie sich auch gegen ungerechte Zumutungen zur Wehr setzen können. Ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ist be-

wohin?, Nördlingen 1991.
Haug, Frigga: Feministisch arbeiten mit Marx, in: UTOPIE kreativ, Nr. 109/110 (November/Dezember 1999)
Janshen, Doris (Hrsg.): Hat die Technik ein Geschlecht. Denkschrift für eine andere technische Zivilisation, Berlin 1990.

Knapp, Gudrun-Axeli: Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen, in: Beer, Ursula (Hrsg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld 1987.

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen – Teile I bis III, Bonn 1997.
Kontos, Silvia/Karin Walser: ... weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen, Berlin, Stein 1979.

Leipert, Christian, Michael Opielka: Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, Freiburg 1998.

Lenz, Ilse, Renate Rott (Hrsg.): Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß, Saarbrücken/Ford Lauderdale 1984.

Lenz, Ilse: Liebe, Brot und Freiheit: Zur neuen Diskussion um Subsistenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenforschung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 21/22, 1988.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), Berlin 1953.
 Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23.

Marx, Karl/Friedrich Engels: Manifest der

Kommunistischen Partei,
in: MEW, Bd. 4.

Metz, Ursula: Was ist Arbeit? – Überlegungen zum Vergleich von Erwerbstätigkeit und Erziehungs- bzw. Familienarbeit. Vortrag anlässlich der Sitzung des Deutschen Landfrauenverbandes, Ausschuß »Familien und Gesellschaftspolitik«, November 1998 in Bonn.

Mies, Maria: Die Krise ist eine Chance, Subsistenz statt »Entwicklung«, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 198-223.

Negt, Oskar, Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. zur Organisationsanalyse von proletarischer und bürgerlicher Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1972.

Neusüß, Christel: Und die Frauen? Tun die denn nichts? Oder: was meine Mutter zu Marx sagt, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 9/10, 1983, S. 181-206.

Neusüß, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg 1985.

Notz, Gisela: Frauen, die zum Nulltarif arbeiten, waren immer unentbehrlich. Zur Geschichte der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frauen im sozialen Bereich, in: Dalhoff, Jutta/Ursula Frey/Ingrid Schöll (Hrsg): Frauenmacht in der Geschichte, Düsseldorf 1986.

Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Optionen, Freiburg 1989.

Notz, Gisela: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die

grenzt und meist über die gesellschaftliche Position ihres (Ehe)Mannes bestimmt, auf dessen Informations- und Gesprächsbereitschaft sie weitestgehend angewiesen sind.

Die – wenn auch noch zögerliche – Verweigerung der (Allein)Zuständigkeit von Frauen reißt Lücken in die häuslichen Versorgungssysteme, die dann durch niedrig bezahlte außerhäusliche Dienstbotinnen (wiederum Frauen) erledigt werden sollen. Auch für die neuen Dienstbotinnen gilt, was Lilly Braun um die Jahrhundertwende schrieb: »Der Arbeiter verkauft einen, wenn auch den allergrößten Teil seiner Arbeitskraft, der Diensthote verkauft seine Person« (Braun 1979: 46). Wenn die Rollenaufteilung zwischen »Hauptnährer« und Hausfrau bzw. Zuverdienerin in kleinfamilialen Lebensformen nicht, bzw. nur auf Kosten anderer Frauen aufzuweichen sind, wird es notwendig, die Kritik an der kleinfamilialen Lebensform, wie sie anfangs der siebziger Jahre geübt wurde, (wieder) aufzunehmen (vgl. Notz 1996). Heute gelten andere Formen des Zusammenlebens, die unter günstigen Umständen ebenbürtige Geschlechterverhältnisse erlauben, immer noch und immer wieder als »Abweichung von der Norm«. Und dies, obwohl 1994 nur noch ein Drittel der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland Familienhaushalte im Sinne der Eltern-Kind-Einheit waren (vgl. BMFuS 1994: 70ff.). Weite Bereiche der tatsächlich gelebten Strukturen bleiben unbeachtet.

In der Zukunft muß es jedenfalls darum gehen, die herkömmliche Trennung von ökonomisch und außerökonomisch, sowie deren geschlechterspezifische Zuordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Daraus kann dann abgeleitet werden, welcher institutionellen Änderungen es in Beruf, Gemeinwesen und Haushalt bedarf, damit Frauen und Männer sich ebenbürtig begegnen können und welche Maßnahmen in beiden Bereichen notwendig werden, um geschlechterspezifische Ungleichheiten abzubauen.

Verbindung von feministischer Kritik und Utopie

Notwendig wird eine feministische Wissenschaftskritik, die den traditionellen Begriff Arbeit angreift und als völlig falsch entlarvt. Die bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs um Reproduktionsarbeiten reicht nicht. Die Kritik der Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen zielt über die Forderung nach Einbeziehung aller jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten in die Lohnform hinaus. Schließlich geht es um eine Kritik an der Lohnförmigkeit auch der jetzt bezahlt geleisteten Arbeit und der Abhängigkeit der bloßen Existenz vom gezahlten Lohn. Und diese Kritik muß geschlechtsspezifisch geführt werden.

Unter diesem Aspekt ist das Phänomen Arbeit zweifach zu analysieren. Einmal unter dem Aspekt einer funktionalisierten, d.h. entpersonalisierten Form, bei der es um den optimalen Einsatz der Arbeit für wirtschaftliche Ziele geht. Zum anderen in einer personalisierten, d.h. entfunktionalisierten Form, bei der die TrägerIn der Arbeit, also die ArbeiterIn im Mittelpunkt der Analyse steht. Die Kritik muß auch die Inhalte aller Arbeitsbereiche erfassen. Sie muß also auch die Scheidung zwischen dispositiven Faktoren (Planung, Anweisung, Organisation) und ausführenden Faktoren in

allen Arbeitsbereichen enthalten, ebenso wie sie die Ausrichtung auf lebenslange Ganztagsarbeit (für Männer) problematisieren muß, wie auch die Orientierung auf lebenslange Sorgearbeit (für Frauen). Neben die Auseinandersetzung mit inhumanen fremdbestimmten Arbeitsbedingungen in der Produktion muß die Problematisierung des kommunikationslosen Charakters der Arbeit ›in den dunklen Küchen‹ treten, die ebenso wie viele Formen der »Eigenarbeit« und nicht marktvermittelter Versorgungsarbeit vom toten Kapital definiert wird, genauso wie die Arbeit in der großen und kleinen Fabrik.

Konstruktive Kritik kann nur unter den Bedingungen einer Zielvorstellung, also einer Vorstellung vom Anderen, Besseren, von sinnvoller Lebens-Arbeit erfolgen. Schließlich geht es um die Aufhebung der entfremdeten Arbeit in allen Arbeitsbereichen und um die Teilhabe von Männern und Frauen am ganzen Leben. Der Kritikbegriff muß mit einem neuen Utopiebegriff zusammengebracht werden. Das hieße, die allgemeine Anerkennung gesellschaftlicher Arbeit (bezahlter und unbezahlter, auch gemeinwesenorientierter und ehrenamtlicher Arbeit) anzustreben, ebenso wie ein Recht auf existenzsichernde, sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit für alle Menschen, die das wollen zu verankern. Erst dann können die befreienden Dimensionen nicht marktförmiger Arbeit wirklich gelebt werden. Ziel wäre ein Arbeitsverständnis, in dem Erwerbsarbeit, Hausarbeit und die Arbeit im sozialen, politischen, kulturellen, künstlerischen und gemeinwesenorientierten Bereich zeitlich, räumlich und inhaltlich eine Einheit darstellen, in das die Sorge, Verantwortung und Hilfe für ein menschenwürdiges Leben von Kindern, Jugendlichen, Kranken und alten Menschen integriert werden kann. Dies wäre eine Gesellschaft, in der die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx/Engels, MEW 4: 482).

Notwendige Voraussetzungen sind eine Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit, die Bereitstellung pädagogisch und pflegerisch wertvoller Infrastruktur und gesellschaftliche wie normative Regelungen, die geeignet sind, die Verweigerungshaltung der Männer im Blick auf die (individuelle und kollektive) Übernahme von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit zu brechen.

Genossenschaftliche und kommunitäre Arbeits- und Lebensformen, in denen sich Menschen zusammenschließen, um gemeinsam Dinge zu tun, die sie alleine gar nicht tun wollen oder können und die – weil sie mit anderen zusammenleben – ganzheitlich und ohne patriarchale Hierarchien arbeiten und handeln wollen, gehen in diese Richtung. Sie setzen auf die Kraft des Experiments und werden vielleicht immer weitere Gebiete erschließen und ihre Konzepte und Ideen in immer weitere Kreise tragen.

Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern, Bonn 1991.

Notz, Gisela: Verlorene Gewißheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M. 1996.

Notz, Gisela: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?, Neu-Ulm 1998.

Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. New York 1995.

Schiel, Tilmann, Georg Stauth: Subsistenzproduktion und Unterentwicklung, in: Peripherie, H. 5/6, 1981.

Siebel, Werner: Bürgerliches Subjekt und technische Zivilisation. Der Mensch als Störfall technischer Rationalität, in: Ästhetik und Kommunikation, H. 75/1990, S. 12-21.

Weinkamm, Max: Gehalt für die Erziehungsarbeit in der Familie?, in: Fokus, Nr. 48/1998, S. 64.

Werlhof, Claudia von: Der blinde Fleck in der politischen Ökonomie, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 1/1978, S. 18-32.

Werlhof, Claudia von: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?, in: Werlhof, Claudia von, Maria Mies, Veronika Bennhold-Thomsen: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983.

Wichterich, Christa: Überlebenspragmatikerinnen – ein Bein in der Subsistenz-, das andere in der Warenproduktion. Erfahrungen mit Stammesfrauen in Indien, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 23/1988, S. 9-20.

HANNA BEHREND

Marxismus und Feminismus – inkompatibel oder verwandt?

Hanna Behrend – Jg. 1922; Dr. phil. habil., geboren in Wien, seit 1946 in Ost-Berlin lebend, studierte Geschichte und Anglistik und war Dozentin für englische Sprache und Literatur an der Humboldt Universität zu Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen über deutsche und englische Geschichte und Literatur, über marxistische und feministische Literaturtheorie, Literatur schwarzer Schriftstellerinnen, seit der Wende auch über ostdeutsche Probleme. Seit 1994 Herausgeberin der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«. Zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Rückblick aus dem Jahr 2000: Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht?« (Heft Nr. 78, April 1997).

Der Feminismus der neuen Frauenbewegung ist in mehrfacher Hinsicht mit dem Marxismus verwandt. Er ist ein Kind der marxistisch orientierten Studentenbewegung der späten sechziger Jahre. Feministische Theoretikerinnen bedienen und bedienen sich seiner Begrifflichkeit und seiner Methodologie.

Dem Marxschen moralisch-politischen Imperativ in Theorie und politischer Praxis geht es darum, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«. Er kann auch heute als geeignetes Kriterium für die Bewertung von Gesellschaftstheorie und politischen Praxen emanzipatorischer Bewegungen gelten. An diesem strategischen Grundsatz muß aber auch die marxistische Theorie selbst gemessen werden.

Feministinnen in den USA, Großbritannien und dann auch in der Bundesrepublik haben das, speziell in den siebziger und achtziger Jahren, getan und befunden, daß in der Theorie von Marx und Engels die Erniedrigung, Knechtung, Verlassenheit und der würdelose Status der Frauen keine Rolle spielen. Die frauenfeindliche politische Praxis in marxistisch orientierten Parteien, in realsozialistischen Staaten und bei den Linken im allgemeinen ist demnach kein Zufall. Kritisiert wurde vor allem das marxistische Verständnis des Primats der ökonomischen über andere Seiten von Machtverhältnissen, die Vernachlässigung der Reproduktionstätigkeiten zur Erhaltung des Lebens, die Vorstellung vom Klassenwiderspruch als allen anderen sozialen und ethnischen Widersprüchen übergeordneter Hauptwiderspruch. In der Diskussion über die Differenz setzte sich die Akzeptanz der Gleichrangigkeit aller sozialen und kulturellen Widersprüche auch bei den Feministinnen erst in den achtziger Jahren – maßgeblich initiiert durch schwarze Amerikanerinnen – durch. Ähnlich wurde die Kritik am Heterosexismus, an der gesellschaftlichen Bevorzugung der Mann-Frau-Beziehung gegenüber anderen sexuellen Neigungen, vor allem durch lesbische Feministinnen ausgelöst. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre reifte die Erkenntnis, daß die verschiedenen, miteinander verknüpften geschlechtlichen, klassenmäßigen, ethnischen und anderen Differenzen und die aus ihnen resultierenden Unterdrückungsformen prinzipiell gleichrangig sind. Ebenso müssen die unterschiedlichen philosophisch-weltanschaulichen Erklärungs- und Deutungsmuster als gleichberechtigt angesehen werden; auf einen Ausschließlichkeitsanspruch irgendeiner Gesellschaftstheorie –

darunter auch des Marxismus – muß verzichtet werden (vgl. Weedon 1999: 2).

Auch die in der DDR gemachten Erfahrungen sind für die anstehende Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft unverzichtbar. Ost-Frauen haben Regelungen kennengelernt, die – von den Halberzigkeiten der DDR-Praxis befreit – die gleichberechtigte Teilhabe an den Reproduktionsarbeiten ermöglichen würden.

Ohne die Überwindung des alten marxistischen Modells der Frauenemanzipation, aber auch ohne Einbeziehung der mit ihm gewonnenen Sozialerfahrungen, wird die Ungleichbehandlung von Frauen nicht überwunden werden können.

Ich möchte im folgenden am Beispiel der »Hausarbeitsdebatte« an die feministische Marxkritik in der Bundesrepublik erinnern und zeigen, daß die damals geführte feministische Debatte trotz Überspitzungen, Fehldeutungen und Verengungen und ungeachtet ihrer scheinbaren Ergebnislosigkeit von großer Bedeutung für die Klärung des Verhältnisses von Marxismus und Feminismus war. Sie trägt wichtige Erkenntnisse zur Umstrukturierung der heutigen Arbeitsgesellschaft bei. Feministische Denkansätze leisten überhaupt wesentliches bei der Entwicklung einer modernen Gesellschaftstheorie.

Feministische Marxkritik in den siebziger und achtziger Jahren

Die Debatte um die »Hausarbeit« war zu Beginn der siebziger Jahre von der neuen Frauenbewegung in den USA ausgegangen und auch in Westeuropa zu einem Kernthema feministischer Marxkritik avanciert. Sie erwuchs in der Bundesrepublik, ähnlich wie in den angelsächsischen Ländern, aus den Erfahrungen der jungen Frauen, aus ihrem Engagement in der StudentInnenbewegung Ende der sechziger Jahre. Ihre emanzipatorischen Ansprüche auf ein selbstbestimmtes Leben, auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fanden nicht die Unterstützung ihrer männlichen Mitstreiter; diese waren nicht bereit, die Last der Hausarbeit und die Verantwortung für den Nachwuchs mit ihnen zu teilen. So organisierten sich diese Frauen in der sogenannten »zweiten Welle« der Frauenbewegung und forderten entschlossen ihre Gleichstellung. Die »Hausarbeitsdebatte« hatte das Ziel, diese Arbeit entweder zwischen den Geschlechtern zu teilen oder sie zu bezahlen¹. Beide Vorhaben scheiterten.

Die Debatte konzentrierte sich auf den Begriff der »durch Frauen unentgeltlich verrichteten Hausarbeit« sowie auf das Phänomen der »Hausfrauisierung« in der Bundesrepublik; d.h. des massenhaften Rückzugs von Ehefrauen und Müttern, auch aus der Arbeiterklasse, in eine »Nur-Hausfrauen«-Existenz. Die Fixierung auf die Bezahlung oder Teilung der häuslichen Arbeit zwischen den Partnern verhinderte die Entdeckung, daß die Lösung des Problems in der Überwindung der dominanten Rolle männlich konnotierter und kinderfeindlich organisierter Erwerbsarbeit liegt. Dies ist in letzter Konsequenz nur durch die Aufhebung der kapitalistischen Lohnarbeit und durch gerechte Verteilung der Reproduktionsarbeit zu erreichen. Solche Einsichten wurden damals nicht artikuliert², aber die Diskussion half den Feministinnen der westlichen Indu-

1 Bock/Duden fordern Entlohnung der Hausfrau, damit ihre »Arbeit gesellschaftlich sichtbar und wertvoll« wird, daß »Technologien eingesetzt [werden], die sie wirklich reduzieren, und ... Frauen materiell unabhängig und damit imstande [werden], diese Arbeit und ihre Organisation in Frage zu stellen, die bisher als Ausdruck ihrer Natur galt« (Bock/Duden 1976: 185). Dieser strategische Ansatz läßt offen, auf welche Weise die unbezahlte Hausarbeit entlohnt werden soll, damit Frauen materiell unabhängig werden. Gleichzeitig artikulierten sie die der Technik- und Fortschrittseuphorie geschuldete Illusion, Haus- und Fürsorgearbeit könnte durch Vergesellschaftung überflüssig werden.

2 Allerdings war Claudia von Werlhof der Ansicht, die Zukunft der Arbeit könne nicht die freie Lohnarbeit für jedermann und jedefrau sein, weil diese ohne die Ausbeutung der Frau als Hausfrau nicht existieren könne.

strieländer, allmählich den Zusammenhang zwischen der – aus der Perspektive der ›Hausfrau‹ – unbezahlten »Hausarbeit« und der geschlechtlichen Arbeitsteilung zu erkennen. Sie kritisierten die ungleiche Bewertung von Reproduktionstätigkeiten und Arbeiten zur Herstellung der Lebensmittel (vgl. Braun 1998: 166f.). Allmählich setzte sich die Auffassung durch, daß Geschlechtergleichstellung die Anerkennung dieser beiden Seiten der menschlichen Reproduktion als notwendige und gleichwertige Tätigkeiten erforderlich macht.

Die massenhafte »Hausfrauisierung« zu Zeiten sogenannter Vollbeschäftigung war wesentlich verantwortlich dafür, daß die »Hausarbeitsdebatte« eine so bedeutende Rolle in der feministischen Diskussion in der Bundesrepublik spielte.

Die Prosperitätsperiode und das nach dem Krieg durchgesetzte Modell der Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaftsführungen erlaubte es, Lohnerhöhungen und einen ›Familienlohn‹ durchzusetzen, der es dem »Ernährer« gestattete, auf den Zuverdienst der Ehefrau zu verzichten. Mit diesen Zuschüssen für den lohnabhängigen Mann wurde nicht die Frau oder ihre Arbeit bezahlt, sondern vielmehr ihre besondere Ausbeutung ermöglicht (vgl. Bock/Duden 1976: 175). Diese bestand darin, daß »die Frau, finanziell vom Mann abhängig, seinen unzureichenden Familienlohn streckte, so die Lebenshaltungskosten senkte und es damit dem Arbeitgeber möglich machte, den Lohn des Mannes niedrig zu halten; umgekehrt vermochte die unbezahlte Arbeit der Hausfrau mehr Geld einzusparen, als sie durch eine unterbezahlte Berufstätigkeit als ›Zusatzverdienerin‹ zu erhalten hoffen konnte« (Bock/Duden 1976: 175).

Der Marxismuskritik in der »Hausarbeitsdebatte« ging eine wissenschaftliche Untersuchung und Wertung des Phänomens der ›Nur-Hausfrau‹ voraus, das es in vorkapitalistischen Gesellschaften weder auf dem Land noch in der Stadt gegeben hat. Die Familie trug insgesamt zur Erhaltung des gemeinsamen Haushalts bei. Auch die Pflege und Erziehung der Kinder war damals keineswegs Aufgabe ihrer Mütter. Erst im Zuge der kapitalistischen Entwicklung wurde die Erledigung der Hausarbeit für grundsätzlich alle Frauen verbindlich (vgl. Bock/Duden 1976: 126-152). Allerdings mußte ihnen diese Verschlechterung ihres Status mit Gewalt übergestülpt werden. Der Status »Nur-Hausfrau« wurde »durch die Industrialisierung nicht etwa tendenziell aufgehoben, sondern überhaupt erst erforderlich gemacht« (Bock/Duden 1976: 166).

Zunächst erfolgte die kritische Auseinandersetzung mit Marx durchweg in der Absicht, die marxistische Theorie produktiv zu ergänzen. Zu Beginn der Debatte gab es daher auch mehr Übereinstimmungen als Differenzen zur marxistischen Theorie. Auch diskutierten die feministischen Autorinnen zunächst noch mit- und nicht wie später gegeneinander.

Ein Hauptpunkt dieser Kritik war Marx' Ambivalenz in der Frage, ob die geschlechtliche Arbeitsteilung ursprünglich »natürlichen« oder »sozialen« Ursprungs war. Die biologistische Deutung der Geschlechterdifferenzen legitimiert – aufgrund ihrer behaupteten ›Unveränderlichkeit‹ – bis heute den status quo und wird auch

von einigen Feministinnen als Begründung für ihre Bewertung der Frau als prinzipiell besseres Wesen herangezogen. In der »Hausarbeitsdebatte« spielte diese Position keine Rolle. Den Schwerpunkt der »Hausarbeitsdebatte« bildete die Frage nach der sozialen Bewertung weiblicher Arbeit außerhalb der Erwerbstätigkeit.

Die Kritik Ursula Beers (vgl. Beer 1985) an Claudia v. Werlhofs Aufsatz (vgl. Werlhof 1978) und deren jeden Kompromiß ausschlagende Replik (Werlhof 1985) verhärtete die Standpunkte unter den Feministinnen. Die Debatte führte schließlich dazu, daß eine nicht geringe Anzahl der Kritikerinnen die Nützlichkeit und Anwendbarkeit der marxistischen politischen Ökonomie für die Frauenfrage überhaupt in Frage stellte. Die »blind spots« wurden im Verlauf der Debatte zum entscheidenden Merkmal der Wahrnehmung marxistischer Theorie und führten bei einigen Autorinnen zur Ablehnung wesentlicher Elemente³.

Einhellig gingen die Feministinnen davon aus, daß »ohne die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Frauenausbeutung ... eine Charakterisierung und Typisierung der Logik der verschiedenen Produktionsweisen in der Geschichte nicht möglich (ist)« und ohne grundsätzliche Einbeziehung der sogenannten Frauenfrage »das Verständnis der Entwicklung außereuropäischer Gesellschaften und ihres Verhältnisses zu Europa seit dem ausgehenden Mittelalter ... oberflächlich bleiben (muß)« (Werlhof 1978: 19). Bereits damals wurde die Offenheit der Geschichte und die Notwendigkeit, in die Gesellschaftsanalyse auch das, »was nicht unmittelbar und rein ökonomisch-kapitalistisch geprägt ist, ... einzubeziehen« (Braig/Lentz 1985: 17) thematisiert.

Einer Meinung waren die Autorinnen zunächst auch über eine Reihe von Defiziten der marxistischen Theorie, wobei sie auch zu neuen, teilweise kontroversen Erkenntnissen gelangten. *Erstens* habe der »ökonomische reduktionistische« Marxismus vom Rationalismus geerbt, »daß er Produktion und Reproduktion⁴ als getrennte Bereiche artikuliert« (Ivekovic 1984: 105). Die Reproduktion sei hintangesetzt worden, weil Marx hoffte, »mit der Entfaltung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise« werde sich »zugleich das Proletariat zur selbstbewußten, revolutionären Klasse konstituier[en], die sich die ihr entfremdeten gesamtgesellschaftlichen Produktivkräfte aneignet«. Deshalb hat er Frauenarbeit im Haushalt oder in der Prostitution nie in ökonomischen Begriffen analysiert, sondern von »allem abstrahiert, was für diese typische Entwicklung irrelevant zu sein schien« (Braig/Lentz 1985: 16). Auch Ursula Beer kritisiert, daß sich Marx zur Ausbeutung von Arbeitsvermögen im Familienverband nur im Frühwerk geäußert hat (vgl. Beer 1985: 30f.)⁵.

Zur feministischen Kritik an von Marxisten vernachlässigten Gesichtspunkten gehört *zweitens* auch die Feststellung, daß das kapitalistische System die ökonomische Rolle der Frau in einigen außereuropäischen Gesellschaften entscheidend beeinträchtigt hat. Dieser Prozeß wirkt direkt auf die geschlechtsspezifische Arbeitsverteilung und Machtstruktur in den Metropolen zurück (vgl. Lenz 1978: 34f.). Das in den siebziger Jahren thematisierte Verhältnis der Frauenunterdrückung in der »Ersten« zu dem in der »Dritten

3 »Der männliche Allmachtswahn, die Menschen würden in den Fabriken, bzw. mit dem, was die Fabriken so produzieren, selbst produziert, und dann noch ein bißchen triebhaft bestimmte Arbeit mit dem männlichen Fortsatz, der hat Folgen. Zu glauben, da wären die Frauen nicht dazu nötig, unnützlich, unproduktiv, reine daseiende Natur, die nichts tut, nur so ist oder gar überhaupt fehlt, wie in großen Teilen des Marx'schen Werkes, sowas kann nicht konsequenzenlos für die Erkenntnis der Realität bleiben, da kann nichts Richtiges bei rauskommen, da entstehen Wahngebilde« (Neusüß 1985: 204).

4 Gemeint ist hier die Produktion von Waren einerseits und die Reproduktionstätigkeit zur Herstellung menschlicher Arbeitskraft andererseits.

5 Beer erklärt einerseits, daß sich die »Kosten der Reproduktion [d.h. der Waren/Geldbedarf] der Familie allein durch entgeltliche Arbeit decken« (Beer 1985: 31) lassen, andererseits aber meint sie, daß der Reproduktionsaufwand zum Erhalt der Familie höher sei, als sich in der Wertbestimmung von Arbeitskraft ausdrückt, denn diese erfasse ja allein die gesellschaftlich notwendige Arbeit als Teil des Lohnarbeitstages. Sie plädiert dafür, zwischen Aufwand (in Zeiteinheiten) und Kosten (in Geldeinheiten) zu unterscheiden.

6 »Das kapitalistische Patriarchat ist eine Produktionsweise, deren Regulationsprinzipien ... auf Ausbeutung nicht nur erwerbstätiger Arbeitskraft, sondern ebenso anderer (Dritter) Welten (gründen), die nicht nach den gleichen Prinzipien produzieren« (Haug 1996: 150f.).

7 Dietrich stellt eine »doppelte Ausbeutung der Frauen im Kapitalismus in den Bereichen Arbeit, Sexualität und Fruchtbarkeit« fest. »Die Gebrauchswerte, die eine Frau produziert, gelten zu einem großen Teil Ehemann und Kindern, ihr Lohn wird zu einem weit größeren Teil für die Subsistenzbedürfnisse der Familie benutzt als der ihres Mannes. (...) Daneben sind Frauen häufig in Hilfsjobs beschäftigt und zu einem den Familienlohn »ergänzenden« Lohn, sie sind häufig mehr als Männer ausgebeutet und haben wegen ihrer Doppelrolle einen längeren Arbeitstag«. Dazu kommt, daß auch weibliche Sexualität im Kapitalismus durch den Mann, am Arbeitsplatz und durch die Medien angeeignet wird (vgl. Dietrich 1984: 24f.). Für Marx selbst hat die »Produktion des Lebens beides umfaßt, die Subsistenzproduktion für die eigenen Bedürfnisse und die Fortpflanzung. Die Arbeitsteilung in jeder Produktionsweise (einschließlich der Fortpflanzung der Art) ist für ihn eine Produktivkraft« (Dietrich 1984: 36).

8 »Bei den in der [Marx'schen] Werttheorie vernachlässigten Bereichen handelt es sich um bewußte und gezielte Abstraktionen, deren Reichweite und Legitimation in der Tat ausgesprochen diskussionsbedürftig sind«

Welt« gehört zu den bleibenden feministischen Errungenschaften.⁶

Drittens sehen einige Feministinnen (Dalla Costa, Dietrich, Werlhof und andere) in der unbezahlten Hausarbeit von Frauen eine Quelle des Mehrwerts⁷. Damit stehen sie im Gegensatz zur marxistischen Auffassung von der unproduktiven und rückständigen Hausarbeit, die keinen Mehrwert produziert und die durch die zu schaffende Vereinbarkeit von Mutterschaft (nicht Elternschaft) und Erwerbstätigkeit überwunden werden muß. Die in der von Marx und Engels »bewußt und gezielt« vernachlässigten »Subsistenzproduktion«, d.h. die für nicht marktwirtschaftlich genutzte Tätigkeiten verausgabte Arbeitskraft und -zeit, muß wertökonomisch erfaßt und in ein gesamtgesellschaftlich umfassendes Reproduktionsmodell integriert werden.⁸ Andere Autorinnen wandten dagegen ein, daß diesen Ausbeutungsverhältnissen keine konstitutive Bedeutung für die Kapitalakkumulation zukomme, weil auch die »Abschaffung der [Nur-]Hausfrau« politökonomisch nichts am zentralen kapitalistischen Ausbeutungsverhältnis verändern würde, gewiß aber politisch-kulturelle Konsequenzen hätte (vgl. Braig/Lentz 1985: 13). Der Ansatz, die unbezahlte Hausarbeit mit Hilfe der marxistischen Arbeitswerttheorie⁹ zu erfassen, wurde ein Ausgangspunkt der Kontroverse unter den Feministinnen.

Ursula Beer plädierte – ähnlich wie Frigga Haug (vgl. Haug 1990) – dafür, zwischen Aufwand (in Zeiteinheiten) und Kosten (in Geldeinheiten) der Arbeit zu unterscheiden. Wieder andere Feministinnen stellten die aktuelle Gültigkeit werttheoretischer Kategorien überhaupt in Frage, da doch die Marxsche Prognose bezüglich des von ihm privilegierten revolutionären Subjekts der Arbeiterklasse unerfüllt geblieben ist.

Es bestand Einigkeit, daß Frauenunterdrückung die Klassenfrage nicht aufhebt. Vielmehr sollte geklärt werden, wie diese mit der Klassenunterdrückung zusammenhängt und wie beide aufzuheben sind (Mies 1978: 52). Die spezifische Klassenposition der Familie determiniert den Charakter und die ökonomische Funktion der Hausarbeit¹⁰, meinten Kontos/Walser (1978).

Hausarbeit, d.h. alle Reproduktionstätigkeit, wurde als entscheidende Basis weiblicher Identitätsbildung im Kapitalismus angesehen, »die durch Erfahrungen der Erwerbstätigkeit eher verstärkt als aufgehoben wird« (Kontos/Walser 1978: 73). Während die materielle Seite dieser Tätigkeiten – ähnlich wie in der Lohnarbeit – durch Rationalität geprägt werde, entzögen sich dieser die psychischen Reproduktionsleistungen. Sie seien Teil des »eigentlichen« Lebens der sie Leistenden. Die dafür erforderliche Empathie und Flexibilität im Umgang mit den eigenen Bedürfnissen würden »sehr früh und in langfristigen Identifikationsprozessen erworben«, woraus sich »im häuslichen Reproduktionsbereich trotz der ›Tendenz zur Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche« ein stabiler und nicht nur ideologisch erklärbarer Widerstand gegen kapitalistische Organisationsformen zeigt, der einer Auflösung der Hausfrauenarbeit in kapitalistische Dienstleistungen immanente Schranken setzt« (Kontos/Walser 1978: 77). Daraus wird abgeleitet, daß Frauen, die ihre Arbeitskraft anders als Männer reproduzieren, in höherem Maße als Männer Selbstversorgerinnen sind,

weshalb ihre Reproduktion die Unternehmer weniger kostet und sie für den Unternehmer die billigeren Arbeitskräfte sind (vgl. Metz-Göckel 1978: 87).

Einen neuen subjekttheoretischen Aspekt formuliert schließlich Alexandra Mohl (1985), die davon ausgeht, daß Marx sich weder auf ein bestimmtes historisches Subjekt, noch auf eine einzige Emanzipationsoption festgelegt habe.

Die Kontroverse um die Bewertung der weiblichen »Subsistenzarbeit«

Den Boden für die Kontroverse um die weibliche »Subsistenzarbeit« bereitet vor allem Claudia von Werlhof¹¹. Sie stellte die Zweiteilung der Gesellschaft in Bourgeois und Proletarier in Frage und ging von einer Dreiklassenstruktur der Ausgebeuteten aus »Hausfrauen in der ganzen Welt, Subsistenzbauern beiderlei Geschlechts vor allem in der Dritten Welt und das Heer männlicher und weiblicher sogenannter »Marginalisierter« vornehmlich ebenfalls in der Dritten Welt« (Werlhof 1978: 20) aus. So positiv ihr Durchbrechen der bipolaren marxistischen Gesellschaftsvorstellungen war, so wenig überzeugt ihre Gleichsetzung der Widersprüche zwischen Lohnarbeiter und Bauer, zwischen industrieller und agrarischer Produktion, Stadt und Land und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Auch übersieht ihre Gleichstellung der »Hausfrauen der ganzen Welt« mit den beiden anderen Kategorien von Ausgebeuteten die gewaltigen qualitativen Unterschiede in der Lebensweise zwischen den Hausfrauen in westlichen Mittelschichten und den übrigen Frauen bzw. sozialen Akteuren in der Subsistenzproduktion. Man kann allenfalls von Analogien zwischen diesen Gruppen sprechen.

Der Begriff der »Hausfrau« umreißt eine sehr heterogene soziale Gruppe, deren Mitglieder zwar gleichermaßen patriarchal unterdrückt werden, jedoch in sehr unterschiedlicher Weise Objekt kapitalistischer bzw. (neo)kolonialer Ausbeutung und Repression sind. Die kapitalistisch ausgebeuteten LohnarbeiterInnen nicht als Ausgebeutete zu benennen, ist ebenfalls nicht schlüssig. Auch die Hervorhebung eines fortgesetzten Prozesses der »ursprünglichen Akkumulation«¹², der die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie des kapitalistischen Weltsystems bestimmt (vgl. Werlhof 1978: 21), rechtfertigt diese Kategorisierung nicht. Für Claudia v. Werlhof ist das Patriarchat zwar keine Erfindung des Kapitalismus, der ihrer Meinung nach nie etwas zur Befreiung der Frauen beigetragen hat, es wird aber dessen Zwecken unterworfen. Sie sieht in der unbezahlten Produktion von Gebrauchsgütern durch die nichtkapitalistisch produzierenden sozialen Gruppen die entscheidende Voraussetzung des »eigentlichen Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozesses« (Werlhof 1978: 22). Dieser ist schließlich auch Ursache außerökonomischer Gewalt in der Familie, gegen Frauen, im Reproduktionsbereich und in der Dritten Welt. Diese Gewalt nimmt zu, weil nicht nur die weibliche Arbeit, sondern auch das weibliche Leben zunehmend als wertlos betrachtet¹³ werden. Bei von Werlhof sind Arbeiterfrauen das Eigentum der Proletarier – ähnlich dem vorkapitalistischen Eigentum des Grundherrn an Leibeigenen oder Sklaven¹⁴.

(Braig/Lenz 1985: 12). »Der ›Wert der Ware Arbeitskraft‹ gibt ein historisch veränderliches, politisch und kulturell vermitteltes gesellschaftliches Kräfteverhältnis an, das auch durch nicht unmittelbar kapitalistisch geprägte Momente mitbedingt sein könnte. In diesem Sinne geht auch der Umfang der ›Subsistenzproduktion‹ und die in ihr verborgenen geschlechtlichen Ausbeutungsverhältnisse in die Bestimmung des ›Werts der Ware Arbeitskraft‹ ein« (Braig/Lenz 1985: 13).

9 Die Hausarbeit »außerhalb der Warenökonomie« zu analysieren bedeutet nach Meinung von Claudia von Werlhof, die Frauenfrage »durch die bewußte Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe« zu einem allgemein zu akzeptierenden Problem zu machen, »dessen Bearbeitung nun auch die Männer zustimmen müssen« (Werlhof 1985: 42). »Solange Frauenarbeit als nicht nur außerhalb der Wertbestimmung, sondern auch als außerhalb der Warenproduktion, ja sogar als außerhalb der Warenökonomie gedacht wird, wird sie doch überhaupt gelehnet und zur Naturkonstante degradiert!« (Werlhof 1985: 44).

10 »Entsprechend ihrer ökonomischen Funktion muß Hausarbeit klassenspezifisch differenziert werden: Die Hausarbeit einer proletarischen Hausfrau hat die Arbeitskraft als Ware zu reproduzieren, die ohne die unbezahlte Arbeit der Frau nicht zum gängigen Preis und in der erforderlichen ›Qualität‹ auf dem Markt erscheinen könnte« (Kontos/Walser, 78). Die Hausarbeit der Frau eines

Kapitalbesitzers reproduziert dessen Arbeitskraft nicht als Ware. Die Arbeit der beiden Klassen von Hausfrauen gleichen sich darin, daß ihre Hausarbeit bei unterschiedlicher ökonomischer Funktion stets auf der Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskraft, ihrer Psyche und ihrer Sexualität beruhe.

11 Sie hält zwar die marxistische Theorie für »die einzig verfügbare Gesellschaftstheorie, die ausdrücklich und systematisch von der Tatsache der historisch vergangenen und gegenwärtigen Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen ausgesetzt, zur Abschaffung derartiger Verhältnisse beizutragen« (Werlhof 1985: 48). Der Beweis für ihre Eignung zur Klärung der Frauenfrage stehe aber noch aus.

12 Sie bezieht sich dabei auf Rosa Luxemburg (Die Akkumulation des Kapitals, 1913), die Mehrwertproduktion nicht auf die Arbeiterklasse beschränkte, sondern auf »Gesellschaftsschichten oder Gesellschaften, die selbst nicht kapitalistisch produzieren« (Werlhof 1985: 20) ausdehnte.

13 Zu Recht kritisiert von Werlhof dabei die optimistische Prognose von Beer, daß »Frauenarbeit zunehmend entlohnt und immer weniger innerhalb des Familienverbands ausgebeutet wird«, womit den Frauen Entwicklung und Teilnahme am Fortschritt, an der Produktion eröffnet würden (vgl. Werlhof 1985: 47). Frauenarbeit sei nicht wertlos, sondern nicht- und unterbewertet, »ihre Lohnlosigkeit als Nichtentlohnung (ist) ein Skandal« (Werlhof 1985:

Unbestritten ist die patriarchale Abhängigkeit von Frauen und die Verschärfung der geschlechtlichen Arbeitsteilung ein Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise. Patriarchat und Kapitalismus bedingen, ergänzen und strukturieren einander. Dennoch ist die Proletarierfrau keine Sklavin oder Leibeigene. Durch die Hausarbeit der Frauen entsteht auch keine »Arbeits- und Produktenrente für den Ehemann«, der dadurch zum »Grund-Eigentümer« (Werlhof) wird. Der Ehemann ist nicht Ausbeuter, sondern Nutznießer eines patriarchalen (außerökonomischen) Herrschafts- und Gewaltverhältnisses.

Die Feststellung Claudia von Werlhofs, daß der vom Arbeiter geschaffene Mehrwert untrennbar an die Leistung unbezahlter Reproduktionstätigkeiten¹⁵ gekoppelt ist, trifft dagegen den Kern der Dinge. Den Gewinn aus der Familienarbeit, die aus der vom Mann geleisteten Erwerbs- und der von der Frau geleisteten Hausarbeit besteht, zieht allerdings der Produktionsmitteleigentümer. Grundlage dafür ist der »Familienlohn«.

Die in der westlichen Industriegesellschaft stattfindende »Hausfrauisierung« führt insofern zu einer Verschärfung der Frauenunterdrückung, als die Reproduktionsleistungen – die damals in den westlichen Industrieländern überwiegend, aber nicht nur von Frauen unbezahlt erbracht wurden – auf neue Weise unsichtbar gemacht und marginalisiert werden.

Zur Kompatibilität von Feminismus und Marxismus

Die feministische Kritik der siebziger und achtziger Jahre an Marx und Engels, ihren NachfolgerInnen und Epigonen in allen Teilen der Welt hat, wie ich versucht habe zu zeigen, zu neuen gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen geführt. Diese haben heute – allerdings oft stillschweigend – in viele soziologische, kulturhistorische und andere geistes- und kunstwissenschaftliche oder Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeiten keineswegs nur von »linken« WissenschaftlerInnen Eingang gefunden. Bemerkenswerter scheint mir jedoch, daß sie bis heute in aller Regel nur von feministischen Wissenschaftlerinnen in ihr Kategorien- und Begriffsarsenal integriert wurden. Die Mehrzahl der sich als Marxisten verstehenden Sozialwissenschaftler haben die Notwendigkeit, den »ökonomisch reduktionistischen« Marxismus zu überwinden, der »Produktion und Reproduktion als getrennte Bereiche artikuliert« (Ivekovic), und die Einsicht, daß jede soziale Innovation zur Überwindung der Krise der Erwerbsarbeit und der ökologischen Krisen eine radikale Um- oder Neubewertung von Arbeit aus Sicht der Reproduktion erfordert, nicht verinnerlicht. Immer noch werden gesellschaftliche Fragen in »linken« Beiträgen diskutiert, als gäbe es weder das Patriarchat noch die patriarchalen Geschlechterverhältnisse bzw. als wären diese für die heute vor uns stehenden gesellschaftlichen Probleme marginal.

Das von Karl Marx und Friedrich Engels hinterlassene Werk ist nicht homogen oder geschlossen, sondern lückenhaft, uneinheitlich und gelegentlich inkonsistent, wodurch es auch viele einander ausschließende Auslegungen ermöglichte. Dennoch ist die geistige Hinterlassenschaft von Marx und Engels »die einzig verfügbare

Gesellschaftstheorie, die ausdrücklich und systematisch von der Tatsache der historisch vergangenen und gegenwärtigen Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen ausgeht und sich zum Ziel setzt, zur Abschaffung derartiger Verhältnisse beizutragen« (Werlhof 1985: 48).

Marx und Engels zufolge zeichnet sich jede Phase der menschlichen Gesellschaft durch die spezifische Dynamik ihrer Produktivkräfte aus. Zwischen diesen und den Produktionsverhältnissen bilden sich zwangsläufig Widersprüche heraus, die entweder zu deren tiefgreifender Umgestaltung oder zu Stagnation und sogar Gefährdung der Gattungsexistenz führen. Die revolutionäre Umgestaltung der heterogenen menschlichen Gesellschaft – deren Heterogenität Marx und Engels nur an der Existenz antagonistischer Klassen festmachten – wird von jenen sozialen Gruppen vorangetrieben, die an der Überwindung der bestehenden sozialen, kulturellen und Eigentumsverhältnisse ein materielles und ideelles Interesse haben. Zu ihrer Zeit sahen die Begründer des Marxismus in der Arbeiterklasse, d.h. in freien Lohnarbeitern vor allem in der sich entwickelnden Industrie, das historische Subjekt. Die Arbeiterklasse schien ihnen prädestiniert zu sein, die Führung bei der erforderlichen sozialen Umwälzung zu übernehmen. Diese Prognose erwies sich als unzutreffend. Im Rückblick werden die theoretischen, vor allem die subjekttheoretischen Lücken erkennbar, die zu dieser reduktionistischen Spekulation führten. Da Marx und Engels von der im wesentlichen männlichen Industriearbeiterschaft des 19. Jahrhunderts ausgingen, entsprechen ihre Aussagen zu politischer Organisation, Strategie und Programmatik dem historischen Wesen der Klasse, die für sie das revolutionäre Subjekt war. Diese Klasse aber war männlich definiert, hierarchisch strukturiert und organisierte sich in unabhängigen nationalen Einheiten, die sich eher unverbündlich international assoziierten. Die Konzentration auf diese, von ihnen als einzig zukunftsfähig angesehene soziale Gruppe ließ keinen Raum für eine Analyse anderer historischer Optionen oder für ein anders, weniger homogen konzipiertes historisches Subjekt.

Eine Entwicklung der Produktivkräfte, die dazu führte, daß nicht die lohnabhängigen Warenproduzenten zum Totengräber des Kapitals wurden, sondern vielmehr das Kapital in gewisser Hinsicht zu dem ihren, war im 19. Jahrhundert kaum vorstellbar. Es gibt aber Aussagen von Marx, die zeigen, daß er dies als eine extreme Schlußfolgerung aus den damals noch unentfalteten inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems für möglich hielt. So ahnte er in seinen Ausführungen zum tendenziellen Fall der Profitrate (vgl. MEW, Bd. 25: 290-292), daß bei wachsender Akkumulation und Konzentration des Kapitals und bei weiterer Veralterung der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen gegenüber den wirklichen Produzenten die Zahl der Industriearbeitsplätze schrumpfen würde. Seine Prognose war, daß »eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, ... würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde« (MEW, Bd. 25: 274). Ob dieses »Außerkurssetzen« wachsender Teile der Weltbevölkerung zu produktiven zukunftsorientierten Formen des

47). Dem aber würden Beer u.a. durchaus zustimmen.

14 Auch Lenin habe von »Hausklavinnen« und von der »Rechtlosigkeit der Frauen« als einem »empörenden Überbleibsel der Leibeigenschaft und des Mittelalters« geschrieben. Dagegen hätten Marx und Engels »das Eigentum am Menschen selbst nur schwach thematisiert«.

15 Diese umfassen vor allem die Bereitstellung neuer Generationen von Arbeitskräften, deren Erziehung und elementare Bildung, sowie die Reproduktion der Arbeitsfähigkeit der Erwerbstätigen.

Widerstands führen wird, die die inneren Widersprüche des Systems zu überwinden vermögen, ist auch heute noch ungewiß. Die Komplexität der sozialen Struktur der modernen patriarchalisch-kapitalistischen Welt schließen eine einzige Antwort auf diese Frage aus. Strategische Überlegungen werden also von einer komplexen, differenten pluralen Struktur der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ausgehen müssen. Die Kooperation und Koordinierung verschiedener, gleichberechtigter Klassen, Schichten und Gruppen potentiell Reforminteressierter bedürfen neuer Strategien, für die auch und gerade die feministische Differenztheorie Vorleistungen erbracht hat.

Die grundsätzlichen Überlegungen von Marx zu den gesellschaftlichen Folgen, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise für die menschliche Gattung ergeben, und die von ihm begründete Notwendigkeit einer radikalen Umwälzung sind jedoch unzweifelhaft mit den von Marxistinnen und Feministinnen vertretenen emanzipatorischen Grundauffassungen kompatibel. Sie werden auch nicht entwertet, weil Marx ausschließlich »den Prozeß der vermarkteten Produktion von Mitteln zum Leben schlüssig untersucht« (Braun 1998: 27) hat, denn er hat zugleich wesentliche Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Reproduktion des Lebens aufgedeckt.

So habe er zwar die »Entdeckung, daß die einzelnen Produkte nach der verausgabten Zeit gemessen und von daher als mehr oder weniger Wert erachtet sind, nicht in ihren Folgen für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und für das gesamte Zivilisationsmodell weiter untersucht« (Haug 1990: 885). Seine diesbezüglichen Feststellungen lassen sich jedoch unschwer weiterdenken. Weil sich »gesellschaftlich nur bewähren kann, was möglichst wenig lebendige Zeit verschlingt« (Haug 1990: 885), ist die Familie der einzige Ort, an dem die Verarmung, die mit dem Modell »immer schneller, immer kostengünstiger« einhergeht, in gewisser Hinsicht aufgehoben ist.

Die »Hausarbeitsdebatte« erbrachte vor allem eine Neubewertung der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Die weibliche Sozialisierung enthält durch ihre Orientierung auf die familiären Verpflichtungen ein bisher wenig gewürdigtes ganzheitliches Moment, das sich für die notwendigen gesellschaftlichen Reformen als sehr relevant erweisen wird. Es geht nicht nur um die dabei von Frauen in diesem Bereich erworbenen Eigenschaften der »Empathie und Flexibilität im Umgang mit den eigenen Bedürfnissen« (Kontos/Walser 1978: 77), es geht auch um den »im häuslichen Reproduktionsbereich entwickelten stabilen und nicht nur ideologisch erklärbaren Widerstand gegen kapitalistische Organisationsformen« (Kontos/Walser 1978: 77). Die in der marxistischen Theorie bisher nur als randständig bewerteten Bereiche des Lebens (vgl. Haug 1996: 229) müssen aufgewertet und damit beiden Geschlechtern gleichermaßen zugänglich gemacht werden. Trotz Marginalisierung und Unterbewertung der Reproduktion des Lebens führte die Entfremdung des Arbeiters in der Lohnarbeit dazu, daß der randständige Bereich der »Hausarbeit« zum Ort der Hoffnung auf Befreiung und ein besseres Leben in Genuß und Sinnen-

freude und die Frauen zu Hoffnungsträgerinnen¹⁶ wurden. Das durch die Mikroelektronik in die Krise gekommene »Modell einer Lebensmittelproduktion auf Kosten des Lebens« (Haug 1996: 230) ermöglicht somit »Frauen aus ihrer Erfahrung und Positionierung in der Gesellschaft ... gesellschaftliche Alternativen ein[zu]bringen« (Haug 1996: 231). Die damit einhergehende Schrumpfung der typisch männlichen industriellen »normalen« Lohnarbeitsplätze, die perspektivisch den »Familienlohn« in Frage stellt, haben der Hausfrauisierung weit mehr den Fehdehandschuh hingeworfen als Marxismus und Feminismus zusammen es jemals vermocht hätten. Haug beschränkt sich hier auf die mögliche Feminisierung der elektronischen Arbeitsplätze und schlägt eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Frauen vor, bei der es um Arbeitszeitverkürzung, Ausbildung und Umverteilung der verfügbaren Arbeitsplätze gehen sollte. Unter patriarchalisch-kapitalistischen Produktionsverhältnissen, wird, wie Frigga Haug erklärt, die Sorge um Leben Menschen überlassen, die dies »nur« aus Liebe, aus »Menschlichkeit« tun und daher nicht als »Gleiche« behandelt werden. »In diesen Verhältnissen können Frauen nirgends einfach als Menschen auftreten, denn sie leben überall in Geschlechterverhältnissen« (Haug 1996: 150f).

Das aber führt unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise und der Dominanz des Kosten-Nutzen-Kalküls dazu, daß die dort geleistete Arbeit »wertlos« und unsichtbar wird. Diese eindeutige werttheoretische Begründung der patriarchalisch-kapitalistischen Diskriminierung der Reproduktionstätigkeiten muß folgerichtig zur Einsicht in die Notwendigkeit der Wiederherstellung einer ganzheitlich organisierten Arbeitsgesellschaft führen. In einer solchen Gesellschaft würden alle arbeitsfähigen Mitglieder gleichberechtigt ihren Anteil an den notwendigen Reproduktionsarbeiten zur Erhaltung der Gattung leisten, d.h. sie würden sowohl an den Tätigkeiten zur unmittelbaren Reproduktion des Lebens als auch an der Produktion von Lebensmitteln¹⁷ teilhaben. Nach Anneliese Braun setzt dies voraus, »mit der tradierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung« zu brechen »Jede/r [muß] die Möglichkeit erhalten (und sie sich schaffen), durch eigene Arbeit die notwendige Reproduktionszeit auszufüllen. Einen Ausgangspunkt und eine Motivation für eine solche Umverteilung der Arbeit könnte eine [weiterentwickelte soziale Grundsicherung] schaffen, bei der jede/r gegen Leistung ihres/seines Anteils an der notwendigen Reproduktionszeit Anspruch auf Existenzsicherung hat und zwar in der Einheit von Arbeit für die Produktion notwendiger Mittel zum Leben und notwendiger Reproduktionsarbeit. Das würde nichtpatriarchale Aspekte mit der Suche nach Wegen aus der Krise der Erwerbsarbeit verknüpfen« (Braun 1998: 160).

Die ständige Ausweitung der Vermarktung über die materiellen Gebrauchswerte und eigentlichen Mittel zum Leben »entwickelt die Tendenz, immer mehr Lebenstätigkeiten in Arbeit zu verwandeln und damit deren Ergebnisse faktisch in Mittel zum Leben, die gekauft werden müssen. Der aus der Sicht der Reproduktion des Lebens ursprüngliche Zweck der Arbeit, Mittel zum Leben hervorzubringen, verwandelt sich in ein Mittel zum Zweck der Produk-

16 Frigga Haug gibt zu bedenken, ob nicht »aus seiner (Marx') perspektivischen Formulierung von der »genüßvollen Selbstbetätigung bei der Erzeugung des materiellen Lebens« für die Frauenfrage nicht doch vieles zu gewinnen ist« (Haug 1996: 228). Dabei stützt sie sich auf die von Feministinnen zu Recht kritisierte Bemerkung von Marx zur Entfremdung des Arbeiters, der in seiner Arbeit nicht zu Hause ist und zu Hause nicht arbeitet. Der Satz bezieht sich ausschließlich auf den männlichen Arbeiter, die Arbeiterinnen sind dagegen nicht nur – wie feministische Kritikerinnen einwenden – in der Arbeit zu Hause; sie arbeiten auch dort und sofern sie erwerbstätig sind, haben sie zusätzlich Anteil an der entfremdeten Arbeit. Der von den Frauen besetzte marginale Hausarbeitsbereich sei »gleichwohl Zuflucht, ein verkehrter Ort der Hoffnung. Die unterdrückende Überhöhung der Frauen wird überlebensnotwendig für die männlichen Lohnarbeiter. In der familiären Zusammenarbeit beider Geschlechter wird sie dauerhaft befestigt« (Haug 1996: 229).

17 »Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit umschließt die unmittelbare Reproduktion des Lebens, die Lebenszeit schafft, erhält und ausfüllt und die Produktion von Mitteln zum Leben, welche eine notwendige Bedingung dafür darstellt« (Braun 1998: 166).

tion von Waren und der Kapitalverwertung« (Braun 1998: 31). Deshalb gewinnen theoretische Erkenntnisse, die sich mit dem Bereich der Reproduktion des Lebens und dem Verhältnis der beiden Teile des Reproduktionsprozesses zueinander auseinandersetzen, heute zunehmend an Bedeutung. Unter den Bedingungen der tendenziell totalen Vermarktung stößt die allgemeine Ausbreitung der Erwerbsarbeit an neue Wachstumsgrenzen. Die Erwerbsarbeit, in der sich »unter dem gemeinsamen Band des Geldeinkommens« (Braun 1998: 16) sehr verschiedene Tätigkeiten zusammenfinden, ist weit über die klassische Lohnarbeit hinaus ausdifferenziert. Dienstleistungen, in denen keine materiellen Gebrauchswerte entstehen und die nur bedingt als Ware verkauft werden können, stellen inzwischen einen erheblichen Teil der Erwerbstätigkeiten dar. Erwerbstätige sind zunehmend in Wissenschaft, Kunst, Gesundheitsfürsorge und Bildungsvermittlung beschäftigt, wo sie »in Ambivalenzen zwischen Vermarktung und Erhaltung von Lebensgrundlagen« geraten (Braun 1998: 17). Mit diesen Ambivalenzen »bilden sich neue Widerstands- und Emanzipationspotentiale aus« (Braun 1998: 17), die zu weiterer Heterogenisierung der potentiellen historischen Akteure führen.

Unser heutiger Erkenntnisstand läßt es daher geraten erscheinen, nicht die unbezahlte Hausarbeit zum Ausgangspunkt feministischer Gesellschaftskritik zu machen und Marx anzulasten, diesen Bereich der Arbeit außer acht gelassen zu haben. Dieses Vorgehen birgt die Gefahr, zu einer reduktionistischen Privatisierung des Problems und nicht zur Vergesellschaftung der Reproduktion zu führen. Wir sollten vielmehr aus der Kritik an Marx, daß er »Produktion und Reproduktion als getrennte Bereiche artikuliert« ableiten, daß es in der marxistischen und feministischen Theorie darum gehen muß, beide Bereiche stets mitzudenken und in der politischen Praxis der Linken und der Frauenbewegung darum, zu einer ganzheitlichen Arbeitsgesellschaft zu gelangen.

Literatur

- Barrett, Michael/Mary McIntosh (1982): Die unsoziale Familie, in: *Das Argument*, Nr. 136.
- Beer, Ursula (1985): Marx auf die Füße gestellt?, in: *PROKLA*, Nr. 50 (März 1983), S. 23-37.
- Bock, Gisela/Barbara Duden (1976): Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Berlin, S.118-199.
- Braig, Marianne/Carola Lentz (1985): Wider die Enthistorisierung der Marxschen Werttheorie. Kritische Anmerkungen zur Kategorie ›Subsistenzproduktion‹, in: *PROKLA*, Nr. 50 (März 1983), S. 5-21.
- Braun, Anneliese (1998): Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit?, in: Behrend, Hanna: *Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft*, Bd.8, Berlin.
- Dalla Costa, Maria Rosa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, in: Dalla Costa, M.R./S. James: *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*, Berlin(West).
- Dietrich, Gabriele (1984): Die unvollendete Aufgabe einer marxistischen Fassung der Frauenfrage, in: *Geschlechterverhältnisse (Argumentsonderband 110)*, Berlin(West), S. 24-64.
- Haug, Frigga (1990): Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Neue Herausforderungen an einen sozialistischen Feminismus, in: *Das Argument*, November/Dezember 1990, S. 879-893.
- Haug, Frigga (1996): *Frauenpolitiken*, Hamburg.
- Ivekovic, Rada (1984): Noch einmal zum Marxismus und Feminismus, in: *Geschlechterverhältnisse (Argumentsonderband 110)*, Berlin(West)
- Kontos, Sylvia/Karin Walser (1978): Hausarbeit ist doch keine Wissenschaft, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis. Erste Orientierungen*, München.
- Lenz, Ilse (1978): Frauen, Kolonien, Neokolonien (No women are islands), in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis. Erste Orientierungen*, München.
- Marx, Karl: *Das Kapital*. Dritter Band, in: *MEW*, Bd. 25.
- Metz-Göckel, Sigrid (1978): Frauenarbeit und weibliche Produktivität, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis. Erste Orientierungen*, München.

- Mies, Maria (1978): Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Erste Orientierungen, München.
- Mohl, Alexandra (1985): Karl Marx und die Selbstverständigung unserer Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche, in: PROKLA, Nr. 50 (März 1983), S. 59-77.
- Neusüß, Christel (1985): Und die Frauen? Tun die denn nichts? Oder: Was meine Mutter zu Marx sagt, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 9/10.
- Werlhof, Claudia v. (1978): Frauenarbeit: der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Erste Orientierungen, München.
- Werlhof, Claudia v. (1985): Lohn ist ein Wert, Leben nicht? eine Replik auf Ursula Beer, in: PROKLA, Nr. 50 (März 1983), S. 39-58.
- Weedon, Chris (1999): Feminism, Theory and the Politics of Difference, London.

JOHANNES IRMSCHER

Revolutionsgedenken in Italien

Vielerorts in Europa und ganz besonders in Deutschland tut man sich schwer im Umgang mit dem Phänomen Revolution und seiner Bewertung, und auch die Politiker der Neuen Mitte dürften davon nicht auszunehmen sein. Das Marxsche Diktum von den Revolutionen als den Lokomotiven der Geschichte¹ klingt manchen hart in den Ohren, und viele meinen auch heute noch, mit Friedrich Wilhelm IV. von Preußen den Ludergeruch der Revolution² zu verspüren. Es lag ganz auf dieser Linie, daß die international renommierte Leipziger Revolutionsforschung, als deren Protagonisten Walter Markov und Manfred Kossok zu nennen sind, nach dem Ende der DDR »abgewickelt« wurde.

In anderen Ländern, auch NATO-Staaten, ist die Lage durchaus verschieden. Ich beschränke mich hier auf das Beispiel Italiens, wo man 1998 wie auch 1999 revolutionärer Ereignisse gedachte. Ein solches Gedenken beschränkte sich nicht auf politisch linke Kreise, sondern bezog eine breite Öffentlichkeit ein und wurde entscheidend von Einrichtungen der staatlichen Wissenschaftsorganisation mitgetragen. Zu diesen gehören neben anderen die Internationalen Seminare »Vom Ersten zum Dritten Rom«, deren 19. im April 1999 in Sälen des Kapitols durchgeführt wurde. Diese Seminare befassen sich mit der Entwicklung der Romidee vom ersten, klassischen Rom über das zweite Rom = Konstantinopel bis hin zum dritten Rom = Moskau. Sie beziehen regelmäßig die von der Tiberstadt ausgehenden Einflüsse auf das europäische, insbesondere das französische und italienische Revolutionsgeschehen, seine Theorie und seine Realität, ein. Daraus ergibt sich mit gewisser Folgerichtigkeit die Behandlung italienischer Gedenktage.

Ihren organisatorischen Mittelpunkt finden jene Seminare in dem Zentrum zum Studium des römischen Rechts und Rechtssystems des Nationalen Forschungsrats (Direktor Pierangelo Catalano), das sich der Gastfreundschaft der Universität Rom I La Sapienza erfreut. Zur Leitung der Seminare hat sich Catalano mit einem weiteren Professor der stadtrömischen Universität, dem Patristiker Paolo Siniscalco, zusammengetan. Die Seminare sind seit dem Jahre 1983 durch den einstimmigen Beschluß des römischen Stadtrats institutionalisiert. Sie beginnen daher alljährlich am 21. April, dem legendären Geburtstag der Stadt Rom, unter Beteiligung kommunaler und gesamtstaatlicher Behörden im Kapitol. Der Gedenktag des Jahres 1998 stand im Zeichen der 200. Wiederkehr der Gründung der (kurzlebigen) Repubblica romana von 1798.

Johannes Irmischer – Jg. 1920, Prof. Dr.; Arbeitsgebiete: Klassische Philologie, Byzantinistik.

1 Kurt Böttcher u.a.: Geflügelte Worte, Leipzig 1981, S. 514, Nr. 3429.

2 Ebenda, S. 496, Nr. 3265.

In Italien gab es seit der Grande Révolution in Frankreich eine Gruppe von Jakobinern, die literarisch hervortraten in dem Bestreben, die in der französischen Verfassung von 1795 fixierten Rechte des Volkes im eigenen Lande durchzusetzen und in effektiver Form zu erweitern, etwa in Gestalt des Tribunats. Es fehlte infolgedessen nicht an Entwürfen für eine gegenüber der französischen verbesserten Konstitution³, und man harnte der Gelegenheit, das Geplante zu verwirklichen.

Die französischen Revolutionskriege schienen eine solche Chance zu bieten⁴. Die von den Ideen der Revolution beseelten französischen Heere wurden bei ihrem Vordringen vielerorts von den auf gesellschaftliche Veränderungen bedachten Kräften begrüßt, und die Bildung von Schwesterrepubliken, Républiques soeurs, setzten beide Seiten auf die Tagesordnung der Politik. Das galt im besonderen für die Italiener, die überholte feudale Strukturen zu beseitigen und zugleich die nationale Einigung zu erreichen strebten. Als bald überstürzten sich die Ereignisse: Im Mai 1797 wurde die oligarchische Dogenherrschaft in Venedig beseitigt, bald darauf entstand in Genua die Ligurische Republik; ihr folgte, indem sich die bereits im Vorjahr gegründete Zispadanische Republik (Modena, Ferrara, Bologna) und die Transpadanische Republik (die frühere Lombardei) als Zisalpinische Republik verbanden, ein Territorium von 3,5 Millionen Einwohnern mit der Hauptstadt Mailand - aus ihr erwuchs 1805 unter verändertem Vorzeichen das Napoleonische Königreich Italien. Alle diese neugebildeten Staaten gaben sich republikanische Verfassungen, um die überall lebhaftesten Diskussionen geführt wurden.

Verständlicherweise drängten die römischen Jakobiner und ihre Gesinnungsfreunde angesichts der Entwicklungen in Norditalien darauf, auch ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Zu Beginn des Jahres 1798 hatten französische Truppen Rom besetzt; von ihnen unterstützt, proklamierten die römischen Revolutionäre am 15. Februar die Repubblica romana. Der junge Staat beschloß bereits am 20. März seine Verfassung, die durch die Nationaldruckerei der Lazzarini veröffentlicht wurde. Ihr war eine zweisprachige Proklamation des französischen Kommandierenden Generals, André Masséna, vorangestellt. Die Französische Republik, so hieß es in diesem Text, verzichte auf alle Rechte als Eroberer, sondern proklamiere die Wiederherstellung und Unabhängigkeit der Römischen Republik. Freiheit und Prosperität würden durch die Verfassung garantiert, welche das Direktorium der République française anbiete. So könnten den Römern die Auseinandersetzungen erspart bleiben, welche sonst das Fehlen einer Regierung zur notwendigen Folge habe; sie würden sich sehr rasch und unbehindert der republikanischen Tugenden zu bedienen vermögen, die ihre (antiken) Vorfahren unsterblich machten. Die Verfassungsurkunde beginnt mit der Erklärung der Menschenrechte und bringt dann die eigentliche Konstitution, bestehend aus 14 Titeln; in ihren »Disposizioni generali« räumt sie dem Kommandierenden General der französischen Truppen in Rom beachtliche Rechte ein.

Als ein lebendiges Erbe trug die Einladung zu der Jubiläumstagung das Emblem der Repubblica romana mit den revolutionären

3 Pierangelo Catalano: *Tribunato e Resistenza*, Turin 1971, S. 94ff.

4 Johannes Irmischer: *Icarus 4*, 1994, Heft 4, S. 47f.

5 Paola Mariani Biagini:
La costituzione della Repubblica romana del 1798,
Florenz 1998.

Losungsworten: Libertà - Egualianza. Ein Neudruck des Textes der Verfassungsurkunde wurde nebst philologischer Erschließung von Paola Mariani Biagini namens des Instituts für juristische Dokumentation des Nationalen Forschungsrates vorgelegt⁵. Der Druck erfolgte unter dem Patronat, das heißt auf Kosten, der Stadt Rom.

Die Repubblica romana machte, objektiv betrachtet, lediglich eine Fußnote in der Weltgeschichte aus. Sie war in entscheidendem Ausmaße eine Schöpfung der französischen Okkupationsmacht, und der Revolutionsgeneral Masséna mauserte sich schon bald zum Bonapartisten, wurde Marschall, Herzog von Rivoli, Fürst von Eßling. Die römische Republik schreckte nicht vor radikalen Maßnahmen zurück. Sie beendete die weltliche Herrschaft des Papstes Pius VI., und als dieser dem neugebildeten Staatswesen die Anerkennung verweigerte, wurde er kurzerhand von den Franzosen verhaftet und starb 1799 in der Verbannung. Trotzdem gelang es nur in Ansätzen, die Verfassungsgrundsätze in die politische Wirklichkeit umzusetzen. Denn der zweite Koalitionskrieg der europäischen Mächte gegen Frankreich führte bereits im September 1799 zur Einnahme Roms durch österreichische und neapolitanische Truppen; die Herrschaft des Papstes wurde wiederhergestellt und im weiteren Verlauf von Napoleon anerkannt.

Diese Fakten führten dazu, daß der Repubblica romana in der italienischen Geschichtsschreibung nur wenig Beachtung geschenkt wurde. Das hat sich jedoch im Verlaufe der letzten Jahrzehnte geändert, und die Feiern anläßlich des 200. Gründungstages machten sichtbar, daß das italienische Volk seine revolutionären Traditionen zu bewahren und zu schätzen weiß.

Das wurde erneut deutlich, als im Jahre 1999 ein weiterer Gedenktag begangen wurde: die 150. Wiederkehr der Gründung der Repubblica romana von 1849, und zwar, wie mir scheinen will, mit noch stärkerer Resonanz als das Gedenkjahr 1998. Die Einladung zur Konferenz auf dem Kapitol, die wie traditionell am Natale di Roma in der Aula di Giulio Cesare begann, schmückte im Frontispiz das Bild des Revolutionärs Giuseppe Garibaldi, der am 5. Februar 1849 in der Konstituante die Errichtung der Republik in die nationale Geschichtstradition gerückt hatte. Die Rückseite der Einladung zeigte den Text der Verfassung jenes italienischen Staatswesens. Daß bis zur Promulgation der Konstitution am 1. Juli 1849 ein langwieriger und nicht immer leichter Weg zu durchschreiten war, verdeutlichte die Textausgabe⁶, die wieder Paola Mariani Biagini und den sie fördernden Institutionen zu verdanken war. Vorangestellt wurde der Edition nämlich eine historische Einleitung von Mauro Ferri, vormals Präsident des italienischen Verfassungsgerichtes. Ferri hielt auch die Festrede auf dem Kapitol, die zu der speziellen Session hinleitete, die der Republik von 1849 gewidmet war. Dieser Sitzung stand der Präsident des Instituts zur Geschichte des italienischen Risorgimento, Giuseppe Talamo, vor. Sie schloß mit einer Würdigung des römischen Universitätsbataillons, welches das Revolutionsgeschehen von 1848/49 mitgestaltete.

Papst Pius IX. hatte zu Beginn seines Pontifikats 1846 im Kirchenstaat liberale Reformen eingeleitet, die jedoch die Prädominanz des Kardinalskollegiums nicht antasteten; gleichzeitig übte er

6 Paola Mariani Biagini:
I progetti e la costituzione della Repubblica romana del 1849, Florenz 1999.

spürbar Zurückhaltung gegenüber den nationalen Einheitsbestrebungen und dem Kampf gegen die österreichische Herrschaft in der Lombardei. Eine weitgehende Enttäuschung der Bevölkerung war die Folge. Da gab die Ermordung des Ministerpräsidenten des Kirchenstaates, des Grafen Pellegrino Rossi, am 15. November 1848 das Signal zur allgemeinen Erhebung. Pius floh nach Gaeta; Giuseppe Garibaldi, der mit seinem Freikorps im Kampfe gegen die Österreicher stand, traf noch im Dezember in Rom ein und betrieb als Abgeordneter mit aller Entschiedenheit die Ausrufung der Römischen Republik, an die der Gedenktag von 1999 erinnerte. Aber auch bei der Aktion von 1849 erwies sich die Reaktion als stärker als der gesellschaftliche Progreß. Die neue Verfassung war am 1. Juli in Kraft getreten; doch bereits am 3. Juli mußten die unter Garibaldis Leitung stehenden Revolutionäre nach hartem Kampfe vor den 150.000 Mann starken Interventionstruppen kapitulieren, die der französische Präsident Prinz Napoléon Bonaparte unter dem Kommando des Generals Oudinot am 24. April von Civitavecchia aus gegen die bürgerliche Republik in Marsch gesetzt hatte.

Es mochte in unserem Säkulum mitunter so scheinen, als sei der Weg zur Revolution mit dem Ziele der Errichtung einer besseren Gesellschaft geradlinig, ja geradezu historisch prädestiniert. Eine solche Überzeugung löste bei vielen revolutionäre Ungeduld aus, und entsprechend groß war die Enttäuschung, wenn Rückschläge eintraten und Illusionen sich zerschlugen. Die Italiener wußten und wissen, wie die Beispiele zeigten, auch scheinbarer Niederlagen zu gedenken. Denn ebenjene Niederlagen bargen zugleich Elemente des Fortschreitens und der Hoffnung in sich, indem sie das geschichtliche Denken vertieften und das politische Bewußtsein schärften.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Inzwischen werden Sie, Leserinnen und Leser, die diversen Feierlichkeiten, Zeitungsartikel und Fernsehlegenden zum Sedanstag der deutschen Bourgeoisie (darf dieses Wort eigentlich noch benutzt werden, ohne daß man unbedingt der Kommunistischen Plattform der PDS zugezählt wird ...?) hoffentlich einigermaßen unbeschadet überstanden haben. Ich möchte Sie auch nicht noch nachträglich damit nerven, will es aber dennoch nicht unterlassen, Ihnen ein besonders leckeres Fundstück aus jenen Tagen zu präsentieren. Die Ur-Quelle ist das Magazin »Focus«, ich beziehe mich auf die »junge Welt«. Der entnahm ich, daß Freya Klier im »Focus« von 30. Oktober gefordert habe, die »Überreste der DDR-Medien endlich zu entmachten«. Und sie habe damit, schreibt die »junge Welt« stolz, auch die einstige FDJ-Zeitung gemeint.

Wie gut hätte doch Freya Klier in eine SED-Agitationsabteilung gepaßt: borniert genug, intolerant bis zum Exzeß und aus Machtgefühl ohne Skrupel. Warum, Genossen, wart Ihr so dumm gewesen, der Frau dazumal keine Chance zu geben? Sie war doch dermaßen sed-kompatibel, daß Eure Blindheit auch noch jetzt, wo längst alle Messen gesungen sind, noch Kopfschütteln hervorruft. Aber nein, Ihr mußtet sie ja beschatten und bedrängen lassen, Ihr mußtet sie ja beningeln und verhaften und sie schließlich außer Landes weisen. Und was habt Ihr nun davon?

Nur noch eine Bemerkung zum Maueröffnungsgefeiere: Auch wer sich nicht aktiv daran beteiligen konnte oder mochte, bekam immerhin eine Ahnung davon, was wir hierzulande angestellt hätten oder was mit uns angestellt worden wäre, wenn die DDR ihr 50. Jahr hätte begehen können ...Bei dieser Vorstellung gruselts mir.

Kommen wir zum deutschen Haustierwesen. Dem Berliner »Tagespiegel« entnahm ich im Berichtszeitraum die heitere Nachricht (er hatte sie beim Dumpfblatt »Kurier« abgekupfert), daß die TV-Moderatorin Ina Werner, als sie von einem Pitbull angegriffen wurde, zurückgebissen habe: »Sie verletzte den Kampfhund an den Hinterbeinen und am Hinterteil. Das Tier suchte hinkend die Flucht.« Allerdings steht zu erwarten, daß diese Meldung nicht auf ungeteilten Beifall stößt, Stichwort: die Deutschen und ihre Haustiere ... Als sich beispielsweise die Zeitschrift »Ein Herz für Tiere« mit dem Fußballer und Klatsch-Dauerbrenner Mario Basler beschäftigte, schrieb sie: »Basler hatte keinen Hund, keine Katze, keinen Hamster, noch nicht mal weiße Mäuse – schon im eigenen Haushalt war er nicht gefestigt genug, für andere Verantwortung zu übernehmen. Sein Scheitern im Beruf – vorprogrammiert.« Mitbürger, die in derartigen Kausalketten verstrickt sind, werden es vermutlich auch nicht komisch finden, daß die TV-Tante einen Hund gebissen hat. Hunde beißt man nicht!

Das Organ »Die Bäckerblume« kannte ich bislang nicht. Wahrscheinlich bin ich bei meinen gelegentlichen Auftritten in Bäckereien immer noch – und das zehn Jahre nach der Wende! – zu sehr mit dem Studium der Preisschilder und dem Suchen nach einer Zuckerschnecke, die nicht mehr als 1 Mark kostet, beschäftigt.« Die Bäckerblume« soll es seit 46 Jahren geben! Woche für Woche werden 600 000 »Bäckerblumen« kostenlos verteilt. Doch die Zeitschrift bekommt Konkurrenz: Ab Januar soll in Deutschlands Bäckereien ein »Wetten-daß-Magazin« vertrieben werden. In ihm wird jede vorangegangene Sendung aufbereitet. Vielleicht schmerzen dann die Schrippenpreise nicht so sehr. Das Magazin wird von der Gruner+Jahr-Tochter »K+S Kundenzeitschriften« produziert werden. Nun können uns die Geschäftsideen des ZDF und der Hamburger Koofmichs ziemlich egal sein, aber die Rechnung, die der Idee zugrunde liegt, ist immerhin verblüffend. Und da wir alle Marktwirtschaft lernen sollen, sei die Ausgangs-Überlegung für dieses »Wetten-daß-Magazin« hier vorgestellt: In Deutschland gibt es 65 000 Bäckereien (wahrscheinlich sind Backwarenläden gemeint), in 15 000 soll das Blatt (zwischen 1 und 2 Mark) ausliegen; wenn nur jeder Laden hundert Stück umsetzt ergäbe sich eine Startauflage von 1,5 Millionen. Ob jemand diese Zeitung braucht? Wahrscheinlich nicht. Aber das ist ja hier auch gar nicht die Frage.

Nehmen wir doch die Parteien. Die braucht doch – bei Lichte besehen – auch niemand. Die brauchen vor allem sich selbst. Und die (vor allem von ihnen selbst) behauptete Funktion, sie betrieben die politische Willensbildung des Volkes – was für ein kühnes Märchen! Der Chef der mecklenburgisch-vorpommerschen PDS, die vor der Wahl großmäulig 5 000 neue Arbeitsplätze versprochen hatte (wo eigentlich bleibt die unabhängige sozialistische Tageszeitung »Neues Deutschland«, die diesen Flop jetzt thematisiert und ihren politischen Freunden auf den Zahn fühlt?), brachte es einem Zeitungsbericht zufolge auf den Punkt: Mitregieren sei schon ein Wert an sich.

Na dann, regiert man schön!

Loccumer Initiative kritischer
Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler:
Die Illusion der neuen Freiheit.
Realitätsverleugnung
durch Wissenschaft.
Mit Beiträgen von R. Becker-Schmidt,
M. Krätke, A. Krovoza, O. Negt,
J. Perels, J. Seifert, Th. v.d. Vring,
Offizin Verlag Hannover 1999,
162 S. (14,80 DM)

Wem an einer atemberaubenden Lektüre gelegen ist, der greife zu dieser Broschüre kritischer Interventionen. Hier wird Klartext geboten. Der »postmoderne Kahlschlag des Denkens« wird in seinen verschiedenen Varianten intellektuell zugrunde gerichtet.

Im Destruktiven geht es zum Beispiel um die »Risikogesellschaft«, jene Wortverbindung mit versicherungsrechtlichem Beigeschmack, die durch Ulrich Becks Monographie von 1986 zu einem soziologischen Schlüsselbegriff geworden ist, mit dem die Klassenstruktur und -gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft ad acta gelegt zu sein scheinen. »Als fresse sich der objektive Geist durch die Verhältnisse, ohne daß es dafür Macht-Motive und Herrschaftsinteressen auf dem Markt gäbe«, heißt es bei Oskar Negt (S. 25), der einem losgelassenen, lustvollen Marxismus frönt, mit dem er (S. 51) den Dritten Weg, das Jenseits von Links und Rechts, ebenso wie die neue Mitte als bloße Scheinalternativen zum Kapitalismus denunziert.¹ Oder Michael R. Krätkes vor Belesenheit strotzende, mit Ironie und Zynismus nicht geizende Abhandlung über den Status der neoklassischen Ökonomie als Zivil- und Alltagsreligion, die nicht hinterfragbare Deutungsmuster und Normen zu bieten beanspruche, an denen sich politisches wie soziales Handeln zu orientieren habe (S. 101). Fast so sicher wie der Satz, daß der Papst an Gott glaubt [ich bin mir da nicht so sicher!], gelte der Satz, daß in den oberen Rängen der Forschungseinrichtungen und Fachverbände nur gläubige Neoklassiker anzutreffen sind. Einer dieser Wirtschaftswissenschaftler wird so zitiert: »I don't care

who writes a nation's laws, if I can write its economics textbooks« (S. 104).

Im Konstruktiven handelt es sich um das Unabgeholte der demokratischen Traditionen des Sozialismus, darum, die kritischen Gesellschaftsanalysen des »westlichen Marxismus« wieder ins Licht des öffentlichen Bewußtseins zu bringen. Das erfolgt etwa durch Joachim Perels anhand des »Schwarzbuches des Kommunismus«, dessen ideologische Elemente die Zerstörung des emanzipatorischen Gedächtnisses der Menschheit, die Verdrängung sozialistischer Stalinismuskritik zu bewirken bestimmt seien.²

Bereits die Fragestellung, ob eine über die kapitalistische Zivilisation hinausreichende Gesellschaft überhaupt möglich sei, wird von dem »Schwarzbuch«-Autoren Stephane Courtois, einem gewesenen Maoisten, ins Abseits einer a limine verbrecherischen Gedankenwelt verbannt (S. 86). Um so dringlicher sei es, humane Alternativen zur kapitalistischen Herrschafts- und Profitordnung wenigstens wieder diskutabel werden zu lassen.

Im politikwissenschaftlich Konkreten bietet u.a. Jürgen Seifert eine Fallstudie darüber, mit welchen werbewirksamen Methoden Gerhard Schröder die letzte Bundestagswahl zu seinen Gunsten entschied. Liest man über den (legalen) Wählerbetrug durch die SPD-Produktwerbung (unabhängig ob arm oder reich), durch den bewußten Verstoß gegen die Parteilinie (wegen des besonderen Nachrichtenwertes), durch das Unterlaufen der Feindbilder (z. B. mittels des Satzes, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen), durch das anti-ideologische Charisma (... la Blair), dann könnte einem das Wählen und die Lust auf Demokratie vergehen, was wohl auch zum Sinn der Sache gehört. Daß das aber nicht im Interesse Jürgen Seiferts liegt, des nun Emeritus-Kämpfers für Demokratie und Sozialismus,³ versteht sich von selbst. Seine Bemerkung, Schröder habe Erwartungen geweckt, die sich, wenn sie enttäuscht werden, rasch gegen ihn wenden können (S. 98), haben inzwischen ins (im Doppelsinn des Wortes) Schwarze getroffen.

Die Überzeugungskraft des brisanten Bändchens hängt gewiß auch damit zusammen, daß deren Autoren Marxens Theorie nie als Erklärungs-Dorado für die moderne Welt mißverstanden haben. Überdies sind sie allesamt

über jeden Verdacht einer Kooperation mit stalinistischen Organisationsmodellen erhaben. Freilich sind sie auch nicht durch jene Wendehalsgeschmeidigkeit »ausgezeichnet«, die aus Stalinisten, Trotzlisten, Maoisten im Handumdrehen hat Antikommunisten werden lassen.

HERMANN KLENNER

- 1 Vgl. Wolfgang Lenk (u.a.): Kritische Theorie und Politischer Eingriff (Oskar-Negt-Festschrift), Hannover 1999, S. 681ff.
- 2 Vgl. Joachim Perels: Demokratie und soziale Emanzipation, Hamburg 1988, S. 228ff.: »Kein Sozialismus ohne demokratische Rechtsordnung«.
- 3 Vgl. Michael Buckmiller/J. Perels (ed.): Opposition als Triebkraft (Jürgen-Seifert-Festschrift), Hannover 1998, S. 533.

Hansjörg Herr, Kurt Hübner (Hg.):
Der »lange Marsch« in die
Marktwirtschaft. Entwicklungen und
Erfahrungen in der VR China und
Osteuropa, fhw forschung 24/35,
Edition sigma Berlin 1999,
279 S., br., (29,80 DM)

Obwohl nach der Zeitenwende 1989/90 die »Transformationsforschung« geradezu zu einer sozialwissenschaftlichen Modedisziplin nicht zuletzt auch für frustrierte »Dritte-Welt«-Forscher avancierte, fristet die Beschäftigung mit dem (Entwicklungs)Land, das wohl die größten Erfahrungen beim Versuch des Übergangs von einer staatssozialistischen Planwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System – mit welchem Attribut auch immer – gesammelt hat, hierzulande merkwürdigerweise noch immer ein Schattendasein. Allenfalls in der GUS-Region flackern angesichts des Reformdesasters hin und wieder ansonsten schon fast erloschene Überlegungen auf, ob an Stelle der Orientierung auf die von maßgeblichen Akteuren aus dem Westen empfohlene »Schocktherapie« nicht der »chinesische Weg« in die Marktwirtschaft der bessere gewesen wäre. Eine ernsthafte Erörterung der Frage scheint indessen müßig, weil die Chancen auf einen alternativen Entwicklungspfad, wenn sie denn je wirklich bestanden, längst verspielt sind. China eignet sich aus der Sicht westlicher Transformationsforschung wie mittel- und osteuropäischer Reformpraxis besten-

falls als Projektionsfläche für mehr oder minder aufgeregte Debatten über transformationsstrategische Glaubensfragen – was im vorliegenden Buch mit den beiden Aufsätzen von Jeffrey Jachs/Wing Thye Woo und Barry Naughton exemplarisch vorgeführt wird.

Insgesamt zielen die Herausgeber aber nicht nur auf gesellschaftliche »Wirklichkeiten im Vergleich« (S. 7), sondern auf »eine Zwischenbilanz der Transformationsprozesse« (S. 9). Diese scheint um so dringlicher, als die »Auflösung der planwirtschaftlichen Strukturen und der Umbau der politischen Systeme ... weder gleichbedeutend mit der Entstehung nachhaltiger politischer, sozialer und ökonomischer Entwicklungsmuster (ist), noch ... diese mit dem Aufbau eines einheitlichen post-sozialistischen Entwicklungsmodells einher(gehen)« (S. 9). Das Vorhaben selbst wird in drei Teilen – »makroökonomische Entwicklungspfade«, »Transformationserfahrungen im Finanzsektor« und »Transformationserfahrungen auf Unternehmensebene« – präsentiert.

Nach der eher dogmatischen Kontroverse um »Big Bang« oder »Gradualismus« zwischen Sachs/Woo und Naughton, die mit der Reformwirklichkeit Chinas etwa soviel zu tun haben dürfte, wie ein Hollywood-Western mit der US-amerikanischen Geschichte, versuchen Silke Tober und Hansjörg Herr im wohl gehaltvollsten Beitrag des Buches überhaupt, einen »Erklärungsansatz für die deutlich verschiedenen Entwicklungspfade« zu entwickeln und davon »ökonomische Perspektiven« (S. 78) abzuleiten. An Hand von drei unterschiedlichen »Marktconstellationen«, in den Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei), in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und in der Volksrepublik China, demonstrieren Herr/Tober, wie wenig marktwirtschaftlicher Fundamentalismus gegen die hartnäckigen Probleme gesellschaftlicher Transformation auszurichten vermag. Ökonomischer Pragmatismus und politische Vorsicht haben sich sowohl für die Ostmitteleuropäer als auch für China ausgezahlt, während die »wesentlich radikalere Politik« (S. 101) in der GUS-Region direkt in ein »Big Bang«-Fiasko mit verhängnisvoller Langzeitwirkung geführt hat. Warum dieses eingetreten ist, darüber läßt sich bei Herr/Tober eine Men-

ge lernen. Anschließend analysiert Kurt Hübner, gestützt auf einen makroökonomisch-qualitativen Ansatz (vgl. S. 122), vor allem die außenwirtschaftlichen Erfolgsbedingungen des »chinesischen Sonderpfades der Transformation«.

Damit hat das Buch, das für eine »Zwischenbilanz« eine erstaunlich kurze »Halbwertszeit« aufweist, seinen Höhepunkt überschritten. In den folgenden Beiträgen spielt die Vergleichsperspektive eine immer geringere Rolle und verschwindet schließlich ganz. Feng Zhaobai und Cao Tinggui treibt in bezug auf China ein ähnlich aussichtsloses Unterfangen wie Jan Szambelanczyk und Waclaw Wilczynski mit Blick auf Polen – sie versuchen den Aufbau eines marktwirtschaftlichen Bankensystems, eine Thematik, die Stoff genug für zwei Bücher abgeben würde, in der gebotenen Artikelkürze abzuhandeln. Was dabei herauskommt ist eher langweilig, für Experten zu grobmaschig, für interessierte Laien zu voraussetzungsvoll. Auffällig ist – eher am Rande – die bemerkenswerte Loyalität, zu der sich beide Autorenteam gegenüber den jeweiligen Regierungen, aus welchen Gründen auch immer, veranlaßt sehen. Während die beiden Chinesen die »sozialistischen Marktwirtschaft« beschwören und die Lösung aller gegenwärtigen Probleme von der »Vollendung der Reform« erwarten, glauben die beiden Polen, ein flammendes Bekenntnis zur Regierung Buzek-Balcerowicz verbunden mit Forderungen nach mehr Konkurrenz, rascher Privatisierung und »rücksichtslosen Streichungen« (S. 187) bei Subventionen abgeben zu müssen.

Im abschließenden dritten Teil befassen sich zwei Beiträge mit der Transformation in mittel- und osteuropäischen Unternehmen. Handwerklich solide, aber ohne rechte Bindung zu den anderen Teilen des Buches werden in beiden Aufsätzen jeweils spezifische Seiten der Umorientierungen im Unternehmenssektor erörtert. Volker Trommsdorff bezieht sich dabei vor allem auf kulturell-historische Faktoren, die Einstellungen und Verhaltensmuster des Managements wie der Belegschaften auch nach der marktwirtschaftlichen Transformation weiter prägen. Für Gerlinde Dörr und Tanja Kessel stehen die Wirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Tschechien und Ungarn – am Beispiel des Volkswagen-

konzerns – im Zentrum der Analyse. Interessant wäre hier ein Vergleich dessen, was in beiden Aufsätzen als »typisch« hinsichtlich der Unternehmenskultur für Mittel- und Osteuropa erachtet wird. Während Trommsdorff, wenn er pauschal von Mittel- und Osteuropa spricht, eigentlich immer die GUS und speziell Rußland im Hinterkopf hat, speisen sich die Verallgemeinerungen von Dörr/Kessel nahezu ausschließlich aus Befunden in den Visegrád-Ländern. Aber solche Quervergleiche waren im Konzept der Herausgeber offensichtlich nicht vorgesehen. Vielleicht hat auch einfach nur die Zeit dafür gefehlt.

Denn auch zehn Jahre nach dem »Start« wird auf dem Gebiet der Transformationsforschung noch immer mit »heißer Nadel« gearbeitet. Davon zeugt leider auch im vorliegenden Buch eine auffällige Menge an Druckfehlern und Lektoratsmängeln – zum Beispiel hätte mancher Leser sicherlich auch gern einiges zur Mitautorin Silke Tober erfahren...

ARNDT HOPFMANN

Arbeitsgruppe Alternative

Wirtschaftspolitik: Memorandum '99. Mehr Konsequenz beim Kurswechsel – Vorrang für Beschäftigung, Umwelt und Gerechtigkeit, PapyRossa Verlag Köln 1999, 288 S. (29,80 DM)

Wie schon in den Vorjahren, so legte auch in diesem Jahr die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik pünktlich ihr Memorandum vor und bereichert damit die wirtschaftspolitische Diskussion um einige, heute kaum noch wegzudenkende Aspekte. Ihr diesjähriges Statement konzentriert sich auf eine Abrechnung mit der konservativ-liberalen Angebotspolitik und auf die Herausforderungen, vor denen die rot-grüne Regierung gegenwärtig steht. Im einzelnen sind dies Fragen wie die Fortführung der europäischen Integration, die anstehende Osterweiterung der EU, der Umbau des Sozialstaats, die Umweltpolitik, die Steuerpolitik, das Problem der Arbeitslosigkeit u. a. m. Ein gesonderter Punkt ist Ostdeutschland gewidmet, insbesondere den entmutigenden Ergebnissen des wirtschaftlichen Aufholprozesses seit 1995. Neben dem aus-

fürlichen Text enthält auch dieser Band eine 50seitige Kurzfassung, inklusive einer Liste mit den Namen der Unterzeichner des Memorandums. Die kritische Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und sozialen Lage durch die MEMO-Gruppe sowie die in diesem Kontext unterbreiteten Alternativen und Vorschläge stellen nach wie vor die wichtigste Antwort auf die offizielle Berichterstattung der Bundesregierung zur wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Situation dar. Daran hat sich auch nach dem Regierungswechsel 1998 grundsätzlich nichts geändert. Gleichwohl dürfte es unter den neuen Bedingungen schwieriger geworden sein, Kritik zu üben, da Regierung und Kritiker mehrheitlich ein und demselben politischen Lager angehören. Aber nichts destoweniger werden auch in diesem Band kritische Positionen bezogen und Auseinandersetzungen geführt, wenn auch im Ton etwas sanfter als früher und in der Polemik entschieden zurückhaltender. Deutlich sichtbar wird dies in dem Abschnitt »Sozialpolitik«. Eingangs wird hier betont, daß die neue Bundesregierung sich »außer am Abbau der Massenarbeitslosigkeit« vor allem daran messen lassen muß, wie ihr »die finanzielle Stabilisierung der Solidareinrichtungen und die Schließung von Sicherungslücken gelingt«. Und weiter steht dort: »Ohne klare Weichenstellung in Richtung einer mittelfristig beherrzten Umverteilung von oben nach unten wird sich keines der beiden Ziele erreichen lassen« (S. 82). Inzwischen hat die Regierung den vielen Worten im Wahlkampf Taten folgen lassen. Die aber, so hat es bisher jedenfalls den Anschein, folgen einer etwas anderen Diktion. Konkret wird dies an zwei Punkten untersucht, an den Maßnahmen zur Alterssicherung und an der Regelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. In beiden Fällen ist der Stand höchst unbefriedigend. Aber auch die Vorschläge der Arbeitsgruppe können letztlich nicht überzeugen. Offensichtlich sind die Herausforderungen der Zukunft größer und die notwendigen Einschnitte radikaler, als dies heute irgendeine Gruppe bereit ist zuzugeben. Zumal, wenn die Besitzstandswahrung fast aller von vornherein als Prämisse gesetzt wird, wie dies auch hier der Fall ist. Besser gelungen ist der steuerpolitische Alternativvorschlag, der sich konsequent an den

Zielen einer »sozial gerechteren Verteilung« (S. 25) orientiert und auch volkswirtschaftlich eine Reihe von überzeugenden Argumenten ins Feld führen kann.

Das Kapitel über Ostdeutschland ist mit »Nachhaltige Rückständigkeit« überschrieben, was wohl zutreffend ist, wie die zahlreichen im Text angeführten Daten belegen. So arbeiten die Autoren heraus, daß die hohe Wachstumsdynamik in den ersten Jahren wesentlich eine Folge der Krise 1990/91 war, nicht aber der Beginn einer nachhaltigen Entwicklung. Im Unterschied zu anderen Publikationen wählten sie als Referenzjahr 1989 (und nicht 1991). So läßt sich auch statistisch zeigen, daß seit 1990 in der ostdeutschen Wirtschaft zwar beachtliche Strukturveränderungen erfolgten, aber kein Wachstum über das DDR-Niveau hinaus. Ein zweiter Punkt ist, daß die wirtschaftliche Rückständigkeit des Ostens heute weniger auf die Erblasten der DDR als vielmehr auf die verfehlte neoliberale Politik seit 1990 zurückgeführt wird. Dabei stellt die »hohe Massenarbeitslosigkeit die verheerendste Erblast der Kohl-Regierung« (S. 200) dar. Als Struktur­mängel Ostdeutschlands, die aus dem Vereinigungsprozeß resultieren, führen sie u.a. die Eigentumsverhältnisse an, ferner die durch Deindustrialisierung geprägte Wirtschaftsstruktur, die einseitig am Bausektor orientierte Investitionsstruktur und die Elitenverteilung, welche die Ostdeutschen klar benachteiligt (S. 202). An Hand verschiedener Modellrechnungen zeigen die Autoren, daß »selbst wenn endlich mit dem Aufbau eines Produktionsapparates begonnen werden würde, der einerseits den Erfordernissen nachhaltiger Entwicklung entspricht und andererseits eine regionale Wertschöpfungsbasis wiederherstellt, bliebe die Abhängigkeit von Transferzahlungen aus dem Westen noch auf eine sehr lange Zeit bestehen.« (S. 33)

So wie die Veröffentlichungen der MEMO-Gruppe seit Jahren ihren festen Platz im wirtschaftspolitischen Diskurs der Bundesrepublik haben, wird auch dieser Band Eingang in die Debatten finden. Für die folgenden Bände jedoch darf erwartet werden, daß sich die Verfasser angesichts der rot-grünen-Regierungsmacht in Streitfragen schärfer abgrenzen und deutlicher positionieren.

ULRICH BUSCH

»Heim ins Reich«.

Konrad Henlein und der Reichsgau
Sudetenland 1938-1945,
R. Oldenbourg Verlag München
1999, 422 S.

Die Anschlüsse an Hitlerdeutschland vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verliefen auffällig ähnlich, ob es sich nun um die Saar 1935, Österreich im März 1938 und das Sudetenland im Oktober 1938 handelte: »Heim-ins-Reich!«-Propaganda; enthusiastische Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung des Anschlußgebietes in Referenden, Übertragung der politischen, rechtlichen, bis zu einem bestimmten Grade auch der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Reichs auf die »heimgeholten« Gebiete. In einer Beziehung bildet das Sudetenland eine Ausnahme: der Führer der »Anschlußbewegung« blieb auch nach der Vereinigung der führende Vertreter des Reiches im angegliederten Gebiet. Das war durchaus nicht die Regel. Die Einpassung der neuen Länder in die Strukturen des Reiches übertrug man in Berlin in der Regel den eigenen Leuten. Keiner der in der »Deutschen Front« seit 1933 vereinigten Saarpolitiker wurde Chef des Saarlandes, als die Region 1935 wieder zu Deutschland kam, sondern ein Reichsdeutscher, Josef Bürckel. Der Führer der österreichischen Nationalsozialisten, Arthur Seyß-Inquart, war nur für ein oder zwei Tage Chef des »wiedergewonnenen« Österreich. Als Reichsstatthalter mußte er bald allen Einfluß an den neuernannten »Reichskommissar«, wiederum war es Josef Bürckel, abgeben. Konrad Henlein dagegen, der sich als Chef der Sudetendeutschen Partei seit Mitte der dreißiger Jahre dem nationalsozialistischen Führer in Berlin untergeordnet hatte, blieb nach dem Einmarsch der Wehrmacht in leitender Stellung. Er wurde Reichskommissar und Gauleiter für das Sudetenland, eine Funktion, die er bis zum Ende des Dritten Reiches innehatte.

Insofern ist es schon verständlich, daß es Ralf Gebel reizte, eine auf Henlein zentrierte Geschichte des Sudetenlandes zu schreiben. Doch dazu kam es nicht. »Die Quellenlage für die vorliegende Arbeit«, schreibt der Autor,

»erwies sich als überaus problematisch.« Er könne die Quellengrundlage nur als »zertrümmert« bezeichnen. Die 1945, fünf Minuten vor Zwölf, von den Nationalsozialisten im Sudetengau ergriffenen »ARLZ-Maßnahmen« (»Auflockerung, Räumung, Lähmung, Zerstörung«) wirken sich für die Forschung heute negativ aus. »Es gibt keinen einzelnen derart ergiebigen Quellenbestand, daß man ihn als das »Rückgrat« der Quellenbasis bezeichnen könnte. Ein »Nachlaß Henlein« etwa, der diesen Namen verdiente, existiert nicht. Schon deshalb erscheint es unmöglich, eine im eigentlichen Sinne biographische Arbeit über die Jahre Henleins als Gauleiter und Reichsstatthalter zu schreiben. Persönliche Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen Henleins sind praktisch nicht erhalten.« (S. 21).

So bleibt es im Buch bei einem wenige Seiten umfassenden Porträt des aufstrebenden Führers und bei einigen Seiten zu seinem Verhalten in den letzten Monaten und Tagen, bevor es mit ihm und dem Sudetengau im Mai 1945 zu Ende ging.

Das Buch hat dadurch gewonnen, denn – wie Gebel insbesondere anhand der Untersuchung der Auseinandersetzungen in der sudetendeutschen NSDAP 1939/40 feststellen konnte – Henleins Platzhalten im Anschlußgebiet war keinesfalls das Resultat relativer Selbständigkeit von Berlin. Sein Verbleiben an der Spitze des Sudetengaus ungeachtet heftiger interner Auseinandersetzungen war in erster Linie auf seinen Verzicht auf jedwede Autonomiebestrebungen und die vollständige Unterwerfung unter Hitler zurückzuführen.

Zu den wohl interessantesten Ausführungen Gebels gehören die über den Wandel der Haltung der Sudetendeutschen zu den von ihnen zunächst bewunderten und als überlegen betrachteten Reichsdeutschen. Im Ergebnis der harten Tatsachen von Gleichschaltung – wobei die im Vereinswesen besonders weh tat –, einer deutlich unter gehegten Erwartungen und gemachten Versprechungen liegenden ökonomischen und sozialen Realität in den Jahren nach der Vereinigung und der Enttäuschung darüber, von den Reichsdeutschen – ob sie nun in den Ämtern saßen oder im Verlaufe des Kriegs in den »Reichsluftschutzkeller« Sudetenland evakuiert wurden – als »für zivilisatorisch um Jahrzehnte zurückstehend,

hinterwäldlerisch und ein wenig primitiv«, kurz für Deutsche zweiter Klasse gehalten zu werden, traten an Stelle ursprünglicher Bewunderung Zweifel und teilweise auch Haß.

Die mentale Entwicklung wird anschaulich geschildert und an vielen Beispielen belegt. Auf diese Weise bereichert Gebels außerordentlich materialintensives, sorgfältig recherchiertes, vor einer kritischen Sicht auf bisherige (sudetendeutsche, tschechoslowakische und DDR-) Veröffentlichungen zum Thema nicht zurückschweigendes Buch unser Wissen um Anschläge und Anschlußfolgen anhand des sudetendeutschen Falles ganz erheblich.

JÖRG ROESLER

Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit.

Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90.

Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann

(= Dokumente zur Deutschlandpolitik. Sonderedition), R. Oldenbourg Verlag München 1998, 1667 S., (68,00 DM br., 148,00 DM geb.)

Es sollte ein entscheidender, der letzte Coup des »Kanzlers der deutschen Einheit« werden, rechtzeitig vor den Wahlen 1998. Sein Lebenswerk sollte von Historikern gewürdigt und ihm so ein Platz in den Geschichtsbüchern, möglichst auch im Bundeskanzleramt gesichert werden. Mit der »Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden«¹ wurde eine offiziöse und voluminöse Interpretation der Deutschlandpolitik des Kanzlers vor und während der entscheidenden Monate der Jahre 1989/90 versucht. Damals stutzte mancher Rezensent über den privilegierten Zugang handverlesener und kanzlernaher Historiker zu den Akten des Bundeskanzleramtes, die nur sie sehen und auswerten konnten. Augenscheinlich auch, um diesen verqueren Eindruck zu verwischen, hat das Kanzleramt die

Herausgabe einer umfangreichen Dokumentensammlung mit 430 Dokumenten (und einer Reihe von Beigaben) veranlaßt. Die freigegebenen Dokumente (mit gelegentlichen Auslassungen) sind solide ediert, Organigramm und detaillierte Register ermöglichen einen guten Zugriff. Die Bearbeiter haben eine gründliche Einleitung geschrieben. Der Vorwurf der einseitigen Geschichtsbetrachtung aus den Archiven könnte sich also zumindest für den unmittelbaren Einigungsprozeß etwas abschwächen. Nach den bislang grundlegenden Dokumentationen von Nakath/Stephan² und Potthoff³ sind nun also weitere Dokumente zugänglich, die den bundesdeutschen Entscheidungsprozeß und die außenpolitischen Bemühungen Bonnens belegen. Wobei allerdings darauf zu verweisen ist, daß Helmut Kohl auch während seines unmittelbaren Arbeitsprozesses seine Historiker-Profession nicht leugnen mochte und sich um eine gute Figur in den Geschichtsbüchern aktiv mühte. »Die von ihm nicht abgezeichneten oder gar kommentierten Akten [hielten] auch für ihn immer die Chance offen ..., die Information nicht erhalten zu haben oder sie nicht zu kennen«. Da Kohl meist undokumentiert telefonierte, bleibt mancher Schleier ungelüftet. Schließlich wird übermittelt, daß es zumindest zu den Geheimkontakten BRD-DDR unterschiedliche Protokolle gab, wobei die entscheidenden den Vermerk trugen »Nach Lektüre bitte vernichten«.⁴

Kohl ahnte augenscheinlich schon früh – spätestens nach dem ebenso triumphalen wie für den Gast nachdenklichen Bonn-Besuch Michail Gorbatschows: »Der Westen habe zum ersten Male seit 40 Jahren ›die Karten in der Hand‹.« Er müsse nur »klug, nicht rechtshaberisch und ohne Illusionen vorgehe(n)« (S. 310). Er hatte recht, nur ging es dann nicht nur um bessere Beziehungen zum Ostblock, sondern um eine neue Weltordnung.

Der Band setzt mit der Dokumentation des Treffens Kohl-Bush am 30. Mai 1989 und eben dem Besuch Gorbatschows in Bonn Mitte Juni ein. Gorbatschow stieß Kohl bewußt oder unbewußt darauf, daß »die Distanz zur DDR deutlich (sei)« (S. 300). Die Sammlung schließt ebensowenig zufällig mit der Reproduktion einer Deklaration George Bush zum German-American-Day am 3. Oktober 1990. Persönlich widmete der US-Präsident: »Lie-

ber Helmut, ich hatte Freudentränen in den Augen, als ich dies unterzeichnete. In Würdigung Ihrer Leistung und in Freundschaft« (S. 1558). Der Kalte Krieg war gewonnen, beide Mächte und ihre Führer wußten um den jeweiligen Anteil.

Der Auswahl ist anzumerken, daß sie oftmals stark von den damaligen Entscheidungsträgern bestimmt ist. Komplexität und Gewichtung der vorgestellten Dokumente ist deshalb nur schwer nachzuvollziehen. Hier sei nur auf einige bezeichnende Lücken verwiesen. Der Bundesnachrichtendienst gehörte nach dieser Dokumentation wegen Ineffizienz aufgelöst, denn es findet sich kaum ein Hinweis, daß der Geheimdienst seiner Aufklärungs- und Informationspflicht für die Bundesregierung sinnvoll nachkam. Ein interner Diskussionsprozeß wird nur bedingt sichtbar. Kohl wird weder in seinem Verhältnis zur CDU/CSU-Fraktion noch zur Opposition vorgestellt, obwohl er ihnen gegenüber auch als Kanzler (und Parteivorsitzender) agierte und es Abstimmungsrunden gab. Eine andere Merkwürdigkeit ist der relativ geringe Raum, den die Verhandlungen zwischen der Noch-DDR und der Bundesregierung einnehmen. Bezeichnenderweise findet sich z.B. nicht einmal ein Protokoll über jenen geheimnisumwobenen Rapport des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizières bei Kohl am 1. August 1990 an dessen Urlaubssitz am Wolfgangsee. Ebenso bleiben die Bemühungen um die »Allianz für Deutschland« und den Wahlkampf weitgehend im dunkeln. Schließlich sind auch die internen Abstimmungen mit der westdeutschen Wirtschaft eher belanglos mit Dokumenten belegt. Zum Beispiel traf sich der Kanzler am 20. Februar 1990 mit den führenden Vertretern der Wirtschaft und stimmte den Kurs in die Einheit mit ihnen ab. Genau hier klafft eine Lücke in der vorgelegten Überlieferung.

Trotz dieser Bedenken hinsichtlich der Aussagekraft, geschweige denn Ehrlichkeit der Zusammenstellung sind die Dokumente doch eine Fundgrube für die Beurteilung zumindest der westlichen Absichten und Ziele zu Zeiten der osteuropäischen und DDR-Krise. Gegen alle beckmesserischen Zweifel wird deutlich, daß Kohl in den entscheidenden Monaten zwischen November 1989 und September 1990 mit

hoher Zielstrebigkeit, viel Geschick und Diplomatie, bei ständiger Anpassung seiner Strategie sich vom Ziel der Herstellung der deutschen Einheit und der Ausschaltung des anderen deutschen Staates nicht abdrängen ließ.

Hier sei vor allem auf jene Aspekte verwiesen, die dies besonders unterstreichen. Die DDR mußte aus bundesdeutscher Sicht rücksichtslos in ihrer bisherigen Form ausgetilgt werden. Deshalb durfte einer Erneuerung auf sozialistischer Basis keine Chance eingeräumt werden. Darauf konzentrierten sich die Bonner Bemühungen nach dem Sturz Erich Honeckers und der Erkenntnis, daß mit Egon Krenz ein schwacher Partei- und Staatschef die Krise nicht aufhalten konnte. Dabei sollte aber unter allen Umständen das Desaster des 17. Juni 1953 verhindert werden. Die Hoffnungen wurden zunächst auf die Fernwirkungen des Wandels in Polen und Ungarn gelegt. Berechtigt konnte der Westen in der sich verschärfenden Krise davon ausgehen, so US-Vizeaußenminister Lawrence Eagleburger gegenüber Kanzleramtsminister Rudolf Seiters am 7. September, daß »die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als solche bereits als destabilisierend für die DDR« wirke (S. 397). Nicht nur die Ständige Vertretung in der DDR-Hauptstadt hatte erkannt, daß die Besonderheit der Situation darin bestand, daß »die DDR ... sich in einer Krise (befindet), in der sie erstmals in ihrer Geschichte weitgehend isoliert ist« (S. 413).

Mit der Maueröffnung war Kohl klar, so gegenüber der britischen Premierministerin Margret Thatcher am 10. November, »daß das System der DDR in seinen Grundfesten getroffen sei« (S. 506). Entsprechend sprang Kohl nun mit der DDR um. Premier Hans Modrow holte sich nur Körbe bei seinen Hilfeersuchen, und auch die Bürgerbewegungen waren alsbald abgeschrieben. Hilfe war nur bei völliger Preisgabe des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR zu erwarten. Nicht Reformen für einen souveränen Staat, sondern allein die Vorbereitung des Anschlusses nach Artikel 23 des Grundgesetzes konnte Unterstützung erwarten lassen.

Die Sowjetunion unter Gorbatschow wandelte sich schnell vom Besitzer des »Schlüssels der deutschen Einheit« zur Knetmasse in den Fingern derjenigen, die Moskaus Lage

ausnutzen konnten. Die ökonomische und zunehmend auch politische Krise der Sowjetunion wurde massiv ausgenutzt, Gorbatschow mußte und wollte sich das gefallen lassen. Für ihn ging es nur noch ums nackte wirtschaftliche und damit politische Überleben. Wenn Gorbatschow gegenüber Kohls Vertrautem Horst Teltschik ausrief: »Die Sowjetunion braucht jetzt Sauerstoff.« (S. 1115), dann wußte er, daß nur noch aus Bonn Kredite und Waren kommen konnten.

In diesem Kontext sind die belegten Auseinandersetzungen im westlichen Bündnis insbesondere mit der ständig ablehnenden Thatcher und dem wankelmütigen Francois Mitterand von besonderer Aussagekraft. Schließlich entschied der enge Schulterschuß mit den USA, die selbst immer wieder von Bonn getrieben wurde, aber gleichzeitig sich als bewährter Helfer in dieser Situation erwies und die Sowjetunion für den Kurswechsel präparierte, als ausschlaggebend. Ohne dieses Zusammenwirken wäre der Sieg im Kalten Krieg nicht so überzeugend ausgefallen.

Der Wahl-Coup glückte Kohl nur bedingt. Ihm blieb der Wiedereinzug ins Kanzleramt verwehrt. Seine Zeit war die des Kalten Krieges und der Schaffung vollendeter Tatsachen für eine neue Weltordnung. Für jene Probleme, an denen die DDR scheiterte und über die er im Frühjahr/Sommer 1989 innenpolitisch fast stürzte – wovon ihn nur der Crash in der DDR bewahrte – für diese Probleme hatte er 1998 immer noch keine Antworten. An der von ihm veranlaßten wissenschaftlichen Mammutarbeit und vor allem an diesem Dokumentenband wird der Historiker nicht vorbeikommen – bis endlich die bundesdeutschen Archive offen sind.

STEFAN BOLLINGER

- 1 Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998.
- 2 Siehe Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!«. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister, Berlin 1994; Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995; dies.: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen, Dietz Verlag GmbH, Berlin 1996.
- 3 Siehe Potthoff, Heinrich: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.
- 4 Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (= Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998, S. 18, 19.

Marc Junge:

Bucharins Rehabilitierung.

Historisches Gedächtnis in der Sowjetunion 1953-1991.

(Studien und Dokumente zur Geschichte und Kultur Osteuropas; Band 1, Herausgegeben von Prof. Dr. Theodor Bergmann), BasisDruck Verlag Berlin 1999, 363 S.

Zu den Leistungen Gorbatschows in den Jahren der Perestrojka gehört die Wiederbelebung und Umstrukturierung der Rehabilitierungskommission. Die wechselvolle Geschichte dieser in der KPdSU umstrittenen Kommission des Politbüros, die zunächst unter einem anderen Namen agierte, ist weitgehend unbekannt. Die gegen den Widerstand einflußreicher Führungsmitglieder der KPdSU durchgesetzte Rehabilitierung des im Schauprozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« 1938 zum Tode verurteilten Nikolai Bucharin war ein Signal. Als im Juli 1987 die Rehabilitierung von Alexander Tschajanow in den »Moskowskie Nowosti« mitgeteilt wurde, traten die Auseinandersetzungen im Führungszirkel in eine entscheidende Phase, denn die Rehabilitierung des Wissenschaftlers erstreckte sich auch auf dessen theoretische Auffassungen.

Was auf diesen, Bucharins Verurteilung tangierenden »Probelauf« folgen würde, war offen. Nachdem das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR das Urteil aufgehoben hatte, setzte der Widerstand der Konservativen in der KPdSU ein, denn sie hatten Stalin gründlich gelesen und wußten genau, was auf dem Spiel stand. Ihre Kontrahenten unter den Reformern scheuten das von ihnen immer wieder beschworene Licht der Glasnost und zogen es vor, im Verborgenen, hinter den Kulissen zu agieren. Marc Junge kommt im Resümee zu dem Schluß, daß die »Erhebung Bucharins zu einem sympathischen Vertreter eines menschlichen Reformsozialismus den Blick auf die tiefgreifenden Probleme der achtziger Jahre verstellt bzw. die Illusion erzeugt [hat], daß diese zumindest schnell und schmerzlos zu beseitigen seien.« (S. 267)

Während im Ausland die ersten Konferenzen aus Anlaß des 100. Geburtstages und 50. Todestages Bucharins im Jahre 1988 stattfanden, wurde in den Chefetagen der Parteieinrichtungen in der Sowjetunion alles getan, um den peinlichen Rückstand aufzuholen. Zwischen der juristischen und der politischen Rehabilitierung Bucharins lagen fünf Monate. Die Geschichte der Herausgabe des ersten Sammelbandes mit Aufsätzen von Bucharin im Jahre 1988 ist vom Rezensenten an anderer Stelle kommentiert worden. Mit Blick auf Gorbatschows Leistung, sich innerhalb der Partei durchzusetzen, die verschleppte Rehabilitierung wieder auf die Tagesordnung zu setzen und die Bereitschaft, die Reform weiterzuführen, zu signalisieren, ist die Frage berechtigt, wie es um die Begründung dieses Reformansatzes stand. Wie ist die »ohnehin für Anfang 1988 von der politischen Führung fest geplante Rehabilitierung« (S. 179) tatsächlich verlaufen?

Marc Junge untersucht und dokumentiert in der 1996 fertiggestellten Dissertationsschrift das Auf und Ab der langwierigen Rehabilitierung Nikolai Bucharins in der Sowjetunion. Der Autor hatte die Möglichkeit, während Studienaufenthalten in der Zeit von September 1990 bis November 1992 im »Zentrum für die Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente«, dem ehemaligen ZK-Archiv in Moskau, die entsprechenden Quellen einzusehen. Einen Eindruck davon, welcher Hilfe es seitens der Angehörigen und vieler russischer Kollegen bedurfte, diese und andere Dokumente ausgehändigt zu bekommen, vermittelt die Danksagung. Im Anhang der sorgfältig recherchierten Fallstudie über die Muster, Motive und Determinanten juristischer und politischer Rehabilitierung in der UdSSR sind 23 Dokumente veröffentlicht, die den drei Rehabilitierungskommissionen vorlagen, die in den fünfziger, sechziger und achtziger Jahren mit dem »Fall Bucharin« zu tun hatten.

»Innerhalb des zu untersuchenden historischen Zeitraums (1953 bis 1991) sollen verschiedene Etappen der Beschäftigung mit der Rehabilitierung Bucharins in der Sowjetunion markiert und ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede festgehalten werden.« (S. 13) Die »Differenz zwischen den auf internen Gutachten beruhenden Einschätzungen Bucharins

und der offiziellen Variante seiner Beurteilung« tritt deutlich hervor. (S. 23)

Nach Stalins Tod begann eine »stille Entstalinisierung«, aber an der Tabuisierung der »Politischen« änderte sich nichts. Erst mit dem 20. Parteitag setzte die von der Diskussion um die innerparteiliche Opposition begleitete Demontage Stalins ein. Die Feststellung, daß Gorbatschows Rede aus Anlaß des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution den von Chruschtschow in der »Geheimrede« vorgegebenen Rahmen nicht sprengte, korrespondiert mit Junges These, »daß es in den späten achtziger Jahren keine zusätzlichen Befragungen zu den Vorgängen im NKWD in den Jahren 1938-41 gegeben hat, die auch den Prozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« betreffen. Scheinbar hat man 1988 die schon vorhandenen Materialien lediglich systematisiert und geordnet«. (S. 55) 1956, heißt es an anderer Stelle, »hatte die Staatsanwaltschaft keinen Zugang zu den politisch brisanten Dokumenten im Zentralen Parteiarchiv, im ZK-Archiv oder Archiv des Politbüros«.

Marc Junge hält an dieser Arbeitshypothese fest, denn ihm lagen nur die von der dritten, zuerst von M. S. Solomenzew (seit 28. 9. 1987), dann von A. N. Jakowlew (seit 11. 10. 1988) geleiteten Kommission zur Veröffentlichung freigegebenen Dokumente vor. Die für den internen Gebrauch bestimmten Gutachten waren ihm bis auf eine Ausnahme (S. 178), nicht zugänglich.

Die Leerstellen der vorliegenden Studie sind eine Illustration der Archivpolitik und beleuchten schlaglichtartig die Verwendung der Archivmaterialien als Machtmittel. Was letzten Endes zur Umstrukturierung der dritten Rehabilitierungskommission im Oktober 1988 geführt hat, ist von sowjetischer bzw. russischer Seite nicht weiter kommentiert worden.

Überzeugend und dokumentengesättigt sind die Ausführungen des Vf. über die Arbeit der ersten zwei »Rehabilitierungskommissionen«. Einige wenige Details ließen sich ergänzen, u. a. die Veröffentlichung der 2. erweiterten und überarbeiteten Ausgabe von Vaganovs Buch »Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B) und ihre Zerschlagung« im Jahre 1977. Weiterer Diskussion und Präzisie-

rung bedürfen die in weitgehender Ausklammerung des Früh- und Spätwerkes vorgenommenen Wertungen über den Leninisten und Dialektiker Bucharin, die in der UdSSR während der Amtszeit der dritten Rehabilitierungskommission eher postuliert, denn begründet worden sind. An die Stelle eines konjunkturellen Ausschlachtens von Bucharin als Torso tritt heute die Möglichkeit einer seriösen Beschäftigung mit dem Gesamtwerk, vor allem unter Einbeziehung der Korrespondenz und seiner »Gefängnisschriften«. Der in Ost und West entdeckte »Bucharinismus« ist kritisch auszuleuchten.

Zu den gelungenen Abschnitten der Studie gehört die Darstellung der Einbeziehung der Angehörigen Bucharins in das Rehabilitierungsverfahren. Da die Buchpublikation in Anlage und Gliederung der Dissertationschrift folgt, ist die anschließende Auseinandersetzung um Bucharin, seine Rehabilitierung und sein Erbe nur kurz angedeutet und in die Fußnoten verlegt worden. Schade, daß nicht wenigstens ein knapper Ausblick aufgenommen worden ist, der den chronologischen Rahmen der Studie etwas verschiebt. Die Rehabilitierung, es ist auch von ihren »schwierigen Seiten« für die Angehörigen die Rede, war und bleibt umstritten. So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Dafür nimmt die Zahl der Versuche zu, Bucharin zu instrumentalisieren und zu diskreditieren.

Heute hat weder die Jelzin-Administration noch die »kommunistische Opposition« ein wirkliches Interesse an der Analyse der Mechanismen stalinistischer Herrschaft. Was hat die Rehabilitierung eigentlich bewirkt, wenn die Archive weitgehend unzugänglich bleiben, und die Meinung vorherrscht, die Historiker sollten um des gesellschaftlichen Friedens willen nicht die dunklen Seiten der vaterländischen Geschichte ausleuchten? Bildlich gesprochen, sind heute nicht Chirurgen, sondern Therapeuten gefragt. Eine neue Lesart des Orwellschen Satzes »Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft«.

Leider haben sich bei der Drucklegung des Manuskriptes Fehler in der Schreibweise der russischen Namen eingeschlichen. In vielen Fällen wäre es ohne großen Aufwand möglich gewesen, die fehlenden Vor- und Vatersnamen zu ergänzen. Durch die Heranziehung neuer

russischer Veröffentlichungen wären viele der zum Zeitpunkt der Arbeit an der Dissertation nicht bekannte Personen zu identifizieren gewesen. Z. B.: Shukow, Iwan Pawlowitsch (1889-1937) – Von Juni 1933 bis September 1936 Stellvertreter des Volkskommissars für Nachrichtenwesen. Seit dem 19. 10. 1936 Volkskommissar für lokale Industrie der RSFSR. 1937 entlassen, auf dem Juni-Plenum 1937 aus dem ZK und der KP ausgeschlossen, erschossen am 30. 10. 1937. War Rykows Mitarbeiter. Oder: Uschakow (Uschimirskij), Sinowij Markowitsch (1895-1940) – Mitarbeiter des NKWD, Untersuchungsführer im Prozeß gegen Tuchatschewski. Am 5. 9. 1938 verhaftet, am 4. 2. 1940 zum Tode verurteilt.

Bei der Trennung des Sach- und Personenregisters sind einzelne Schlagworte übersehen und nicht in das entsprechende Register übernommen worden. Diese wenigen Mängel lassen sich schnell beheben. Das wichtigste ist, daß es dem BasisDruck Verlag und dem Herausgeber gelungen ist, die neue Schriftenreihe mit einer vorzüglich recherchierten Studie zu eröffnen. Der auf diese Weise vorgegebene Standard sollte nicht unterschritten werden.

WLADISLAW HEDELER

Ludwig Eiber:

Die Sozialdemokratie
in der Emigration.

Die »Union deutscher sozialistischer
Organisationen in Großbritannien«
1941-1946 und ihre Mitglieder.

Protokolle, Erklärungen, Materialien.

Beiheft zum Archiv für
Sozialgeschichte, Band 19,

J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998

Mit diesem Band liegen nun die wichtigsten Materialien der Führungsgremien der deutschen Exilsozialdemokratie von 1933 bis 1945 vor, nachdem im Beiheft 15 dieser Reihe die Zeit von 1933 bis 1941 behandelt worden war. Gut tat der Bearbeiter daran, die Dokumentation nicht mit dem Frühjahr 1945 zu beenden – einer wichtigen Zäsur in der deutschen Geschichte, die aber für die Darstellung von Pro-

zessen oft zu einer fast unüberwindbaren Barriere geworden ist –, sondern sie bis Herbst 1946 zu führen, da so der Vergleich mit der Entwicklung in den Besatzungszonen Deutschlands erfolgen kann.

In Anlage, Konzept und Verfahrensweise folgt Eiber im wesentlichen dem erwähnten Band. Und wie dort beschränkt er sich nicht auf Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn, sondern bezieht weitere Archive ein, in denen das zerstreute Material lagert. Ursprünglich war vorgesehen, nur die vollständig im Bonner Archiv liegenden Protokolle der Londoner Union, nicht aber Dokumente ihrer Mitgliedsorganisationen aufzunehmen.

Nachdem um 1938 ein sogenannter Konzentrationsprozeß der deutschen Sozialdemokratie von SOPADE (so die Bezeichnung des Exilpartei Vorstandes) und verschiedenen Gruppen gescheitert war, entstand erst im Frühjahr 1941 die Union sozialistischer Organisationen in Großbritannien. Diesem Zusammenschluß gehörten lediglich zwei Mitglieder des früheren Parteivorstandes – Hans Vogel und Erich Ollenhauer – an. Trotz heftiger Kontroversen hielt dieser bis dahin und darüber hinaus seinen Führungsanspruch aufrecht, auch wenn er sich nun wieder als Parteivorstand der SPD bezeichnete. Weiter gehörten der Union die Leitungen von Neu Beginnen, Internationalem Sozialistischem Kampfbund und Sozialistischer Arbeiterpartei an. Erklärungen wurden in der Regel gemeinsam, bei Vetorecht der einzelnen Mitgliedsorganisationen, abgefaßt. Am 6. März 1941 wurde die Gründungserklärung beschlossen, wonach die Union ein Bündnis der vier Organisationen zum Kampf gegen das Hitlerregime bei »Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit« sei (S. XXVIII), die Aufnahme anderer sozialistischer Organisationen wurde stets abgelehnt. Ende 1945 vereinigten sich die in London verbliebenen Mitglieder der Gruppe zur »Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien« zugleich entstand eine »Londonvertretung der SPD«. Die Existenzbedingungen – Emigration zum einen, teilweise Ausgrenzung durch die britische Labour Party und die sozialdemokratische Emigration anderer Länder zum zweiten, und innere Auseinandersetzungen und Konflikte zum dritten

belasteten die Union in diesen Jahren. Einen guten Überblick zum Thema – Darstellungen zur Geschichte der SPD einmal ausgenommen – speziell bot bisher lediglich die Monographie von Werner Röder »Die deutschen sozialistischen Exilgruppen von Großbritannien 1940-1945«. Nunmehr kann sich der historisch Interessierte an Hand vieler Originalquellen selbst ein Urteil über den widersprüchlichen inneren Entwicklungsprozeß der sozialdemokratischen deutschen Emigration in Großbritannien bilden.

Der Band gliedert sich in eine (sehr instruktive) Einführung, einen Dokumententeil (einschließlich unverzichtbarem Dokumentenverzeichnis und Editionsprinzipien) sowie Quellen-/Literaturverzeichnis, Personen- und Sachregister. Die Einführung behandelt in unterschiedlicher Ausführlichkeit die Rahmenbedingungen der deutschen Emigration in Großbritannien, den SPD-Vorstand und die sozialdemokratische Landesorganisation in Großbritannien, den Internationalen Sozialistischen Kampfbund, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und – zwar nicht zwingend notwendig, aber voll gerechtfertigt – die Landesgruppe deutscher Gewerkschaften. In gleicher Weise ist der Dokumententeil strukturiert, hier fehlt – da nicht der Union angehörend – die Gewerkschaftsgruppierung. Zu den zahlreichen bisher unbekanntem Dokumenten gehören u.a. der Briefwechsel von Ollenhauer mit Kurt Schumacher und Otto Grotewohl. Ganz am Rande bietet sich auch Aufschlußreiches über die Zusammenarbeit mit britischen Geheimdiensten.

Der behandelte Zeitabschnitt bildet in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie eine oft unterschätzte Periode. Und doch wurden in ihr entscheidende Linien für die Entwicklung der Nachkriegs-SPD gezogen und jene Positionen und Handlungsmuster herausgebildet, die für die Rekonstruktion der SPD in den Westzonen/Bundesrepublik nach 1945 entscheidend und dominant wurden. Vorliegender Band belegt dies vorrangig an programmatischen Vorstellungen und politischen Aktionen der Union. Sie lassen sich holzschnittartig auf den Nenner bringen: Abkehr von den Positionen, die in den Jahren 1933-1935 in der deutschen Sozialdemokratie im Ergebnis der Auseinandersetzung um die Nie-

derlage mit dem Nationalsozialismus entstanden waren, und Übergang zu Konzepten, die dann in der Nachkriegs-SPD zum Godesberger Programm führten. Die Londoner Union entwickelte – insbesondere mit ihren Richtlinien – programmatische Vorstellungen zu den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft: zu Wirtschaft, Staat, Verfassung und Justiz, Kultur, Erziehungs- und Bildungswesen. Diese programmatischen Leitlinien – vor allem in zwei Programmkommissionen unter Leitung von Ollenhauer und Heidorn die Politische Kommission, die Organisationskommission unter Schoettle und Neumann – hatten viele Parallelen und Übereinstimmungen mit dem Neuaufbau der SPD in den Westzonen. Nach Eiber bot sie die Basis für die Rekonstruktion der SPD nach 1945. Dies scheint etwas absolut geurteilt. Vielmehr scheint es, daß sich bestimmte Positionen in der gesamten deutschen Sozialdemokratie in dieser Zeit finden lassen, die sich aber unterschiedlich durchsetzten und in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 abgebrochen wurden. Zudem schränkt der Bearbeiter selbst ein, daß der SPD-Vorstand in Deutschland 1945 vom Ziel der Gründung einer neuen sozialistischen Partei abrückte und sich den entscheidenden Einfluß auf die Rekonstruktion der SPD in Deutschland sichern wollte, der Wiederaufbau der SPD keine Entscheidung aus London war und auch mit Anerkennung des Führungsanspruchs des Exilvorstandes zusammenhing. (LIXX und LXX)

Immerhin bietet die Union interessante Namen, die in der Entwicklung der bundesdeutschen SPD nach 1945 einen wichtigen Platz einnahmen. Zu nennen sind u. a. Willi Eichler, Gerhard Gleissberg, Willi Heidorn, Richard Löwenthal, Werner von Knoeringen, Erwin Schoettle, der Gewerkschafter Hans Gottfurcht. Allerdings ist auch zu beachten, daß einige prominente sozialdemokratische Emigranten in Großbritannien gar nicht der Union angehörten (Karl Höltermann, Wenzel Jaksch), die Emigranten erst relativ spät nach Deutschland zurückkehrten (Ollenhauer im Frühjahr 1946 und Sander 1949), andere verstarben noch vor Kriegsende oder Rückkehr (Vogel Oktober 1945 in London) oder kamen erst gar nicht wieder zurück (Ernst Fröhlich, Victor Schiff).

Die Dokumente belegen, daß die in der Londoner Emigration entwickelten konzeptionellen inhaltlichen Vorstellungen über Politik und Programmatik der Sozialdemokratie auch in den Westzonen 1945/46 existent waren und für die folgenden Jahrzehnte zur tragenden Säule der Entwicklung der SPD wurden. Dazu gehörten insbesondere die ideologische und soziale Öffnung (Abkehr vom Marxismus als Grundlage und Hinwendung zum weltanschaulichen Pluralismus sowie Übergang von der Klassen- (Arbeiter-) zur Volkspartei. Politisch zählt dazu die Ab- und Ausgrenzung gegenüber der KPD, die in der Weltkriegszeit zur Ablehnung einer antifaschistischen Aktionsgemeinschaft und nach dem Krieg (in den Westzonen) zur Ablehnung antifaschistischer, demokratischer Aktionsausschüsse gemeinsam mit Kommunisten führte. Wesentlich beeinflusst waren diese Positionen durch die Entwicklung in der Sowjetunion, wobei die Positionen der Mitgliedsorganisationen in der Union teilweise differierten.

Insgesamt bietet der Band dem Historiker, der sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterparteien und -bewegung – nicht nur speziell zu diesem Zeitabschnitt – beschäftigt, unverzichtbare Primärquellen. Künftige Forschungen über die SPD in der Zeit von 1933 bis 1945 kommen an dem Band nicht vorbei.

HERBERT MAYER

Berichtigung

In Heft 106 (August 1999), S. 84f. besprach Fritz Vilmar das Buch »Euer Name lebt. Zur Geschichte der Juden in der Region Bersenbrück« aus dem Rasch Verlag Bramsche. Leider wurde der Name der Autorin falsch wiedergegeben. MARIA VON BORRIES bat uns, dies zu korrigieren. Wir entschuldigen uns sowohl bei ihr als auch bei unseren Lesern.

Die Redaktion

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,
wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000

Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF
Herausgegeben im Auftrag der
Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM